Matthias Brömmelhaus

„Nach unbekannt verzogen"

Verzeichnis
der an 13.12.1941 abgewanderten Juden aus dem Kreise
W a r e n d o r f

Lfd. Nr.	Zuname	Vorname	Geburts- datum - Ort	Wohnung
1	Lorch			
2	Leffmann	Siegfried Israel	2.6.88 Freckenhorst	Warendorferstr. 59
3	Leffmann	Alma Sara	15.11.86 Freckenhorst	Warendorferstr. 59
4	Rosenberg	Hedwig Sara	26.5.93 Freckenhorst	Warendorferstr. 59
5	Rosenberg	Ida Sara	7.3.98 Freckenhorst	Warendorferstr. 59
	C Warendorf			
6	Samuel	Berta Sara	2.4.95 Bergheim	Gerichtsfuhlke 8
7	Spiegel	Arnold Israel	8.11.89 Warendorf	Oststr. 18
8	Spiegel	Ella Sara	29.8.87 Warendorf	Oststr. 18
9	Spiegel geb. Stern	Frieda Sara	16.2.78	Oststr. 18
1o	Spiegel	Hugo Israel	11.9.78 Warendorf	Oststr. 18
11	Spiegel	Walter Israel	27.1o.12 Warendorf	Oststr. 18

-.-.-.-.-.-.-

Geheime Staatspolizei
B-Nr. II B 3 - 18o.o1

Münster, den 6. August 1942.

An den
Herrn Landrat als Polizeibehörde
Warendorf

QFW

Betr.: Polizeiliche Abmeldung abgewandet
Vorg.: Ohne
Anl.: 1 Liste.

Anliegend übersende ich eine Liste der am 13.12.41 aus dem dortigen Dienststellenbereich nach dem Ostgebiet abgewanderten Juden. Ich bitte, diese Juden ~~au~~ in den Melderegistern der Meldeämter nach "unbekannt bezw. ausgewandert" abzumelden. Auf keinen Fall darf der Zielort angegeben werden. Wo dieses bereits geschehen ist, bitte ich, eine Unkenntlichmachung vornehmen zu lassen.

I.A. gez. Zimmermann.

Vor fünfzig Jahren, in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, brannten überall in Deutschland Synagogen, wurden jüdische Menschen verfolgt, verletzt und ihr Eigentum zerstört.
Dieser große Pogrom, der von den NS-Machthabern den verharmlosenden Namen »Reichskristallnacht« erhielt, war aber keineswegs der Anfang der Judenverfolgung im Dritten Reich, vielmehr war er der erste Höhepunkt und gleichzeitig Auftakt zu noch schlimmeren Grausamkeiten.
Am Beispiel der Stadt Warendorf schildert der Historiker Matthias Brömmelhaus in diesem Buch den gesamten Ablauf der antijüdischen Ereignisse von den ersten Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte im April 1933 bis zur Deportation der letzten noch in Warendorf lebenden Juden in das Ghetto Riga im Dezember 1941.
An Einzelschicksalen Warendorfer Juden wird verdeutlicht, wie der Lebensraum deutscher Juden nach 1933 von Monat zu Monat eingeengt und ihre materielle Existenz vernichtet wurde. Eine besondere Rolle spielte dabei der Ausschluß der Juden aus dem Wirtschaftsleben, den man auch in Warendorf mit drastischen Mitteln verfolgte.

MATTHIAS BRÖMMELHAUS

„NACH UNBEKANNT VERZOGEN"

Die Geschichte der Warendorfer Juden in der Zeit des Dritten Reiches

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

Warendorf 1988

Impressum:
Druck: SCHNELL Buch & Druck, Warendorf
Fotos:
Archiv des Kreises Warendorf, Atelier Rosenstengel (S. 45), Lippmann (S. 111)
Vertrieb: Archiv des Kreises Warendorf, 4410 Warendorf

„NACH UNBEKANNT VERZOGEN"

QUELLEN UND FORSCHUNGEN

ZUR GESCHICHTE DES KREISES WARENDORF

Herausgeber:

Kreis-Geschichtsverein Beckum-Warendorf e.V.

QFW

Band 19

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 8

Einleitung 9

1. Die Geschichte der Juden in Warendorf bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts 10

1.1 Die früheste Ansiedlung von Juden in Westfalen 10
1.2 Die frühesten Nachrichten über Juden in Warendorf 10
1.3 Die Pest des Jahres 1350 11
1.4 Juden in Warendorf in der frühen Neuzeit 11
1.5 Die Warendorfer Juden bis zum Jahre 1650 11
1.6 Die Veränderung der Lebensbedingungen der Juden unter Bischof Christoph Bernhard von Galen 13
1.7 Die gemeindlichen Einrichtungen der Warendorfer Juden 14
1.8 Juden und Christen: Konkurrenten im Wirtschaftsleben 16

2. Das 19. Jahrhundert: Zwischen Emanzipation und Reaktion 18

2.1 Ein Bericht des Warendorfer Bürgermeisters 18
2.2 Die Emanzipationsgesetzgebung 19
2.3 Die demographischen Veränderungen in der jüdischen Bevölkerung Warendorfs im 19. Jahrhundert 21
2.4 Zur Sozialstruktur der Warendorfer Juden im 19. Jahrhundert 22
2.5 Die Familiennamen der Juden 23
2.6 Die Einrichtung der Warendorfer Synagogengemeinde 23
2.7 Die finanzielle Situation der Synagogengemeinde 24
2.8 Das jüdische Schulwesen in Warendorf 25
2.9 Zur Frage von Assimilation und Integration 28

3. Vom Judenhaß zum Antisemitismus 29

3.1 Überblick zur Geschichte des Antisemitismus 29
3.2 Antisemitische Äußerungen in Warendorf vor der »Machtergreifung« .. 31

4. Die ersten Maßnahmen gegen die Juden nach der »Machtergreifung« 32

4.1 Die nationalsozialistische Machtergreifung auf lokaler Ebene 32
4.2 Der Boykott vom 1. April 1933 34
4.3 Die Nürnberger Gesetze 38
4.4 Antisemitische Hetze 40

5. Der Ausschluß der Juden aus dem Wirtschaftsleben 40

5.1 Die Sonderstellung der Juden in der Wirtschaft 40
5.2 Das Warenhaus Elsberg 44
5.3 Die Maßnahmen gegen die jüdischen Viehhändler und Kaufleute 49

6. Der Judenpogrom vom 9./10. November 1938 62
6.1 Der Ablauf der Ereignisse auf Reichsebene 63
6.2 Die »Kristallnacht« in Warendorf 66

7. Die »Arisierung« jüdischen Vermögens 74
7.1 Der Verkauf der Warendorfer Synagoge 74
7.2 Die »Arisierung« des jüdischen Privatbesitzes 78
8. Die Auswanderung Warendorfer Juden 84
9. Die antijüdischen Repressalien nach der Kristallnacht 98
10. Die »Endlösung der Judenfrage« 105
11. Epilog: Neuanfang nach dem Krieg 110
Anmerkungen 111
Anhang 119
Tabellen 121
Dokumente 124
Zeittafel 157
Literaturverzeichnis 163
Quellenverzeichnis 165
Register 166

Vorwort

Der Kreisgeschichtsverein Beckum-Warendorf e.V. legt mit dem Band 19 seiner »Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf« unter dem Titel »Nach unbekannt verzogen« eine Geschichte der Warendorfer Juden in der Zeit des Dritten Reiches vor.

Anläßlich des fünfzigsten Jahrestages der schrecklichen Ereignisse des großen Pogroms vom 9./10. November 1938, der sogenannten »Reichskristallnacht«, erscheint damit nach der Arbeit von Hugo Krick über die Beckumer Juden eine weitere Untersuchung zur Geschichte einer jüdischen Gemeinde unseres Kreisgebietes in dieser Reihe.

Aufgrund einer besonders guten Quellenlage gelingt es dem Autor Matthias Brömmelhaus, das Schicksal der Warendorfer Juden in den Jahren 1933 bis 1945 detailliert zu beschreiben. Dabei legt er sein Augenmerk besonders auch auf jene antijüdischen Maßnahmen, die in anderen lokalgeschichtlichen Untersuchungen oft nur am Rande behandelt werden, obwohl sie für die Betroffenen oft die Vernichtung ihrer Existenz bedeuteten. Dazu zählen vor allem die Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben und der regelrecht erpreßte Verkauf jüdischen Eigentums. Brömmelhaus schlägt somit den Bogen von den ersten antisemitischen Äußerungen zu Beginn der NS-Herrschaft bis zur Ermordung der Juden in den Konzentrationslagern.

Der Kreisgeschichtsverein Beckum-Warendorf e.V. ist froh, den Warendorfer Bürgern und der gesamten Öffentlichkeit dieses Buch vorlegen zu können. Es leistet einen Beitrag zur Aufarbeitung des düstersten Kapitels nicht nur der deutschen Geschichte allgemein, sondern auch der Heimatgeschichte.

Dank zu sagen ist Herrn Dr. Diethard Aschoff und Herrn Prof. Dr. Paul Leidinger, die das Manuskript gelesen und einige ergänzende Hinweise gegeben haben.

Die Stadt Warendorf hat einen Zuschuß zum Druck des Buches bereitgestellt. Ihr sei an dieser Stelle herzlich dafür gedankt.

Warendorf im November 1988 — Siegfried Schmieder

Einleitung

Die Verfolgung der Juden im Dritten Reich ist in den vergangenen Jahren Thema zahlreicher zeitgeschichtlicher Untersuchungen gewesen. Dabei wurde versucht, den Ablauf des antijüdischen Geschehens vor dem Hintergrund der antisemitischen Gesetzgebung darzustellen. Der Leidensweg der deutschen Juden von den ersten antijüdischen Maßnahmen im Frühjahr 1933 bis zur Vernichtung in den Konzentrationslagern ist, was seine Gesamttendenzen angeht, insofern bekannt.

Obwohl sich in den letzten Jahren auch die lokalhistorische Forschung verstärkt der Aufarbeitung der Geschichte des Dritten Reiches und hier speziell der Judenverfolgungen angenommen hat, gibt es nur sehr wenige zusammenhängene und detaillierte Schilderungen der Vorgänge auf lokaler Ebene. Diese sind hauptsächlich für größere jüdische Gemeinden vorhanden.
Gerade die Geschichte des Judentums in den Kleinstädten und auf dem Land in der Zeit des Dritten Reiches ist bisher nur äußerst rudimentär aufgearbeitet worden. Dies liegt zum Teil auch in der zumeist nur unzureichenden Quellenlage begründet.

Die vorliegende Studie versucht, diese Lücke zu schließen. Aufgrund einer äußerst günstigen Quellenlage kann der Leidensweg der Warendorfer Juden in den Jahren 1933 bis 1941 – im Dezember dieses Jahres wurden die letzten noch in Warendorf verbliebenen Juden nach Riga deportiert – zusammenhängend und detailliert dargestellt werden. Dabei werden sowohl die Handlungsweisen der lokalen Verwaltungen bei der Durchführung antijüdischer Maßnahmen wie die Reaktion der Betroffenen analysiert. Da zahlreiche Briefe Warendorfer Juden an die Verwaltung erhalten geblieben sind, sind auch Einblicke in die Alltagswirklichkeit jüdischer Menschen im Deutschland des Dritten Reiches möglich.

In den ersten Kapiteln wird weitgehend auf Grund von Sekundärliteratur zunächst die Geschichte der Warendorfer Juden von ihrer ersten Ansiedlung im 14. Jahrhundert bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten überblicksartig dargestellt. Dabei wird eingehender auf die Sonderstellung der Juden in der Wirtschaft und die daraus resultierenden Konflikte zwischen Juden und Nichtjuden eingegangen, da dies für das Verständnis des Antisemitismus im 20. Jahrhundert von entscheidender Bedeutung ist. Der Leidensweg der Warendorfer Juden im Dritten Reich wird danach chronologisch, beginnend mit den Boykottmaßnahmen im April 1933, dargestellt. Vor dem Hintergrund des Geschehens auf Reichsebene werden die lokalen antijüdischen Vorgänge beschrieben. Einen Schwerpunkt bildet hier die Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben. Aufgrund der erhaltenen Dokumente, in denen sich die Betroffenen selbst zu Wort melden, kann der dadurch hervorgerufene Prozeß der Verarmung und der sozialen Entrechtung sehr genau beschrieben werden. Das gleiche gilt für den Bereich der jüdischen Auswanderung.
Im letzten Kapitel wird die verwaltungsmäßige Organisation und Durchführung der Deportation der Warendorfer Juden im Dezember 1941 dargestellt.

Für einen räumlich eng begrenzten Bereich – die Stadt Warendorf – ist es somit möglich, die antijüdischen Geschehnisse in der Zeit des Dritten Reiches zu beschreiben, und zwar sowohl im Hinblick auf das Verwaltungshandeln der Behörden und dessen Auswirkungen auf das Alltagsleben der betroffenen jüdischen Bürger als auch im Hinblick auf deren Reaktionen.

1. Die Geschichte der Juden in Warendorf bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts

1.1 Die früheste Ansiedlung von Juden in Westfalen

Die erste Erwähnung von Juden in Westfalen findet sich am 18. Januar 1074 in einem Zollprivileg König Heinrichs IV. für *»Juden und andere Wormser«*.(1) Der erste namentlich erwähnte Jude, den wir in Westfalen antreffen, ist der Kölner Jude Mar Schemarja, der, um der Taufe zu entgehen, 1096 in Dortmund seine Familie tötete und einen Selbstmordversuch unternahm. Als dieser mißlang, wurde er von seinen Verfolgern – die gesamten Ereignisse stehen im Zusammenhang mit dem 1. Kreuzzug – lebendig begraben.(2) »Ein unbestreitbar düsterer Auftakt der Geschichte der Minderheit in Westfalen.«(3)
Auch der erste Jude, der für das Münsterland namentlich bezeugt ist, stammt aus Köln: Juda ben David halewi. Er kam 1127/28 nach Münster, um vom dortigen Bischof Egbert (1127-1132) Geld zurückzufordern, das er ihm geliehen hatte. Über 20 Wochen hielt sich Juda in Münster auf. Vermutlich waren die Verhandlungen vom Bischof mit Absicht so lange ausgedehnt worden, um den jungen Mann für das Christentum zu gewinnen. War diese Absicht tatsächlich vorhanden, war sie von Erfolg gekrönt, denn Juda konvertierte und trat wenig später als Mönch Herrmann in das Prämonstratenserkloster Cappenberg ein. Später wurde er Propst im Stift Scheda im heutigen Kreis Unna, wo er auch verstarb.(4)

Im Laufe des 12. Jahrhunderts kamen dann immer mehr Juden aus dem Rheinland nach Westfalen und siedelten sich in Münster fest an. Münster blieb auch das Zentrum für diejenigen Juden, die sich im Laufe des 13. Jahrhunderts auch in anderen Orten des Münsterlandes niederließen. Nur hier hatten sie die für ihr religiöses Leben notwendigen gemeindlichen Einrichtungen: einen Friedhof, eine Synagoge, eine Mikwe (Frauenbad) und eine Scharne, die Verkaufsstelle für das Fleisch rituell geschlachteter Tiere.
Schon vor 1350 muß es in der westfälischen Metropole einen jüdischen Rabbiner bzw. jüdische Gelehrte und einen Schreiber gegeben haben. Dies läßt sich daraus schließen, daß in Münster am 13. Mai 1343 die Scheidungsurkunde eines Beckumer Juden ausgestellt wurde.(5) Nach dem jüdischen Gesetz konnten solche Scheidebriefe nur vor einer Rabbinatsbehörde ausgefertigt werden.(6)
Die älteste Niederlassung eines Juden im Münsterland außerhalb der Hauptstadt ist im 13. Jahrhundert für Coesfeld belegt.(7) Bis zum Jahr 1350 sind Juden dann in 29 Städten Westfalens bezeugt.(8)

1.2 Die frühesten Nachrichten über Juden in Warendorf

Juden haben in Warendorf bereits im 14. Jahrhundert gelebt. Der älteste Hinweis findet sich in den Kölner Stadtrechnungen, in denen es zum 6. März 1387 heißt: *»Ailka van Warendorf ind Liefman yre eydum haynt gegeyven 12 mark 6 Schillinge van dem termine vur Remigii.«* (Ailka aus Warendorf und Liefman ihr Eidam [Schwiegersohn] haben 12 Mark 6 Schilling für den Termin zu Remigius [= 1. Oktober] gegeben)(9)
Die hier erwähnte Ailka dürfte die Herkunftsbezeichnung nach dem früheren Wohnort getragen haben. Brilling vermutet daher, Ailka habe »zu den Juden gehört, die 1350 von dort vertrieben wurden«.(10)
Einen weiteren Hinweis darauf, daß schon im Mittelalter Juden in Warendorf ansässig

waren, gibt die Bezeichnung *»Judenstraße«*. Diese einzige mit Sicherheit auf das Mittelalter zurückzuführende Judenstraße des Stifts Münster, die später Totenstraße hieß, die heutige Laurentiusstraße, wird in verschiedenen Quellen bis 1520 und auch später noch vielfach erwähnt.(11) Zum ersten Mal taucht die Bezeichnung Judenstraße am 11. April 1433 auf.(12) Wilhelm Zuhorn weist sie als gesichert für das Jahr 1457 nach.(13) »Es ist kein Grund ersichtlich, wie die Bezeichnung in Warendorf aufkommen konnte, wenn sie nicht auf Juden zurückgeht, die vor jener Zeit in Warendorf lebten.«(14)

1.3 Die Pest des Jahres 1350

Allzulange werden Juden in Warendorf allerdings nicht ansässig gewesen sein. Im Jahr 1350 traf das aufblühende Judentum in Westfalen die größte Katastrophe vor der nationalsozialistischen Zeit. Im Zuge der Pestkatastrophe kam es in weiten Teilen Europas zu Judenpogromen und Verfolgungen, während derer auch die westfälischen Judenschaften untergingen.(15) Die mittelalterlichen Menschen konnten sich das Massensterben nicht erklären und gaben die Schuld daran den Juden, die sie töteten oder vertrieben.

1.4 Juden in Warendorf in der frühen Neuzeit

Nach der Pestkatastrophe gibt es bis zum Jahre 1422 keine Nachrichten mehr von Juden im Münsterland. Erst in diesem Jahr werden sie wieder für Münster erwähnt.(16) Die Nachrichten über Juden sind hier aber für das 15. Jahrhundert – auch was die Hauptstadt angeht – nur sehr spärlich, nach 1448 fehlen sie ganz. Es ist wahrscheinlich, daß die Juden in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts aus der Stadt Münster ausgewiesen wurden. Dies stand vermutlich im Zusammenhang mit dem Erstarken der Zünfte, denn die Handwerker sahen in den Juden eine starke Konkurrenz.(17)
Der früheste Nachweis von Juden in Warendorf nach 1350 findet sich in den Abrechnungen des Amtes Sassenberg. Hier wird für das Rechnungsjahr 1538/39 notiert: *»Item van twen Jodden tho Warendorpe, Isaack unde Symon, to tynse van jderen vyff gulden entfangen, facit 15 marc.«*(18) Diese Nachricht ist, sieht man von der Hauptstadt ab, wo Juden unmittelbar nach der Wiedertäuferkatastrophe 1535 wieder auftauchen (19), der früheste Beleg für eine jüdische Bevölkerung im Münsterland in der Neuzeit.(20) Von nun an gibt es eine kontinuierliche jüdische Besiedlung in Warendorf bis zur Katastrophe des Nationalsozialismus.

Das Leben von Juden in der Stiftshauptstadt Münster hingegen wurde wenige Jahre später auf Jahrhunderte beendet. Am 15. Februar 1554 beschloß der Rat, »im Verein, wie es ausdrücklich heißt, mit den Alter- und Meisterleuten der Zünfte, daß die Juden bis zum 8. März dieses Jahres ihre Geschäfte abwickeln sollten ›und sich danach in dieser Stadt nicht mehr finden lassen‹ dürften. Nach mehrfacher Verlängerung der Frist verließen die letzten Juden 1554 endgültig die Stadt.«(21) Von da an war Münster, sieht man von wenigen kurzfristigen Zwischenspielen ab, bis 1810 ohne jüdische Bevölkerung.

1.5 Die Warendorfer Juden bis zum Jahre 1650

Nachdem die Juden aus Münster ausgewiesen worden waren, setzte die Stadt Ende Februar 1560 auch noch einen Beschluß der Stände durch, nach dem der Bischof verpflichtet war, alle Stiftsjuden innerhalb von sechs Wochen auszuweisen.(22) Obwohl dieser Beschluß mehrfach erneuert wurde, war er nicht durchzusetzen. Die Ursache ist darin

zu sehen, daß die Fürstbischöfe aus wirtschaftlichen Gründen daran interessiert waren, Juden im Stift zu vergleiten, weshalb sie die Vollstreckung des Beschlusses der Stände wohl kaum besonders konsequent betrieben haben. »Ebenso schwer dürfte wiegen, daß die Stände selbst in der Judenfrage gespalten waren. Einige kleinere Landstädte, wie Telgte und Bocholt, setzten sich von Anfang an über das Edikt hinweg, Domkapitulare mühten sich um medizinkundige Juden, desgleichen höhere Beamte und einzelne Ritter, die Bedarf an jüdischen Krediten hatten. So können wir feststellen: die unterschiedliche Interessenlage von Landesherren und Ständen, die Gespaltenheit der Stände selbst und die mangelnde Einheitlichkeit des frühneuzeitlichen Territorialstaates gab den Juden des Stifts Münster die Möglichkeit, die existenzbedrohenden Gefahren jener Zeit zu überwinden, wobei ihnen ihre offenbar weit verbreiteten medizinischen Kenntnisse besonders zugute kamen.«(23)

Um sich in einer Stadt des Stifts niederlassen zu können, benötigten die Juden den sogenannten Geleitbrief, den ihnen der Landesherr ausstellen mußte. Der Fachausdruck *»Geleit«* bedeutet Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Diese Geleitbriefe waren für Juden unterschiedlich günstig. So schwankte die Höhe des an den Landesherrn zu zahlenden Tributs und auch die Dauer der Aufenthaltserlaubnis im Stift Münster konnte zwischen 6 und 25 Jahren liegen.(24) In den Geleitsbriefen wird auch angegeben, welche wirtschaftliche Betätigung den Juden erlaubt war. So wird im Jahre 1563 dem Juden Bernhard das Geleit für die Stadt Warendorf auf zwölf Jahre erteilt und ihm erlaubt, Handel und Wucher nach jüdischer Art zu betreiben.(25) Die Bezeichnung *»Wucher«* ist im übrigen nicht im modernen, abwertenden Sinn zu verstehen, sondern ist ein reiner terminus technicus und meint Geldverleih gegen Zins.
Wie hoch der *»Judentribut«* sein konnte, zeigt die Aufnahme von zwei Juden in Warendorf im Jahre 1565, die eine einmalige Zahlung von 200 Golgulden zu leisten hatten.(26) Im 16. Jahrhundert verfügte die Stadt Warendorf noch über das sogenannte *»Mitvergleitungsrecht«*, das heißt sie konnte selbst entscheiden, Juden den Aufenthalt in der Stadt zu erlauben oder auch, oft gegen den Willen des Landesherrn, ihnen den Zuzug zu verwehren. Es leuchtet ein, daß hier aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen der Stadt und des Landesherrn Konflikte vorprogrammiert waren. So war es auch im Jahre 1568, als ein Jude Heinemann aus Medebach versuchte, sich in Warendorf niederzulassen. Der Fürstbischof Johan von Hoya hatte ihm ein Geleit für das Stift erteilt.(27) Bürgermeister und Rat der Stadt Warendorf weigerten sich aber, Heinemann die Niederlassung in Warendorf zu genehmigen. Die Stadt Warendorf lenkte erst ein, als der Fürstbischof drohte, noch mehr Juden *»binnen dem Sassenberge oder allda uff die naheit, daselbsten doch die von Warendorf mit ihme ihr gewerb treiben und handeln, zu vergleiten.«*(28)
Dieses Mitvergleitungsrecht wurde der Stadt Warendorf im Jahr 1623 genommen, als sie im Dreißigjährigen Krieg »wegen Ungehorsam gegen ihren damaligen Landesherrn« ihre sämtlichen Privilegien verlor.(29) Von diesem Zeitpunkt an erteilte nur noch der Landesherr Geleite für Warendorf, so auch 1627, als er die Juden Nini und Levi nach Warendorf vergleitete, ohne Bürgermeister und Rat um Erlaubnis zu fragen.(30) Die Stadt hatte allerdings noch die Möglichkeit, von den Juden ein Schutzgeld zu fordern, da sie ja von allen übrigen bürgerlichen Lasten und Abgaben befreit waren. 1628 wurde der Stadt aber auch diese Möglichkeit genommen, als in einem Erlaß des Fürstbischofs festgesetzt wurde, daß die Juden *»weder von geistlichen noch weltlichen Beamten mit Kontributionen beschwert werden«* sollten.(31)

Im Verlauf des 17. Jahrhunderts kam es zu zahlreichen Konflikten zwischen den Juden und der übrigen Bürgerschaft Warendorfs. Die Ursache lag vor allem darin, daß sich häufig unvergleitete Juden in den Städten des Stifts aufhielten und die christlichen Händler, Kaufleute und Handwerker darin eine gefährliche Konkurrenz sahen. Anscheinend versuchten Juden zum Teil, in bisher nur den Christen vorbehaltene Gewerbe vorzudringen. So verbot 1637 der Warendorfer Rat den Juden »das Weinzapfen« und die Ausübung anderer bürgerlicher Geschäfte.(32)
Die Zahl der Juden, die sich bis 1650 in Warendorf aufhielten, dürfte nie besonders groß gewesen sein, es waren wohl immer nur ein oder zwei Familien. Aufgrund dieser geringen Zahl ist es auch nicht wahrscheinlich, daß es schon in dieser Zeit ein organisiertes Gemeindeleben gegeben hat, es war also wohl kaum eine Synagoge oder ein jüdischer Friedhof vorhanden. 1649 war allerdings wohl schon ein Betraum vorhanden.(33)

1.6 Die Veränderung der Lebensbedingungen der Juden unter Bischof Christoph Bernhard von Galen

Während der Regierungszeit Christoph Bernhard von Galens (1650-1678) vollzogen sich für die Lebensbedingungen der Juden im Stift Münster einschneidende Veränderungen. Aufgrund des schon in seinem ersten Regierungsjahr am 1. Oktober 1651 erlassenen Judenedikts wurden alle stiftsmünsterschen Juden zu einer Körperschaft zusammengefaßt. Die dem Landesherrn zu zahlenden Tribute wurden nun dieser Körperschaft als Ganzes auferlegt und von den Judenbefehlshabern oder Vorgängern auf die einzelnen Juden umgelegt.
Auch auf dem Gebiet des Geleitwesens gab es einschneidende Veränderungen. Waren bisher Geleite nur an einzelne Juden erteilt worden, so wurden nach dem Edikt des Jahres 1651 nur noch Gesamtgeleite, sogenannte *»Generalgeleite«* ausgestellt. Mit diesen Generalgeleiten begann ein rasches Wachsen der Judenschaft im Fürstbistum Münster, vor allem auch in Warendorf:

Zahl der in Warendorf ansässigen jüdischen Familien 1535-1803:
1553 – 1
1565 – 2
1627 – 2
1651 – 2
1667 – 5
1683 – 4
1698 – 6
1720 – 7
1730 – 8
1739 – 8
1749 – 11
1763 – 13
1773 – 15
1784 – 15
1795 – 15
1801 – 16
1803 – 18 »mit 88 Köpfen«(34)

Die Ursache des starken Anwachsens der jüdischen Bevölkerung gerade in Warendorf liegt in der neu eingeführten Organisation der Stiftsjudenschaft. Wie schon erwähnt,

standen der Judenschaft die *»Judenbefehlshaber«* vor, denen sogenannte *»Judenvorsteher«* beigegeben waren, die auf den Judenlandtagen, die meistens in Telgte stattfanden, gewählt wurden.(35) Es verwundert nicht, daß viele dieser Judenbefehlshaber, Obervorgänger, Judenvorsteher und später die Landesrabbiner ihren Wohnsitz in Warendorf genommen haben, war es doch nach Münster, das für die Juden ja nicht zugänglich war, die größte und gewerbereichste Stadt des ganzen Stiftes. So stammte auch schon der erste Judenbefehlshaber, Nini Levi, der dieses Amt bis 1667 bekleidete, aus Warendorf. Sein dritter Nachfolger, Salomon Jakob, der 1730 zum Judenbefehlshaber ernannt wurde, lebte ebenfalls in Warendorf.
Nach dessen Tod im Jahr 1769 gingen die Aufgaben und Pflichten des Judenbefehlshabers zum größten Teil auf die Judenvorsteher und später auf die Landesrabbiner über, die dann aber hauptsächlich auf religiösem Gebiet tätig waren.(36)
Schon der zweite Landesrabbiner des Fürstbistums Münster, der 1771 auf dem Judenlandtag in Telgte einstimmig gewählte Rabbiner Michael Meyer Breslau, nahm seinen Wohnsitz in Warendorf.(37) Michael Meyer Breslau war neben seiner Funktion als Landesrabbiner gleichzeitig noch *»Hoffactor«* und ein wichtiger Finanzier des Fürstbischofs. Gleichzeitig lebten auch zwei der Judenvorsteher der Stiftsjudenschaft, Jakob Isaac und Elias Windmüller, in Warendorf.
Nachfolger von Michael Meyer Breslau als Landesrabbiner wurde 1789 dessen Sohn David Breslau, der ebenfalls bis zu seinem Tod in Warendorf wohnte.

1.7 Die gemeindlichen Einrichtungen der Warendorfer Juden

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde auch das gemeindliche Leben der Juden in Warendorf weiter organisiert.
Im Jahre 1772 erhielten sie von Fürstbischof Max Friedrich den *»Judenwall«* am Fuße des Bentheimer Turms als Begräbnisstätte zugewiesen. In einem Protokoll des Magistrats zu Warendorf vom Jahre 1773 heißt es, daß die Judenschaft in Warendorf mit der Stadt vereinbart hatte, *»jährlich für den District ihrer Begräbnis, so ihnen vom Magistrat angewiesen werden mögte und de novo abgepfählt werden sollte, 1 ½ Taler zahlen zu wollen . . .«*(38)
Der erste auf diesem Friedhof begrabene Jude war der 1789 verstorbene Landesrabbiner Michael Meyer Breslau, dessen Grabstein noch heute unterhalb des Bentheimer Turmes zu sehen ist.(39)

Schon früher hatte sich die jüdische Gemeinde in Warendorf eine Synagoge gebaut. Wann sie errichtet wurde, ist nicht bekannt, zum ersten Mal erwähnt wird sie 1709.(40) Damit dürfte sie die älteste Synagoge der münsterschen Stiftsjuden in der Neuzeit sein.(41) Dieser jüdische Besitz auf der Freckenhorster Straße 7 bestand aus einem Vorderhaus, in dem sich die jüdische Schule befand und wo auch der Schullehrer wohnte und einem Hinterhaus mit der eigentlichen Synagoge.
Über diese Synagoge liegen leider nur sehr spärliche Informationen vor. Der erste Bau dürfte wohl 1808 abgebrochen worden sein, als die Synagoge vollkommen neu gebaut wurde.(42) Als in einer Stadtbeschreibung Warendorfs aus dem Jahre 1817 die öffentlichen Gebäude aufgezählt und beschrieben werden, heißt es dort an siebter Stelle: »Eine Judensynagoge, die ziemlich groß und schön ist, aber vor den Augen der Fremden äußerst verborgen liegt.«(43)
1897 wurde die Synagoge mit einem Kostenaufwand von über 2400 Mark noch einmal völlig restauriert.(44)



Der Grabstein des Landesrabbiners Michael Meyer Breslau auf dem Alten Judenfriedhof unterhalb des Bentheimer Turmes

1.8 Juden und Christen: Konkurrenten im Wirtschaftsleben

Im Laufe des 17. Jahrhunderts kam es zu einer immer stärkeren sozialen Differenzierung innerhalb der jüdischen Gemeinden. Auf der einen Seite gab es die privilegierten Hofjuden, auf der anderen Seite wurde es für die übrigen Juden aber immer schwieriger, allein von ihren traditionellen Berufen zu leben. Geldverleih, Kram- und Trödelhandel reichten nicht mehr aus, und so drängten immer mehr Juden in das nicht zunftgebundene Handwerk und vor allem in den Viehhandel.(45) Dieses führte natürlich zu Konflikten mit den nichtjüdischen Kaufleuten und Handwerkern. Diese sahen die Juden stark bevorteilt, da sie von jeglichen städtischen Abgaben befreit waren. Als z. B. der Warendorfer Rat 1741 von den Juden eine Erhöhung ihres Tributes forderte, weil die Stadt durch den großen Stadtbrand dieses Jahr schwere wirtschaftliche Schäden erlitten hatte, lehnten die Juden diese Forderung ab.(46)

Im Verlaufe des 18. Jahrhunderts kam es in Warendorf häufiger zu wüsten Ausschreitungen gegen die Juden. So wurden z. B. während der Karfreitagsprozession des Jahres 1749 in jüdischen Häusern und der Synagoge die Fenster eingeworfen.(47) Auch am Tag der Ratswahl, der in der Stadt wie ein Festtag begangen wurde, kam es häufig zu Ausschreitungen gegen die Juden.(48)
Eine der Hauptursachen für diesen über Jahrhunderte schwelenden Konflikt zwischen Juden und Nichtjuden war, daß die Juden trotz ihrer zahlreichen Handelsbeschränkungen in den Augen der nichtjüdischen Gewerbetreibenden eine starke und gefürchtete Konkurrenz darstellten. Dies gilt besonders für die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, als deutlich wurde, daß die bisherige, auf der Basis von Zünften organisierte Wirtschaftsverfassung einer liberaleren Wirtschaftsorganisation würde weichen müssen.
Interessante Hinweise auf die Situation der jüdischen Händler und ihre Konflikte mit den christlichen Gewerbetreibenden bringt eine Prozeßakte über einen Streit zwischen dem Metzgeramt in Warendorf und den jüdischen Fleischern aus den Jahren 1806 bis 1808.(49)

Das Hauptgeleit des Jahres 1795 erlaubte den Juden das Schlachten und den Verkauf von Fleisch in großen Stücken, den *»Vierteln«*. Das Warendorfer Metzgeramt warf einigen Juden in einem Schreiben an den Bürgermeister vom 18.12.1806 vor, Fleisch in kleinen Portionen, sogenannten *»Potthästen«* zu verkaufen, ja sogar mit dem Fleisch zu hausieren. Augenscheinlich stellte diese Praxis der jüdischen Fleischer für das Metzgeramt eine starke Konkurrenz dar, denn die christlichen Händler behaupteten, daß *»dieser Fleisch-Verkauf dem Metzgeramte in aller Hinsicht sehr nachtheilig«* sei.(50)
Bei der anschließenden Vernehmung bestritten die beklagten Juden Abraham Coppel, Moses Gumpert und David Leffmann, mit Fleisch hausieren gegangen zu sein, gaben aber zu, Fleisch in kleinen Stücken verkauft zu haben, wozu sie aufgrund ihres Hauptgeleites aber auch berechtigt seien.
Bei dem auf den 20.1.1807 angesetzten Gerichtstermin wies der Vertreter der Juden die Anschuldigungen des Metzgeramtes zurück. Es sei allerdings vorgekommen, daß die Juden *»in mehreren Häusern angezeigt hätten, wenn sie geschlachtet hätten, indessen hätten sie kein Fleisch von Haus zu Haus herumgetragen, und nur dieses sey ihnen verboten.«*(51)
Im Prinzip hatten die Juden also für ihr Fleisch eine Art von Werbung betrieben, indem sie die Schlachttermine den Bürgern mitteilten: eine Methode, die damals noch gänzlich unbekannt war.

Einen vorgeschlagenen Vergleich, daß die Juden nur an den Tagen Fleisch verkauften, an denen auch die Scharre, also die Verkaufshalle des Metzgeramtes, geöffnet wäre bzw. an den Tagen, an denen sie geschlossen wäre, das Fleisch nur in großen Portionen zu verkaufen, lehnten die beklagten Juden ab.

Vorerst scheint es in diesem Streitfall zu keiner Einigung gekommen zu sein, denn schon am 27. September 1807 schickte der Gildemeister des Metzgeramtes, Johan Hinrich Föllen, dem Warendorfer Bürgermeister erneut eine Anzeige und forderte, *»den Juden das Hausiren mit dem Fleische auch das Verkaufen des Fleisches in kleinen Stücken nachdrücklich zu untersagen.«*(52) Angeblich hätten die Gebrüder Beer mit Fleisch hausiert, wofür der Gildemeister die Bürger Bindhamer, Krimphove und Buck als Zeugen anführte. Wörtlich heißt es in dieser Anzeige:
»Ueberhaupt dürfen die Juden nichts anders als in ganzen Vierthelen das Fleisch verkaufen, wenn ihnen auch das Schlachen in ihrem Hauptgeleite verstattet worden ist, dies beruht auf Herkommen; denn der Jude Gerson Senior und die Wittwe Moyses dahier müßen bekunden, daß es den Juden in hiesiger Stadt niemals erlaubt gewesen seyn, das Fleisch in kleinen Stücken oder Potthästen zu verkaufen, sondern sie dasselbe in ganzen Vierthelen nur haben verkaufen dürfen, solche auch immer in älteren Zeiten auf diese Art von den Juden geschehen seyn. Das Verkaufen des Fleisches in kleinen Stücken ist nicht allein dem Amte der Metzger sehr nachtheilig sondern es verursachet sogar, daß das Amt ganz aufhören muß; die Juden verkaufen ihr Fleisch schon am Freytage, die Metzger, welche schlachten müßen, können also am Samst-Tage ihre Fleisch nicht mehr verkaufen; die Juden brauchen keine scharrenmässige Waare zu liefern, keine Tage zu halten, sie schlachten nur dann, wenn das fette Vieh genug zu haben und wohl feil ist, z.b. im Herbste, in den Jahres Zeiten, wenn das Vieh selten und theuer ist, schlachten sie nicht; die Metzger müßen aber in diesen theueren Zeiten Fleisch liefern. Offenbar bringt also der uneingeschrenkte und unordentliche Handel der Juden mit dem Fleisch das Metzger-Amt ganz zu Grunde; wenn diesem Unfuge nicht gesteuert wird, so muß die Zunft, welche aus 15 Meistern besteht, wovon ohnehin die wenigsten kaum das liebe Brod mehr haben, ganz aufhören.«(53)
Hier wird der Konkurrenzdruck, den die jüdischen Metzger auf ihre christlichen Kollegen ausübten, besonders deutlich. Da die Juden nicht in die Zunftverfassung eingebunden waren, unterlagen sie auch nicht deren restriktiven Bestimmungen. Während die Angehörigen des Metzgeramtes Vieh nur an bestimmten Tagen schlachten durften und ebenso an bestimmten Tagen verkaufen mußten, unterlagen die Juden diesen Beschränkungen nicht. Außerdem waren die Mitglieder des Metzgeramtes verpflichtet, das ganze Jahr über, also auch dann, wenn das Vieh nur teuer zu kaufen war, die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch sicherzustellen. Die Juden hingegen konnten sich auf die Jahreszeiten beschränken, in denen das Vieh günstig zu erwerben war und somit natürlich das Fleisch billiger abgeben.
Insgesamt fühlten sich die nichtjüdischen Metzger, das geht aus diesem Schreiben ganz eindeutig hervor, existenziell bedroht.

Am 25. August 1808 kommt es noch einmal zu einer Beschwerde des Gildemeisters über den Handel der Juden mit Vieh und Fleisch.(54) Inzwischen hatte sich die Rechtslage allerdings grundsätzlich geändert. Nach der französischen Besetzung Westfalens war Warendorf Teil des Großherzogtums Berg geworden. Hier war aufgrund eines vom großherzoglich bergischen Administrationskollegium in Münster am 26. Juli 1808 erlassenen Ministerialreskriptes die Gleichstellung der Juden in steuerlicher und wirtschaftlicher Hinsicht angeordnet worden. Von diesem neuen Geist zeugt der Brief des beklagten Juden Beer an den Magistrat von Warendorf vom 21. September 1808:

»Den Juden ist es erlaubt in der Stadt zu schlachten, und das Fleisch zu verkaufen, von dieser Befugniß mache ich Gebrauch; hierein kann mich Niemand, und selbst die Pollizey nicht hinderen, wenn ich nur gesundes Fleisch verkaufe. Der größte Teil der Bürgerschaft freuet sich auch darüber, daß ich mich mit dem Schlachten abgebe, denn ich verkaufe das Fleisch immer wohlfeiler, als es die hiesigen Metzger thuen. Aus aber dieser Ursache müste ich von dem wohllöblichen Magistrate in meinem Gewerbe gehandhabet werden; allein ich muß leider das Gegentheil hiervon erfahren.«(55)

2. Das 19. Jahrhundert: Zwischen Emanzipation und Reaktion

2.1 Ein Bericht des Warendorfer Bürgermeisters

Auch in der Folgezeit blieb die Frage der Erwerbstätigkeit der Juden in der Diskussion. Wie stark auch im aufgeklärteren Bürgertum immer noch alte Vorurteile vorhanden waren und wie sehr gleichzeitig die beginnende Gleichberechtigung der Juden auf Ablehnung stieß, läßt sich aus einem Bericht des Warendorfer Bürgermeisters Schnösenberg aus dem Jahre 1818 ersehen. Aufgrund einer Regierungsverfügung mußten alle Bürgermeister ausführliche Berichte über den *»hiesigen, jeziegen und früheren Zustand«* (56) der an ihrem Ort ansässigen Juden an die Regierung schicken.
In Schnösenbergs Bericht vom 13. März 1818 heißt es:
»Im allgemeinen legt man den Juden hier wenig Empfänglichkeit und Neigung zur geistigen und moralischen Bildung zu. Ihre Erziehung ist die alte, bloß für Handel und Wandel berechnet, noch hat sich ihre Lebensart geändert. Die Gleichheit des Standes, die sie unter der vorigen Regierung (gemeint ist die französische Administration des Großherzogtums Berg; d. Verf.) *mit allen Staats Einwohnern theilten, hat auch nicht im mindesten vorteilhaft auf sie gewirkt. Hier wenigstens hat keiner von ihnen ein Handwerk ergriffen, keiner sich dem Ackerbau, keiner den Studien gewidmet. Der Schacher ist ihr lieblings Fach, alles andere gefält ihnen nicht. Besonders geneigt sind sie zum Hausir Handel, diesem auf die Moralität so nachtheilig wirkenden Geschäfte, bei welchem sie so manchem Unkundigen, besonders Landleuten durch den Verkauf schlechter Waaren, mit unter zu nicht wohlfeilen Preißen durch Eintausch von allerhand Produkten u.s.w. übervortheilen, speziälle Fälle kann ich hierüber hinsichtlich der hiesigen Juden nicht angeben; ich muß mich bloß auf allgemeine hierüber gesammelte Angaben beschränken; eben so bin ich auch nicht im Stande, einzelen die Mißbräuche aufzustellen, welche beim Wechseln unter den Verschiedenen in dem Reskripte benannten Umständen vorgehen, so wie ich auch die sonst drückenden Maximen nicht angeben kann, welche bei Gelegenheit, wo sich einer, der in Geld Verlegenheit ist, ihnen in die Arme werfen muß, von ihnen angewandt werden, da man solche Vorfälle stets geheim zu halten bemühet ist.«*(57)
Die Vorurteile, die Schnösenberg gegenüber den Juden äußert und die er sicherlich mit vielen seiner Zeitgenossen teilte, basierten also in allererster Linie auf der Erwerbstätigkeit der Juden. Dementsprechend fallen auch seine Vorschläge aus, wie man die Situation verbessern könne:
»Um die Moralität der Juden zu befördern, dürfte meines Erachtens vor allem nothwendig seyn, ihnen das Hausiren durchaus nicht ferner zu gestatten, dann ferner dürfte darauf zu halten seyn, daß überall gehörig unterrichtete und approbirte Lehrer zu ihrem Unterrichte angestellt würden. Die Familien dürften in allen Orten auf eine gewisse Zahl zu beschränken, davon bloß den Vermögenden und angesehensten den Handel zu gestatten, jeder an-

dere aber zur Ergreifung eines soliden Handwerks oder des Ackerbaus anzuhaltn, der Handel selbst der Vermögenden nur unter bezahlung hoher Abgaben, dagegen aber das Gewerbe treiben unter gleichen Rechten und Vortheilen mit den Kristlichen Einwohnern zu erlauben seyn. Um übrigens die fernere Verbreitung der Juden zu verhindern würde es gut seyn, keine Fremden dieser Nation im Staate aufzunehmen, und den Einheimischen das Heirathen auf alle Art zu erschweren, es aber nur gegen gewisse nach Verhältniß des Stande und Vermögens festzusetzende Abgaben, und zwar nur dann zuzugeben, wenn beide Theile genügend nachweisen, daß sie im Stande sind, sich von dem zu ergreifenden Gewerbe oder von ihrem Vermögen zu ernähren. Ich glaube, daß diess sehr zu Verschmelzung der jüdischen Nation beitragen würde.«(58)
Schnösenbergs Ablehnung der Gleichberechtigung der Juden ist deutlich zu spüren. Seine Vorschläge laufen letzten Endes darauf hinaus, die den Juden während der französischen Besetzung gewährten Rechte wieder zu nehmen.
Über Jahrhunderte hatte man den Juden nur die Ausübung bestimmter Berufe zugebilligt. Nun fordert man von ihnen, daß sie diese Berufe aufgeben und sich anderen Gewerbezweigen zuwenden und dies gerade jetzt, wo bei zunehmender Liberalisierung des Wirtschaftslebens und immer stärkerer Ausprägung kapitalistischer Wirtschaftsformen gerade die Wirtschaftszweige Geldverleih und Handel von immer größerer Bedeutung werden.

Allerdings sahen auch wohl Teile der Juden selbst diese einseitige Ausrichtung auf bestimmte Wirtschaftszweige und Berufe als Problem an. Im Jahre 1825 wurde in Münster von Prof. Dr. Alexander Haindorf der Verein zur »Beförderung von Handwerken und Künsten unter den Juden« gegründet. 1839 wurde die von diesem Verein getragene Schule öffentlich anerkannt und kam später in den Genuß einer von Haindorfs Schwiegervater Elias Marcks ausgesetzten Stiftung. Diese Marcks/Haindorf-Stiftung wurde zu einem Zentrum jüdischer Lehrerbildung, gleichzeitig widtmete man sich aber auch weiterhin der Handwerksausbildung.
Die Anstalt erhielt auch ständig Spenden aus Warendorf, sowohl von jüdischen wie nichtjüdischen Bürgern. 1836 spendeten acht Warendorfer Bürger (sechs Juden und zwei Nichtjuden) insgesamt 14 Reichstaler.(59) Die Warendorfer Juden haben ihre Kinder allerdings wohl nicht auf diese Anstalt geschickt, zumindest erfahren wir nichts davon. Erwähnt wird lediglich, daß 1834 ein Lehrer Lehmann aus Warendorf an dieser Anstalt ausgebildet worden ist (60) und daß 1846 Wolf Blumenthal aus Warendorf hier als Lehrer examiniert wurde.(61)

Die Warendorfer Juden blieben im Großen und Ganzen ihren alten Berufen im Bereich des Handels und des Schlachtens treu, sieht man einmal von den wenigen Ausnahmen wie dem Schriftsetzer Ludwig Hertz und Elias Hirsch ab, der in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Leihbibliothek betrieb.(62) Dieses Beharren der Juden in ihren alten Berufen verwundert auch nicht, konnten sie es doch unter den Bedingungen der Gewerbefreiheit zu Erfolg bringen.

2.2 Die Emanzipationsgesetzgebung

Im Jahr 1847 beriet der von König Friedrich Wilhelm IV. einberufene vereinigte Landtag auch über die Lage der Juden in Preußen. Am 23. Juli 1847 verabschiedete er das Gesetz über die Verhältnisse der Juden. Durch dieses Gesetz wurden sämtliche preußische Juden unter ein einheitliches Recht gestellt, sie erhielten Freizügigkeit im Inland und das passive Wahlrecht für die kommunalen Ämter. Gleichzeitig wurde in diesem Gesetz

die Verfassungsform der jüdischen Gemeinden geregelt, denen Korporationsrechte öffentlicher Art eingeräumt wurden. »Jede jüdische Gemeinde wurde zu einer mit Korporationsrechten ausgestatteten, öffentlich anerkannten Religionsgesellschaft.«(63)
In der Verfassungsurkunde vom 5. Dezember 1848 wurde die Gleichstellung der Juden rechtlich vollzogen, dies wurde auch in der revidierten Verfassung vom 31. Januar 1850 nicht mehr zurückgenommen. Damit war die Gleichstellung der Juden rechtlich zwar vollzogen, in der Praxis unterlagen die Juden jedoch noch immer Beschränkungen, obwohl im Prinzip die Einschränkungen des Emanzipationsgesetzes von 1847 durch die Grundsätze der Gewissens-, Glaubens-, und Kultusfreiheit der preußischen Verfassung hinfällig geworden waren.
»Doch die Realität sah bald anders aus. Die schon in der Revolution 1848/49 einsetzende monarchische Gegenrevolution und die beginnende Reaktionsphase sorgten dafür, daß entgegen der Verfassung von 1848 einige beschränkende Paragraphen des Emanzipationsgesetzes vom 23.7.1847 als weiter gültig erklärt wurden. . . . Die Widersprüchlichkeiten in der Verfassung von 1850 in den Artikeln 4,12 und 14, die implizite Festmachung des Prinzips des ›christlichen Staates‹ im Artikel 14 sorgten in der reaktionären Verwaltungspraxis nach 1850 dafür, das die restriktiven Einschränkungen des Emanzipationsgesetzes von 1847, insbesondere im Bereich der Staatsämter, wieder aufgenommen und durchgeführt wurden. Der neue Artikel 14 der Verfassung von 1850 schränkte im Sinn und Wortlaut den Gleichberechtigungsparagraphen (Art. 12) erheblich ein und beraubte ihn fast seines Inhalts durch die Neubetonung des christlichen Staatscharakters.«(64)
Am deutlichsten wird diese Problematik bei der Behandlung der verschiedenen Religionsgesellschaften. Zwar waren auch die Synagogengemeinden öffentlich-rechtliche Körperschaften geworden und in soweit den christlichen Religionsgesellschaften gleichgestellt, in der Praxis allerdings findet sich eine völlige Ungleichbehandlung. »Trotz der formalen Gleichstellung mit den christlichen Religionsgesellschaften besaß die jüdische Religionsgesellschaft eine niedrigere Rechtsstellung. Ihr wurde z. B. nicht das Privileg eingeräumt, die Rabbiner als öffentliche Beamte durch den Staat anerkannt zu sehen.«(65)
Das Judengesetz vom 23.7.1847 ordnete darüber hinaus die Zwangsmitgliedschaft eines jeden Juden in der Synagogengemeinde seines Wohnorts an. »Das bedeutete eine Einschränkung der Freiheit in Glaubensfragen – der Zwang, sich als Jude zu bekennen, trat an ihre Stelle. Gleichzeitig war dadurch jeder wahlberechtigte Jude verpflichtet, seine Steuerbeiträge innerhalb der und für die Synagogengemeinde zahlen zu müssen.«(66)
Dieses Prinzip der Zwangsmitgliedschaft wurde erst 1876 außer Kraft gesetzt.
Ein weiterer schwerwiegender Nachteil der jüdischen Gemeinden gegenüber christlichen Religionsgesellschaften war, daß das Gesetz von 1847 als einzige Organisationsebene die kommunale Ebene vorsah. Die Synagogengemeinden waren rechtlich vollkommen selbständige Gebilde ohne einen überregionalen, organisatorischen Zusammenhang untereinander. Die einzelne jüdische Gemeinde verfügte deshalb zwar über eine große Autonomie, »andererseits bedeutete der Mangel an Zusammenhalt und Verbindung der Judengemeinden untereinander eine Schwächung in der Vertretung übergemeindlicher Interessen (z. B. gegenüber dem Staat) und eine Verkümmerung der kleinen und kleinsten Synagogengemeinden. Da die staatlich anerkannten Gemeinden zwangsweise Steuern von ihren Mitgliedern erheben konnten, waren nur große Gemeinden in der Lage, wichtige Vorhaben (Synagogenbau, Aufbau eines eigenen Schulwesens, Anstellung von Kultusbeamten) durchzuführen – für die kleinen, finanzschwachen Gemeinden gab es keine Unterstützung durch eine übergemeindliche, regionale

Organisation.«(67) Wie im nächsten Kapitel zu zeigen sein wird, wirkte sich dieses gerade auch für die Warendorfer Synagogengemeinde besonders nachteilig aus.
Die Synagogengemeinde unterstand, was Organisation und Verwaltung anging, strikter Regierungsaufsicht. So wurden z. B. die Wahlen von einem Staatsbeamten geleitet.
Nicht nur auf dem Gebiet der Organisationsform der jüdischen Gemeinden bestanden noch immer Unterschiede zu anderen Religionsgesellschaften. Vielmehr gab es auch noch andere Beschränkungen hinsichtlich der Freizügigkeit gegenüber den Juden. So war ihnen auch weiterhin noch das Amt des Richters verwehrt. Vor allem das katholische Zentrum versuchte noch bis 1880 eine weitergehende Emanzipation der Juden zu verhindern.(68) Vor dem Hintergrund der immer weiter fortschreitenden Industrialisierung und der damit einhergehenden tiefgreifenden Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Preußen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, ließ sich die Emanzipation der Juden aber nicht mehr aufhalten.(69) Am 3. Juli 1869 wurden durch das »Gesetz, betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung« alle noch bestehenden Beschränkungen aufgehoben.

2.3 Die demographischen Veränderungen in der jüdischen Bevölkerung Warendorfs im 19. Jahrhundert

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Anzahl der jüdischen Einwohner Warendorfs im 19. Jahrhundert:

Zahl der Juden in Warendorf von 1801 bis 1892 (70):

	Personen	Familien
1801	–	16
1803	88	18
1812	67	–
1816	65	11
1827	83	17
1833	99	17
1840	82	–
1846	53	13
1853	53	–
1861	61	–
1869	–	11
1892	–	9

Die hohen Personenzahlen im Vergleich zur Familienzahl erklären sich dadurch, daß in den Statistiken auch die jüdischen Bediensteten der einzelnen Familien aufgenommen sind.
Es fällt auf, daß die Zahl der in Warendorf lebenden Juden nach 1803 zunächst stark rückläufig ist, um dann zwischen 1816 und 1833 auf den höchsten Wert anzusteigen. Nach 1840 sinkt die Anzahl der Juden ab.

Der Rückgang der Zahl der in Warendorf lebenden Juden zu Beginn des 19. Jahrhunderts ist hauptsächlich zurückzuführen auf die neugewonnene Freizügigkeit während der französischen Besetzung und hier vor allem auf die Tatsache, daß nun auch wieder Juden in Münster ansässig werden konnten. War Warendorf bis zu diesem Zeitpunkt das Zentrum jüdischen Lebens im Münsterland, verlagerte es sich nun in die Provinzialhauptstadt.

So ist auch nicht verwunderlich, daß der erste in Münster neu aufgenommene Jude aus Warendorf stammte. Schon 1803 hatten Abraham Leffmann und Herz Windmüller aus Warendorf beim münsterschen Magistrat ein Gesuch auf Niederlassung gestellt. Dieses war aber ohne Begründung abgelehnt worden.(71)
1809 bat der Kaufmann Levi Leffmann aus Warendorf und sein Sohn Salomon aus Telgte ebenfalls um die Verleihung des Münsteraner Bürgerrechts. Im gleichen Jahr ersuchte auch der Warendorfer Jude Nathan Elias Metz den münsterschen Magistrat um die Genehmigung, sich in Münster niederlassen zu dürfen. Trotz der durch die bergische Gesetzgebung den Juden inzwischen gewährten Gleichberechtigung, lehnte der Magistrat diese Anträge ab. Der Kaufmann Metz gab sich damit allerdings nicht zufrieden und stellte einen neuen Antrag.(72) Nachdem er augenscheinlich Zeugnisse über seine Vermögensverhältnisse beigebracht hatte, schickte ihm der Münsteraner Maire am 13.2.1810 folgendes Schreiben:
»Der Maire ad interim an den Handelsmann Herrn Nathan Elias Metz aus Warendorff. Auf nunmehr beygebrachte Zeugnisse über ihre gute Vermögensumstände wird Ihnen die Erlaubnis zum hießigen Aufenthalt hiemit ertheilt.
Ich grüsse Sie mit Achtung.«(73)
Allein in diesem Jahr 1810 folgten Nathan Elias Metz noch vier weitere Warendorfer Juden nach Münster: Abraham Leffmann, Leffmann Levi Leffmann, Abraham Koppel und Leffmann Joseph Leffmann.(74) Es handelte sich um Kaufleute, die in Münster bessere Chancen für ihr Geschäft sahen.

Der erneute Anstieg der Zahl jüdischer Bürger in Warendorf nach 1816 beruhte hauptsächlich auf dem Zuzug von Juden aus der näheren und ferneren Umgebung. So weist das Bürgerbuch der Stadt Warendorf den Zuzug von Juden aus Freckenhorst, Ennigerloh, Gütersloh, Burgsteinfurt, Sendenhorst und Ahlen auf.(75)
Der Rückgang der jüdischen Bevölkerungszahl nach 1840 dürfte wiederum hauptsächlich auf Wanderungsverluste zurückgehen und auf eine niedrigere Geburtenrate in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

2.4 Zur Sozialstruktur der Warendorfer Juden im 19. Jahrhundert

Über die Sozialstruktur der jüdischen Einwohner Warendorfs liegen aus der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts nur sehr spärliche Informationen vor. Durch eine Tabelle aus dem Jahre 1805 (76) sind wir über den jüdischen Grundbesitz in der Stadt Warendorf unterrichtet. Danach besaßen folgende Juden in Warendorf Grundbesitz: David Breslau, Levi Windmüller (3 Häuser), Joseph Leffmann (2 Häuser), Levi Leffmann (2 Häuser), Hirsch Jakob, Gumpert Isaac, David Leffmann (3 Häuser) und die Wittwe Benjamin. Zwei der hier aufgezählten Häuser hatten allerdings nur einen Wert von je 150 Reichstalern und es dürfte sich wohl eher um Stallungen oder Lagergebäude gehandelt haben als um Wohngebäude. Der Gesamtwert der jüdischen Besitzungen wird mit 14.690 Reichstalern angegeben, wobei das Haus des Hirsch Jakob mit 3000 Reichstalern den höchsten Wert hatte.(77)
Geht man davon aus, daß zu diesem Zeitpunkt wie im Jahre 1803 18 jüdische Familien in Warendorf ansässig waren, lassen diese Angaben über den Grundbesitz auf eine stark differenzierte Sozialstruktur innerhalb der jüdischen Bevölkerung schließen. Die Mehrheit der Juden besaß keinen Grundbesitz in Warendorf, während vier von ihnen mehr als ein Haus besaßen. Ein Indiz für eine solche, inhomogene Sozialstruktur ist auch die sehr große Streuung beim Wert der einzelnen Gebäude.

1816 besaßen sieben Juden in Warendorf Grundbesitz, der Häuserwert betrug 11.190 Reichstaler.(78) Der Rückgang der Zahl jüdischer Grundbesitzer in Warendorf erklärt sich mit der rückläufigen Zahl jüdischer Einwohner.
Einen weiteren Einblick in die Sozialstruktur der jüdischen Bevölkerung zu Beginn des 19. Jahrhunderts erlauben Angaben über die *»Haupterwerbszweige der Juden in Warendorf«* aus dem Jahre 1818.(79) Zwölf Juden lebten vom *»Handel in ihren Häusern, die Metzgerei daunter begriffen«*, zwölf vom *»Hausiren«*, einer von *»Künsten und Wissenschaften«*, und zwei betätigten sich als *»Schullehrer und Hausinformatoren«*.
Vor allem bei den Händlern dürfte sich durch die im Laufe des 19. Jahrhunderts erreichte Freizügigkeit eine Umstrukturierung bemerkbar gemacht haben. Es ist davon auszugehen, daß es gerade die vermögenderen Händler und Kaufleute waren – wie es auch das Beispiel des Nathan Elias Metz zeigt –, die von Warendorf nach Münster verzogen. Die meisten der kleineren jüdischen Händler, die sozial eher der Mittelschicht oder der Unterschicht zuzurechnen waren, wie das sicherlich bei einigen »Hausierern« der Fall gewesen sein dürfte, werden eher in Warendorf geblieben sein.

2.5 Die Familiennamen der Juden

Bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts war es üblich, bei Briefen oder anderen Schriftstükken die Bezeichnung »Jude« vor den Namen zu setzen. Wie das o. a. Schreiben an Nathan Elias Metz zeigt, wurde diese Titulierung von den Behörden in der Zeit der französischen Besetzung nicht mehr benutzt. Auch unter preußischer Herrschaft wurde sie nicht wieder eingeführt, vielmehr wurden die Behörden ermahnt, sie auf jeden Fall zu unterlassen. So schrieb am 3.11.1836 die königliche Regierung zu Münster dem Landrat Freiherr v. Twickel, daß ein Fall vorgekommen sei, wo auf der Adresse die Titulierung *Jude«* benutzt worden sei. *»Da es durchaus ungebräuchlich ist auf den Adressen die Religion oder auch die Nation zu bezeichnen, welcher derjenige an welchen die Zuschrift gerichtet ist, angehört, so machen wir . . . ausdrücklich darauf aufmerksam, daß eine derartige Unschicklichkeit vermieden werde.«*(80)
Ein Problem bestand aber noch darin, daß bei den Juden bis dahin feste Familiennamen nicht üblich gewesen waren. 1845 wurden sie zur Annahme feststehender und erblicher Familiennamen verpflichtet. Die Warendorfer Juden übernahmen bis auf vier Ausnahmen (81) ihre bisherigen Familiennamen.

2.6. Die Einrichtung der Warendorfer Synagogengemeinde

Das schon erwähnte Gesetz vom 23.7.1847 ordnete für die Juden in Preußen die Einführung einer neuen Gemeindeverfassung an. Schon kurz nach Verkündigung dieses Gesetzes begann das Warendorfer Landratsamt eine Befragung der Juden im Kreis Warendorf, in welchem Ort die Synagogengemeinde gebildet werden sollte. Dabei sprachen sich die Juden aus Beelen, Harsewinkel und Ostenfelde für Warendorf als Sitz der Gemeinde aus.(82) Die Freckenhorster Juden wollten *»als eine für sich bestehende Synagogengemeinschaft bestehen«* (83), da sie über einen geeigneten Betsaal verfügten und außerdem die Anzahl männlicher Juden groß genug sei.
Durch Regierungsverfügung vom 20.6.1849 wurden dann aber doch sämtliche im Kreis Warendorf ansässige Juden zu einer Synagogengemeinde vereinigt, die ihren Sitz in der Stadt Warendorf hatte.(84) An der Spitze der Gemeinde stand ein Vorstand, bestehend aus drei Mitgliedern und drei Stellvertretern, sowie ein Repräsentanten-Kollegium mit neun Mitgliedern und vier Stellvertretern. Vorsteher und Repräsentanten wurden auf sechs Jahre gewählt.

Die erste Wahl dieser Gremien fand am 20.4.1848 in Warendorf unter Aufsicht des Bürgermeisters statt.(85) Wahlberechtigt waren *»sämtliche, männliche, volljährige, unbescholtene Mitglieder der Synagogen-Gemeinde, welche sich selbständig ernähren und mit der Entrichtung der Abgaben für die Synagogen-Gemeinde während der letzten drei Jahre nicht in Rückstand geblieben«* (86) waren. Insgesamt waren 1848 24 Mitglieder der Warendorfer Synagogengemeinde wahlberechtigt, 20 nahmen an der Wahl teil.(87) Den ersten Vorstand der Warendorfer Synagogengemeinde bildeten Elias Metz aus Warendorf, Levi Rheinberg aus Warendorf und Philipp Marcus aus Freckenhorst. Dem Repräsentantenkollegium gehörten sieben Mitglieder aus Warendorf und zwei Mitglieder aus Freckenhorst an.(88)
Als in den folgenden Jahren die Zahl der wahlberechtigten Gemeindemitglieder immer weiter abnahm, war es nicht mehr möglich, sämtliche Ämter zu besetzen. So wurde am 22.8.1892 das Gemeindestatut dahingehend geändert, daß statt der drei stellvertretenden Vorsitzenden nur noch ein Stellvertreter und statt der vier Stellvertreter der Repräsentanten nur noch drei gewählt werden sollten.(89)

2.7 Die finanzielle Situation der Synagogengemeinde

Wie schon gesagt, mußte die Synagogengemeinde ihre Aufwendungen ausschließlich aus eigenen Einnahmen bestreiten. Sie erhielt keinerlei staatliche Zuschüsse. Wie belastend dies für die einzelnen Gemeindemitglieder war, zeigt die *»Hebeliste der Bedürfnisse der Synagogengemeinde zu Warendorf pro 1879«* (90). Die Höhe der Beiträge der einzelnen Mitglieder richtete sich nach ihrem Steuersatz in der Klassen- und Einkommensteuer. Dabei wurde pro Mark Steuer 1,66 Mark für die Synagogengemeinde erhoben. Im einzelnen ergaben sich dabei für das Jahr 1879 folgende Beträge:

Hebeliste der Bedürfnisse der Synagogengemeinde zu Warendorf pro 1879

Name	Steuersatz in der Klassen- und Einkommensteuer	Beitrag für die Synagogengemeinde
Gemeindemitglieder aus Warendorf:		
Raphael, Falk	144,00	239,28
Goldschmidt, Bernhard	90,00	149,55
Leffmann, Emanuel	42,00	69,79
Fröhlich, Jonas	24,00	39,88
Fröhlich, Hermann	24,00	39,88
Dessauer, Jakob	48,00	79,76
Elsberg, Moses	30,00	49,85
Lehmann, Levy	30,00	49,85
Feldheim, Gerson	18,00	29,91
Elsberg, Leeser	30,00	49,85
Loewenberg, Philipp	6,00	9,97
Siegel, Moses	24,00	39,88
Gemeindemitglieder aus Freckenhorst:		
Meyer, Salomon	60,00	99,70
Leffmann, Joseph	12,00	19,94
Leffmann, Isaac	3,00	4,98
Rosenberg, Isaac	3,00	4,98
Leffmann, Leffmann	6,00	9,97

Ising, Victor	3,00	4,98
Gemeindemitglieder aus Beelen:		
Herz, Jakob	30,00	33,25 (91)
		1025,25

Betrachtet man zunächst die Steuersätze in der Klassen- und Einkommensteuer, fällt erneut eine starke soziale Differenzierung ins Auge. Während Falk Raphael und Bernhard Goldschmidt mit 144 bzw. 90 Mark Einkommensteuer den höchsten Betrag zu entrichten haben, liegen alle anderen Gemeindemitglieder weit darunter. Die größte Gruppe mit neun Gemeindemitgliedern liegt bei einem Steuersatz zwischen 24 und 48 Mark. Während in Warendorf nur ein Jude, Phillipp Loewenberg, mit 6 Mark einen extrem niedrigen Steuersatz hat, sind es in Freckenhorst vier Juden mit einem Steuersatz von drei bzw. sechs Mark. Sie gehörten damit sicherlich zu einer unteren Einkommensgruppe.
Während die Sozialstruktur der Warendorfer Juden – sieht man von Raphael und Goldschmidt mit ihren relativ hohen Steuersätzen ab – relativ homogen war und sie sozial wohl zur Mittelschicht zu rechnen sind, kann man die vier Freckenhorster Juden mit dem niedrigsten Steuersatz sicherlich eher einer unteren sozialen Schicht zurechnen.
Aus dieser Sozialstruktur der Warendorfer Synagogengemeinde ergibt sich, daß ihre finanzielle Situation nicht besonders günstig war. Zwar waren die Belastungen für jedes einzelne Mitglied beträchtlich, doch reichten die eingenommenen Beträge kaum aus, um sämtliche Aufgaben der Synagogengemeinde zu finanzieren. Dazu wären weit mehr kapitalkräftige Gemeindemitglieder notwendig gewesen.
Der Etat der Warendorfer Synagogengemeinde für das Jahr 1880 (92) weist an weiteren Einnahmen 90 Mark aus Schuldgeldern und 12 Mark Zinsen aus einem bei der Warendorfer Kreissparkasse angelegten Kapital von 300 Mark aus. Die gesamten Einnahmen betrugen demnach 1.127,25 Mark.

Die Ausgaben setzten sich im gleichen Jahr wie folgt zusammen (93):

1. Für Besoldung des Cantors und Religionslehrers einschließlich Heizung der Schule	900,00
2. Besoldung eines Küsters	45,00
3. Beleuchtung der Synagoge	45,00
4. Reparaturen an der Synagoge, Feuerversicherungsbeiträge und sonstige unvorhergesehene Ausgaben	90,00
5. Zinsen auf eine Kapitalschuld von 350 Mark	47,25
	1.127,25

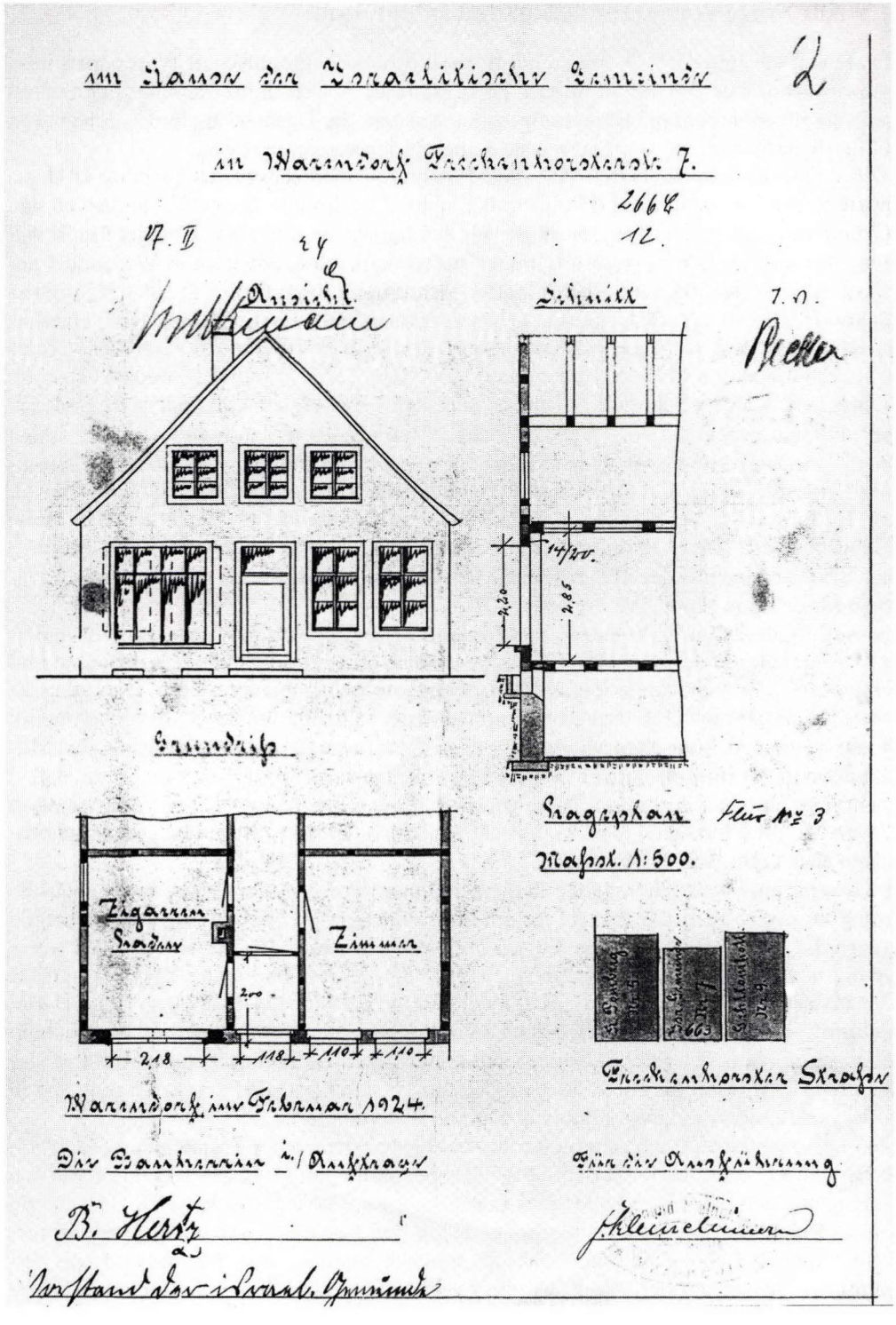
Der Etat war also extrem knapp bemessen, vor allem waren kaum Reserven für eventuell notwendig werdende Ausgaben, die vorher nicht absehbar waren, vorhanden.

2.8 Das jüdische Schulwesen in Warendorf

Wie wir aus dem Etat der Synagogengemeinde von 1880 ersehen, bezog sich der bei weitem größte Ausgabenposten auf die Unterhaltung eines jüdischen Schulwesens, vor allem die Besoldung des Religionslehrers.
Die erste Erwähnung eines jüdischen Lehrers in Warendorf stammt aus dem Jahre 1719.(94)
Einige Schullehrer aus dem 19. Jahrhundert sind uns namentlich bekannt. 1805 war

Elias Hirsch Schulmeister, der spätere Leihbibliothekar.(95) Im Jahre 1810 wird Aron Abraham als Schullehrer erwähnt. Nach einem Bericht des Bürgermeisters war er *»ungefehr vierzig Jahre alt, von einem Rabiner gebildet, ein sehr artiger und thätiger Mann. Er war zugleich Vorsänger und Schächter.«* (96) Als Gehalt erhielt er 100 Reichstaler.
Die erste Angabe über die Zahl der jüdischen Schulkinder ist erst aus dem Jahre 1827 überliefert, damals besuchten zehn Kinder die Schule. 1835 waren es 26, 1840 22 und 1845 11 (97).
Aron Abraham blieb bis zum Jahr 1831 im Amt. Von 1831 bis 1834 war Leopold Lehmann Lehrer an der jüdischen Schule in Warendorf.(98) Sein Nachfolger von 1834 bis 1845 war Hermann Silberstein. Im Jahresbericht der jüdischen Gemeinde über die Schultätigkeit von 1845 heißt es: *»Die Schule ist seit dem Winterkurse wegen Uneinigkeit der Gemeindemitglieder respective Mangel an Besoldung eingegangen.«*(99)
Im Jahr 1867 wird der Unterricht wieder aufgenommen, der Name des Lehrers ist Katzenstein.(100)

Obwohl allein die Synagogengemeinde die Aufwendungen für den Schulunterricht aufzubringen hatte, unterlag das jüdische Schulwesen dennoch einer strengen staatlichen Aufsicht. So erhielt der Warendorfer Landrat am 6. August 1872 folgenden Revisionsbericht über die jüdische Schule in Warendorf:
»Nach dem Ergebnisse der am 2. d. M. vorgenommenen Revision der dortigen jüdischen Privatschule sind die Leistungen derselben im Lesen und Rechnen recht gut, sehr schwach dagegen im schriftlichen Gedankenausdrucke, namentlich im Hinblicke auf die Incorrectheit der betreffenden Arbeiten in grammatischer und orthographischer Beziehung. (. . .) Von der Geographie abgesehen, in welcher einiger Unterricht ertheilt worden ist, liegt der Realunterricht noch sehr darnieder. Der Lehrer Katzenstein ist auf diese Mängel vom Revisor aufmerksam gemacht und aufgefordert worden, sich die Abstellung derselben ernstlich angelegen sein zu lassen.
An Lehrmitteln besitzt die von 19 Schülern und Schülerinnen besuchte Schule außer einer Wandtafel nur eine durch Schmutz fast unbrauchbar gewordene Karte von Europa.
Die Sitzbänke sind so hoch, daß die Füße der Kleinen den Boden nicht erreichen können.
Es ist daher der Synagogengemeinde zu empfehlen, für die Schule mindestens noch die Karte von Deutschland und Palästina anzuschaffen und die Bänke in entsprechender Höhe mit Fußbrettern zu versehen. Auch erscheint es dringend wünschenswert, daß die materielle Lage des Lehrers, welcher neben freier Wohnung ein Gehalt von 230 und eine Zulage von 30 Rthlr. bezieht, mit Rücksicht auf dessen zahlreiche Familie eine Verbesserung erhalte.«(101)
Der Bürgermeister forderte den Vorsteher der jüdischen Gemeinde, Jakob Dessauer, danach auf, die Mängel zu beseitigen. Dies wurde von Dessauer auch zugesagt, jedoch sei es wohl unmöglich, das Gehalt des Lehrers zu erhöhen, da die Gemeinde auch in Zukunft kaum in der Lage sein würde, mehr Geld aufzubringen, zumal zwei Gemeindemitglieder Warendorf verlassen hätten, die beide jährlich je 70 Taler bezahlt hätten.(102)
Trotz dieser drückenden finanziellen Lage wurde das Gehalt des Lehrers auf 280 Taler erhöht. Von 1904 bis 1906 betrug es 300 Taler.(103)
Die kleine jüdische Gemeinde Warendorfs, die über keine besonders wohlhabende Mitglieder verfügte, war also kaum in der Lage, einen geordneten Schulbetrieb aufrechtzuerhalten.



Das ehemalige jüdische Schulhaus (Freckenhorster Straße 7) in seinem Zustand von 1924. Im Hinterhaus befand sich die Synagoge

2.9 Zur Frage von Assimilation und Integration

Inwieweit die Juden im 19. Jahrhundert in die städtische Gesellschaft Warendorfs integriert waren, läßt sich nur vermuten. Peine führt als Beweis dafür, daß die Juden schon früh als gleichberechtigte Bürger angesehen wurden, die Tatsache an, daß in den großen bürgerlichen Vereinen Warendorfs stets auch Juden vertreten waren.
»Zu den Gründern des ersten Warendorfer Bürger-Schützenvereins im Jahre 1841 gehörten zwei Juden, nämlich Hirsch und Emanuel Leffmann. Sie gehörten also zu den Gründern eines reinen Bürgervereins, ein Zeichen dafür, daß sie voll eingebürgert waren. In späteren Jahren gehörten immer Juden dem Schützenverein in Warendorf an, wie z. B. 1858: Kaufmann Leon Metz, 1861: Kaufmann Jonas Fröhlich, 1863: Kaufmann Salomon Rheinberg, 1865: Kaufmann Moses Elsberg und Levi Lehmann, 1867: Händler August Dessauer, 1868: Lehrer Katzenstein, der 1872 im Vorstand des Schützenvereins war, 1888: Kaufmann Jonas Elsberg und Levi Herz, 1889: Händler Bernhard Herz. Im Jahre 1892 wurden Salomon Leffmann und Jonas Elsberg zu Mitgliedern der Schießkommission ernannt. (. . .) Auch in anderen bürgerlichen Vereinen waren die Juden aus Warendorf Mitglieder. Der 1810 in Warendorf gegründeten ›Gesellschaft Harmonie‹, die das gesellige Leben in der Stadt pflegte, gehörten seit 1842 auch jüdische Bürger an. Im Jahre 1842 trat Kaufmann Elias Metz dieser ›Gesellschaft‹ bei. 1857: Kaufmann Heinrich Metz, 1861: Kaufmann Hermann Fröhlich, 1862: Kaufmann Jonas Fröhlich etc. Das Verzeichnis der außerordentlichen Mitglieder führt auch viele Juden auf: Nathan Metz, Leon Metz, Elsberg etc.«(104)
Diese Mitgliedschaften können aber wohl nur als Indiz dafür gewertet werden, daß es den Angehörigen der jüdischen Oberschicht, also den vermögenderen Kaufleuten und Händlern, gelungen war, sich in die städtische Gesellschaft zu integrieren. Dies gilt ganz ohne Zweifel für die Gesellschaft Harmonie, in der sich die Elite der Stadt versammelte. Viele Namen von jüdischen Mitgliedern dieser Gesellschaft finden sich auch in den Mitgliedslisten des Bürgerschützenvereins. Es kann also davon ausgegangen werden, daß – sieht man einmal vom Lehrer Katzenstein ab – auch hier hauptsächlich vermögendere Juden Mitglied wurden. Über die jüdische Unterschicht sind aufgrund dieser Mitgliedslisten also kaum Aussagen möglich.
Es scheint eher wahrscheinlich, daß diese Juden unterer sozialer Gruppierungen große Integrationsprobleme hatten. Im gesamten 19. Jahrhundert blieben die alten Vorurteile gegen die Juden erhalten, ja sie verschärften sich sogar noch. So entwickelte sich – wie später noch gezeigt werden wird (Kap. 3) – in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der rassistische Antisemitismus. Auch wenn dieser im Münsterland von geringerer Bedeutung gewesen sein mag, »trieb doch der konfessionelle Judenhaß giftige Blüten. Sein Vorkämpfer war der 1839 in Neuenkirchen bei Rheine geborene August Rohling, der sich 1865 in Münster für altes und neues Testament habilitierte. Hier schrieb er auch sein 1817 veröffentlichtes antijüdisches Werk: Der Talmudjude.«(105)
Zwar erregte dieses Buch vielerei Kritik, wurde aber dennoch in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet und erlebte bis 1922 viele Auflagen.(106) »In Westfalen wurden allein von der 6. Auflage 38.000 Stück kostenlos unters Volk gebracht.«(107) Der Erfolg dieses Buches beruhte unter anderem wohl auf der ganz einfachen und jedermann verständlichen Sprache, »während die vielen Anmerkungen aus dem Talmud und dem rabbinischen Schrifttum den Eindruck einer gediegenen, fachwissenschaftlichen Darstellung erweckten.«(108)
Der Jude wird in diesem Buch als egoistisch, durchtrieben, unehrlich, sittlich verwahrlost und räuberisch, als Verbrecher, der sogar vor dem Mord an Christen nicht zurück-

schreckt, dargestellt. Dies wird nicht etwa als individuelle Fehlleistung eines einzelnen Juden interpretiert, sondern als dem Judentum immanent, in der Religion als solche angelegt und in den religiösen Schriften dem Juden als Auftrag aufgegeben.
Trotz dieser Schwierigkeiten, vor denen die Juden auch in Warendorf sicherlich standen, kam es nicht zu einer völligen Assimilation, d. h. zur Annahme des Christentums. Von 1818 bis 1848 trat nur ein Warendorfer Jude, Ludwig Herz, zum Christentum über. Er wurde im Alter von dreißig Jahren, am 10.4.1838 in der St. Laurentiuskirche getauft.(109) Ob und wieviele Juden im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts zum Christentum konvertierten, ist nicht bekannt. Jedoch ist davon auszugehen, daß es – wie auch in Münster (110) – nur sehr wenige waren.
Trotz aller Integrationsprobleme dürften sich die Juden, vor allem nachdem die rechtliche Gleichstellung erreicht war, mehr und mehr als Deutsche gefühlt haben. Genau wie bei den nichtjüdischen Deutschen erreichte der Patriotismus auch bei den Juden seinen Höhepunkt im Ersten Weltkrieg, bei dem auch zahlreiche Deutsche jüdischen Glaubens ihr Leben ließen.

3. Vom Judenhaß zum Antisemitismus

3.1 Überblick zur Geschichte des Antisemitismus

Im Mittelalter läßt sich der Judenhaß auf wenige Wurzeln zurückführen. Zentrale Ursache war sicherlich, daß für viele Christen die Juden am Kreuzestod Jesu Christi verantwortlich waren. Dieses Motiv des *»Christusmörder«* zog sich durch das ganze Mittelalter und führte immer wieder – vor allem während der Kreuzzüge – zu großen blutigen Massakern an der jüdischen Bevölkerung.
Sowohl das Papsttum wie die weltliche Obrigkeit reagierten auf diese Ausschreitungen sehr uneinheitlich.(111)

Die zweite Ursache des Judenhasses liegt im Aberglauben des mittelalterlichen Menschen, der für mystische Deutungen unerklärlicher Phänomene besonders empfänglich war. Dies erklärt, warum zu Zeiten von Pest, Hungersnöten oder nach Feuersbrünsten Judenverfolgungen gehäuft auftraten. So war es ja auch eine Pest, die 1350 zur ersten großen Katastrophe für die Juden im Fürstbistum Münster führte, die mit Ermordung und Vertreibung endete. Wie die Frauen, die verdächtigt wurden, Hexen zu sein, wurden die Juden zu Schuldigen gestempelt und verfolgt.

Seinen dritten Antrieb erhielt der mittelalterliche Judenhaß durch wirtschaftliche Motive. Christen war es verboten, für Geldverleih Zinsen zu nehmen. Gleichzeitig wurden den Juden immer stärkere Beschränkungen auferlegt (Verbot des Grundbesitzes, keine Zulassung zu den Zünften), ihre Abgaben, die sie an die geistliche oder weltliche Obrigkeit zu entrichten hatten, aber immer weiter erhöht. Unter diesem ökonomischem Druck mußten sich die Juden zwangsläufig dem Handel und den Geldgeschäften zuwenden. Dies war von Seiten der Obrigkeit auch erwünscht, denn fast das ganze Mittelalter herrschte hier chronischer Geldmangel.
Die Geldgeschäfte der Juden unterlagen im übrigen der Kontrolle durch den jeweiligen Landesherrn, der in der Regel auch den Zinsfuß festsetzte. Trotzdem verbreitete sich in weiten Teilen der Bevölkerung der Glaube, daß an Geldschwierigkeiten und dem daraus resultierenden Unglück nur die Juden Schuld seien.

Für die Juden wirkte sich – neben dem Verbot des Grundbesitzes – vor allem das Verbot der Ausübung eines Handwerks drastisch aus. Die Zünfte wachten eifersüchtig über ihre Vorrechte (siehe die oben beschriebene Auseinandersetzung zwischen dem Metzgeramt und den jüdischen Fleischern in Warendorf), was zu ständigen Auseinandersetzungen führte.
Die meisten dieser im Mittelalter aufgestellten Verbote und Beschränkungen hielten sich bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts.
Die Konsequenz dieses Judenhasses war, daß die Juden nicht nur als religiöse Minderheit, sondern als »Fremde« angesehen wurden, deren Auftreten in der Öffentlichkeit man genau beobachtete.

Im 19. Jahrhundert schlug der unter der Oberfläche immer latent vorhandene Judenhaß eine neue Richtung ein, er wurde zum Rassenantisemitismus.
Einer der Begründer dieser »Rassenlehre« war Joseph Arthur Graf de Gobineau (1816-1882), der in seinem »Essai sur l'inegalite des races humaines« 1853 die Theorie von der absoluten Überlegenheit der weißen Rasse entwickelte. Am reinsten habe sich diese in der arischen Rasse erhalten.
Der Begriff *»arisch«* stammt ursprünglich aus der Sprachwissenschaft, die damit eine Sprachgruppe bezeichnete, zu der romanische, slawische und germanische Sprachen gehörten.(112) Gobineau schloß von Sprachverwandtschaft auf biologische Rassenverwandtschaft – eine abenteuerliche Konstruktion!
Ende des 19. Jahrhunderts baute Houston Stewart Chamberlain (1855-1927) in seinem Hauptwerk »Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts« (1899) diese Theorie weiter aus, indem er die Gleichung »arisch = germanisch = deutsch« aufstellte. Die arische Rasse sei als einzige kulturträchtig.
Damit war die theoretische Grundlage für den nationalsozialistischen Antisemitismus gelegt, wie die folgende Passage aus Hitlers *»Mein Kampf«* zeigt:
»Würde man die Mehrheit in drei Arten einteilen: in Kulturbegründer, Kulturträger und Kulturzerstörer, dann käme als Vertreter der ersten wohl nur der Arier in Frage. Von ihm stammen die Fundamente und Mauern aller menschlichen Schöpfungen, und nur die äußere Form und Farbe sind bedingt durch die jeweiligen Charakterzüge der einzelnen Völker.«(133)
Zur weiteren Ausformung der nationalsozialistischen Rassenlehre wurden Theorien aus den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen willkürlich ausgewählt und als Beweise verwendet.
Aus einer Pervertierung der Darwinschen Lehre, dem sogenannten *»Sozialdarwinismus«*(114), wurde die Theorie vom *»Kampf ums Dasein«* entwickelt: Die arische Rasse sei allen anderen überlegen und durch einen *»Prozeß natürlicher Auslese« würden die »minderwertigen Völker«* nach und nach eliminiert.
In der weiteren Entwicklung dieser Theorie wird der arischen Rasse als Gegenpol die »jüdische Rasse« entgegengestellt.
Zu den auch für die Entwicklung des nationalsozialistischen Antisemitismus bedeutendsten Vertretern einer solchen, wissenschaftlich verbrämten Rassenlehre zählt der Berliner Nationalökonom Eugen Dühring. Sein 1881 erschienenes Werk »Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage« hat alle späteren Epigonen stark beeinflußt.
Sehr treffend wird Dührings Position in einer Untersuchung über den Antisemitismus aus den fünfziger Jahren charakterisiert:
»Noch deutlicher kommt der kollektive Minderwertigkeitskomplex Dührings dadurch zum Ausdruck, daß er die Überschätzung der jüdischen Macht ins Phantastische steigert.

Nach ihm sind nicht nur Literatur, Presse, sämtliche Parteien, Kunst, Wissenschaft, Rechtspflege, vor allem aber die von ihm aufs schärfste bekämpfte christliche Religion verjudet, sondern für ihn ist einfach alles und jedes jüdisch, was ihm mißfällt. . . . Daß er von ›Judenherrschaft‹, von ›Verjudung der Regierungen‹ spricht, kann daher nicht wundernehmen.«(115)
Alles, was subjektiv als negativ empfunden wird, wird dem Judentum zugeschrieben, eine Strategie, die von den Nationalsozialisten bis zur Vollendung getrieben werden wird.
Die antisemitische Theorie war also schon sehr früh vorhanden, der Nationalsozialismus hat kaum etwas Neues hinzugefügt. Ihm blieb die Umsetzung der Theorie in die Praxis – bis zur Vernichtung des europäischen Judentums.

3.2 Antisemitische Äußerungen in Warendorf vor der »Machtergreifung«

Wie schon im vorigen Kapitel ausgeführt wurde, dürfte der mittelalterliche und frühneuzeitliche Judenhaß sowie der religiöse Antisemitismus des 19. Jahrhunderts auch in Warendorf seine Anhänger gehabt haben.
Drei Jahre vor der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten haben wir den ersten Hinweis auf einen möglicherweise politisch motivierten Antisemitismus.
Am 21. Juli 1930 übersandte der Warenhausbesitzer Eduard Elsberg dem Warendorfer Bürgermeister Isphording eine mit rassistischen und nationalsozialistischen Schmierereien versehene Werbedrucksache seines Kaufhauses, die ihm am gleichen Tag zugegangen war.(116) (Dok. 1) Ein Unbekannter hatte das Werbeblatt mit folgendem Text versehen: *»Wir haben wenig Interesse an das israelitische Volk und deren Reklame. Ich verbitte mir solche Reklame zu machen und werde den Vorschlag machen, daß daß* (!) *Geld für nützerliche* (!) *Zwecke, wie zur Ausmalung der alten Kirche verwenden sollen.«*
Unter diesen Text setzte der annonyme Schreiber ein seitenverkehrt gezeichnetes Hakenkreuz.
Aufgrund dieses kurzen Textes Rückschlüsse auf den Verfasser ziehen zu wollen, scheint nicht möglich. Aus Orthographie und Sprachstil kann man nur entnehmen, daß der Verfasser bzw. die Verfasserin über keine allzu hohe Schulbildung verfügte.
Auch die Motive sind nicht eindeutig zu klären. Kann man aus der im Text erhobenen Forderung, das für die Reklame aufgewendete Geld besser »zur Ausmalung der alten Kirche« zu verwenden, auf einen religiös motivierten Antisemitismus schließen?
Auch ein politisch begründeter Rassismus ist nicht ausgeschlossen, das angefügte Hakenkreuz deutet sogar auf eine von nationalsozialistischen Ideen beeinflußte Einstellung. Andererseits war dieses Symbol dem Schreiber wohl nur oberflächlich bekannt, da er es seitenverkehrt zeichnet.

Eduard Elsberg selbst sah die Ursache dieses Angriffs gegen ihn und sein Geschäft jedoch eindeutig im politischen Bereich. In seinem Begleitschreiben an den Bürgermeister heißt es:
»Beiliegend übersende ich Ihnen eine mir heute zugegangene Drucksache, die beweist, in welchem Maße die hier abgehaltenen nationalsozialistischen Versammlungen verhetzend wirken. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß der Schreiber oder die Schreiberin ermittelt werden kann. Deshalb bitte ich Sie höflichst, nach dieser Richtung hin Untersuchungen anzustellen. Vielleicht gibt die Ortsgruppenliste der Nationalsozialisten hier einen näheren Hinweis.«(117)

Die daraufhin eingeleiteten Untersuchungen der Polizei führten zu keinem Ergebnis, so

daß der Bürgermeister am 13.8.1930 mitteilte, *»daß der Einsender des an Sie gerichteten Schreibens nicht hat ermittelt werden können, da jegliche Anhaltspunkte fehlen. Eine Ortsgruppe der nationalsozialistischen Partei besteht hier nicht.«*(118)
Eine auch formell selbständige Ortsgruppe der NSDAP existierte 1930 tatsächlich noch nicht, sie wurde erst im Frühjahr 1933 gegründet. Parteimitglieder gab es allerdings schon, sie wurden von der Ortsgruppe Münster betreut, die bis zum Jahr 1933 auch alle Veranstaltungen der NSDAP in Warendorf organisierte.
Die jüdischen Einwohner der Stadt Warendorf haben sich – das zeigt das Schreiben Elsbergs deutlich – durch die Tätigkeit der NSDAP schon 1930 bedroht gefühlt, und sie vertrauten auch keineswegs darauf, daß die übrige Bevölkerung Warendorfs gegen diese antisemitischen Hetzkampagnen absolut immun sei.
Noch konnten sie aber nicht ahnen, welchem Terror sie in ihrer Heimatstadt Warendorf schon wenige Jahre später ausgesetzt sein würden.

4. Die ersten Maßnahmen gegen die Juden nach der Machtergreifung

4.1 Die nationalsozialistische Machtergreifung auf lokaler Ebene

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, hatten die Nationalsozialisten ein wichtiges Ziel auf Reichsebene erreicht. In Warendorf – wie im gesamten Münsterland – war ihre Position zu diesem Zeitpunkt allerdings bei weitem nicht so stark wie in anderen Teilen Deutschlands. Das Münsterland war von jeher die Hochburg der Zentrumspartei und dies hielt sich bis zu den letzten Wahlen des Jahres 1933. Allerdings hatte die NSDAP bei den Wahlen des Jahres 1933 gegenüber den vorhergehenden Wahlen beträchtliche Zugewinne, ja sie konnte ihre Stimmen mehr als verdoppeln. Hatten bei den Reichstagswahlen vom 6.11.1932 lediglich 351 Wahlberechtigte in der Stadt Warendorf ihre Stimme der NSDAP gegeben (SPD 343, KPD 422, Zentrum 3.184)(119), waren es bei der Reichstagswahl vom 5.3.1933 920 (SPD 352, KPD 209, Zentrum 3.123)(120). Zwar behielt das Zentrum mit knapp 64% deutlich die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen, die NSDAP war aber mit 19% zur zweitstärksten politischen Kraft in Warendorf geworden und hatte die SPD deutlich hinter sich gelassen.
Dieser Trend bestätigte sich bei der Wahl des Stadtverordnetenkollegiums am 12.3. 1933. Bei 732 Stimmen für die NSDAP blieb deren Stimmanteil aufgrund der niedrigeren Wahlbeteiligung gleich.(121) Zum ersten Mal war sie jetzt aber im Stadtverordnetenkollegium vertreten und erhielt vier Sitze.
Die absolute Mehrheit hielt weiterhin das Zentrum mit 11 Sitzen (1.981 Stimmen, 50,2%), die Liste »Handwerk und Gewerbe« erhielt drei Sitze, die Liste »Beamte und Angestellte« einen Sitz. Die SPD erhielt lediglich 170 Stimmen – Resultat der gegen sie gerichteten Kampagnen nach der Machtergreifung – und war damit nicht im Stadtverordnetenkollegium vertreten.

Wie die NSDAP ihre Arbeit im Stadtverordnetenkollegium verstand, zeigte sich schon in der ersten Sitzung. Bei der herrschenden absoluten Mehrheit der Zentrumsfraktion wäre es normalerweise zur Wahl eines Mitglieds dieser Fraktion zum Beigeordneten gekommen. Die NSDAP drohte jedoch für den Fall, daß nicht ein Mitglied ihrer Fraktion zum Beigeordneten gewählt würde, mit der Einsetzung eines Kommissars für die Stadt

Warendorf durch höhere Regierungsstellen. Die Zentrumsfraktion gab daraufhin folgende Erklärung ab:
»Die Zentrumsfraktion hat beschlossen, dem Stadtverordnetenkollegium die Wiederwahl des Herrn Studienrates Volmer als Beigeordneten der Stadt Warendorf vorzuschlagen. Sie besteht aber nicht mehr auf diesen Vorschlag, nachdem mitgeteilt worden ist, daß die Stadt Warendorf voraussichtlich einen Kommissar erhalten wird. Um eine reibungslose und gedeihliche Zusammenarbeit des Kollegiums auch in der Zukunft zu sichern, stimmt sie daher dem Vorschlag der NSDAP zu und ist mit der Wahl des Herrn Heinrich Finke einverstanden.«(122)
Die Strategie der NSDAP war eindeutig: mit massivem Druck sollten demokratische Entscheidungen verhindert werden.

Die ersten Wochen nach der Machtergreifung waren mit umfangreichen Propagandaaktionen der NSDAP auch in Warendorf ausgefüllt. Ein zentraler Tag war dabei der 1. Mai 1933, an dem die alte Tradition der Arbeiterbewegung gebrochen werden sollte und an dem man vor allem auch die Vereine in die Zielrichtung der NSDAP einbeziehen wollte. Der neue Emsbote berichtete über diesen *»Nationalfeiertag in Warendorf«:*
»Der schöne Maientag mit Blütenschmuck und Sonnenschein gab dem Nationalfeiertag einen prächtigen Rahmen. Die Stadt trug reichen Flaggenschmuck. Kaum ein Haus hatte sich ausgeschlossen. Überall grüßten die altvertrauten schönen Farben Schwarz-weiß-rot. Viele Häuser zeigten auch die Hakenkreuzfahne sowie Grünschmuck. Um 8 Uhr fanden in den Pfarrkirchen Festgottesdienste statt. SA-Leute marschierten geschlossen mit Fahne ins Gotteshaus. Auch Fahnendeputationen verschiedener Vereine hatten in den Kirchen Aufstellung genommen. In den Betrieben hatte man vorher mit kurzen Ansprachen die Fahnen gehißt. Nach Beendigung der Festgottesdienste füllte sich der Lohwall alsbald mit großen Menschenmassen. SA, Stahlhelm, Kriegerverein, Feuerwehr, Sanitätskolonne marschierten unter dem klingenden Spiel der Warendorfer Stadtkapelle auf. . . . Nachdem das Horst-Wessel-Lied verklungen war, marschierte man gegen 10.30 Uhr geschlossen zum Markplatz. Nach der Warendorfer Stadtkapelle marschierten die SA und MSA. Es folgten die politische Leitung der NSDAP mit Magistrat und Stadtverordneten, der Herr Landrat und die sonstigen Behörden, Stahlhelm, Mitglieder der NSDAP, Hitlerjugend, Kampfbund (einzelne Gewerbe trugen Embleme), NSBO, Kriegerverein, NSBA-Beamte, Bürgerschützenverein, katholische Jugendgemeinschaft, Gesellenschützenverein, Gymnasium und Oberschule, Turn- und Sportverein, Gesellenverein, Gesangvereine, BDM, Feuerwehr und Sanitätskolonne.
Auf dem Marktplatz fand die Morgenfeier mit einem brausenden Hoch auf den Herrn Reichspräsidenten und den Reichskanzler und mit dem Deutschlandlied seinen Abschluß.«(123)
Das angestrebte Ziel wurde an diesem *»Tag der nationalen Arbeit«* also erreicht: eine Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen und Vereine aus Warendorf stellte sich sichtbar und öffentlich hinter die Politik der neuen Machthaber.
Unter Verfolgungen hatten schon gleich zu Beginn des »Dritten Reiches« selbstverständlich Sozialdemokraten und Kommunisten zu leiden, in Warendorf aber auch vor allem kirchliche Gruppen.(124)
Der NSDAP gelang es so relativ schnell, ihre Position in Warendorf zu stabilisieren, zumal kein nennenswerter Widerstand zu verzeichnen war. Die bis dahin politisch Verantwortlichen des Zentrums arrangierten sich entweder mit der Politik der NSDAP oder resignierten. Nach der Parteienauflösung im Juli konnte die NSDAP dann unangefochten regieren. So verlieh die Stadtverordnetenversammlung am 20.10.1933 Herrmann Gö-

ring die Ehrenbürgerwürde der Stadt Warendorf. Der Beschluß erfolgte einstimmig.(125)
Am 15.12.1933 wurde ein neues Gemeindeverfassungsgesetz erlassen, nach dem die alten Stadtverordnetenkollegien aufgehoben und stattdessen ein Gemeinderat gebildet wurde, der nur noch beratende Funktionen hatte. Allein verantwortlich für die Gemeindeverwaltung war jetzt der Bürgermeister. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes am 1. Januar 1934 und der damit verbundenen Verankerung des Führerprinzips in der Kommunalverwaltung war die Machtergreifung auch auf der lokalen Ebene abgeschlossen.
Als letzte Maßnahme in diese Richtung wurde am 1. Juni 1934 der bisherige, noch von einer demokratisch gewählten Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Bürgermeister Dr. Kreuzer versetzt und der Dipl. Ing. Lorenz Tewes, der gleichzeitig Kreisleiter der NSDAP war, eingesetzt. Er behielt dieses Amt bis zum 31.3.1938, als er sich für eine politische Karriere entschied – die Parteileitung hatte die Trennung von Kommunal- und Parteiämtern angeordnet – und als Kreisleiter nach Ahaus ging. Sein Nachfolger wurde der Referendar und Gaustudentenführer Kurt Hachmann.

4.2 Der Boykott vom 1. April 1933

Nachdem Sozialdemokraten und Kommunisten aus dem politischen Leben ausgeschlossen waren, wandte sich der Terror – organisiert durch Partei, Verwaltungsapparat und Presse oder in sogenannten »spontanen Aktionen der Bevölkerung« – in immer stärkerem Maße gegen die jüdische Bevölkerung.
Die erste, reichsweit durchgeführte Maßnahme der neuen Machthaber gegen das Judentum war der Boykott jüdischer Geschäfte, Waren, Ärzte und Rechtsanwälte am 1. April 1933.
Vorbereitet worden war dieser Boykott durch umfangreiche Presseberichterstattung auch in der Warendorfer Lokalpresse. Am 30. März erschien auf der Titelseite des »Neuen Emsboten« ein Artikel unter der Überschrift *»Der Abwehrkampf gegen die Greuelhetze«* (126), in dem über die Organisation des Boykotts berichtet wurde. Einen Tag später, am 31. März 1933, werden die *»Anordnungen des Zentralkommitees der NSDAP«* ebenfalls auf der Titelseite des »Emsboten« veröffentlicht.(127) (Dokument 3)
Am Tag darauf meldet sich der »Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes« mit einem Aufruf im Lokalteil des Emsboten zu Wort.(128) (Dokument 5) Hierin heißt es:
»Der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes fordert daher:
(. . .)
7. Abschaffung der Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Konsumgenossenschaften und gewerblichen Produktionsgenossenschaften.
(. . .)
Willst du dich durch jüdische Warenhäuser und jüdische Geschäftsmethoden weiter zugrunde richten lassen, oder willst du die Erhaltung deiner Existenz?«
Die Zielrichtung dieses Aufrufes ist klar: Die Hauptschuldigen an der Krisensituation des gewerblichen Mittelstandes sind die Juden.

Wie stark dieser Boykott auch in Warendorf verfolgt worden ist, kann nicht genau ermittelt werden. Mit Sicherheit ist es aber auch hier zu Aktionen gegen Geschäfte bzw. Einzelpersonen gekommen.
Zwar notiert der Bürgermeister der Stadt Warendorf auf einer ihm am 5. April 1933 vom Landrat zugesandten Abschrift eines Funkspruchs des Geheimen Staatspolizeiamtes



Dr. med. Paul Elsberg, Oststraße 7

Berlin, in dem die Polizeibehörden aufgefordert wurden, Entartungen des durch die NS – Hago (Nationalsozialistische Handels- und Gewerbeorganisation) vom 23.3. bis 7.4. durchgeführten Werbefeldzuges in einen Juden- und Warenhausboykott unbedingt zu verhindern, *»hier* (in Warendorf, der Verfasser) *ist nichts passiert«*.(129) Andererseits erhielt das Bürgermeisteramt Warendorf am 31. März 1933 folgenden Brief der Firma Brenken & Menke, Letmathe, Tabak- und Zigarrenfabrik:
»Wir nehmen höfl. Bezug auf unseren heutigen telf. Anruf und teilen Ihnen hierdurch nochmals mit, dass das in dem Hause der Wwe. Elsberg, Warendorf, Heumarkt 2 befindliche Zigarrengeschäft eine unserer Fabrikniederlagen ist. Lt. anliegender Bescheinigung ist an unserem Unternehmen kein Jude interessiert und bitten wir Sie deshalb, nochmals darauf hinzuwirken, dass die gegen unser Geschäft eingesetzte Boykottierung so bald wie möglich unterbunden wird.«(130)
Dem Schreiben beigefügt war eine Bescheinigung des Bürgermeisters des Amtes Letmathe/Westf., daß die Firma Brenken & Menke ein *»rein deutsches Unternehmen und ihr Allein – Inhaber Josef Brenken katholischer Konfession ist.«*(131)
Hier muß es also augenscheinlich schon vor dem 1. April zu Boykottmaßnahmen gegen ein Geschäft gekommen sein, daß sich in einem einer Jüdin gehörenden Haus befand. Wahrscheinlich war dies auch kein Einzelfall. So dürfte es wohl auch zu Boykottaktionen gegen das Warenhaus Elsberg gekommen sein, zumal Eduard Elsberg durch spätere Boykottmaßnahmen zur Aufgabe seines Geschäftes gezwungen wurde. Außerdem gehörte das Elsbergsche Geschäft zu jener im o. a. Aufruf des »Kampfbundes« angeführten Gruppe von Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften.
Das Warenhaus Elsberg war das größte Manufakturwarenhaus in Warendorf. 1933 waren hier etwa 50 Angestellte beschäftigt.
Ab Mitte Juni 1933 inseriert Elsberg nicht mehr in der Warendorfer Tagespresse.
Während in den Jahren davor durchschnittlich zwei große Anzeigen pro Woche erschienen – zu besonderen Zeiten wie Schlußverkaufs- oder Aktionswochen inserierte Elsberg manchmal sogar täglich – fehlen diese Anzeigen nun ganz. Vermutlich war auf die Zeitungen massiv Druck ausgeübt worden.
Diese Maßnahmen wurden fortgesetzt, obwohl von höherer Stelle immer wieder deren Unterbindung gefordert wurde. Im Wirtschaftministerium fürchtete man negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des Reichs, außerdem waren von solchen Boykottmaßnahmen in zunehmenden Maße auch »arische« Betriebe betroffen, die mit Juden in Geschäftsbeziehungen standen.

So fordert der Regierungspräsident Münster am 19. Oktober 1933 in einem Schreiben an den Warendorfer Landrat, *»soweit Massnahmen gegen Warenhäuser getroffen sind, . . . (diese) unverzüglich aufzuheben.«*(132) Er bezieht sich dabei auf ein Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 10. Oktober 1933, in dem es heißt:
»Die Deutsche Arbeitsfront, Bezirk Westfalen hat mir mitgeteilt, daß immer noch an verschiedenen Orten der Provinz Warenhäuser boykottiert oder durch andere Maßnahmen im Verkehr mit ihren Kunden und Lieferanten behindert werden. U. A. sollen auch Zeitungen bedroht worden sein für den Fall, daß sie Inserate von Warenhäusern oder nichtarische Firmen aufnähmen.
Die zuständigen Polizeibehörden sollen ein Einschreiten gegen gesetzwidrige gegen die Warenhäuser gerichteten Maßnahmen verweigert haben.«(133)
Die Maßnahmen gegen das Warenhaus Elsberg nahmen trotz dieser Anordnungen in der Folgezeit noch zu:
»Doch dann, so etwa 1934, wurde alles anders. SA-Trupps machten sich in der Glaspas-



Anzeige des Warenhauses Elsberg im »Neuen Emsboten« vom 8.4.1933

sage an der Freckenhorster Straße breit, ungefähr da, wo heute der Seiteneingang der Firma Opitz ist. Den nationalsozialistischen ›Stürmer‹ hätten sie verteilt, Leute am Betreten des Geschäftes gehindert oder sie fotographiert. Die Ex-Verkäuferin: ›Wenn die dann da standen, kam kein Kunde mehr rein.‹(134)
In der Folge verschlechterte sich die Ertragslage des Elsbergschen Warenhauses immer mehr, so daß sich Eduard Elsberg schon bald gezwungen sehen sollte, sein Unternehmen ganz aufzugeben. (Vgl. Kap. 5.2)

4.3 Die Nürnberger Gesetze

Der Ausschluß jüdischer Bürger aus dem Wirtschaftsleben war einer der zentralen Punkte antisemitischer Politik der Nationalsozialisten und wird uns später noch einmal ausführlich beschäftigen.
Gleichzeitig wurden aber zahlreiche Maßnahmen unternommen, um die Juden total aus dem gesellschaftlichen Leben auszuschließen.
Ihre formalrechtliche Sanktionierung fand die gesellschaftliche Diskriminierung der Juden durch den Erlaß der sogenannten *»Nürnberger Gesetze«* am 15. September 1935. Sie bildeten nach nationalsozialistischer Lesart *»die Grundlage des Rechtes der Rasse im nationalsozialistischen Staate.«*(135) Es handelte sich um das *»Reichsbürgergesetz«* und das *»Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre«*.
Zu beiden Gesetzen erschienen am 14.11.1935 Verordnungen, die die Ausführungen detailliert regeln sollten.

So wurde in der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz den Juden das Wahlrecht aberkannt und ihnen die Ausübung aller öffentlichen Ämter untersagt. Alle jüdischen Beamte – einschließlich der Frontkämpfer, die vom »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« (7.4.1933) noch nicht betroffen waren – mußten entlassen werden.
In Ausführung dieses Gesetzes wurden am 6.2.1936 zwölf jüdische Bürger aus der Wahlkartei der Stadt Warendorf gestrichen.(136) (Dokument 8)

Das *»Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre«* verbot die Eheschließung zwischen Juden und Nichtjuden und beschränkte die Arbeitsmöglichkeiten jüdischer Bürger.
Besonders diskriminierend war § 3, der bestimmte, daß *»Juden weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht in ihrem Haushalt beschäftigen«* dürfen.
Im Jahr 1935 werden drei Fälle aktenkundig, in denen sich Warendorfer Bürgerinnen bemühen, eine Befreiung von der Vorschrift des § 3 des »Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« zu erlangen. Leider ist nur in einem Fall das Schreiben der Antragstellerin erhalten.(137)
Am 18. November 1935 richtet Anna F. ihr Gesuch an den Bürgermeister der Stadt Warendorf. Sie ist seit vier Jahren als Hausangestellte im Haushalt von Siegmund Cohen, Mühlenhof 3, beschäftigt. Müßte sie diese Stelle zum 31.12.1935 aufgeben, so würde das für sie eine besondere Härte bedeuten, da sie im Lauf des Jahres 1936 heiraten wolle und so kurzfristig keine adäquate Stelle bekommen könnte. *»Ich wäre also für die Zeit von dem Ausscheiden aus meiner jetzigen Stelle bis zu meiner Hochzeit brotlos. Da das nicht im Sinne des Gesetzes sein kann, bitte ich ergebenst, dahin zu wirken, daß mir gestattet werde, meine jetzige Stelle noch bis zu meiner Hochzeit beizubehalten.«*(138)
Der Antrag wird vom Bürgermeister am 22.11.1935 abschlägig beschieden. Anna F.



Helene Cohen, Mühlenhof 3. Ihre nichtjüdische Hausangestellte mußte 1935 ihre Anstellung aufgeben

mußte ihre Stelle daraufhin aufgeben und meldete sich am 31.12.1935 nach Sassenberg ab.(139)
Ähnliche Anträge wurden von Gertrud B. aus Warendorf, die als Haushälterin bei Eduard Elsberg beschäftigt war und Frau G., angestellt im Haushalt David Lehmann, gestellt. Beide Anträge wurden im Dezember 1935 abgelehnt.

4.4 Antisemitische Hetze

Die ersten Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft waren insgesamt gekennzeichnet durch umfangreiche, öffentliche, antisemitische Hetzkampagnen.
So tauchten in Städten und Dörfern immer häufiger judenfeindliche Plakate und Schilder auf.
Im Vorfeld der Olympischen Spiele war die Reichsregierung bemüht, besonders krasse Fälle solcher Hetzpropaganda zu beseitigen. Dem Ausland sollte ein rechtsstaatliches und friedliches Deutschland vorgeführt werden.
In einem Rundschreiben des »Stellvertreters des Führers« Rudolf Heß vom 29.1.1936 heißt es:
»Ich bitte deshalb darauf zu achten, daß nur solche Tafeln und Schilder angebracht werden, die ohne besondere Gehässigkeit zum Ausdruck bringen, daß Juden unerwünscht sind. (Etwa Schilder ›Juden sind hier unerwünscht‹ oder dergleichen) Besonders bitte ich solche Aufschriften zu unterlassen, die mehr oder weniger deutlich die Möglichkeit einer strafbaren Handlung gegen die Juden hinweisen, z. B.: ›Juden betreten den Ort auf eigen Gefahr‹ oder ähnliche mit einer Drohung verbundene Aufforderungen.«(140)
Auf eine Nachfrage des Landrates antwortet der Warendorfer Polizei-Hauptwachtmeister G. am 17.6.1936: *»Im hiesigen Stadtbezirk sind weder Tafeln noch Schilder, die besondere Gehässigkeiten gegen die Juden zum Ausdruck bringen, angebracht.«*(141)
Schilder mit »besonderen Gehässigkeiten« gegen Juden waren in Warendorf also anscheinend nicht vorhanden. Das bedeutet aber keineswegs, daß solche antisemitische Propaganda ganz fehlte. Es ist vielmehr wahrscheinlich, daß z. B. bei Boykottaktionen auch Schilder und Plakate judenfeindlichen Inhalts Verwendung fanden, die nicht als gehässig bzw. drohend angesehen wurden, sondern nur – wie Rudolf Heß im o. a. Rundschreiben formuliert – »zum Ausdruck bringen, daß Juden unerwünscht sind.«

5. Der Ausschluß der Juden aus dem Wirtschaftsleben

5.1 Die Sonderstellung der Juden in der Wirtschaft

Zu den zentralen Maßnahmen, die schon bald nach der Machtergreifung von den Nationalsozialisten ergriffen wurden, gehörte das Vorgehen gegen die Juden auf wirtschaftlichem Gebiet.
Sicherlich wurde dies dadurch befördert, daß der in weiten Kreisen der Bevölkerung latent vorhandene Antisemitismus seine Ursache vor allem in der Sonderstellung der Juden in der Wirtschaft hatte.
Wie schon vorher gesagt, befanden sich die Juden bis ins 19. Jahrhundert außerhalb der christlichen Gesellschaftsordnung. Aufgrund dieser Tatsache hatten sie natürlich auch eine andere ökonomische Ausgangsbasis, als sich im 19. Jahrhundert die kapitalistische Wirtschaftsweise durchzusetzen begann.
»Man wird um die Wende vom 18. zum 19.Jahrhundert, also zu Beginn der deutschen Judenemanzipation, unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt im wesentlichen drei Grup-

pen von Juden unterscheiden können: 1. die kleine, relativ einflußreiche Gruppe der großen Geld- und Handelsjuden, aus deren Reihen später bedeutende Finanziers des 19. Jahrhunderts hervorgingen. Sie hatten um 1800 bereits die faktische Emanzipation weitgehend ›erkauft‹ und – soweit sie Hofjuden waren – den merkantilistischen Absolutismus gegen die konservativen Stände finanziell unterstützt, deren Abneigung sie sich damit zugezogen hatten. 2. Der größte Teil der Juden lebte noch – gesellschaftlich weitgehend abgesondert von der übrigen Bevölkerung – in den ehemaligen Ghettos und besaß einen relativ festen Zusammenhalt, der sich erst nach der Emanzipation lockerte. Von der Mitgliedschaft in Kaufmannsgilden und Zünften von jeher ausgeschlossen, mußten sie sich zur Gewerbeausübung eine besondere Konzession kaufen (die sie auch meist erhielten), mußten also als ›Zunftbrecher‹ auftreten. 3. Unterhalb dieser Gemeindejuden gab es noch eine Gruppe der ›Betteljuden‹ und Gelegenheitsverdiener, die meist keinen Schutzbrief besaßen und, von allen Seiten beargwöhnt und gemaßregelt, im Lande vagabundierten.«(142)

In Warendorf dürften Mitglieder aller drei Gruppen vorhanden gewesen sein. Seit 1651 lebten hier bis zum Beginn der Preußenherrschaft – wenn auch mit kürzeren Unterbrechungen – die jeweils wichtigsten jüdischen Persönlichkeiten des Fürstbistums Münster. Die »Befehlshaber und Vorgänger« der münsterländischen Judenschaft (143) nahmen zum Teil auch die Aufgaben eines Hofjuden war.(144) Dies galt auch für die Landesrabbiner, die seit 1742 in Warendorf ihren Sitz hatten. Als Beispiel sei hier der 1771 auf dem Judenlandtag gewählte Landesrabbiner Michael Meyer Breslau genannt, der als »Hof-Factor« ein wichtiger Finanzier des Fürstbischofs war.(145)
Diese vermögende Gruppe der Juden verließ allerdings mit Beginn der napoleonischen Epoche, als ihnen die Ansiedlung in Münster wieder gestattet wurde, Warendorf.

Der größte Teil der Warendorfer Juden dürfte zur zweiten Gruppe gehört haben, mit Ausnahme der Tatsache, daß nichts von einem Ghetto bekannt ist. Dennoch haben sie wahrscheinlich in relativer Isolation und in häufigen Konflikten mit den übrigen Gewerbetreibenden gelebt.

Auch die dritte Gruppe gab es im Münsterland. So waren an manchen aufgrund ihrer Armut vagabundierenden Gruppen, die vor allem Ende des 18. Jahrhunderts in Westfalen auftraten, Juden beteiligt.(146)
»Die Haupterwerbsquelle für alle drei Gruppen bildete der Handel – freilich in recht unterschiedlichen Formen –, für die große Mittelgruppe auch das im Vergleich mit christlichen Handwerkern stark händlerisch betriebene Gewerbe. Denn da die Juden nicht wie diese ihren festen Kundenkreis und ihre ›Nahrung‹ hatten, da sie überhaupt außerhalb der Zunftradition standen, gingen sie frühzeitig auf ›Kundenfang‹ aus. Die Juden besaßen also von ihrer sozialökonomischen Stellung und der damit verbundenen Wirtschaftsauffassung her eine besonders günstige Ausgangbasis für die Erringung einer Position in der kapitalistischen Wirtschaft, die freilich erst voll wirksam werden konnte, als sich nach der Jahrhundertwende die Gewerbefreiheit durchsetzte.«(147)
Im Zuge der sich ausbreitenden kapitalistischen Wirtschaft profitierten die Juden nun also aus ihrer besonderen Situation. Dies galt bei dem herrschenden Kapitalbedarf natürlich in erster Linie für die sogenannten »Geldjuden«, die eine nicht unerhebliche Rolle in der Wirtschaft spielten. Mit der immer weiter fortschreitenden Industrialisierung kam dann in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts dem Handel eine immer größere Bedeutung zu. Auch hier hatten jüdische Händler einen Startvorteil gegenüber der Konkurrenz, den sie sich zu Nutze machen konnten. »Juden waren im 19. Jahrhundert füh-

rend an der Ausbreitung des Freihandels beteiligt, an der Einschaltung eines Zwischenhandels zwischen Produzenten und Kunden und damit an der Entstehung eines modernen Großhandels, an der Zurückdrängung des individuellen Qualitätshandels durch den Massenhandel, indem sie z. B. die Alleinherrschaft des Spezialgeschäfts durch die Konkurrenz des Trödelladens und später des Warenhauses brachen, indem sie die Massenkonfektion, indem sie billigere (durchaus nicht immer qualitätsmindere) Ersatzstoffe, indem sie Abzahlungsgeschäfte einführten. Die uns heute selbstverständlichen Methoden, die Ware dem Kunden nahezubringen, wurden in erster Linie von Juden entwickelt: Reklame aller Art, Straßen- und Hausierhandel. Die Ausbreitung des Konkurrenzprinzips bis in den kleinen Handel hinein ist zum guten Teil Juden zuzuschreiben, die dank der eben beschriebenen Neuerungen und einer Verringerung der Handelsspannen nach dem Prinzip ›Großer Umsatz – kleiner Nutzen‹ zu mannigfachen Preisunterbietungen in der Lage waren.«(148)
Es zeigte sich im 19. Jahrhundert, daß die Juden aufgrund ihrer Sonderstellung seit dem Mittelalter gerade für den Handel unter kapitalistischen Bedingungen besonders gut gerüstet waren.
In der traditionalistisch – personalistischen Wirtschaftsweise der Gilden und Zünfte gab es keinen Wettbewerb und keine Kundenwerbung. Die Juden hatten diesem System aber nie angehört. Sie waren immer schon darauf angewiesen gewesen, Risiken einzugehen und neue Methoden zu entwickeln. Während es den Handwerkern und Kaufleuten, die bisher im System der Zünfte ihre sichere ›Nahrung‹ hatten, nach Einführung der Gewerbefreiheit sehr schwer fiel, sich auf die neuen Gegebenheiten umzustellen, bereitete dies den Juden weit weniger Schwierigkeiten, waren dies doch die Bedingungen, unter denen sie – wenn auch nicht de jure so doch im Prinzip – schon seit langem arbeiteten.
Diese positive Ausgangslage wird wohl auch der Grund gewesen sein, warum die meisten Juden in Handelsberufen blieben. Es war eben nicht, wie ihnen oft unterstellt wird, ein Konservativismus (149), vielmehr vermuteten sie hier, wie sich zeigen sollte zu Recht, die größten Erfolgschancen.

Die Möglichkeiten, die sich den Juden im Wirtschaftsleben nun boten, dürfen allerdings nicht zu einer falschen Einschätzung ihrer Bedeutung für die Gesamtwirtschaft führen. »Vom Standpunkt der Juden aus gesehen war . . . die Besonderheit ihrer wirtschaftlichen Stellung viel bedeutsamer als vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft aus gesehen. Rund 50% der Juden lebten vom Handel, 20% von der Tätigkeit in Industrie und Handwerk; trotzdem machte ihr Anteil an diesen Wirtschaftszweigen 1933 nur rund 2,5 bzw. 0,4% aus, in den Spitzenstellungen 6% bzw. 1,3%.«(150) Überproportional waren Juden nur in wenigen Berufen, vor allem im Privatbankwesen, bei Kaufhäusern, im Viehhandel und in der Textilwirtschaft vertreten. Hier gab es allerdings große regionale Unterschiede, und vor allem in ländlichen Regionen war der jüdische Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiet verschwindend gering oder bezog sich – wie auch in Warendorf – vorwiegend auf ein Gebiet: den Viehhandel.(151)

Trotzdem war es gerade die wirtschaftliche Position der Juden, die zur Ausbreitung des modernen, kleinbürgerlichen Antisemitismus führte.
Wie schon beschrieben (Kap. 3.1) entwickelte sich dieser moderne, wissenschaftlich verbrämte Antisemitismus im Laufe des 19. Jahrhunderts. Ebenso wichtig wie diese Fortentwicklung des Judenhasses mit neuen Mitteln, vor allem die Entstehung der Rassentheorie, war für die Ausbreitung des Antisemitismus in weiten Kreisen des Bürgertums die immer weiter fortschreitende Ausbildung der kapitalistischen Wirtschaftsord-

nung und die Beteiligung der Juden an diesem Prozeß. »Die Tatsache, daß die Judenemanzipation und die Einführung der Gewerbefreiheit in Deutschland zeitlich und ideologisch etwa zusammenfielen, daß beide Teilstücke derselben kapitalistischen Umwälzung mit all ihren wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Krisenerscheinungen waren, wude entscheidend für die Ausbreitung und Verschärfung des Antisemitismus.«(152)
Von der industriellen Revolution waren am härtesten die Arbeiterschaft und der Mittelstand betroffen. Die erste Gruppe schuf sich mit dem Marxismus und der Arbeiterbewegung eine Ideologie, die Wege zu einer besseren Gesellschaft versprach. Ganz anders der »alte« Mittelstand: herausgerissen aus den alten Ordnungssystemen, gab es für ihn keine Zukunftsorientierung, es herrschte Furcht vor weiterer Schwächung und als einzige Forderung blieb die Wiederherstellung alter Zustände bzw. wenigstens die Verhinderung des Fortschritts der industriellen Entwicklung.
Die Reklame, das Warenhaus, die Börse, Gewerbefreiheit, Mobilisierung des Grundbesitzes und alle anderen, in der Industrialisierungsphase beginnenden Neuerungen, waren für das traditionelle Gewerbe, den Kleinhandel und die Bauern etwas Fremdes und Bedrohliches. Für diese, aus den Augen weiter Kreise des Mittelstandes gefährliche Entwicklung mußte eine Erklärung gefunden werden, und nationalistisch-völkische Politiker lieferten den Sündenbock: »Es war der Liberalismus (als dessen noch gefährlicherer Bruder der Sozialismus galt) im allgemeinen und ›der Jude‹ bzw. ›der jüdische Geist‹ im besonderen. Die Juden waren zu dieser Rolle prädestiniert durch ihre traditionelle Fremdheit und damit zusammenhängenden Vorurteilen sowie durch ihre hervorragende Beteiligung an der Entwicklung des verhaßten Kapitalismus.«(153)

Nach dem politischen Zusammenbruch 1918 und der Wirtschaftskrise 1929-33 erhielt dieser Antisemitismus einen erneuerten Aufschwung. Vor allem die wirtschaftlichen Bedrohungen, denen auch jetzt in besonderem Maße wieder der Mittelstand ausgesetzt war, waren größer als je zuvor. Für viele bot die Programmatik der NSDAP mit ihrem scheinbaren Antikapitalismus, konsequentem Antimarxismus und Antisemitismus die einleuchtendste ideologische Basis für eine Veränderung dieser Situation.
Auch viele derjenigen, die mit den übrigen politischen Zielen der NSDAP nicht einverstanden waren, mögen Beschränkungen der wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden zugestimmt haben.
So ist es nicht verwunderlich, daß eine der ersten antijüdischen Maßnahmen der neuen NS-Machthaber der Wirtschaftsboykott vom April 1933 war. Gleichzeitig wird erklärlich, wie alle Maßnahmen gegen Juden auf wirtschaftlichem Gebiet, bis hin zu ihrem totalen Ausschluß aus dem Wirtschaftsleben und damit der Vernichtung ihrer materiellen Existenzgrundlage, in aller Öffentlichkeit geschehen konnten, ohne ernsthafte Kritik oder gar Widerstand hervorzurufen.
Über die negative Rolle, die »der Jude« in der Wirtschaft angeblich gespielt hatte bzw. immer noch spielte, herrschte in der deutschen Bevölkerung ein Konsens weit über Parteigrenzen hinweg.
Aufgrund der Sonderstellung, die die Juden in der Wirtschaft einnahmen, richteten sich die Maßnahmen der Nationalsozialisten zunächst vor allem gegen bestimmte Gruppen jüdischer Gewerbetreibender wie Warenhausbesitzer und – von besonderer Bedeutung für Warendorf – Viehhändler, aber auch gegen freie Berufe wie Ärzte und Rechtsanwälte.
Über den Boykott vom 1. April 1933 wurde schon berichtet. Von ihm war auch das Warenhaus Elsberg, das größte Haus am Platz, betroffen, dessen weitere Geschichte im folgenden dargestellt werden soll.

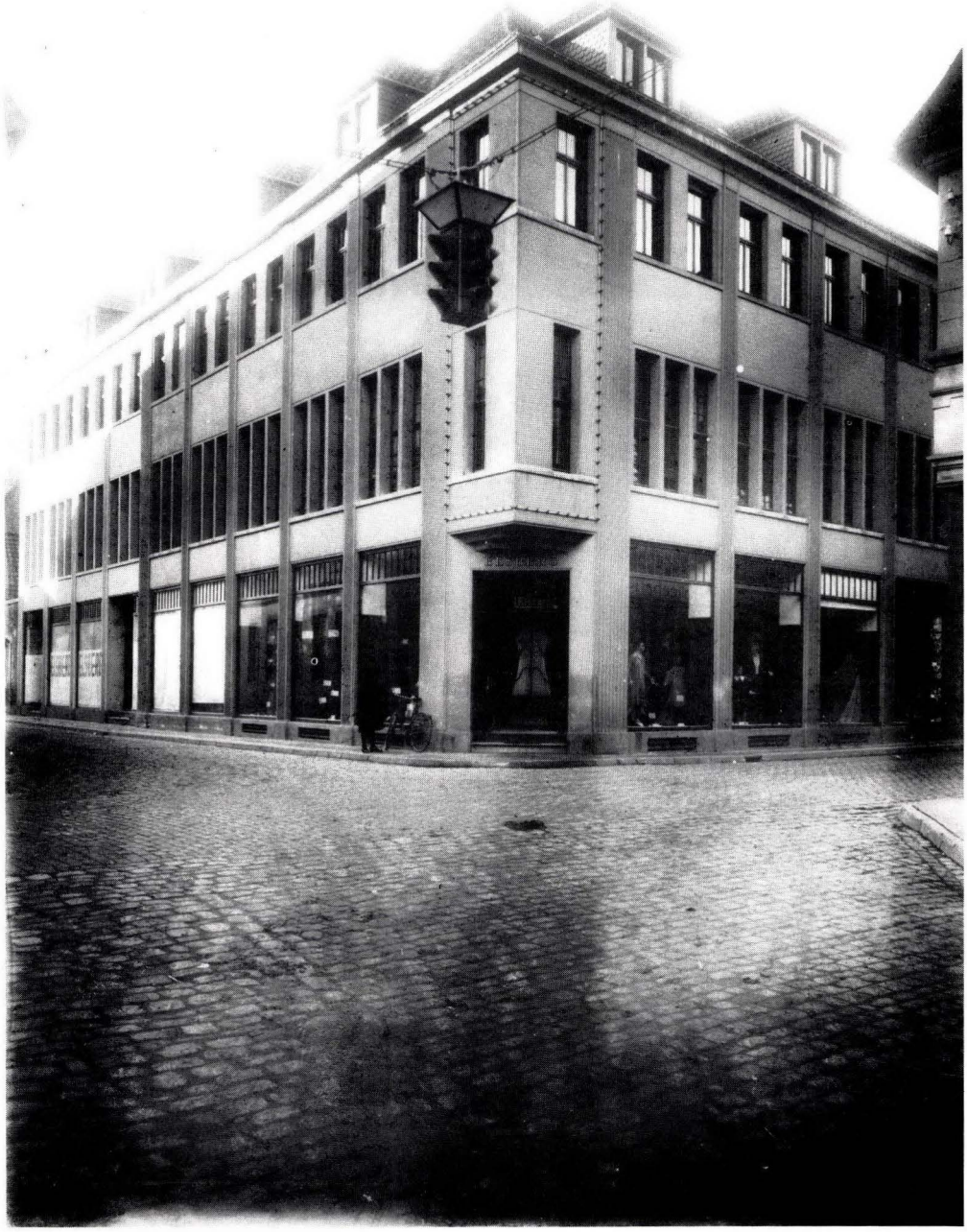
5.2 Das Warenhaus Elsberg

Infolge der Boykottmaßnahmen seit dem April 1933 war der Umsatz des Elsbergschen Warenhauses stetig zurückgegangen und Eduard Elsberg sah sich gezwungen, sein Unternehmen ganz aufzugeben.
Am 29. November 1935 schreibt das Finanzamt Warendorf an die Geheime Staatspolizei in Münster: *»Nach meinen Feststellungen hat der Kaufmann Eduard Elsberg in Warendorf, Münsterstraße 1, vorbereitende Handlungen zur Umgehung der Reichsfluchtsteuer getroffen.*
Elsberg versucht, sein Warenhaus zu verkaufen. Er ist Nichtarier und hat Verwandte in Holland.«(154)

Die hier angesprochene Reichsfluchtsteuer war 1931 eingeführt worden. Danach mußte jeder Auswanderer, der über mehr als 200.000 RM steuerpflichtiges Vermögen oder 20.000 RM Jahreseinkommen verfügte, 25% seines Vermögens an das Reich abführen. Ursprünglich sollte diese Steuer – eingeführt zur Zeit der Wirtschaftskrise – Kapitalflucht bei freiwilligen Auswanderungen verhindern. Im »Dritten Reich« wurde sie fast nur noch bei der Auswanderung von Juden angewandt und 1934 die Vermögensgrenze auf 50.000 RM herabgesetzt.
Aufgrund d. o. Anzeige werden von der Ortspolizeibehörde Warendorf umfangreiche Untersuchungen angestellt, die sich über fast zwei Jahre hinzogen. Am 23. Dezember 1935 berichtet der Polizeihauptwachtmeister G., daß Elsberg 1934 zwar mit verschiedenen Interessenten über einen Verkauf seines Geschäftes verhandelt hätte, nach Ansicht von G. und von anderen Personen, *»die mit E. in näherer Verbindung stehen, dürfte nach den heutigen Verhältnissen ein Verkauf des Geschäftes Elsberg wohl nicht mehr in Frage kommen.«*(155)

Derselbe Polizeibeamte berichtet am 11.2.1937, daß Elsberg sein Gewerbe im Dezember 1936 eingestellt und sein Warenlager an die Firma Potthoff & Scholl verkauft habe. Außerdem beabsichtige Elsberg, das Geschäftshaus an einen Deutschamerikaner namens Ferdinand Kruse aus Gelsenkirchen zu veräußern.(156)
Ein Amerikaner namens Kruse findet sich auch in einem Schreiben der Stapo Münster vom 8.1.1937: *»Der Amerikaner wohnte im Hotel Schnösenberg in Warendorf und hat dort dem Hotelier erzählt, er sei mit Hitler bekannt und habe vor nicht langer Zeit eine längere Unterredung mit ihm gehabt.«*(157)

Auch der Polizist G. will Ähnliches über Kruse erfahren haben: *»Der Deutschamerikaner Kruse hat hier an verschiedenen Stellen erwähnt, am 27.8.1935 mit dem Führer eine einviertelstündige Unterredung geführt zu haben. Hierbei will er dem Führer eine Glückwunschadresse und ein Bild des Veteranenverbandes der Deutschamerikaner überreicht haben.«*(158)
Leider läßt sich aus den Akten nichts Näheres über diesen dubiosen Deutschamerikaner ermitteln. Ein Verkauf des Elsbergschen Warenhauses an ihn kam aber nicht zustande.
Am 2.6.1937 berichtet Hauptwachtmeister G.:
»Wie festgestellt wurde, ist der Kaufmann Eduard Elsberg am 20.3.1937 nach Berlin, Wilmersdorf, Regensburgerstraße verzogen. Er bewohnt dort eine Drei-Zimmer-Etagenwohnung. Weiter wurde festgestellt, daß nach den abgeschlossenen Verträgen, die zwischen Elsberg und Potthoff & Scholl gemacht sind, ein Verkauf des Hauseigentums durch Elsberg auf mehrere Jahre nicht in Frage kommt. Nach Angabe des Geschäftsführers der Firma Potthoff & Scholl, Herrn S., der Elsberg in dieser Angelegenheit mal befragte, hat Elsberg demselben erklärt, daß ein Verkauf oder Tausch seines Eigentums mit dem



Das Warenhaus Elsberg Ecke Freckenhorster Straße / Münsterstraße in den Dreißiger Jahren!



Das Geheimnis der Schönheit und Jugend

jeder Frühlingsblume ist das zarte und neue Gewand, das ihr der Frühling bringt.

Auch Sie können so schön und jung aussehen, denn wir halten die hübschesten Frühjahrs-Modelle: Mäntel und Kostüme, Kleider, Complets und Stoffe für Sie bereit. ✓ Weil die Zeiten aber schwerer sind als sonst, wurde alles besonders gut und sorgfältig verarbeitet, nur viel, viel billiger.

Elsberg

Warendorf

Anzeige des Warenhauses Elsberg im »Neuen Emsboten« vom 6.4.1933



Eröffnungsanzeige des Warenhauses Potthoff & Scholl im »Neuen Emsboten« vom 6.1.1937

Deutschamerikaner Kruse nicht mehr beabsichtigt sei. Er wolle seine letzten Jahre in aller Ruhe verbringen.«(159)
Ende Mai 1937 wechselt Elsberg in Berlin-Wilmersdorf die Wohnung und zieht in die Kaiserallee 44 II.(160)

Ein ruhiges Leben, wie Eduard Elsberg es sich in Berlin erhoffte, schien ihm in Warendorf wohl endgültig unmöglich. Gegenüber der Gestapo gab er als Grund für seinen Fortzug von Warendorf an, *»daß er sich als Jude in dem kleinen Städtchen von 9000 Einwohnern nicht mehr wohl fühlte.«*(161)
Der Warendorfer Bürgermeister bestätigt diese Aussage Elsbergs in einem Brief an den Landrat vom 31.1.1938: *»Elsberg führte vor seinem Verzug aus Warendorf das größte Manufakturgeschäft, welches nach und nach immer stärker von der hiesigen Bevölkerung sabotiert wurde.«*(162)
Auch nach Elsbergs Umsiedlung nach Berlin bleibt sein Warenhaus Gegenstand von Auseinandersetzungen. Am 1.3.1939 schreibt die Stadtverwaltung Warendorf an den Landrat:
»Nachdem die Verordnung vom 3.12.38 über den Einsatz des jüdischen Vermögens und die Durchführungsverordnung hierzu vom 6.2.1939 klar herausgestellt haben, daß die Arisierung des jüdischen Besitzes beschleunigt zu erstreben ist, gestatte ich mir, Ihre Aufmerksamkeit auf den zwischen der Firma Potthoff & Scholl und dem Juden Elsberg vor ca. 2 Jahren abgeschlossenen Pachtvertrag zu lenken. Soweit mir erinnerlich, ist in diesem Pachtvertrag vereinbart worden, daß die Firma Potthoff & Scholl an den Juden Elsberg eine Pacht, deren Höhe sich nach dem in dem Geschäft erzielten Umsatz richtet, zu zahlen hat. Mindestens aber ist eine in diesem Vertrag fixierte Summe zu entrichten. Nachdem dieser Pachtvertrag abgeschlossen und der über das bisherige Geschäft Elsberg verhängte Boykott damit beendet ist, hat sich in der Meinung der Bevölkerung die Ansicht ergeben, daß es sich bei dem Geschäft Potthoff & Scholl um ein restlos arisches Geschäft handele. Dies ist zweifellos bezüglich des Pächters der Fall. Tatsache aber ist, daß an dem Geschäftsumsatz nach wie vor der Jude Elsberg teilnimmt, der Jude also Vorteile daraus zieht, daß das Geschäft in den Augen der Bevölkerung arisiert worden ist. Ein solcher Pachtvertrag wie er hier vorliegt, entspricht m. E. nicht dem Ziel der Verordnung vom 3.12.38. Ich bitte in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß der Pachtvertrag durch einen Kaufvertrag ersetzt wird.«(163)
Umfangreiche Untersuchungen wurden durch diesen Brief in Gang gesetzt, Gutachten durch die Industrie- und Handelskammer erstellt, Stellungnahmen von Eduard Elsberg und der Firma Potthoff & Scholl eingeholt.
Elsberg verzichtet zwar am 14.8.1939 auf die im Pachtvertrag festgeschriebene Umsatzbeteiligung (164), die zuständigen Verwaltungsstellen geben sich damit aber noch nicht zufrieden.
Besonders charakteristisch und entlarvend für das Vorgehen der Behörden ist dabei ein Satz aus einem Gutachten der Industrie- und Handelskammer Münster vom 12.6.1940:
»Wir haben hieraufhin die uns vorgelegten Unterlagen (. . .) einer Überprüfung unterzogen und kommen zu dem Ergebnis, daß der an den Juden Elsberg zu zahlende Mietzins seitens der Firma Potthoff & Scholl zwar überhöht ist, jedoch keine Handhabe bietet, eine Umsatzbeteiligung in verschleierter Form anzunehmen, zumal nach unserer Ansicht der Mietpreis nicht als auffallend hoch zu bezeichnen ist.«(165)
Ein merkwürdiger Widerspruch: Der Mietzins ist *»zwar überhöht«*, andererseit *»nicht auffallend hoch«*. Ein normaler, an der Marktsituation orientierter Mietpreis ist automatisch dann überhöht, wenn er einem Juden zugute kommt. Hier wird das Bemühen

der Behörden deutlich, die Erträge, die Juden aus ihrem Immobilienvermögen erhalten, unter das übliche Niveau zu drücken, ein Vorgang, der uns auch später beim Verkauf von Immobilien aus jüdischem Besitz wiederbegegnen wird.

Noch einmal wird das ehemalige Kaufhaus Elsberg aktenkundig. Am 27.7.1942 teilt die Firma Potthoff & Scholl / Duisburg-Hamborn dem Landrat mit, daß die Stadt Warendorf an sie herangetreten sei und die Zahlung von Steuern gefordert habe, *»weil Elsberg nicht mehr aufzufinden sei. Unserer Miete sind wir auch seit Monaten nicht mehr losgeworden.«*(166) Die Firma bittet den Landrat, mit der Regierung in Verbindung zu treten, um Informationen einzuholen.
Das Landratsamt fragt daraufhin beim Polizeipräsidenten in Berlin an, wohin Eduard Elsberg verzogen sei.
Das Einwohner-Meldeamt des Polizeipräsidiums Berlin antwortet am 6.8.1942:
»Ein Eduard Israel Elsberg 15.12.75 Warendorf geb. Jude ist am 3.4.42 von Wilmersdorf, Kaiserallee 44, nach unbekannt abgemeldet (evakuiert).«(167) (Hervorhebungen im Original)
Eduard Elsberg war in das Ghetto Trawniki deportiert worden.
Nach der Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 verfiel das Vermögen von ausgewanderten Juden dem Reich. Die großen Vernichtungslager lagen alle im Generalgouvernement Polen. Da das Gerneralgouvernement als Ausland galt, wurde das Vermögen der dorthin deportierten Juden zugunsten des Reiches eingezogen. Folgerichtig stellte die Vermögensverwertungsstelle beim Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg am 19. April 1943 fest, daß das Vermögen Eduard Elsbergs dem Reich verfallen sei und übertrug dem Oberfinanzpräsidenten in Münster die weitere Verwaltung und Verwertung. Dorthin habe die Firma Potthoff & Scholl auch die Miete zu überweisen.(168)

5.3 Die Maßnahmen gegen die jüdischen Viehhändler und Kaufleute in Warendorf

Besonders drastisch waren in Warendorf die Maßnahmen gegen die jüdischen Viehhändler, was daraus zu erklären sein dürfte, daß Juden in diesem Gewerbezweig, gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung, überproportional vertreten waren.
Im Dezember 1937 waren in der Stadt Warendorf insgesamt zwölf Viehverteiler zugelassen, davon waren genau die Hälfte Juden:

Paul Rosenberg, Zumlohstraße 4
David Lehmann, Brünebrede 54
Max Rosenthal, Kolpingstraße 5
Hugo Spiegel, Schützenstraße 17
David Elsberg, Oststraße 7
Julius Anspacher, Lange Kesselstraße 21(169)

Zu einer ersten, gezielten Maßnahme gegen die jüdischen Viehhändler kam es im Jahr 1935. Am 22. August 1935 richtete der Warendorfer Ortsgruppenleiter der NSDAP Vannahme folgendes Schreiben an den Beauftragten für Viehhandel Pg. S. in Ostbevern und den Bürgermeister der Stadt Warendorf Tewes, der zugleich Kreisleiter der NSDAP war:
»Ich bitte, bei dem Bürgermeister der Stadt Warendorf vorstellig zu werden, daß Juden zu dem im Oktober d. Jrs. stattfindenden Fettmarkt als Viehhändler nicht zugelassen werden.«(170)

Bürgermeister Tewes ordnet daraufhin an, die jüdischen Viehhändler durch die Polizei davon in Kenntnis zu setzen, daß sie zum Fettmarkt nicht zugelassen seien.(171)
Veröffentlicht wurde dieser Ausschluß der Juden allerdings nicht, da man befürchtete, in der Öffentlichkeit könnte der Eindruck einer geringeren Beschickung des Fettmarktes entstehen, wodurch auch das Interesse zurückgehen würde.
Am 30. August 1935 erschien aber im »Neuen Emsboten« unter der Überschrift *»Königliche Kaufleute sein! Eine grundsätzliche Überlegung, Besprechung und Kampfansage der arischen Viehhändler des Kreises Warendorf«* ein Bericht über eine Tagung der »arischen« Viehhändler. In diesem Artikel heißt es:
»Im Ideengut des Nationalsozialismus ist das Prinzip der rassischen Sauberkeit verankert. Urgrund und Ziel dieses Prinzips liegen im Geistigen. Wer den Sinn versteht hat konsequent zu sein und in seiner Konsequenz über die rein äußerliche rassische Reinhaltung zur korrekten Ausmerzung der parasitären jüdischen Beeinflussung vorzudringen!
Diese Erkenntnis war Gemeingut der arischen Viehhändler des Kreises Warendorf, die Mittwoch nachmittag im Gasthof Cordes tagten.
(. . .)
Zunächst wurde man sich über die Unhaltbarkeit der bisherigen Regelung des Viehhandels durch Juden klar. Es handelt sich keineswegs darum, eine schikanöse Einzelaktion gegen jüdische Viehhändler zu unternehmen, sondern den Handel mit denkbarer Korrektheit vom Juden und Judentum grundsätzlich zu bereinigen. Immer wieder betonte man vom Standpunkt des Bauern und Händlers aus die Notwendigkeit, den Juden auszuschalten und dem arischen Händler ein besseres Arbeitsgebiet zu geben.
So soll künftig der Warendorfer Fettmarkt judenfrei sein! (Hervorhebung im Original)
(. . .)
Die Überlegungen und Besprechungen während der Tagung führten zu der Bekanntgabe von Richtlinien, die für die Bauern und Händler verbindlich sein sollten:
In allen Ortsgruppen werden künftig Viehhandelsberatungsstellen eingerichtet. Die Bauern verpflichten sich, nicht mehr mit Juden zu handeln! Wer gegen diese Abmachung verstößt, soll in der Presse und in örtlichen Anschlagstellen namentlich gebrandmarkt werden. Händler, die in der Ausübung ihres Berufes unkorrekt sind, werden als politisch unzuverlässig angesehen. Wer vom Ortsgruppenleiter als politisch unzuverlässig beurteilt wird, darf mit der Entziehung des Gewerbescheines rechnen!«(172)
Die Zielrichtung dieses Beschlusses ist eindeutig: durch massiven Druck sollen die Bauern gezwungen werden, ihre Geschäftsbeziehungen mit Juden abzubrechen, die hierdurch in ihrer materiellen Existenz getroffen werden. Gleichzeitig werden den nichtjüdischen Viehhändlern bessere Geschäfte in Aussicht gestellt.

Diese erste massive Einschränkung der Gewerbefreiheit jüdischer Viehhändler in Warendorf blieb nicht ohne Erwiderung. In mehreren Schreiben, zuletzt am 25. September 1935, forderte der »Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« vom Landrat eine Rücknahme des Marktverbots, da es dem Grundgesatz der Marktfreiheit widerspreche. Außerdem handele es sich augenscheinlich um eine Einzelaktion, die nach Erlassen der Reichsregierung und des Reichswirtschaftsmininsters unzulässig sei.(173)
Landrat Gerdes antwortete darauf, die Informationen des Centralvereins seien falsch; in Warendorf würde genau nach den Erlassen gehandelt.(174)
Zuvor hatte der Landrat die Meinung der NSDAP-Kreisleitung eingeholt. Kreisleiter Tewes – wie schon gesagt gleichzeitig Bürgermeister der Stadt Warendorf – meinte in seiner Stellungnahme, daß *»die Bauern und übrigen Volksgenossen des Kreises Waren-*

dorf« keine Geschäftsverbindungen mit jüdischen Viehhändlern mehr pflegen wollten und daß, falls Juden zum Fettmarkt zugelassen würden, die Gefahr bestehe, daß viele Käufer dem Markt fernblieben, *»und somit ein für die Volksernährung wichtiger Markt ausfallen würde. Die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen, erscheint mit wichtiger als die Rücksichtnahme auf eine Minderheit, die hinreichend Gelegenheit hat, auch auf anderen Gebieten ihren Lebensunterhalt zu erwerben.«*(175)

Was das Ansehen der jüdischen Viehhändler in der Bevölkerung angeht, äußerte sich Tewes, dann allerdings in seiner Eigenschaft als Warendorfer Bürgermeister, wenige Monate später grundlegend anders.(176) Es bestünden umfangreiche Geschäftsbeziehungen zwischen den Metzgern und jüdischen Viehhändlern, zumal es keine arischen Viehhändler gebe, die Großvieh verkauften. *»Wie beim hiesigen Obermeister der Fleischerinnung festgestellt ist, sind Klagen darüber, daß die Juden erhöhte Preise fordern, nicht laut geworden.«*

Der Ausschluß vom Fettmarkt traf die jüdischen Viehhändler in einer, bedingt durch die allgemeine Wirtschaftslage, sehr ungünstigen Situation. Zwar gab es zwischen den einzelnen Händlern sicher beträchtliche Unterschiede hinsichtlich ihres Umsatzes und Gewinns, wie wenig jedoch das von der nationalsozialistischen Propaganda immer wieder benutzte Schlagwort vom »reichen Viehjuden« zutraf und wie schwierig die wirtschaftliche Lage der kleinen Viehhändler im Jahr 1935 tatsächlich war, läßt sich am Beispiel von Hugo Spiegel, Neuenhof, zeigen.
Er wendet sich am 2. Juni 1935 an den Regierungspräsidenten in Münster, um eine Ermäßigung der Gebühr von 50,– RM für seinen Wandergewerbeschein zu erreichen. Für sein Begehren führt er folgende Gründe an:
»Durch die schlechte wirtschaftliche Lage der letzten Jahre bin ich verarmt, so daß ich fast gar keine Barmittel besitze. Ich schlachte wohl mal eine Ziege, ein Kalb oder auch ein Schaf, während ich Kühe garnicht kaufen kann. Das Geld zum Bezahlen der Tiere muß ich mir dann bei guten Menschen leihen. (. . .) Ich bin in Not.«(177)
Der Polizei-Oberwachtmeister H., der mit Nachforschungen über die soziale Lage der Familie Spiegel beauftragt wurde, gibt am 17. Juni 1935 folgenden Bericht ab:
»Spiegel übt sein Gewerbe nur in sehr kleinem Umfang aus. Er beschäftigt keinerlei Mitarbeiter und hat auch sonst keine andere Beschäftigung. Die Familie lebt in sehr ärmlichen Verhältnissen. Nach Feststellung beim hiesigen Schlachthausverwalter schlachtete Spiegel nicht einmal jede Woche eine Ziege, sodaß der Durchschnitt monatlich etwa 3 bis 4 Ziegen beträgt. Kälber und Schafe hat Sp. in letzter Zeit nicht schlachten können, da ihm zum Einkauf der Tiere die erforderlichen Mittel fehlen.«(178)
Trotz dieses Berichts lehnt der Bürgermeister eine Befürwortung der Ermäßigung der Gebühr ab, um den weiteren Viehhandel Spiegels zu unterbinden, da dieser *»nicht mehr als zuverlässig gilt.«*(179)

Nicht nur die »kleinen« Viehhändler befanden sich in einer so schlechten wirtschaftlichen Situation, daß sie nicht in der Lage waren, ihre Steuern und Gebühren zu entrichten. Besonders betroffen waren alle, die nur in geringem Umfang Handel betrieben, vor allem aber diejenigen, deren Beschäftigung zur Sparte des sogenannten »ambulanten Gewerbes« gehörte.
Drei jüdische Bürgerinnen gehörten in Warendorf dieser Berufsgruppe an: Ella und Frieda Spiegel sowie Bertha Samuel.
Am 1. Januar 1934 bittet Ella Spiegel in einem Brief an den Magistrat der Stadt Warendorf ebenfalls um Ermäßigung der Gebühr für den Wandergewerbeschein bzw. um die

Erlaubnis, diese in Raten zahlen zu dürfen. Ihr Gesuch wird abgelehnt. Das gleiche geschieht im Jahr 1935.
Wie groß die soziale Notlage gerade der kleinen jüdischen Händler war, ergibt sich aus zwei erhaltenen Aktenstücken im Stadtarchiv Warendorf. Es handelt sich dabei um die »Nachweisung der nachgesuchten Wandergewerbescheine für das Jahr 1937«.(180)
Die an der Gerichtsfuhlke 8 wohnende Jüdin Bertha Samuel handelte nach den hier vorliegenden Angaben mit Manufakturwaren *»mit Traglast und Fahrrad«*. Die von ihr bereisten Gebiete erstreckten sich auf den Kreis Warendorf und die Nachbarkreise. Obwohl sie ihr Gewerbe als Hauptberuf ausübt und täglich unterwegs ist, erzielt sie lediglich einen Umsatz von 350 RM im Monat. Ihr Verdienst wird mit ca. 70 RM monatlich angegeben.

Noch detaillierter sind die Angaben für Frieda Spiegel, die in der Oststraße 18 wohnte. Sie handelte mit Strumpf und Textilwaren, die sie mit einer Traglast zu ihren Kunden brachte. Gelegentlich benutzte sie auch die Eisenbahn. Wie Bertha Samuel gehörte sie also auch der Fachgruppe »ambulantes Gewerbe« an. Genau wie Bertha Samuel bereiste auch sie den Kreis Warendorf und die Nachbarkreise. Wörtlich heißt es in der o. a. Akte: *»Antragstellerin bezieht Wohlfahrtsunterstützung, da sie kränklich und daher für andere Arbeiten ungeeignet ist; ledig, ohne Vermögen. Da der Verdienst nur gering sein wird, scheint ein Steuersatz von 10 RM gerechtfertigt. Von der Einziehung einer Verwaltungsgebühr ist abgesehen, da die Antragstellerin Wohlfahrtsunterstützung bezieht.«*(181)

Das Bild vom reichen jüdischen Händler, von der NS-Propaganda immer wieder an die Wand gemalt, traf in Warendorf also kaum die soziale Wirklichkeit. Die jüdische Bevölkerung war, was ihre Wirtschaftskraft anging, ausgesprochen inhomogen. Gerade die jüdischen Gewerbetreibenden am unteren Rande des sozialen Spektrums waren von den antijüdischen Repressalien besonders hart betroffen.
In der Folgezeit sah die Partei in der Verweigerung des Wandergewerbescheins, den die meisten Händler – zumindest soweit sie mit tierischen Produkten handelten – für die Ausübung ihres Berufes benötigten, das geeignete Mittel, um die Juden vollständig aus dem Wirtschaftsleben auszuschließen.

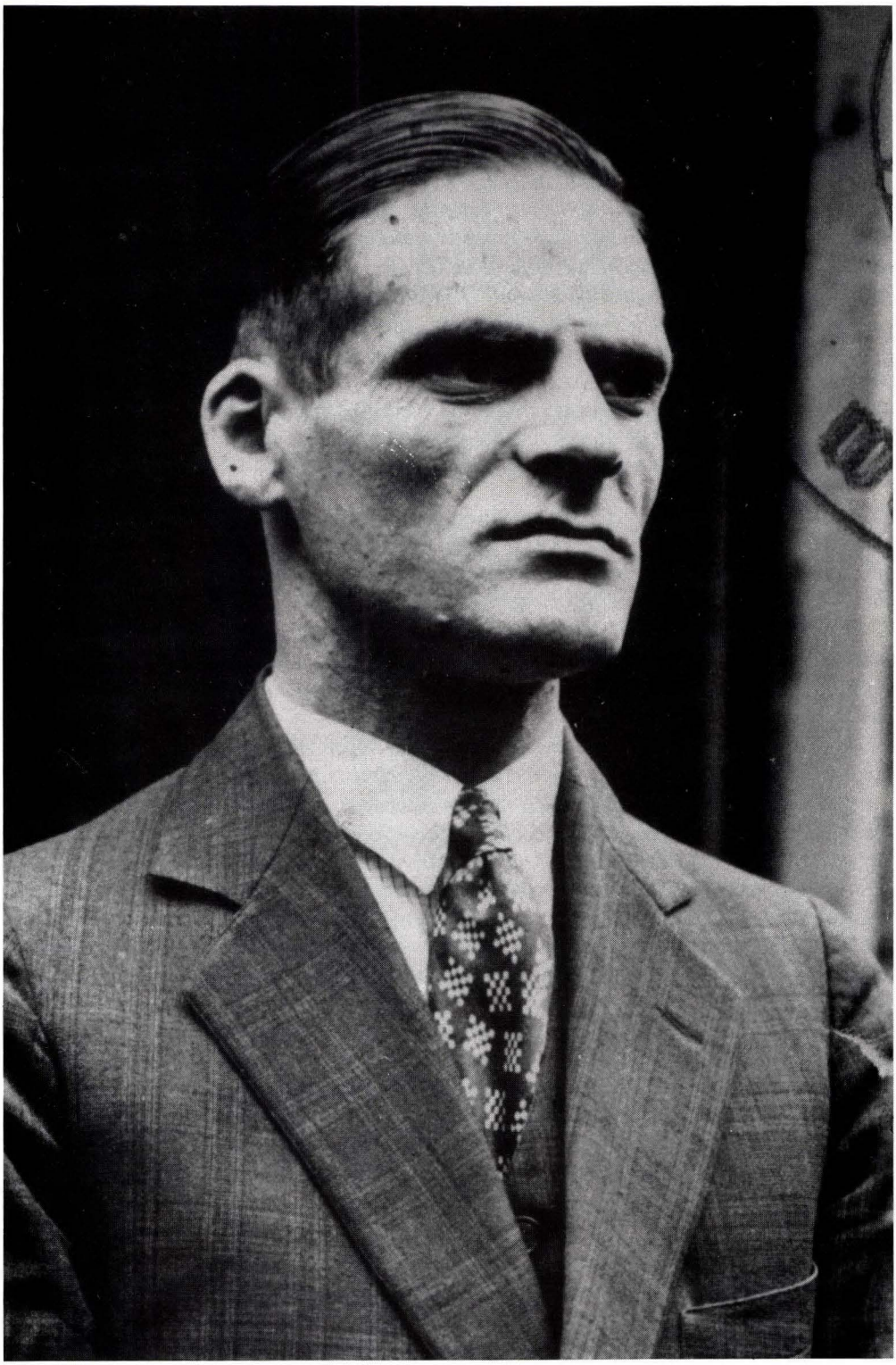
Im Dezember 1936 stellte Hugo Spiegel, Neuenhof 1, einen Antrag auf Erteilung des Wandergewerbescheins zum Handel mit Fellen und Rohprodukten. Der Bürgermeister bittet daraufhin die Ortsgruppe Warendorf der NSDAP um eine Stellungnahme. Ortsgruppenleiter Vannahme wendet sich in einem Schreiben vom 9. Januar 1937 gegen die Erteilung des Gewerbescheins.(182) In geradezu verleumderischer Weise weist er auf *eine Vorstrafe Spiegels hin, die er zudem noch absolut überzeichnet. Er schließt mit der Feststellung: »Die Landbevölkerung von Warendorf würde es mit Befremden hinnehmen, wenn dem Spiegel erneut die Handelserlaubnis erteilt würde und er somit die Gelegenheit hätte, seine Mitmenschen zu übervorteilen, denn etwas anderes ist von ihm nicht zu erwarten.«*
Wie schwer Spiegel durch eine Verweigerung des Wandergewerbescheins in seiner materiellen Existenz getroffen worden wäre, läßt sich aus seinem Schreiben vom 15.12.1936 an den Regierungspräsidenten ablesen.(183) Nachdem er darauf hingewiesen hat, daß er zu der Handlungsweise, die zu seiner Bestrafung geführt hatte, in Folge Not gezwungen gewesen war und seine Strafe auch verbüßt habe, fährt er fort: *»Seither habe ich mich und meine Familie schlecht und recht und auch mit Hilfe wohltätiger Einrichtungen durchs Leben geschleppt. Jetzt sind die Zeiten für mich derart schlecht, daß ich mir keinen Rat mehr weiß. In dieser großen Not gestatte ich mir nochmals, Sie ganz erge-*



Frieda Spiegel, Oststraße 18

benst zu bitten, mir einen Gewerbeschein gütigst bewilligen zu wollen. (. . .) Ich wiederhole, daß mich nur mein und meiner Familie übergroße Not zu diesem Briefe und meiner Bitte um Gewährung eines Gewerbescheins zum Handel mit Fellen und anderen Rohprodukten veranlaßt, damit ich in der Lage sein werde, meine Familie ehrlich und anständig zu ernähren. Ich gebe zum Schlusse der Hoffnung Ausdruck, daß Ihre Entscheidung gütigst ausfallen wird.«
Trotz diese inständigen Bitte lehnt der Regierungspräsident am 1.2.1937 die Erteilung des Wandergewerbescheins an Hugo Spiegel ab.

Noch machte man sich die Mühe, die Versagung des Wandergewerbescheins im Einzelfall zu begründen. Schon ein Jahr später wurde versucht, auf diesem Wege ein Berufsverbot für sämtliche jüdischen Händler in Warendorf zu erreichen. Allen Juden, die einen Antrag auf Erteilung eines Gewerbescheins gestellt hatten, wurde am 4.1.1938 ein hektographiertes Schreiben zugeschickt, in den lediglich jeweils eine andere Adresse eingetragen war. Dieses Schreiben enthielt nur einen lapidaren Satz: *»Ihr Antrag auf Ausstellung der Legitimationskarte für 1938 wird abgelehnt.«*(184)
Die Stadtverwaltung hatte sich hinsichtlich dieses Vorgehens zuvor bei der Kreisleitung der NSDAP abgesichert. Von dort war die Versagung der Ausstellung der Gewerbescheine für Juden selbstverständlich gefordert worden. Die jüdischen Händler böten nicht die Gewähr dafür, sich *»in Notzeiten für den nationalsozialistischen Staat einzusetzen.«*(185)
Noch waren die Warendorfer Juden aber nicht so eingeschüchtert, daß sie sich nicht gegen diese Repressionsmaßnahmen zur Wehr setzten. Die betroffenen neun jüdischen Kaufleute – darunter sieben Viehhändler – erhoben am 13. Januar 1938 vor dem Bezirksverwaltungsgericht in Münster Klage gegen den Bürgermeister der Stadt Warendorf auf Ausstellung der Legitimationskarten. Sie wurden dabei unterstützt vom »Jüdischen Centralverein« in Essen, der schon am 10. Januar in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten in Münster die Erteilung der Legitimationskarten gefordert hatte. In diesem Schreiben heißt es:
»Die Form des Bescheides und die Tatsache, daß nach Kenntnis unserer Mitglieder sämtliche jüdischen Antragsteller diesen ablehnenden Bescheid erhalten haben, die übrigens nach ihrer Angabe alle unbestraft sind, legt die Vermutung nahe, daß nicht etwa, wie nach dem Gesetz und ständiger Rechtsprechung erforderlich, vom Herrn Bürgermeister im Einzelfalle Tatsachen festgestellt worden sind, die einen der ausschließlich in der Gewerbeordnung aufgezählten Versagungsgründe darstellen, sondern daß die Antragsteller anscheinend als Juden die Karten nicht erhalten haben.«(186)
Die jüdischen Kaufleute berufen sich in ihrer Klage gegen den Bürgermeister ebenfalls auf ständige Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts, nach der die Ausstellung einer Legitimationskarte nur verweigert werden dürfe, wenn Tatsachen vorlägen, die einen der Versagungstatbestände der Reichsgewerbeordnung erfüllen. Dies sei hier nicht der Fall. Weiter heißt es in der Klageschrift: *»Zur Kennzeichnung des Vorgehens des Beklagten muß ich darauf hinweisen, daß sämtliche jüdischen Antragsteller in Warendorf einen ablehnenden Bescheid erhalten haben, der nicht nur in allen Fällen wörtlich übereinstimmt, sondern sogar als Schreibmaschinendurchschlag, lediglich unter Einsetzen des jeweiligen Namens, gefertigt worden ist. Dies deutet darauf hin, daß eine Prüfung des Einzelfalles, wie sie vom Oberverwaltungsgericht ebenfalls ständig gefordert wird, nicht stattgefunden zu haben scheint, sondern legt die Vermutung nahe, daß die Antragsteller einfach als Juden die Legitimationskarten nicht erhalten sollen, was nach der Rechtsprechung nicht zulässig ist.«*(187)



Der Kaufmann Walter Elsberg, Münsterstraße 29

Der Bürgermeister wird daraufhin vom Bezirksverwaltungsgericht aufgefordert, zu den Klagen der jüdischen Kaufleute Stellung zu nehmen. Am 25.1.1938 kommt Bürgermeister Tewes dieser Aufforderung nach und schreibt, *»daß die Legitimationskarte zu versagen ist Personen, bei denen Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß der Nachsuchende sein Gewerbe zu staatsfeindlichen Zwecken mißbrauchen wird. Im nationalsozialistischen Staat ist zur Entscheidung darüber, ob solche Gründe vorliegen, die Partei bzw. der zur Abgabe von politischen Urteilen vom Stellvertreter des Führers hierfür bestimmte Hoheitsträger der NSDAP zuständig. Als solcher ist jeweils der Kreisleiter bestimmt worden. Der Kreisleiter des Kreises Warendorf hat im vorliegenden Fall dem Kläger die politische Zuverlässigkeit abgesprochen. (. . .) Es steht mir nicht zu, die Beweggründe, welche den Hoheitsträger der NSDAP zur Abgabe der politischen Unzuverlässigkeitserklärung veranlaßt haben, nachzuprüfen, vielmehr bin ich gehalten, das von ihm abgegebene Urteil für die Entscheidung über den Antrag des Klägers zu Grunde zu legen. Hiernach ist die Klage abzuweisen.«*(188)
Der Warendorfer Bürgermeister schiebt die Verantwortung in diesem Fall also auf die Kreisleitung der NSDAP. Tewes vergißt aber zu erwähnen, daß er zu diesem Zeitpunkt beide Positionen – das Amt des Bürgermeisters wie des Kreisleiters – innehatte.

Die betroffenen Warendorfer Juden gehen aber sogar noch einen Schritt weiter, indem sie gegen den Bürgermeister Tewes eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim Landrat einreichen. Auch hierauf rechtfertigt sich Bürgermeister Tewes damit, *»daß die Versagung der Wandergewerbescheine und Legitimationskarten auf Veranlassung der Kreisleitung der NSDAP erfolgt ist, weil diese zu der Erkenntnis gekommen ist, daß es notwendig ist, arische Händler in verstärktem Maß einzusetzen, um zu erreichen, daß notfalls der Lebensmittelhandel, der für das deutsche Volk lebenswichtig ist, nicht unzuverlässigen Händen anvertraut wird.«*(189)
Auch in einem zweiten Schreiben an den Landrat beruft sich der Bürgermeister auf den Kreisleiter der NSDAP: *»Welche Ursachen die Kreisleitung zur Ausstellung der politischen Unzuverlässigkeitserklärung bewogen haben, entzieht sich meiner Nachprüfung, vielmehr bin ich gehalten, die politische Unzuverlässigkeitserklärung des Hoheitsträgers der NSDAP ohne Nachprüfung für meine Entscheidung zu Grunde zu legen.«*(190)
Hier erreicht die Spitzfindigkeit ihren Höhepunkt. Der Warendorfer Bürgermeister Tewes erklärt, er wisse nicht, was ihn – allerdings in der Funktion des Kreisleiters der NSDAP – zu einer bestimmten Handlung bewogen habe. Außerdem sei er als Bürgermeister auch nicht befugt, seine eigenen Handlungen als Kreisleiter der Partei zu überprüfen.
Selbstverständlich weisen auch die betroffenen Juden auf diese Spitzfindigkeit hin. In ihrer Erwiderung auf die Einlassung des Bürgermeisters schreiben sie am 3.2.1938 an das Bezirksverwaltungsgericht: *»Wenn der beklagte Bürgermeister endlich ausführt, er habe die Gründe des Kreisleiters nicht nachzuprüfen, sondern sich an das von ihm abgegebenen Urteil zu halten, so muß ich darauf hinweisen, daß der Beklagte selbst der Kreisleiter ist. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet erhält die Rechtsverteidigung des Beklagten einen merkwürdigen Anstrich, zu dem sich weitere Ausführungen wohl erübrigen dürften.«*(191)
Als auch der Vorsitzende des Viehwirtschaftsverbandes Westfalen am 12.2.1938 feststellte, er könne *»leider keine Gründe für die Untersagung des Viehhandels (. . .) für die«* (192) nichtarischen Viehhändler in Warendorf finden, wurde dem Warendorfer Bürgermeister und Kreisleiter der NSDAP wohl klar, daß er sich zu weit vorgewagt hatte. Nachdem den übrigen jüdischen Kaufleuten die Legitimationskarten bereits im Februar

1938 erteilt worden waren, erhielten im Laufe des Monats auch die jüdischen Viehhändler ihre Gewerbescheine ausgestellt.
Noch einmal war es den Warendorfer Juden gelungen, ihren Broterwerb und damit ihre Existenz zu retten, indem sie sich auf Rechtsstaatsprinzipien beriefen.
Im Warendorfer Bürgermeisteramt hatte man die Situation augenscheinlich falsch eingeschätzt. Zwar kamen von höheren Stellen immer wieder Anweisungen, dafür Sorge zu tragen, jüdische Händler und Kaufleute möglichst vom Wirtschaftsleben auszuschließen und ihre Gewerbefreiheit zu beschränken. Noch wollte man allerdings bei allen rassistischen und antisemitischen Maßnahmen nicht auf einen rechtsstaatlichen Deckmantel verzichten, vor allem wohl mit Rücksicht auf das Ansehen des Deutschen Reiches im Ausland. Obwohl Gesetzgebung wie Rechtsprechung zu diesem Zeitpunkt vor allem auch im Bereich des Gewerberechts bereits weitgehend antisemitische Züge trugen, war der Rechtsbruch der städtischen Behörde Warendorfs in diesem Fall doch zu eindeutig und konnte sich, vor allem wenn er Nachfolger gefunden hätte, für das stets um eine, wenn auch nur vordergründige Rechtsstaatlichkeit bemühte System negativ auswirken. Es sollte allerdings nur noch wenige Monate dauern, bis auch diese Maske fallen würde und der offene antisemitische Terror die Straßen beherrschen würde.

Die Versagung der Gewerbescheine wurde im übrigen nicht nur benutzt, um die Juden in ihrer beruflichen Existenz zu vernichten, dieses Mittel wurde vielmehr auch gegen »arische« Gewerbetreibende eingesetzt, die weiterhin geschäftliche Kontakte zu Juden pflegten.
Noch immer gab es Bürger, die trotz aller Androhungen von Repressalien ihre Kontakte zu Juden weiter pflegten. So wurde auch den Warendorfern Heinrich N. und Hermann K. im Januar 1938 der Wandergewerbeschein verweigert, *»weil sie die aufgekauften Altmaterialien trotz mehrmaliger Verwarnung an den Nichtarier Jakob Meyer verkaufen, obwohl ihnen Gelegenheit gegeben ist, die Materialien an arische Altwarenhändler weiterzuverkaufen.«*(193)
Solche Maßnahmen verfolgten natürlich vor allem den Zweck, bei den nichtjüdischen Kaufleuten Angst zu erregen. Die Leidtragenden waren auch in diesem Fall wieder die jüdischen Gewerbetreibenden, die bald von allen Geschäftsbeziehungen zu Nichtjuden abgeschnitten waren. Wie ein solcher öffentlicher Druck ausgeübt worden ist, wurde schon bei der Frage des Ausschlusses der jüdischen Viehhändler vom Fettmarkt gezeigt.

Die geschäftlichen Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden wurden in der Folgezeit besonders streng überwacht. Am 3. März 1938 stellte der Kaufmann Walter Spiegel, Münsterstraße 7, den Antrag auf Erteilung einer Legitimationskarte zum Aufkauf von Rohprodukten für den Kaufmann Jakob Meyer, Brünebrede. Die NSDAP-Gauleitung Westfalen-Nord sprach sich, vom Warendorfer Bürgermeister um eine Stellungnahme gebeten, gegen den Antrag aus und verwies zur Begründung unter anderem darauf, daß jüdische Rohproduktenhändler kaum genügend Aufträge haben dürften, um die Anstellung eines Angestellten zu rechtfertigen. Wörtlich heißt es im Schreiben des »Gaubeauftragten für Altmaterialerfassung« vom 27. April 1938: *»Im übrigen weise ich darauf hin, daß es den arischen Kleinhändlern seit dem 1. April 1938 aufgrund gesetzlicher Bestimmungen verboten ist, ihre Ware an jüdische Mittelhändler zu liefern. Jüdische Kleinhändler und nicht als Pflichtsammler eingesetzte Kleinhändler dürfen während der Pflichtsammelzeit (vom 2. – 10. des Monats) überhaupt nicht sammeln. Es ist also praktisch ausgeschlossen, daß der jüdische Mittelhändler irgendwelche Mengen an Altmaterial erhalten wird. Somit ist es auch völlig unverständlich, was er überhaupt mit der Legitimationskarte anfangen will.«*(194)

Als Walter Spiegel die Versagung des Gewerbescheins nicht einfach hinnimmt, sondern wiederum beim Bezirksverwaltungsgericht Klage erhebt, werden die Geschäftsbeziehungen des Kaufmanns Jakob Meyer polizeilich überwacht. Dabei wird festgestellt, daß immer noch drei nichtjüdische Sammler ihre Altmaterialien an Meyer verkaufen: H. H. aus Münster, Hermann K., Warendorf, und W. B. aus Milte.(195)
Zur Eröffnung eines Verfahrens vor dem Bezirksverwaltungsgericht kommt es nicht mehr, da die Stadt Warendorf dem Walter Spiegel die Legitimationskarte ausstellt und dieser daraufhin die Klage zurückzieht.
Nach der Änderung der Reichsgewerbeordnung vom 6. Juli 1938 war der Wandergewerbeschein bzw. die Legitimationskarte dann zu versagen, wenn der Nachsuchende Jude ist. Alle zu diesem Zeitpunkt für das Jahr 1938 bereits ausgestellten Gewerbescheine bzw. Legitimationskarten verloren mit Ablauf des 30. September 1938 ihre Gültigkeit.
In Vollzug dieses Gesetzes erstellte das Warendorfer Bürgermeister-Amt am 11. August 1938 ein »Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe in Warendorf«.(196) Folgende Gewerbebetriebbe wurden in diese Liste aufgenommen:

- Rosenberg, Paul, Viehhandlung, Zumlohstraße 4(197)
- Anspacher, Julius, Viehhandlung, Lange Kesselstraße 21
- Lehmann, David, Viehhandlung, Brünebrede 54
- Elsberg, David, Viehhandlung, Oststraße 7
- Rosenthal, Max, Pferdehandlung, Pumperie 5
- Meyer, Jakob, Rohproduktenhandlung, Brünebrede 17
- Lehmann, Heinz, Versicherungsmakler, Brünebrede 54
- Spiegel, Frieda, Handel mit Strümpfen und Textilwaren, Oststraße 18
- Samuel, Bertha, Handel mit Kurz- und Manufakturwaren, Gerichtsfuhlke 8
- Elsberg, Walter, Manufakturwaren, Münsterstraße 29
- Elsberg, Siegfried, Manufakturwaren, Freckenhorst
- Spiegel, Walter, Aufkauf von Rohprodukten, Münsterstraße 7

Alle diese jüdischen Gewerbetreibenden waren von dem neuen Gesetz betroffen. Ihre Existenz wurde praktisch vernichtet. Wieviel Not und Elend dies für jeden Einzelnen von ihnen bedeutete, läßt sich aus den Briefen ersehen, die sie in der Folgezeit an verschiedene Regierungs- und Verwaltungsstellen richteten und worin sie baten, ihnen ihre Gewerbescheine über den 30.9.1938 hinaus zu belassen.
Diese Briefe sind erschütternde Dokumente der Not und Verzweiflung. Gleichzeitig zeigen sie aber auch, daß die Warendorfer Juden immer noch die irreale Hoffnung hatten, bei Behörden und Verwaltungen auf Verständnis zu stoßen. Sie konnten nicht verstehen, wie sie als Deutsche, die zum Teil im Ersten Weltkrieg als Frontkämpfer gedient hatten, in ihrer Existenz vernichtet werden sollten. Insofern lassen diese Briefe auch Einblicke zu in die Gefühlswelt der jüdischen Bürger, die trotz aller Verzweiflung immer noch glaubten, daß alle gegen sie getroffenen Maßnahmen nur auf Irrtümern beruhten, daß ihre verzweifelten Bitten nicht auf taube Ohren stoßen würden. Noch immer glaubten die Warendorfer Juden in ihrer Mehrzahl, daß es für sie eine Zukunft in ihrer Heimat geben würde. Diese erschütternden Zeitdokumente seien hier ausführlich wiedergegeben.

Am 9.8.1938 richtet Frau Bertha Samuel folgendes Gesuch durch den Warendorfer Bürgermeister an den Regierungspräsidenten in Münster:
»Hiermit beantrage ich mein Wandergewerbe für Kurz- und Manufakturwaren bis 20.9.39 zu verlängern. Ich stehe ganz allein mit meiner fünfzehnjährigen Tochter, die sich z. Zt. in



Walter Spiegel, Münsterstraße 7

der Provinzialheilanstalt in Gütersloh befindet und niemals in der Lage sein wird, für sich selbst zu sorgen.
Ich habe kein sonstiges Einkommen. Ich bin gelernte Verkäuferin für Manufakturwaren. Mein Alter ist 43 Jahre.«(198)

Am 24. August 1938 gibt Frau Frieda Spiegel, Oststraße 18, in der gleichen Angelegenheit auf dem Warendorfer Bürgermeister-Amt folgendes zu Protokoll:
»Vom Erträgnis meines Wandergewerbes friste nicht nur ich selbst meine Existenz, sondern auch meine Mutter, die 89jährige und völlig erblindete Pauline Spiegel zu Warendorf, sowie meine beiden Geschwister Ella Spiegel, geboren am 29.8.1887 zu Warendorf, Arnold Spiegel, geboren am 4.11.1898 zu Warendorf, sind zu ihrem Lebensunterhalt auf die Erträgnisse meines Wandergewerbes angewiesen. Keiner von uns hat außerdem irgendwelche Einkünfte. Vordem erhielten meine Mutter und meine Geschwister Armenunterstützung, mein Bruder Arnold verrichtete Pflichtarbeit. Aus dieser ist er vor drei Monaten entlassen und es ist die Zahlung von Unterstützung eingestellt worden, weil die Erträgnisse meines Wandergewerbes ausreichen mußten, meine Mutter und meine Geschwister zu ernähren. Müßte ich den Gewerbeschein, wie das für mich als Jüdin gesetzlich vorgesehen ist, am 30. September 1938 abgeben, so würde die ganze Familie, das heißt meine Mutter, meine beiden Geschwister und ich wiederum der Armenfürsorge zur Last fallen.«(199)

Am 5.9.1938 schreibt der Viehverteiler David Elsberg, Oststraße 7, an den Regierungspräsidenten in Münster:
»Hiermit erbitte und beantrage ich, mir das Recht auf die bisher innegehabte Legitimationskarte bis zum 30. September 1939 zuzubilligen. Ich bin 64 Jahre alt und auf das Einkommen aus meinem Gewerbebetrieb angewiesen. Zwei meiner Söhne sind bereits ausgewandert und der dritte bemüht sich um seine Auswanderung.
Ich war Frontkämpfer und bin nicht vorbestraft.«(200)

Drei Tage später, am 8.9.1938, richtet David Lehmann, Brünebrede 54, folgendes Schreiben an die gleiche Adresse:
»Ergebenst erlaube ich mir, Sie um Verlängerung meiner Legitimationskarte über den 1. Oktober 1938 hinaus zu bitten. Ich führe mein Geschäft seit 45 Jahren selbständig, nachdem mein verstorbener Vater, der seit 1866 in gleicher Weise tätig war, es mir übergeben hatte.
Weder mein verstorbener Vater noch ich sind je mit den Gesetzen in Konflikt gekommen oder sonst irgendwie vorbestraft worden.
Meinen Lebensunterhalt habe ich bisher aus den Einkünften meines Geschäftes bestritten und wäre mir dieses bei mäßigen Ansprüchen bei Belassen der Legitimationskarte auch weiterhin möglich. Nebenbei bemerke ich, daß ich 66 Jahre alt bin.
Ich bitte Sie nochmals höflichst, mein Gesuch wohlwollend zu berücksichtigen.«(201)

Ebenfalls an den Regierungspräsidenten wendet sich am 9.9.1938 der Viehverteiler Julius Anspacher, Lange Kesselstraße 21:
»Ich beantrage hiermit die mir bis jetzt zustehende Legitimationskarte bis zum 30. September 1939 zuzubilligen.
Ich war Frontkämpfer und bin als solcher zum Sergeanten befördert worden. Ich bin Inhaber des Eisernen Kreuzes.
Außer meinem Einkommen aus meinem Gewerbebetriebe habe ich keinerlei Einkommen.



David Lehmann, Brünebrede 54

Meine Schwiegermutter, deren einziger Sohn im Weltkriege als Vizefeldwebel gefallen ist, muß ich vollständig unterhalten.«(202)

Am 10. September 1938 gibt die Ehefrau von Max Rosenthal, Pumperie 5, auf dem Bürgermeisteramt in Warendorf folgendes zu Protokoll:
»Mein Mann betreibt in Warendorf eine Pferdehandlung. Er ist im Besitz einer Legitimationskarte. Nach dem Gesetz darf mein Mann als Jude nach dem 1. Oktober 1938 mit seiner Legitimationskarte nicht mehr handeln. Da wir aber mit dem stehenden Gewerbe allein nicht den Lebensunterhalt verdienen können, bitte ich, meinem Mann die Legitimationskarte vorläufig noch zu belassen.«(203)

Am gleichen Tag schreibt Siegfried Elsberg, Freckenhorst, Warendorfer Straße 99 an den Oberpräsidenten, zu Händen des Herrn Bürgermeisters der Stadt Warendorf:
»Ich bitte höflichst, mir meine Legitimationskarte bis zum Ende dieses Jahres belassen zu wollen. Zur Abwicklung meines Geschäftes bin ich auf die Karte angewiesen, da ich noch größere Lagerbestände habe und zum Herbst noch Waren abnehmen muß, die ich schon vor längerer Zeit bei verschiedenen Fabrikanten bestellt habe, und zu deren Abnahme ich gezwungen bin.
Ich war Freicorps-Kämpfer. Eine Abschrift der entsprechenden Urkunde gestatte ich mir in der Anlage beizufügen.
Zu Beginn des Jahres 1939 werde ich nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika auswandern.«(204)
Als Anlage fügt Elsberg diesem Schreiben eine Urkunde bei, in der ihm bescheinigt wird, an den Kämpfen des Freicorps *»v. Lettov-Vorbeck«* teilgenommen zu haben und in der ihm Dank und Anerkennung dafür augesprochen wird, *»daß er freiwillig unter Einsatz von Leib und Leben das Deutsche Reich in schwerer Zeit verteidigt und geschützt hat.«*(205)
Unterschrieben ist diese Urkunde vom Bundesführer des Deutschen Reichskriegerbundes (Kyffhäuserbund) e. V. *Reinhard, SS-Gruppenführer, Oberst a. D.*.

Den Bitten der jüdischen Gewerbetreibenden wurde selbstverständlich nicht stattgegeben, und am 4. Oktober 1938 schließt der Bürgermeister die Akte mit dem handschriftlichen Vermerk: *»Die Wandergewerbescheine bzw. Legitimationskarten sind sämtlich abgeliefert.«*(206)
Damit waren die Warendorfer Juden endgültig ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubt. Nur einen Monat später sollten sie auch an Leib und Leben bedroht sein.

6. Der Judenpogrom vom 9./10. November 1938

Der 9. November war seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten zum Staatsfeiertag erklärt worden. An diesem Tag sollte der Toten gedacht werden, die im Jahre 1923 beim Putschversuch in München – dem sogenannten »Marsch auf die Feldherrnhalle« – getötet worden waren.
Überall in Deutschland fanden am Abend dieses Tages Fackelzüge von SA- und SS-Einheiten statt.
Im Jahr 1938 befanden sich die Nationalsozialisten – nicht zuletzt aufgrund der außenpolitischen Erfolge – auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Der Zeitpunkt schien günstig, um die rassistische und antisemitische Politik weiter zu forcieren und die Gewaltpolitik, die die Juden schon jetzt in die wirtschafliche und persönliche Isolation getrieben hatte,

durch eine groß angelegte öffentliche Terroraktion gegen jüdisches Eigentum und jüdische Menschen weiter voranzutreiben.
Dabei kam es den NS-Machthabern darauf an, eine solche Aktion dergestalt durchzuführen, daß sie als spontane Vergeltungsmaßnahmen des deutschen Volkes gegen das Judentum dargestellt werden konnte.

Tatsächlich ist dieser Pogrom vom 9./10. November 1938, die sogenannte »Reichskristallnacht«, später von den NS-Machthabern immer wieder als spontane Aktion der Bevölkerung dargestellt worden. Daß sie in Wirklichkeit »von oben« vorbereitet und gelenkt war, zeigt ein Blick auf den Ablauf der Ereignisse, wie sie von der neueren Zeitgeschichtsforschung rekonstruiert wurden.

6.1 Der Ablauf der Ereignisse auf Reichsebene (207)

»Montag, 7. November 1938
In den Vormittagsstunden gibt der 17jährige polnische Jude Herschel Grynszpan zwei Schüsse auf den Legationsrat vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris ab. Der Diplomat wird an der Schulter verletzt. Eine Kugel durchschlägt die Milz und berührt die Magenwand. Vom Rath wird sofort operiert; sein Zustand ist sehr ernst.
Am Spätnachmittag entsendet Hitler seinen Begleitarzt, Dr. Karl Brand, und Professor Dr. Georg Magnus aus Münster nach Paris, um den französischen Ärzten zur Seite zu stehen.

Dienstag, 8. November 1938
Der ›Völkische Beobachter‹ bringt eine erste Meldung über das Attentat in Paris und zugleich einen Leitartikel, in dem eine Parallele zum Mordfall Gustloff 1936 in der Schweiz gezogen wird und gleichzeitig beklagt wird, ›daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen. . .‹ Er schließt mit der Drohung: ›Die Schüsse in der Deutschen Botschaft in Paris werden nicht nur den Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage bedeuten. . .‹ Am Abend und in der Nacht kommt es in einigen Orten Deutschlands zu örtlichen Übergriffen gegen jüdische Geschäfte und Wohnungen sowie zu Synagogenbränden. Voraus gingen jeweils Kundgebungen der Partei zur Erinnerung an den Hitlerputsch, Hetzreden der örtlichen Parteiführer mit anschließenden ›spontanen Aktionen‹ von Partei und SA.
Gauleiter Sprenger von Kurhessen, der von den Ausschreitungen in seinen Gauen Kenntnis erhalten hatte, verbot in einem Geheimbefehl alle weiteren Einzelaktionen.
21 Uhr:
Hitler hält seine traditionelle Rede im Bürgerbräukeller, geht jedoch mit keinem Wort auf das Attentat ein.

Mittwoch, 9. November 1938
Um die Mittagszeit findet der feierliche Gedenkmarsch zur Feldherrnhalle statt, der mit einer Zeremonie beendet wird.
17.30 Uhr:
Der von Hitler unmittelbar nach dem Attentat zum Botschaftsrat beförderte vom Rath stirbt in Paris.
20 Uhr:
Die Parteiführer und ›Alten Kämpfer‹ finden sich zu einem Kameradschaftsabend im ›Alten Rathaus‹ in München ein.
Die SS-Führer befinden sich nahezu geschlossen im Hotel ›Vier Jahreszeiten‹, darunter auch der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich.

Reichsmarschall Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, befindet sich in seinem Sonderzug auf der Rückfahrt nach Berlin.
21 Uhr:
Hitler wird während des Essens der Tod vom Raths gemeldet. Er führt eine ›außerordentliche eindringliche Unterredung‹ mit dem neben ihm sitzenden Propagandaminister Joseph Goebbels, von dessen Inhalt auch die Nachbarn nichts verstehen.
Hitler verläßt unmittelbar nach Abschluß des Essens die Versammlung, ohne, wie sonst üblich, zu der Versammlung zu sprechen. Er begibt sich zu seiner Wohnung in die Äußere Prinzregentenstraße.
22 Uhr:
Kurz nach Hitlers Abgang teilt Goebbels den Tod vom Raths mit und hält eine Rede, in der er auf judenfeindliche Kundgebungen in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt hinweist und anfügt: ›Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, daß derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten.‹
Die anwesenden Parteiführer verstehen die Rede so, ›daß die Partei nach außen nicht als Urheber von Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte‹.
22.30 Uhr:
Der Kameradschaftsabend löst sich auf. Die anwesenden Gauleiter rufen noch aus dem ›Alten Rathaus‹ ihre Gauleitungen bzw. Gaupropagandaleitungen an und instruieren sie in mehr oder minder präziser Form, mit entsprechenden Aktionen gegen Synagogen, jüdische Häuser und Geschäfte loszuschlagen.
SA-Stabschef Viktor Lutze sammelt die SA-Führer im ›Alten Rathaus‹ und weist in einer kurzen Rede auf die Lage hin.
23.00 Uhr:
Die SA-Führer begeben sich in ihre Quartiere im ›Rheinischen Hof‹, von wo aus sie bis 24 Uhr ihre Gruppen zu erreichen suchen.
23.15 Uhr:
Heydrich erhält im Hotel ›Vier Jahreszeiten‹ einen Anruf der Staatspolizeileitstelle München, die Gaupropagandaleitung München-Oberbayern habe einen Befehl zum Ausbruch einer Judenaktion durchgegeben, wonach die Staatspolizei sich nicht hindernd einmischen solle. Heydrich ist überrascht und bittet SS-Gruppenführer Karl Wolff, zu Himmler zu gehen, um nach Weisung zu fragen.
23.30 Uhr:
Wolff trifft Himmler in Hitlers Wohnung in der Äußeren Prinzregentenstraße und unterrichtet ihn über den Sachverhalt.
Himmler, der den Eindruck hat, daß auch Hitler von den Vorgängen überrascht wird, fragt nach Befehlen: ›Der Führer antwortete, daß sich die SS aus der Aktion heraushalten solle. Die Staatspolizeistellen sollten für die Sicherstellung des jüdischen Eigentums und für den Schutz der Juden sorgen.‹
23.45 Uhr:
Erste Meldung vom Brand eine jüdischen Hauses. Schloß Planegg, im Besitz des Baron Hirsch, ist von unbekannten Tätern angezündet worden.
23.55 Uhr:
Der Chef des Geheimen Staatspolizeiamts, Heinrich Müller, unterrichtet die Staatspolizeileitstellen mit Fernschreiben aus Berlin von zu erwartenden Ausschreitungen gegen
21 Uhr:

Hitler wird während des Essens der Tod vom Raths gemeldet. Er führt eine ›außerordentliche eindringliche Unterredung‹ mit dem neben ihm sitzenden Propagandaminister Joseph Goebbels, von dessen Inhalt auch die Nachbarn nichts verstehen.
Hitler verläßt unmittelbar nach Abschluß des Essens die Versammlung, ohne, wie sonst üblich, zu der Versammlung zu sprechen. Er begibt sich zu seiner Wohnung in die Äußere Prinzregentenstraße.
22 Uhr:
Kurz nach Hitlers Abgang teilt Goebbels den Tod vom Raths mit und hält eine Rede, in der er auf judenfeindliche Kundgebungen in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt hinweist und anfügt: ›Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, daß derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten.‹
Die anwesenden Parteiführer verstehen die Rede so, ›daß die Partei nach außen nicht als Urheber von Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte‹.
22.30 Uhr:
Der Kameradschaftsabend löst sich auf. Die anwesenden Gauleiter rufen noch aus dem ›Alten Rathaus‹ ihre Gauleitungen bzw. Gaupropagandaleitungen an und instruieren sie in mehr oder minder präziser Form, mit entsprechenden Aktionen gegen Synagogen, jüdische Häuser und Geschäfte loszuschlagen.
SA-Stabschef Viktor Lutze sammelt die SA-Führer im ›Alten Rathaus‹ und weist in einer kurzen Rede auf die Lage hin.
23.00 Uhr:
Die SA-Führer begeben sich in ihre Quartiere im ›Rheinischen Hof‹, von wo aus sie bis 24 Uhr ihre Gruppen zu erreichen suchen.
23.15 Uhr:
Heydrich erhält im Hotel ›Vier Jahreszeiten‹ einen Anruf der Staatspolizeileitstelle München, die Gaupropagandaleitung München-Oberbayern habe einen Befehl zum Ausbruch einer Judenaktion durchgegeben, wonach die Staatspolizei sich nicht hindernd einmischen solle. Heydrich ist überrascht und bittet SS-Gruppenführer Karl Wolff, zu Himmler zu gehen, um nach Weisung zu fragen.
23.30 Uhr:
Wolff trifft Himmler in Hitlers Wohnung in der Äußeren Prinzregentenstraße und unterrichtet ihn über den Sachverhalt.
Himmler, der den Eindruck hat, daß auch Hitler von den Vorgängen überrascht wird, fragt nach Befehlen: ›Der Führer antwortete, daß sich die SS aus der Aktion heraushalten solle. Die Staatspolizeistellen sollten für die Sicherstellung des jüdischen Eigentums und für den Schutz der Juden sorgen.‹
23.45 Uhr:
Erste Meldung vom Brand eine jüdischen Hauses. Schloß Planegg, im Besitz des Baron Hirsch, ist von unbekannten Tätern angezündet worden.
23.55 Uhr:
Der Chef des Geheimen Staatspolizeiamts, Heinrich Müller, unterrichtet die Staatspolizeileitstellen mit Fernschreiben aus Berlin von zu erwartenden Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte und Synagogen mit dem Befehl, daß sich die Staatspolizei heraushalten solle.
24.00 Uhr:
Hitler und Himmler treffen auf dem Odeonsplatz zur Abnahme der Vereidigung der SS-Rekruten ein.

1.00 Uhr:
Unmittelbar nach Ende der Vereidigung begibt sich Himmler in das Hotel ›Vier Jahreszeiten‹ und befiehlt Heydrich: Die Staatspolizeileitstellen haben sich nach den Wünschen der Propagandaämter zu richten, vornehmlich Plünderungen zu verhüten und für den Schutz der Personen und die Sicherung des jüdischen Vermögens zu sorgen. Gegen Plünderer soll unnachsichtig eingeschritten werden; bei Bränden sollte Sorge getragen werden, daß die umliegenden Gebäude von der Feuerwehr geschützt werden.
1.20 Uhr:
Heydrich diktiert ein Blitz-Fernschreiben an alle Staatspolizeileitstellen mit dem Inhalt des Himmler-Befehls und Kompetenzregelungen zu anderen Behörden. In dem Fernschreiben wird weiterhin angeordnet, daß in allen Bezirken so viel – ›insbesondere wohlhabende‹ – Juden festzunehmen seien, wie untergebracht werden können. Mit den zuständigen Konzentrationslagern war wegen schnellster Unterbindung dieser Juden unverzüglich Kontakt aufzunehmen.
1.25 Uhr:
Himmler versammelt im Hotel ›Vier Jahreszeiten‹ die anwesenden Führer der Allgemeinen SS und instruiert sie über den Heydrich gegebenen Befehl. Er untersagt den Einsatz und die Beteiligung der Allgemeinen SS.
1.30 Uhr bis 2.30:
Die SS-Führer informieren in Blitz-Gesprächen ihre Dienststellen über die Weisungen Himmlers.
1.40 Uhr:
Goebbels übermittelt als Reichspropagandaleiter den Gauleitungen in einem Fernschreiben seine Rede im ›Alten Rathaus‹. Die Propagandaämter werden speziell mit der Leitung der Aktion beauftragt.«

6.2 Die »Kristallnacht« in Warendorf

Der »Emsbote« schrieb am 11. November 1938 unter der Überschrift *»Gerechte Empörung. Judenfeindliche Kundgebungen im Münsterland«:*
»Wie im Reich, so kam es auch im ganzen Münsterland nach Bekanntwerden des Ablebens des durch feigen jüdischen Meuchelmord für Deutschland gefallenen deutschen Diplomaten zu zahlreichen judenfeindlichen Kundgebungen. Überall machte sich die Empörung über das niederträchtige Mordverbrechen von Paris in spontanen antijüdischen Demonstrationen Luft. Sie nahm von Stunde zu Stunde zu, je mehr die über den Deutschen Rundfunk verbreitete Meldung in den Kreisen der Bevölkerung bekannt wurde. In Münster zog eine empörte Menschenmenge zur Promenade und zündete die Synagoge an, die bis auf die Umfassungsmauern niederbrannte. Der Feuerwehr blieb nichts anderes übrig, als ein paar Schlauchleitungen zu legen und die benachbarten Häuser vor dem Übergreifen des Feuers zu schützen. Die noch in jüdischen Händen befindlichen Geschäfte wurden von der empörten Volksmasse einschließlich der Inneneinrichtung zerstört. Ähnliche Meldungen liegen aus dem gesamten Münsterland vor. Die Empörung steigerte sich in allen Orten zu erregten Kundgebungen gegen das Judentum. Auch hier waren die jüdischen Geschäfte dem gerechten Zorn der Menschenmasse ausgeliefert und wurden zerstört. In Borghorst, Rheine, Warendorf und Burgsteinfurt zündete man die Synagogen an oder zerstörte sie auf andere Weise. Ebenso trafen aus Borken, Bocholt, Coesfeld, Haltern, Dorsten, Emsdetten, Ochtrup und Ahlen Meldungen ein, die die Zerstörung sämtlicher jüdischer Geschäfte und Synagogen meldeten.«(208)

Was war in Warendorf im Einzelnen geschehen? In den späten Abendstunden des 9. November 1938 hallten auch durch die Warendorfer Altstadt Naziparolen. Wer die Täter waren, die die im folgenden zu schildernden Verwüstungen und Mißhandlungen durchführten, läßt sich heute nicht mehr mit Sicherheit feststellen.

Einige Belege sprechen aber für eine derartige Koordination der Aktion, daß lokale SA- und SS-Einheiten in den Nachbarorten eingesetzt wurden. So scheint für Beckum festzustehen, daß hier Ahlener Terroreinheiten wüteten, während die Beckumer NS-Einheiten nach Ahlen gebracht worden waren.(209)

Auch für Warendorf wird ein Einsatz Ahlener NS-Verbände vermutet.(210) Ob und inwieweit eine solche auswärtige Gruppe möglicherweise von Warendorfer Bürgern unterstützt wurde, kann nicht bewiesen, aber auch nicht ausgeschlossen werden. Zumindest stellte sich niemand in dieser Nacht dem Terror entgegen. Auch in den folgenden Tagen wagte niemand, gegen die Mißhandlung der Juden und die Zerstörung ihres Eigentums zu protestieren, es gab keinerlei öffentliche Kritik, auch nicht von den Kanzeln.

Seit Jahrhunderten war antisemitisches Denken in der Bevölkerung vorhanden – mal nur unterschwellig und versteckt, mal offen zur Schau getragen. Seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten war es zu einer tragenden ideologischen Säule des faschistischen Deutschland geworden. Warum sollte man also gerade jetzt, wo es für einen selbst gefährlich werden konnte, Partei für eine ohnehin nicht geliebte Minderheit ergreifen?

Zu groß war die Angst vor dem Unterdrückungs- und Machtapparat der nationalsozialistischen Machthaber. Zudem befand sich das NS-Regime – innen- wie außenpolitisch – auf dem Höhepunkt seiner Macht, lang ersehnte Ziele schienen erreicht, Begeisterung und Jubel herrschten vor, durchaus auch bei Menschen, die der NSDAP zunächst kritisch gegenübergestanden haben.

So war es auch in Warendorf: Manche klatschten Beifall, als den Juden, die doch – wie von der Propaganda immer wieder eingehämmert – für den Untergang Deutschlands verantwortlich waren, der »Prozeß« gemacht wurde. Andere haben dies zwar nicht ausgesprochen oder offen gezeigt, aber doch heimlich gedacht.

Die meisten sahen zwar, was passierte, mögen in ihrem Inneren sogar entsetzt gewesen sein, schlossen aber die Augen und wandten sich ab. So konnten auch in Warendorf, wie überall in Deutschland, in aller Öffentlichkeit jüdische Menschen mißhandelt und schwer verletzt und ihr Eigentum zerstört werden. Die schreckliche Chronologie der Ereignisse jener Nacht und der darauf folgenden Tage läßt sich aus den Akten des Landratsamtes Warendorf rekonstruieren.

Wie gesagt, waren die Krawalle, die in den späten Abendstunden des 9. November 1938 auch in Warendorf begannen, von langer Hand vorbereitet. Am 10. November um 6.30 Uhr sendet der Sonderbefehlsstab der Ordnungspolizei in Berlin folgenden Funkspruch an alle Polizeipräsidien im Deutschen Reich:
»an alle – der jüdische mordüberfall in paris hat spontane demonstrationen und aktionen gegen juden jüdischen besitz und jüdische synagogen im ganzen deutschen reich ausgelöst diese demonstrationen und aktionen sind verständlich und polizeilich nur nach ganz bestimmten richtlinien zu überwachen bzw. einzuschreiten es wird befohlen
1) die befehlsstellen der ordnungspolizei setzten sich sofort ins einvernehmen mit den zu-

ständigen sicherheitsorganen und in verständigung mit den zuständigen polizeiverwaltungsdienststellen und setzen mit den zuständigen parteidienststellen in verbindung, um genau darüber unterrichtet zu sein wo solche demonstrationen und aktionen stattfinden
2) die ordnungspolizei begleitet solche demonstrationen und aktionen nur mit schwachen kräften in zivil um evtl. plünderungen zu verhindern uniformierte ordnungspolizei wird nur im äußersten notfalle eingesetzt verhaftungen nimmt nur die sicherheitspolizei vor
3) die polizeidienststellen haben sich sofort mit den parteidienststellen in verbindung zu setzen und dafür zu sorge zu tragen daß brandlegungen unter allen umständen unterbleiben
4)zerstörte offene läden wohnungen, synagogen und geschäfte von juden sind zu versiegeln zu bewachen vor plünderungen zu schützen
5) polizeiliche verstärkungen sind soweit notwendig von der allgemeinen und aktiven ss gemäß befehl des rfss (Reichsführer SS, der Verfasser) *anzufordern*
6) größere demonstrationen und aktionen dieser art sind sofort an mich zu melden«(211)

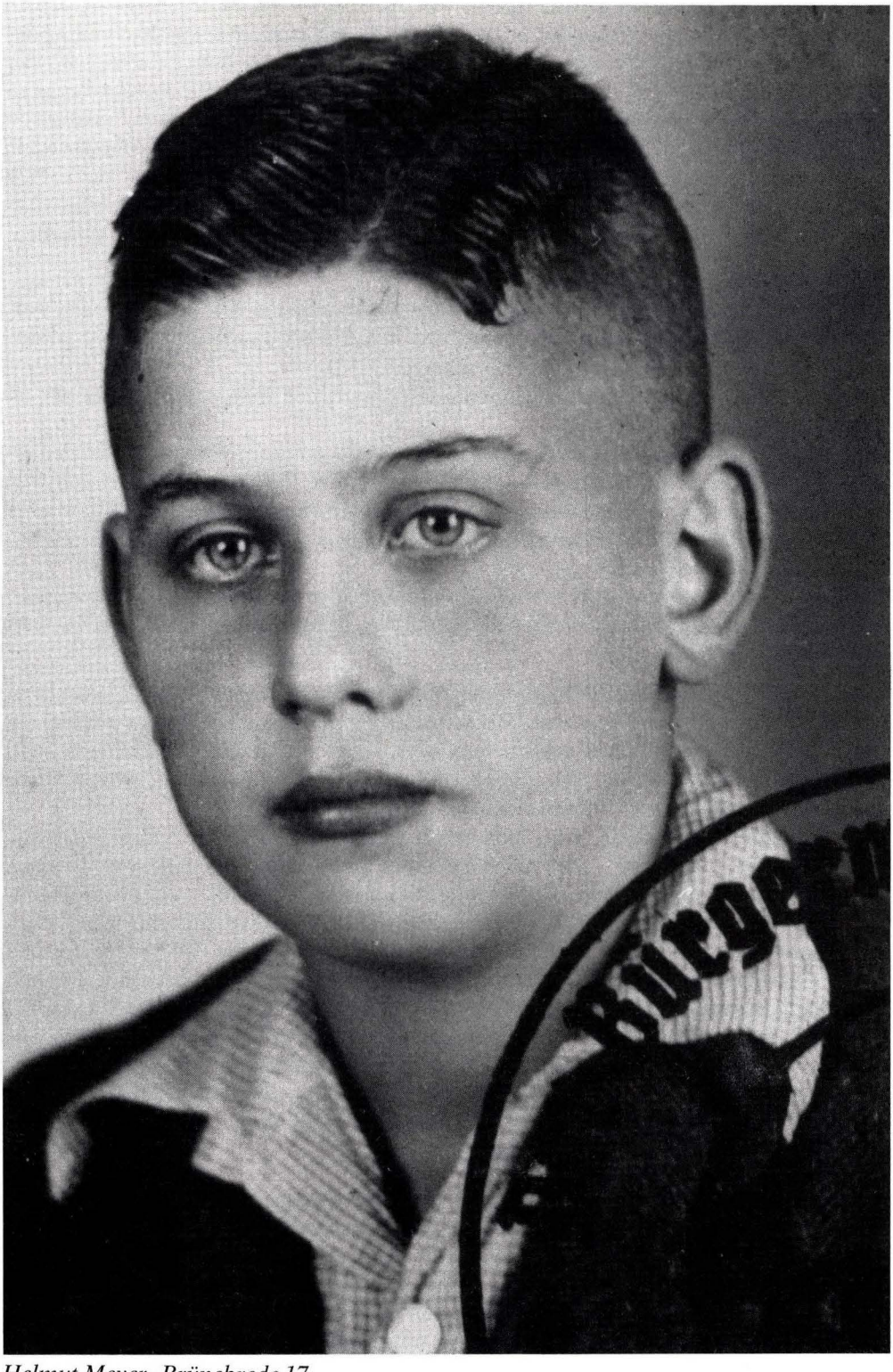
Bevor das Warendorfer Landratsamt eine Abschrift dieses Funkspruchs erhielt, wurde ihm von der Staatspolizei in Münster fernmündlich folgende Anweisung erteilt:

»Maßnahmen gegen Juden

Die Aktion gegen die Juden ist von seiten der Polizei nicht zu stören. Es ist darauf Bedacht zu nehmen
1. Deutsche Volksgenossen keinen Schaden erleiden.
2. In Synagogen und Gemeindehäusern wichtiges Archivmaterial polizeilich sicherstellen.
3. Beliebige Anzahl vermögender männlicher deutscher Juden nicht zu hohen Alters festnehmen. Juden nicht mißhandeln.«(212)

Um den übergeordneten Behörden Bericht erstatten zu können, benötigte der Landrat detaillierte Informationen aus den einzelnen Städten. Diese wurden ihm im Laufe des 10. November von den einzelnen Bürgermeistern geliefert.
Für Warendorf ergab sich dabei zunächst folgendes Bild (213):
- sieben Wohnungseinrichtungen jüdischer Bürger wurden fast vollständig zerstört
- vier Wohnhäuser wurden beschädigt (Fensterscheiben zerschlagen, Sprossen herausgebrochen, Türen beschädigt)
- die Fensterscheiben der Synagoge wurden eingeschlagen. Die Einrichtung durcheinandergeworfen und zum Teil zerstört
- drei Juden wurden verletzt: Julius Anspacher erlitt, als er versuchte vor den NS-Sergen zu fliehen und aus dem Fenster des 1. Stockwerks stieg, einen Fersenbeinbruch. Heinz und David Lehmann wurden, als sie versuchten Widerstand zu leisten, am Kopf bzw. Oberkörper verletzt. Alle drei wurden in das Krankenhaus gebracht.

Eine weit detailliertere Beschreibung der Ereignisse gab der Amtsbürgermeister von Freckenhorst. Sie soll hier angeführt werden, um das Ausmaß der Zerstörung zu zeigen.
Im Haus Leffmann, Hindenburgplatz 13 (heute Stiftsmarkt), das von den Geschwistern Rosenberg bewohnt wurde, wurden folgende Gegenstände beschädigt bzw. zerstört:
»Haustür, 2 Schränke, 4 Fenster, Gardinen, 1 Zimmertür, Porzellanschrank mit Inhalt, 1 Spiegel, 1 Tisch, Lampen mit Birnen, 6 Binsenstühle, 1 Regulator, 1 Ofen, Waschkommode mit Spiegel, Bettladen, Fensterläden, 1 Waschgarnitur, 3 Stühle, Bilder, 1 Waschbecken mit Spiegel, 1 Glasschrank, 1 Tisch, verschiedenes Porzellan, 1 Herd, 1 Fahrrad, Kleidungsstücke und Esswaren.«
Kaum ein Gegenstand in der Wohnung dürfte unbeschädigt geblieben sein. Darüberhinaus wurden die Geschwister Rosenberg auch noch verletzt, weil sie – von ihren Häschern getrieben – mit nackten Füßen durch Glassplitter gelaufen waren.



Helmut Meyer, Brünebrede 17

Diese erste Übersicht über die Zerstörung war allerdings noch nicht vollständig. Einen Tag später mußte sie der Warendorfer Bürgermeister ergänzen. Am Spätnachmittag des 10. November wurde auch noch die Wohnungseinrichtung der Witwe Elsberg auf der Münsterstraße beschädigt. Der Bürgermeister bemerkt zynisch: *»Die Beschädigung ist einigermaßen schonend ausgeführt.«*(214) Außerdem waren zwei weitere Personen in der Nacht vom 9. auf den 10. November verletzt worden: Hugo Spiegel, Schützenstraße und Hugo Spiegel, Lilienstraße. Aufgrund eines Berichtes des Landrats vom 11.11. 1938 (215) läßt sich die Verletzung des ersteren genauer beschreiben. Er zog sich eine Muskelquetschung des rechten Oberschenkels sowie eine Verletzung des rechten Ohres zu. Beide Verletzten wurden ebenfalls ins Krankenhaus eingeliefert.

Wie groß neben den körperlichen Verletzungen die psychische Not in jener Nacht war, läßt sich kaum ermessen. Hugo Spiegel wurde im Schlafanzug aus seinem Bett geworfen, die Treppe heruntergestoßen und geschlagen.(216)
48 Jahre nach diesen schrecklichen Ereignissen erinnert sich Helmut Meyer, der im November 1938 zwölf Jahre alt war:
»›Als die Krawalle begannen und Naziparolen durch die Stadt schallten, sind wir in unserer Todesangst durch den Hof auf den Dachboden unserer Nachbarn geflüchtet. Ich muß mich immer wundern, welche Kraft so eine Todesangst freisetzen kann: meine Mutter hat in ihrer Panik eine dicke, schwere Eisentür aufgeschlagen, die sie unter anderen Umständen nie aufbekommen hätte.‹
Bis zum nächsten Morgen verharrte die Familie auf dem Dachboden – immer mit der bangen Frage, ob die Schwester und die Großmutter, die im Hinterzimmer schliefen, verschont werden würden.«(217)

Nicht nur die Wohnungen und Häuser der Juden wurden in dieser Nacht zerstört bzw. beschädigt, auch ihr Friedhof auf der Brinkstraße und der ehemalige Begräbnisplatz am Bentheimer Turm wurden schrecklich verwüstet. »Die Gräber wurden geschändet und die Grabsteine umgeworfen, zerschlagen und auf die Straße geworfen, wovon heute noch einige der wenigen Grabsteine Zeugnis geben.«(218)
Vom Gebäude der Synagoge war oben schon die Rede. Einige der Kultgegenstände wurden zerstört, die meisten aber beschlagnahmt. Es handelte sich dabei um: 1 Pergamentrolle mit Behälter, 1 kleine Gebetsrolle, 4 Gebetsrollenbeutel, 1 Fahne mit Handstickerei, 1 blauen Vorhang mit Volant, 1 Beutel mit Gebetsrollen umbrafarbig, 1 Beutelchen mit Gebetsschnüren, 1 grünen Vorhang mit Löwenwappen und Volant, 1 weiße Decke mit Stickerei, 6 weiße Skapuliere, 2 rote Plüschdecken mit einem Volant, 1 Fahne mit Volant, violett, 1 rosa Fahne mit Beschriftung, 1 violetter Vorhang mit Stickerei, 2 Lesestäbe, 2 Schellbaumkronen und 1 Bundeslade.(219) Wo diese Gegenstände verblieben sind, kann heute nicht mehr geklärt werden. Einige wenige Kultgegenstände aus der Synagoge, darunter Gebetbücher und zwei Thorarollen, wurden von einem Warendorfer Bürger gerettet und in seinem Keller versteckt.(220) Nach dem Krieg übergab er sie der neugegründeten jüdischen Gemeinde.

Der gesamte jüdische Besitz in Warendorf bot also am Morgen des 10. November 1938 ein Bild der Zerstörung. Wie oben schon gesagt, hielt die Unruhe auch noch am 10. November an (Beschädigung des Hauses Elsberg, Münsterstraße).
Bei der nächtlichen Aktion war den NS-Truppen im übrigen ein Fehler unterlaufen, der ihnen selbst sicherlich peinlich war. Sie hatten übersehen oder nicht gewußt, daß die Häuser Lange Kesselstraße 21 (Anspacher) und Brünebrede 17 (Meyer) bereits an Nichtjuden, nämlich den Mechanikermeister R. und den Händler N., verkauft waren.

Der Treuhänder Fritz S. wandte sich deshalb auch sofort an den Landrat, um weitere Beschädigungen am Eigentum *»dieser arischen Käufer«* zu verhindern.(221)
Am Abend des 10. November (21.50 Uhr) erreichte das Landratsamt in Warendorf folgender Funkspruch des Kommandeurs der Gendarmerie in Münster:
»Aktionen gegen Juden sind sofort einzustellen. Sollten trotzdem welche unternommen werden, nicht dagegen einschreiten. Jedoch verantwortliche Führer feststellen und sofort Meldung mit kurzem Bericht. Sofort starke Streifen entsenden. Plünderungen unter allen Umständen verhindern. Festnahme von Juden erfolgt nur durch StaPo.«(222)
Wenige Stunden später (am 11.11. um 1 Uhr) wurde dieser Funkspruch wie folgt ergänzt:
»Gauleitung hat Anweisung zur Einstellung aller Aktionen gegen jüdischen Besitz erteilt. Auf Anordnung des Chefs der Ordnungspolizei ist Polizei gemeinsam mit SS zur Verhütung weiterer Aktionen einzusetzen. Sofort Verbindung mit der zuständigen SS Dienststelle aufnehmen.«(223)
Während der erste Funkspruch noch sehr zweideutig ist, es sollen lediglich Plünderungen verhindert werden, befiehlt der zweite Funkspruch eindeutig die Einstellung aller Aktionen. Man befürchtete wohl eine Fortsetzung der Tätlichkeiten, was eventuell zu wirtschaftlichen Nachteilen führen könnte.

In Warendorf verlief die Nacht vom 10. auf den 11. November allerdings auch nicht ruhig, direkt betroffen war diesmal allerdings ein nichtjüdischer Bürger.
Die Polizeiverwaltung Warendorf erteilt am 11.11.1938 folgenden Bericht an den Bürgermeister:
»Betrifft: Inverwahrungnahme des Kaufmanns Hermann S., wohnhaft hier, Bühlstraße 15, 29 Jahre alt.
Am 11.11.1938, gegen 0.30 Uhr, machten der Polizeimeister H., Hauptwachtm. M. und ich die Wahrnehmung, daß vor dem Hause Bühlstr. Ecke Ostwall, welches von dem Kaufmann Herrmann S. bewohnt ist, sich eine Menschenmenge von etwa 25 Personen angesammelt hatte, welche laut die Worte »S., Judenlümmel, Volksverräter« riefen.
Bei unserer Ankunft erfuhren wir, daß Hermann S. sen. und Hermann S. jun. vor kurzer Zeit an einer Judenbeerdigung teilgenommen hatten. Die Menge wurde aufgefordert, Gewalttätigkeiten zu unterlassen. Da die Demonstration aber weiter fortgesetzt wurde, mußte S. jun. zum Schutze seiner eigenen Person vorläufig in Verwahrung genommen werden. Hermann S. sen. war zu Hause nicht anwesend. Die demonstrierenden Personen gingen dann auf unsere Aufforderung auseinander. Um 1.05 Uhr war die Ruhe wieder vollkommen hergestellt.«(224)
Um 5 Uhr morgens wurde S. wieder aus der Haft entlassen.

Die Aktionen erreichten hier also eine neue Qualität: nicht nur gegen Juden ging man vor, sondern auch gegen andere Bürger, die eines Umgangs mit Juden verdächtig waren. Im übrigen kann hier vielleicht noch am ehesten von einer spontanen Aktion gesprochen werden, denn es ist kaum wahrscheinlich, daß es sich auch hier um auswärtige Nationalsozialisten gehandelt haben soll.

Die Gewalt blieb an den folgenden Tagen an der Tagesordnung. Ebenfalls am 11. November erreichte folgender Funkspruch der Stapo-Leitstelle Münster das Landratsamt in Warendorf:
»Sämtliche arbeitsfähigen männlichen Juden im Alter von 18 bis 50 Jahren, aber nur Reichsangehörige (Hervorhebung im Original, d. Verf.) *sind sofort festzunehmen, falls Unterbringung im Polizeigefängnis nicht möglich, sind sie in Gerichtsgefängnissen unter-*

zubringen. Über jeden bisher inhaftierten Juden ist ein Personalbogen aufzunehmen. Falls Juden Waffen besitzen sind diese sicherzustellen. Waffenbesitz im Personalbogen vermerken, auch wenn gültige Waffenscheine vorliegen sollten. Vollzugsmeldung unter Angabe der inhaftierten Juden ist sofort zu erstatten.«(225)

Am gleichen Tag meldet der Landrat an die Staatspolizeileitstelle Münster den Vollzug folgender Festnahmen:

1. *Jakob Meyer, Warendorf, Brünebrede Nr. 17, geb. am 29.3.1895 (nach amtsärztlicher Untersuchung ist Meyer zu leichter Arbeit zu verwenden; kriegsbeschädigt).*
2. *Rosenthal, Max, Warendorf, Pumperie Nr. 5, geb. am 14.12.1892 (arbeitsfähig).*
3. *Arnold Spiegel, Warendorf, Oststraße 18, geb. am 8.11.1889 (leidet angeblich an einem Bruch, im übrigen aber arbeitsfähig).*
4. *Heinz Lehmann, Warendorf, Brünebrede 54, geb. am 29.12.1903 (nach amtsärtzlicher Untersuchung Wunde und Abschürfungen rechter Kopfseite, aber arbeitsfähig).*

(. . .)

Außer den vorgenannten Juden sind im hiesigen Kreise noch folgende Juden im Alter von 18 bis 50 Jahren vorhanden:

1. *Elsberg, Walter, Warendorf, Münsterstr. Nr. 29, geb. am 16.6.1902. E. war vorläufig festgenommen. Nach amtsärztlichen Gutachten ist er wegen Wundlaufens beider Sohlen z. Zt. nicht arbeitsfähig. Auf Grund der heutigen fernmündlichen Rücksprache ist E. wieder freigelassen worden mit der Auflage, sich täglich vormittags bei der Polizeiverwaltung Warendorf zu melden. Sobald er wieder arbeitsfähig ist, werde ich weiteren Bericht erstatten.*
2. *Dr. Karl Elsberg in Warendorf, Oststr., geb. am 26.9.1904. Elsberg war heute ebenfalls festgenommen. Er ist dann in der Arrestzelle erkrankt und leidet z. Zt. an Krämpfen bzw. Gallenkolik. Er wurde am heutigen Nachmittage in das hiesige Krankenhaus gebracht. Sobald er wieder arbeitsfähig ist, werde ich weiteren Bericht erstatten.*
3. *Im hiesigen Krankenhause befindet sich der Jude Julius Anspacher in Warendorf, Lange Kesselstr., geb. am 10.10.1889. Nach amtsärztlichem Gutachten ist er wegen Bruchs des rechten Fersenbeines bis auf weiteres nicht arbeitsfähig. Anspacher ist bei der Aktion gegen die Juden in der Nacht vom 9. zum 10. November durch ein Fenster gestiegen und hat sich hierbei die Verletzung zugezogen.*
4. *Im hiesigen Krankenhaus befindet sich weiter der Jude Hugo Spiegel, Schützenstr. 17, geb. 28.5.1905. Spiegel ist in der Nacht vom 9. zum 10.11.1938 wegen Widerstandsleistung verletzt worden. Nach amtsärztlichem Gutachten leidet er z. Zt. an einer Muskelquetschung des rechten Oberschenkels und ist für 1 – 2 Wochen nicht arbeitsfähig. Ein Urteil wegen des rechten Ohres müßte noch vom Facharzt angefordert werden. Sobald Hugo Spiegel wieder arbeitsfähig ist, werde ich ebenfalls weiteren Bericht erstatten.*
5. *Flüchtig ist der Jude Walter Spiegel in Warendorf, Münsterstr. 7, geb. am 27.10.1912. Er ist schon seit zwei Tagen fort und soll sich angeblich in Münster aufhalten. Falls Walter Spiegel hier festgenommen wird, erfolgt sofortige Mitteilung.*

In Warendorf ist kein Gerichtsgefängnis vorhanden. Ich habe mich deshalb heute fernmündlich mit dem Gerichtsgefängnis in Münster in Verbindung gesetzt. Der Verwalter des Gerichtsgefängnisses hat die Aufnahme der hier festgenommenen sieben Juden ablehnen müssen, da das Gefängnis in Münster bereits überbelegt ist. Die festgenommenen Juden sind z. Zt. wie folgt untergebracht:

(. . .)

Im Polizeigefängnis in Warendorf (2 Arrestzellen) 5 Juden (...)

Die in den vorgenannten Arrestzellen untergebrachten Juden können dort nicht längere Zeit verbleiben. In Warendorf stehen für fünf Inhaftierte nur drei Betten zur Verfügung. Die Polizeiverwaltung will vorläufig noch zwei Strohsäcke für das Notlager bereitlegen. Ich bitte dringend um baldige Entscheidung, wohin die inhaftierten Juden gebracht werden sollen. Die Arrestzellen müssen schon aus dem Grunde bald wieder freigemacht werden, weil sonst eine Unterbringungsmöglichkeit im Falle der Festnahme von anderen Personen nicht mehr vorhanden ist.«(226)

Welche Nöte mögen die inhaftierten Juden und ihre Angehörigen in diesen Stunden durchlitten haben? Niemand wußte, was mit ihnen geschehen würde. Würden sie wieder freigelassen oder in Konzentrationslager gebracht?
Jakob Meyer war diesen Belastungen augenscheinlich nicht gewachsen, er erlitt in der Haft einen nervösen Zusammenbruch und wurde bereits nach einem Tag nach Hause entlassen.(227) Am gleichen Tag wurde Dr. Karl Elsberg wegen eines Nierenleidens mit Krampfanfällen in das Krankenhaus gebracht.(228) Schon am 14.11. wurde er aber, da sich sein Gesundheitszustand augenscheinlich gebessert hatte, wieder in Haft genommen.
Der Warendorfer Landrat Gerdes berichtete am 14.11. nochmals an die Staatspolizeileitstelle Münster über die katastrophalen Zustände im Warendorfer Polizeigefängnis und fragte erneut an, ob die inhaftierten Juden nicht in das Gerichtsgefängnis nach Münster gebracht werden könnten.(229) Wenige Tage später wird er dieses Problems alledings enthoben.

Am 17.11.1938, 12.45 Uhr, erreichte das Landratsamt Warendorf folgender Funkspruch der Staatspolizeileitstelle Münster:
»1. Festnahmeaktion gegen Juden sofort einstellen.
2. *Arisierungsverhandlungen dürfen durch die Inschutzhaftnahme der Besitzer oder Teilhaber nicht gestört werden. Jüdische Schutzhäftlinge, die zur Einleitung oder Fortführung solcher Verhandlungen benötigt werden, sind sofort zu entlassen. Hierbei ist im Interesse der erwünschten Arisierungen großzügig zu verfahren.*
3. *Juden, die bereits im Besitz von Ausreisepapieren sich befinden oder deren Ausreisetermine bevorstehen, dürfen an der Auswanderung nicht gehindert werden und sind sofort zu entlassen, es sei denn, daß besondere politische, kriminelle oder wirtschaftliche Gründe entgegenstehen.*
4. *Alle jüdischen Häftlinge sind sofort zu entlassen, wenn sie mehr als 60 Jahre alt, krank oder körperlich behindert sind.*
5. *Weiter sind Juden sofort zu entlassen, wenn dies ein dringendes Interesse der deutschen Wirtschaft insbesondere aber des deutschen Exportes geboten erscheinen läßt. In Zweifelsfällen oder, wenn besondere Gründe eine andere Behandlung erforderlich machen, ist die Entscheidung von hier einzuholen.*

Über jeden aus der Schutzhaft entlassenen ist täglich bis 12 Uhr mittags durch Schnellbrief nach hier Mitteilung zu machen.«(230)

Die hauptsächlichen Interessen der Regierung werden hier sehr deutlich ausgesprochen. Es hatte sich wohl in den vergangenen Tagen gezeigt, daß durch Verhaftungen von Juden entweder Arisierungsverhandlungen in ihrem Fortgang behindert worden waren oder noch in Besitz von Juden befindliche Geschäfte in Konkurs zu gehen drohten, zumindest aber einen Rückgang des Geschäftes zu verzeichnen hatten. Das Hauptinteresse der nationalsozialistischen Machthaber lag aber darin, sich möglichst lückenlos in den Besitz des jüdischen Eigentums zu bringen. Dieses ökonomische Interesse konnte

dadurch, daß sich die jüdischen Eigentümer in Haft befanden, empfindlich gestört werden.

In den folgenden Tagen wurden nach und nach sämtliche inhaftierten Warendorfer Juden freigelassen. Der erste war der Freckenhorster Siegfried Elsberg, der am 18.11.1938 um 12.35 Uhr entlassen wurde, weil er auf das amerikanische Konsulat zur Erteilung des Ausreisevisums vorgeladen war.(231)
Am gleichen Tag wurde Heinz Lehmann, Brünebrede 54, entlassen, weil er im Besitz der Ausreisepapiere nach Uruguay war.(232)
Am 21. November wurden die letzten drei der inhaftierten Warendorfer Juden entlassen: Dr. Karl Elsberg, Arnold Spiegel und Max Rosenthal. Sie mußten dazu folgende Erklärung unterschreiben:
»Mir ist hiermit mitgeteilt, daß ich zur Beschleunigung meiner Auswanderung aus der Haft entlassen bin, wobei mir folgende Verpflichtungen, deren Befolgung ich nachkommen werde, auferlegt sind:
1. *Meine Auswanderung habe ich beschleunigt zu bewirken,*
2. *ich habe mich jeden Tag bis mittags auf der hiesigen Polizeiwache zu melden,*
3. *falls ich wegen meiner Auswanderungsangelegenheiten Warendorf verlassen muß, so habe ich dieserhalb bei der Polizeiverwaltung Warendorf Urlaub zu beantragen.«*(223)

Trotz der Entlassung aus der Haft waren die Juden also stark in ihrer Freizügigkeit eingeschränkt. Gleichzeitig wird hier auch ein zentraler Zweck der Verhaftungswelle deutlich: der Auswanderungsdruck auf die Juden sollte verstärkt werden.
Zum letzten mal werden die Ereignisse der sogenannten *»Kristallnacht«* am 26. November 1938 aktenkundig. Die Staatspolizeileitstelle Münster fordert einen genauen Bericht über Gewalttaten gegen Personen. Der Warendorfer Landrat führt in seinem Bericht als einzigen Tatbestand die Körperverletzung des Warendorfers David Lehmann an. Den Tatbestand schildert er folgendermaßen:
»Lehmann will in seiner Wohnung mit einem Gegenstand auf den Kopf geschlagen worden sein. Als er dann einen weiteren Schlag durch Hochheben des Armes hat abschwächen wollen, will er einen zweiten Schlag über den linken Unterarm erhalten haben, wodurch der Armbruch hervorgerufen sei. Eigennützige oder an Sadismus grenzende Motive haben keine Rolle gespielt.
(. . .)
Der Täter konnte bisher nicht ermittelt werden.
(. . .)
Ein Vorgang ist nicht vorhanden, da eine besondere Anzeige nicht erstattet wurde.«(234)

7. Die *»Arisierung«* jüdischen Vermögens

7.1 Der Verkauf der Warendorfer Synagoge

Nach den Ereignissen der *»Reichskristallnacht«* nahm der Druck auf die Juden in Deutschland – auch in Warendorf – noch weiter zu. Nun dürfte vielen klar geworden sein, daß die einzige Chance, wenigstens ihr Leben zu retten, im Verlassen ihrer Heimat bestand.
Eine eventuelle Auswanderung war allerdings mit erheblichen Kosten verbunden. Der Verkauf ihrer Besitztümer war also vordringlich zu regeln. Dieses wurde ihnen durch staatliche Verordnungen und Gesetze, die alle unter den Stichworten *»Zwangsentju-*

dung des deutschen Wirtschaftslebens« bzw. *»Arisierung jüdischen Vermögens«* standen, von Monat zu Monat schwerer gemacht.
Bevor der Verkauf privaten jüdischen Besitzes im einzelnen dargestellt wird, soll zunächst der Verkauf der Synagoge an der Freckenhorster Str. betrachtet werden.

Augenscheinlich hatte sich die jüdische Gemeinde schon vor dem 9.11.1938 um einen Verkauf bemüht. Durch die verschiedenen, oben schon dargestellten Maßnahmen, waren die meisten Gemeindemitglieder verarmt. Aus diesem Grunde dürfte die Gemeinde einerseits nicht mehr in der Lage gewesen sein, die Kosten für die Unterhaltung der Gebäude aufzubringen, andererseits benötigte sie zur Unterstützung ihrer Mitglieder dringend Barmittel.
Am 8. Oktober 1938 legte ein vereidigter Sachverständiger dem Kreisausschuß eine Taxierung der Besitzung Freckenhorster Str. 7 vor.(235) Der gesamte Besitz bestand aus dem vorderen Wohn- bzw. Geschäftshaus und dem als Synagoge benutzten Hintergebäude. Der Grundstückswert wird mit 2.500,– RM angegeben.
Die Gebäude werden in dieser Taxe wie folgt beschrieben: *»Das Vorderhaus liegt an zwei Seiten an engen Gassen und ist dort als angebaut anzusehen. Der Straßengiebel ist massiv, alle anderen Außenwände sind aus Fachwerk hergestellt. Im Erdgeschoß befinden sich drei Räume und das Treppenhaus, das Dachgeschoß enthält drei Kammern. Das Gebäude ist zum Teil unterkellert. Die Decke über dem Erdgeschoß besteht aus Holzbalken, das Dach ist mit Hohlziegeln eingedeckt.*
Im Hintergebäude ist ein großer Raum vorhanden, die Umfassungswände sind massiv 25 bzw. 38 cm stark in Ziegelmauerwerk hergestellt. Die Decke besteht aus Holzbalken mit Putz und Bretterbelag, das Dach ist mit Hohlziegeln eingedeckt.«(236)
Der Wert der Gebäude wird vom Taxator mit 6.275,– RM geschätzt, sodaß sich ein gesamter Bau- und Bodenwert von 8.775,– RM ergibt. Als Verkehrswert werden rd. 8.500,– RM errechnet.
Am 25. Oktober 1938 bezweifelt Bürgermeister Hachmann, daß der in der Taxe errechnete Wert gerechtfertigt ist, zumal der Einheitswert lediglich 6.000,– RM betrage.(237)
Der Landrat hält am 1. November 1938 dagegen einen Kaufpreis von 8.000,– RM durchaus für angemessen.(238)

Durch die Ereignisse vom 9./10. November geriet die Warendorfer Synagogengemeinde, die im übrigen durch das Gesetz über die *»Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultuseinrichtungen«* vom 28.3.1938 ihren Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts verloren hatte und unter der Bezeichnung *»Judenschaft Warendorf«* einen eingetragenen Verein bildete, immer mehr unter Druck. Sollte ein Verkauf überhaupt noch möglich sein, mußte er möglichst schnell erfolgen.
Am 15. November 1938 wird zwischen der *»Judenschaft Warendorf e.V.«* und dem Kürschnermeister Heinrich K. ein notarieller Kaufvertrag über die Besitzung der ehemaligen Synagogengemeinde geschlossen. Der Kaufpreis wird in diesem Vertrag auf 8.000,– RM festgesetzt.
Das Geld wurde der jüdischen Gemeinde allerdings nicht direkt ausgezahlt. Am 26. November 1938 gaben sämtliche volljährigen Juden, die in Warendorf wohnten, bei der Stadtverwaltung folgende Erklärung ab:
»Ich, der unterzeichnete N. N. gehöre der Synagogengemeinde Warendorf an, die aufgrund des Gesetzes über die Verhältnisse der Juden vom 23.7.1847 eine Körperschaft des öffentlichen Rechts war. Nach dem Gesetz vom 28.3.1938 sind die Synagogengemeinden jetzt Vereine des bürgerlichen Rechts.

Das Vermögen der Synagogengemeinde Warendorf besteht in der Synagoge und dem angrenzenden Wohnhaus an der Freckenhorsterstr. Mir ist bekannt, daß dieses Grundstück veräußert werden soll. Als Mitglied des gesetzlich neugebildeten Vereins bin ich damit einverstanden, daß das dem Verein gehörige Grundstück dem Interessenten K. verkauft wird und daß der Kaufpreis für die Unterstützung bzw. deren Auswanderung der zur Synagogengemeinde gehörenden hilfsbedürftigen Juden Verwendung findet, sofern von der Aufsichtsbehörde nicht anderweitig hierüber verfügt wird.
Ich bin damit einverstanden, daß die Vorstandsmitglieder der Synagogengemeinde den Vorstand des neu einzutragenden Vereins bilden.«(239)

Warum es zu dieser Vereinbarung kam, ist heute nicht mehr restlos aufzuklären. Die Juden sahen darin vielleicht die Möglichkeit, das aus dem Verkauf der Synagoge erhaltenen Geld vor dem Zugriff höherer staatlicher Stellen zu schützen und sicherzustellen, daß es tatsächlich für ihre eigenen sozialen Belange verwendet wurde.
Die Beweggründe der Stadtverwaltung werden vielleicht durch einen Vermerk vom 29. November 1938 etwas erhellt. Hier heißt es: *»Von den in Warendorf wohnenden Juden müssen vorläufig die drei Familien Spiegel und Frau Samuel unterstüzt werden. Jährlich entstehen dadurch rund 1000 RM Kosten. Diese Juden gehören auch der Synagogengemeinde Warendorf an. Das Vermögen der Synagogengemeinde besteht in dem an der Freckenhorsterstraße liegenden Synagogengrundstück mit Wohnhaus. Damit die hier verbleibenden Juden nicht weiter von der Stadt unterstützt werden brauchen, sind sämtliche hier wohnhafte Juden wegen Abtretung ihrer Ansprüche an das Vermögen der Synagogengemeinde vorgeladen. Sämtliche Juden haben eine Erklärung des Inhalts abgegeben, daß sie mit der Verwendung des Kaufpreises für die hilfsbedürftigen Juden bzw. für deren Auswanderung einverstanden sind.«*(240)

In ähnlicher Weise äußert sich der Landrat am 5.1.1939 in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten in Münster, nachdem dieser die Genehmigung zum Verkauf der Synagoge zunächst verweigert hatte.(241) Zwar seien nach dem RdErl. vom 13.12.1938 Verträge über jüdische Grundstücke nicht zu genehmigen, die nach dem 9. November 1938 abgeschlossen seien, in diesem Fall bitte er allerdings darum, die Genehmigung ausnahmsweise zu erteilen, da es sich um dringliche Angelegenheiten handele. Der Erlös aus dem Verkauf solle *»nach einer Vereinbarung zwischen der Stadtverwaltung Warendorf und der Judenschaft zur Unterstützung und Finanzierung der Auswanderung der bedürftigen Juden benutzt werden.«*
Daraufhin genehmigte der Regierungspräsident am 15. Februar 1939 den Verkauf der Synagoge mit der Auflage, daß das Äußere der Synagoge *»nicht ihren bisherigen Zweck erkennen lassen«* darf.(242)

Restlos lassen sich das Verhalten der Warendorfer Stadtverwaltung bzw. deren Beweggründe auch aus den o.a. Aussagen nicht erklären. Ging es wirklich nur darum, die Stadt von sozialen Leistungen für jüdische Mitbürger in Zukunft zu befreien? Sicherlich war absehbar, daß sich die soziale Situation der jüdischen Bürger in Warendorf in Zukunft noch weiter verschlechtern würde.
Wie dramatisch sich die Verhältnisse tatsächlicher entwickelten, zeigt eine vom Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, Jakob Meyer, am 2.3.1939 der Stadtverwaltung vorgelegte Liste derjenigen jüdischen Gemeindemitglieder, die *»in unterstützungsbedürftigen Verhältnissen«* leben.(243) Folgende 25 Warendorfer Juden sind in dieser Liste aufgeführt:

Jakob, Julie, Helmut und Anita Meyer; Flora Hertz; David, Rika, Karl und Anneliese Elsberg; Max und Erna Rosenthal; Ella, Frieda und Arnold Spiegel; David und Johanna Lehmann; Bertha Samuel; Rosa und Walter Elsberg; Hugo, Frieda, Irma und Walter Spiegel (Münsterstr.); Hugo und Ruth Spiegel (Feldstr.).(244)
In der Stadtverwaltung war diese zukünftige Entwicklung am Ende des Jahres 1938 durchaus absehbar. Andererseits hätte man, wäre der Verkaufserlös der jüdischen Grundstücke direkt an die jüdische Gemeinde geflossen, darauf bei etwaigen Anträgen von Juden auf soziale Leistungen jederzeit verweisen und diese dementsprechend ablehnen können.
Trotzdem wird in der Folgezeit von der Stadtverwaltung immer wieder dieses wirtschaftliche Argument angeführt. In einem Schreiben an den Landrat vom 3.5.1939 heißt es: *»M. E. bedeutet die hier getroffene Regelung keine Übertretung des Erlasses des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 10.12.1938, weil es sich hierbei nicht um Vorteile handelt, die in Auswirkung der Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben erwachsen. Vielmehr beabsichtigt die Gemeinde durch diese Regelung lediglich zusätzliche Aufwendungen, die ihr in Folge dieser Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben durch eventuell notwendig werdende Unterstützungen einschließlich Unterstützung für Auswanderung erwachsen, dadurch zu vermeiden, daß sie diese Kosten von der Judenheit selbst tragen läßt.«*(245)
Am 26.4.1939 bittet die *»Reichsvertretung der Juden in Deutschland«* in Berlin um Auskunft über diesen Sachverhalt.(246) In der Antwort des Bürgermeisters vom 23. Juni 1939 heißt es, daß der Erlös aus dem Verkauf der Synagoge der Stadtverwaltung Warendorf *»zu treuen Händen«* übergeben worden sei, mit der Auflage, *»aus den Mitteln des Synagogenfonds die Juden der Synagogengemeinde Warendorf zu unterstützen und in erster Linie ihre Auswanderung zu fördern. In diesem Sinne ist der Synagogenfonds eingesetzt und aus ihm bereits ein Betrag von 1370 RM gezahlt worden. Z. Zt. steht auf dem Judenfonds noch ein Betrag von 6508,61 RM zur Verfügung.«*(247)

In der Tat war am 8. Mai 1939 an Dr. Karl Elsberg ein Betrag von 920 RM aus dem Synagogenfonds zur Unterstützung seiner Auswanderung gezahlt worden.(248)
Bereits am 10. April 1939 hatte die Familie Meyer auf Antrag von Julie Meyer einen Zuschuß in Höhe von 200 RM zu den Ausreisekosten ihres Mannes erhalten.(249) (Näheres siehe dazu im Kap. *»Auswanderung«*)
Der dritte Betrag in Höhe von 200 RM war am 17. Juni 1939 an den Juden Baer in Beelen gezahlt worden.(250)
Nicht zu klären ist allerdings, warum sich die Stadtverwaltung auch später dagegen sträubte, den Synagogenfonds aufzulösen.
Die *»10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz«* vom 4.7.1939 ordnete die Auflösung jüdischer Stiftungen und ihre Eingliederung in die *»Reichsvereinigung der Juden in Deutschland«* an. Diese Vereinigung war an die Stelle der durch die gleiche Verordnung aufgelösten *»Reichsvertretung der Juden in Deutschland«* getreten und stand unter der direkten Aufsicht der Gestapo.(251)
Mit Verweis auf diese Verordnung wurden von Seiten des Bürgermeisteramtes der Stadt Warendorf nach dem 4. Juli 1939 keine Zahlungen aus dem Synagogenfonds mehr vorgenommen. Gleichzeitig weigerte man sich aber zunächst, die Gelder an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland abzutreten. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Landrates vom 26.10.1939 antwortete der Bürgermeister Hachmann, daß er bei der Auszahlung von Geldern aus dem Synagogenfonds stets darauf geachtet habe, daß es auch tatsächlich zur Auswanderung verwendet worden sei. Außerdem sei Geld auch nur

dann ausgezahlt worden, wenn der Antragsteller nachgewiesen habe, daß ihm keine anderen Mittel zur Verfügung stünden. *»Da eine Kontrolle in dieser Richtung m. E. von dem ›Sozialen Ausschuß für jüdische Wohlfahrtspflege‹ nicht vorgenommen wird, dieser vielmehr das Bestreben hat, die vorhandenen Mittel möglichst schnell und möglichst restlos in die Hand der Juden fließen zu lassen, halte ich es für richtiger, daß die Betreuung dieses Synagogenfonds nach wie vor von hier aus erfolgt. Ich habe bestimmt, daß etwa nicht verbrauchte Mittel für die Errichtung von N.S.V. Kinderheimen in Warendorf verwendet werden.«*(252)
Eine Auszahlung der nicht verbrauchten Gelder aus dem Synagogenfonds an die vom Bürgermeister angeführte Organisation der jüdischen Wohlfahrtspflege ist von den höhergeordneten Stellen – soweit die Quellen darüber Auskunft geben – niemals angeregt worden.
Am 12.12.1939 ordnete der Reichswirtschaftsminister unter dem Betreff *»Zwangsentjudung von Synagogengrundstücken«* dann endgültig die Überweisung derjenigen Beträge, die noch nicht an die jeweiligen Synagogengemeinden ausgezahlt worden sind, an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland an.(253) Am 4.1.1940 werden vom Warendorfer Bürgermeisteramt 6.508,61 RM an die Regierungshauptkasse in Münster überwiesen.

Sollte es bei der Stadtverwaltung Warendorf jemals Überlegungen gegeben haben, durch die Einrichtung des Synagogenfonds und dessen Übernahme durch die Stadt die Gelder vor dem Zugriff übergeordneter Stellen zu schützen, so war dieses mißlungen.
Für die jüdische Gemeinde hatte sich die Einrichtung dieses Fonds schon vorher als negativ erwiesen. Zahlreiche jüdische Bürger waren vor Einrichtung dieses Fonds durch den *»Sozialen Ausschuß für jüdische Wohlfahrtspflege in Westfalen und Lippe«* mit Sitz in Bielefeld unterstützt worden. Nachdem dort der Verkauf der Synagoge und die Einrichtung des Fonds bekannt geworden war, verwies man alle Antragsteller aus Warendorf an die Stadt.
Als Beispiel sei hier ein Schreiben dieser Wohlfahrtsorganisation vom 21.7.1939 an Hugo Spiegel angeführt: *»Wir sind nicht mehr in der Lage, Ihnen eine Unterstützung zu zahlen. Die Gemeinde Warendorf ist von der Reichsvereinigung gesperrt und Sie wollen sich bitte nur an das zuständige Bürgermeisteramt wenden, das das Geld aus dem Verkauf der Synagogengrundstücke treuhänderisch verwaltet. Wir bedauern Ihnen und allen übrigen Gemeindemitgliedern in Warendorf keinen anderen Bescheid erteilen zu können.«*(254)
Ähnlich lautende Schreiben erhielten in den folgenden Monaten fünf weitere Mitglieder der Warendorfer Synagogengemeinde. Von der Stadtverwaltung Warendorf wurde den Antragstellern dann jeweils mitgeteilt, daß nach der schon o.a. 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz eine Unterstützung nicht mehr möglich sei. Sie waren also durch den schwelenden Rechtsstreit von jeglicher Unterstützung abgeschnitten.

7.2 Die *»Arisierung«* des jüdischen Privatbesitzes

Die Verdrängung des Judentums aus der deutschen Wirtschaft sowie die Einziehung ihres Vermögens vollzog sich im wesentlichen in vier Phasen.(255) Zwischen 1933 und 1935 veräußerten die Juden ihre Besitztümer häufig, um damit ihre Emigration zu finanzieren. Zwischen 1935 und 1938 begannen sich die wirtschaftlichen Pressionen gegen die Juden zu verschärfen. Nach der *»Kristallnacht«* wurden dann zahlreiche Verordnungen mit dem Ziel erlassen, die Juden endgültig aus dem Wirtschaftsleben auszuschließen.

Ihr Ende fand diese Entwicklung mit der *»11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz«* vom 25.11.1941, durch die das Vermögen der ausgewanderten und deportierten Juden dem Reich zufiel.
Die erste Phase der Zurückdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben ist dadurch gekennzeichnet, daß man versuchte, durch Propaganda, Boykotte, Sondersteuern, Berufsverbote, Geschäftskennzeichnungen usw. die Juden zur *»freiwilligen Arisierung«* zu drängen.(256)
Mit welchem Erfolg diese Maßnahmen betrieben wurde, wurden am Beispiel des Warenhauses Elsberg gezeigt.
Nach dem 9. November 1938 ging diese *»schleichende«* in eine *»offene«* und *»zentral gelenkte«* Arisierung über.(257) Die Grundlage dafür wurde am 26.4.1938 mit der *»Verordnung über die Anmeldung jüdischen Vermögens«* geschaffen. Nach der *»Kristallnacht«* wurde am 3.12.1938 die *»Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens«* erlassen. Sie *»gab die Grundlage für die Arisierung des gesamten jüdischen Besitzes ab und verwirklichte damit die Drohung, die bereits in der Anmeldeverordnung im April ausgesprochen worden war«* (258). Diese Verordnung sah die Ausschaltung aller noch existierenden jüdischen Betriebe und die Aufhebung des gesamten jüdischen Grundbesitzes vor. Der Verkauf jüdischer Gewerbebetriebe bzw. jüdischer Grundstücke war nur noch nach Genehmigung der Verwaltungsbehörden möglich, die diese Genehmigung auch mit bestimmten Auflagen, wie z. B. Geldleistungen an das Reich, erteilen konnte.(259)

In den Akten des Landratsamtes Warendorf (260) ist die aufgrund der Verordnung vom 26.4.1938 erfolgte Auflistung des jüdischen Vermögens erhalten geblieben. Noch wichtiger als diese Liste ist aber eine Ergänzung, die der Warendorfer Bürgermeister Hachmann am 21.1.1939 an den Regierungspräsidenten in Münster übersandte.(261) Wie in der ersten Liste ist hier das jüdische Vermögen mit dem geschätzten Wert angegeben. Darüber hinaus enthält diese Nachweisung aber auch alle bis zu diesem Zeitpunkt erfolgten Änderungen, d. h. alle Verkäufe jüdischen Besitzes unter Angabe des Käufers und des Kaufpreises.

Anhand dieser Listen und weiterer in der gleichen Akte erhaltener Schriftstücke läßt sich die *»Arisierung«* jüdischen Besitzes in Warendorf relativ genau nachvollziehen.
Nicht mehr nachweisen läßt sich allerdings, ob die Juden durch individuellen Druck oder sogar Erpressungen, wie sie andernorts nachgewiesen worden sind (262), zum Verkauf gezwungen wurden. Festgestellt werden muß aber, daß sich alle Juden nach der *»Kristallnacht«* in einer ausweglosen Lage befanden. Die einzige Möglichkeit, wenigstens ihr Leben zu retten, bestand in der Auswanderung. Diese war aber mit erheblichen Kosten verbunden, die die Juden nur aufbringen konnten, wenn es ihnen gelang, zuvor ihre gesamte Habe zu verkaufen. Ob und inwieweit diese Situation – vor allem nach der *»Kristallnacht«* – von nichtjüdischen Kaufinteressenten ausgenutzt wurde, läßt sich zwar im Einzelfall nicht beweisen, muß aber in einzelnen Fällen wohl vermutet werden, denn die tatsächlichen Kaufpreise lagen zum Teil erheblich unter den geschätzten Werten.
Die aufgrund der Quellenlage rekonstruierbaren Verkäufe jüdischen Besitzes werden im Folgenden in ihrer zeitlichen Abfolge dargestellt.

Der Viehhändler Paul Rosenberg (Zumlohstraße 4) verkaufte bereits am 1. August 1938 seinen Grundbesitz an Wilhelm B. aus Mersch bei Drensteinfurt.(263) Der geschätzte Wert seines Grundvermögens betrug 24.500 RM. Der Kaufpreis belief sich auf 23.000 RM.

Wann die Familie Anspacher ihren Grundbesitz (Lange Kesselstraße 21) verkauft hat, läßt sich aus den Akten nicht mehr mit Sicherheit feststellen, es muß aber auf jeden Fall vor der *»Kristallnacht«* gewesen sein.(264) Der Wert des Grundvermögens wird mit 21.000 RM angegeben, der Käufer Josef R. zahlte 13.750 RM.(265)

Am 7. November 1938 schließen Jakob und Julie Meyer mit dem Pferdemetzger Josef N. einen Kaufvertrag über das Hausgrundstück Brünebrede 17. Der Kaufpreis wird auf 14.500 RM festgesetzt, bei einem Schätzwert von 22.500 RM. Das Grundstück soll nach dem Vertrag am 15.11.1938 in den Besitz des Käufers übergehen, die Wohnräume spätestens am 1.4.1939. Sollte dies erst später geschehen, haben die Eheleute Meyer dem Käufer monatlich eine Miete von 20 RM zu zahlen.
Der Kaufvertrag erstreckt sich über den gesamten immobilen Besitz der Familie Meyer, d. h. auf das Wohnhaus mit Hofraum und dem darauf stehenden Schuppen, der als Stall oder Lagerraum genutzt werden konnte.
Die Genehmigung dieses Kaufvertrages zog sich über Monate hin. Am 2.1.1939 schreibt der Landrat an den Regierungspräsidenten: *»Meyer will nach Amerika auswandern. Er hat hier erklärt, daß sein Auswanderungsvorhaben bereits soweit gediehen ist, daß er voraussichtlich noch in diesem Monat vom Konsulat in Stuttgart vorgeladen wird, um das Einreisevisum in Empfang zu nehmen. Meyer will dann sofort abreisen.«*(266)
Am 9.2.1939 notiert der Landrat: *»Jakob Meyer hat Termin US-Konsulat am 21.2.1939, um Antrag auf Erteilung eines Einreisevisums zu stellen.«*(267) Drei Wochen später, am 28.2.1939, hält der Landrat in einer Notiz fest, daß Meyer das Einreisevisum für die USA erteilt worden sei und die Ausreise nur noch am nicht genehmigten Hausverkauf scheitere.(268) Um eine Erteilung dieser Genehmigung bemüht sich der Landrat dann am 15.3.1939 in einem Brief an den Regierungspräsidenten. Diese Genehmigung möge umgehend erteilt werden, *»da Meyer am 12. April 1939 auswandern will«* (269). Der Landrat sieht auch keinen Grund für eine weitere Verzögerung der Genehmigung, zumal der Kaufpreis, der sich auf 14.500 RM belaufe, sehr niedrig sei. Der Einheitswert des Grundbesitzes betrage 11.500 RM, nach einem Gutachten des Kreisbaumeisters dürfe der Verkaufspreis 16.000 RM betragen. Der vereinbarte Kaufpreis liege also noch deutlich unter diesem Gutachten. Am 21.3.1939 erteilt der Regierungspräsident seine Genehmigung.

An diesem Beispiel wird der Zusammenhang zwischen der Veräußerung des jüdischen Besitzes und der Auswanderung besonders deutlich. Durch das sich immer weiter hinauszögernde Genehmigungsverfahren werden die Juden einem immensen Druck ausgesetzt. Nachdem sie, was oftmals, wie später noch gezeigt werden wird, sehr schwierig war, sämtliche Hindernisse, die einer Auswanderung im Wege standen, überwunden hatten – vor allem, nach dem ihnen ein Land ein Einreisevisum erteilt hatte – drohten sämtliche Anstrengungen umsonst gewesen zu sein, wenn ihnen der Verkauf ihres Besitzes nicht genehmigt werden sollte. Unter diesem Druck war es natürlich unmöglich, einen regulären Preis zu erzielen. Nur vor diesem Hintergrund sind die z. T. immensen Abweichungen zwischen Schätzwert und erzieltem Kaufpreis verständlich. Die Juden befanden sich in einer derartigen Notlage, daß sie gezwungen waren, nahezu jedes Angebot zu aktzeptieren.

Während Paul Rosenberg im August 1938 einen Kaufpreis erzielte, der wenigstens annähernd dem Wert seines Grundvermögens entsprach, sollte dies später – vor allem nach der *»Kristallnacht«* – aufgrund des immer stärker werdenden Drucks auf die Juden, kaum noch einem Warendorfer Juden gelingen.



Paul Rosenberg, Zumlohstraße 4

Dies gilt auch für David Elsberg (Oststraße 7), der nach seinem Bruder Eduard über das größte Vermögen der Warendorfer Juden verfügte. Da er mehrere Grundstücke, darunter auch land- und forstwirtschaftlich genutzte, besaß, wurde sein Besitz an mehrere Käufer veräußert. Am 18.11.1938 schloß er einen Kaufvertrag mit dem Zimmermeister August K. über ein Gartengrundstück an der Freckenhorster Straße. Zwei weitere Käufer erwarben ebenfalls Teilgrundstücke. Der Hauptbesitz Elsbergs lag in seinem Grundstück mit Wohnhaus an der Oststraße 7. Der Einheitswert dieses Besitzes betrug 14.400 RM, der geschätzte Gesamtwert wurde vom Bürgermeister mit 22.000 RM angegeben.(270) Der Architekt A. schätzte den Gesamtwert am 30.8.1938 auf 20.000 RM. Der tatsächliche Verkaufserlös blieb dann noch unter dieser ohnehin schon sehr niedrigen Schätzung. Im Kaufvertrag zwischen David Elsberg und der Warendorfer Kreditbank e.G. vom 8. Dezember 1938 wird er auf 19.000 RM festgesetzt. Dieser Kaufvertrag wird vom Regierungspräsidenten am 16.2.1939 genehmigt.

Am 23.11.1938 schließen Erna und Max Rosenthal (Pumperie 5) einen Kaufvertrag mit dem Kaufmann Bernhardt N. Gegenstand dieses Vertrages ist das Hausgrundstück Pumperie 5 mit dem darauf stehenden Wohnhaus sowie Pferdestall und Schuppen. Die Eheleute Rosenthal erhalten 7.500 RM. Auch hier liegt wieder eine Differenz zwischen dem Schätzwert von 9.000 RM und dem erzielten Kaufpreis vor, der allerdings nicht so gravierend ist, wie in anderen Fällen. Zudem behalten Frau Rosenthal und ihr Mann zunächst *»Wohnungsrecht in zwei Zimmern mit Nebenräumen, besonders Küche, bis zu ihrer Auswanderung, ohne Vergütung«*(271). Rosenthal gibt allerdings an, daß er schon in allernächster Zeit auswandern könne und der Käufer somit bald mit einem Umbau beginnen könne. Der Verkauf wird am 25.2.1939 genehmigt.

Am 29. November 1938 verkauft der Kaufmann David Lehmann (Brünebrede 54) sein Haus mit Grundstück an Frl. Sophie D. aus Gröblingen zum Preis von 12.250 RM. Der Schätzwert betrug 16.000 RM. Interessant ist hier der Vergleich zweier Zahlen. Der erzielte Verkaufserlös entspricht genau den Schulden, die die Familie Lehmann nach der Liste vom 21.1.1939 hatte. Der Verkaufserlös reicht also gerade aus, um die vorhandenen Schulden zu decken. Die Finanzierung einer Auswanderung durch den Verkauf von Immobilien war für David Lehmann also nicht möglich.

Das Datum, an dem Rosa Elsberg ihr Gebäude am Heumarkt an Johann H. verkauft, läßt sich nicht mehr feststellen. Der geschätzte Wert des Grundvermögens betrug 18.000 RM, der erzielte Verkaufserlös 15.400 RM.

Der letzte aus den Akten zu rekonstruierende Verkauf bezieht sich wiederum auf Besitz von Eduard Elsberg. Er schloß am 4. April 1939 – er hielt sich damals schon in Berlin auf – einen Kaufvertrag mit dem Klempnermeister Bernard F. Das Kaufobjekt war das Wohn- und Geschäftshaus auf der Freckenhorster Straße 22. Es wird wie folgt beschrieben: *»Straßenfront von 9,80 m. Im Erdgeschoß geräumiger Laden mit zwei großen Schaufenstern, 1 Diele, 1 Küche, 3 Zimmer, Flur mit Treppenaufgang. Im Obergeschoß zwei Wohnungen, bestehend aus 2 Küchen, 1 Vorratsraum, Flur und 9 Zimmern; Dachgeschoß mit 5 Kammern und Bodenraum.«* Das Untergeschoß war für 200 RM monatlich an die Firma Hill vermietet.
Der Einheitswert wird mit 31.200 RM angegeben, die Schätzung des Kreisbaumeisters beläuft sich auf 25.000 RM.
Elsberg erzielte einen – im Vergleich zum Verkauf anderer jüdischer Grundstücke – relativ hohen Kaufpreis von 27.000 RM. Dieser ist wohl dadurch erklärlich, daß auf-



Jakob Meyer, Brünebrede 17

grund der günstigen Geschäftslage des Hauses zahlreiche Kaufinteressenten vorhanden waren. Der Auktionator S. nennt in einem Schreiben vom 2.12.1938 an die Preisprüfungsstelle des Landratsamtes insgesamt acht Kaufinteressenten.(272) Wie aus dem Schreiben von S. hervorgeht, haben sich diese Interessenten gegenseitig überboten und so Elsberg den relativ hohen Verkauferlös ermöglicht.

8. Die Auswanderung Warendorfer Juden

In den Jahren nach 1933 trafen immer mehr Juden Vorbereitungen, Deutschland zu verlassen. Hierauf konzentrierte sich denn auch mehr und mehr die Arbeit der jüdischen Organisationen. Es wurde immer deutlicher, daß die Emigration für die Juden die einzige Chance darstellte, wenigstens ihre materielle Existenz zu sichern. Zwar konnte 1938 noch niemand wissen, daß die Auswanderung die einzige Möglichkeit war, das Überleben zu retten, man konnte es nach der *»Kristallnacht«* allenfalls ahnen, zur absoluten Gewißheit wurde es erst mit Beginn der *»Endlösung«* 1941/42.
Die nahezu vollständige Ausschaltung aus der Wirtschaft, ließ den Juden aber kaum eine andere Chance, als Deutschland zu verlassen.

Am leichtesten fiel die Entscheidung zu emigrieren sicherlich den Zionisten, die schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die Gründung einer jüdischen *»Heimstatt«* in Palästina propagierten.(273) Die Mehrzahl der deutschen Juden fühlten sich aber nach einem sehr langen und mühsamen Integrationsprozeß als Deutsche. Ihnen fiel die Entscheidung, ihre Heimat zu verlassen, sehr schwer.

Der Auswanderung selbst standen aber auch zahlreiche Hindernisse entgegen. Zunächst einmal mußte eine Einwanderungserlaubnis für ein Land erlangt werden, was hauptsächlich ein Problem des vorhandenen Kapitals war; gleichzeitig war klar, daß sich das vorhandene Vermögen aufgrund der verschiedensten devisenrechtlichen Bestimmungen durch die Auswanderung vermindern würde. Hinzu kam, daß viele Emigrationsländer bestimmte berufliche Qualifikationen forderten. Am ehesten konnten noch Handwerker, Techniker oder Landwirte hoffen, eine Einwanderungserlaubnis zu erhalten, am schlechtesten standen die Chancen für Akademiker und Kaufleute, also jene Berufe, in denen der jüdische Anteil besonders hoch war.
Sehr groß waren auch die finanziellen Schwierigkeiten. *»Fast alle ausländischen Staaten zeigten sich nur kapitalkräftigen Einwanderern gegenüber aufgeschlossen und verlangten eine Art ›Vorzeigegeld‹, d. h. einen Nachweis über eine Mindestsumme, die der Einwanderer mitbrachte. Daher war die Auswanderung minderbemittelter Juden aus Deutschland fast unmöglich, wenn sie nicht durch reichere Juden mitfinanziert wurden oder der Auswanderer einen besonders begehrten Beruf erlernt hatte.«*(274)

Die größten Schwierigkeiten machten aber die staatlichen Maßnahmen, die die Regierung aufgrund ihrer ständigen Finanz- und Devisenknappheit ergriff. 1931 war die *»Reichsfluchtsteuer«* eingeführt worden. Danach mußte jeder Auswanderer, der über mehr als 200.000 RM steuerpflichtiges Vermögen oder 20.000 RM Jahreseinkommen verfügte, 25% seines Vermögens an das Reich abführen.(275) Diese Maßnahme zur Zeit der Wirtschaftskrise war gedacht, um bei freiwilligen Auswanderungen Kapitalflucht zu verhindern. In der Praxis des Dritten Reiches wurde sie hauptsächlich bei der *»offiziell erwünschten, ›freiwillig erzwungenen‹ Auswanderung der Juden angewandt«*(276). 1934 wurde die Vermögensgrenze sogar auf 50.000 RM herabgesetzt.(277)



Julius Anspacher, Lange Kesselstraße 21

Dazu kam, daß es den Juden fast unmöglich war, ihre Vermögenswerte ins Ausland zu transferieren, da sie devisenrechtlich gesperrt waren. *»Ihr Geld und ihre Effekten wurden zu ›Sperrmark‹ bzw. ›Effektensperrmark‹, die in Deutschland festlagen.«*(278) Der Betrag, der ins Ausland mitgenommen werden durfte, wurde von Jahr zu Jahr gekürzt. *»Die Verluste der Juden bei der Emigration waren also vielfacher Art und steigerten sich von Jahr zu Jahr. Zunächst mußten die Reisekosten gezahlt werden, die bei Auswanderung nach Übersee besonders hoch waren. Betriebe, Grundstücke, Häuser, Wohnungseinrichtungen usw. wurden unter Wert verkauft, Hypotheken konnten meist nicht realisiert, Forderungen häufig nicht eingezogen werden. 25% des restlichen Vermögens gingen als Reichsfluchtsteuer an das Reich. Was noch übrig war, konnte teilweise transferiert werden, wobei der Verlust bei der Auswanderung nach Palästina noch einmal zwischen 20 und 50%, nach anderen Ländern zwischen 20 und 95% schwankte, – je nach Zeitpunkt und Ziel der Auswanderung. Hinzu kamen weitere Abgaben, besonders seit 1938, und die Kosten der Einordnungen in das wirtschaftliche Leben der neuen Heimatländer (Betriebsgründungen, Wohnungssuche bzw. Hausbau, Umschulungen usw.). Es ist sicher nicht zu hochgegriffen, wenn man die materiellen Verluste bei der Auswanderung für die erste Zeit seit 1933 auf durchschnittlich 30 bis 50%, für die Jahre nach 1937 auf ungefähr das doppelte schätzt.«*(279)

Zur staatlichen Organisierung der Auswanderung wurden die verschiedensten Pläne gemacht. Verwirklicht wurde letztendlich nur die von Heydrich angeregte Gründung der *»Reichsvereinigung der Juden in Deutschland«*, die unter staatlicher Aufsicht die Auswanderung organisierte und bis 1941 noch rund 100.000 Juden aus dem Altreich herausbrachte.(280) Am 31. Oktober 1941 wurde die jüdische Auswanderung verboten, und es begann mit der Deportierung nach dem Osten die *»Endlösung der Judenfrage«*.
Im folgenden soll an einigen Beispielen Warendorfer Juden gezeigt werden, welche Schwierigkeiten sie bei der Planung und Durchführung ihrer Auswanderung zu bewältigen hatten. Dabei werden einzelne Familien, über die umfangreichere Informationen vorliegen, untersucht und das Verfahren der Auswanderung, soweit es sich aus den Akten rekonstruieren läßt, möglichst genau beschrieben. Nur so ist es möglich, den Zusammenhang zwischen ökonomischem Druck und Auswanderung aufzuzeigen, also zu zeigen, daß es sich – zumindest de facto, wenn nicht de jure – um *»Zwangsausweisungen«* gehandelt hat.
Außerdem wird in den meisten Untersuchungen, auch den lokalgeschichtlichen, der Komplex der jüdischen Auswanderung nur allgemein behandelt und in der Regel nur als statistisches Phänomen dargestellt. Vor allem werden Fragen der Auswanderung gegenüber der Darstellung der Deportation der Juden in die Vernichtungslager nur ein relativ geringer Stellenwert eingeräumt. Dies ist in der Regel in der Quellenlage begründet, die oft nicht mehr als eine zahlenmäßige Erfassung der jüdischen Auswanderung zuläßt.
In Warendorf ist die Quellenlage auch hier relativ günstig, so daß in Einzelfällen Aussagen über das individuelle Vorgehen bei der Auswanderung, vor allem auch über die Schwierigkeiten und Hindernisse, die den Juden in den Weg gelegt wurden, möglich sind. Insofern mag besonders auch dieses Kapitel von überregionalem Interesse sein.
Die Angaben über die Wegzugsdaten aus Warendorf sind sämtlich der Meldekartei des Einwohnermeldeamtes Warendorf entnommen. Eine Übersicht über alle hier angeführten Daten findet sich im Anhang, Tabelle 1.



Erna Anspacher

Familie Julius Anspacher, Lange Kesselstraße 21

Der Viehhändler Julius Anspacher wandte sich schon im Jahr 1937 an die *»amtlich anerkannte gemeinnützige Auswandererberatungsstelle«* in Münster und erläuterte hier Überlegungen, nach Holland auszuwandern.(281) Eine solche Beratung der Auswandererberatungsstelle war vor jeder Auswanderung nötig, denn die Juden mußten, wenn sie einen Paß beantragten, eine Bescheinigung dieser Stelle vorlegen, daß sie ernsthaft die Absicht hätten, auszuwandern.
In der Bescheinigung der Auswandererberatungsstelle heißt es, die Auswanderungsabsicht Anspachers sei durch einen rapiden Geschäftsrückgang begründet. Als Auswanderungsziel sei Holland vorgesehen, weil dorthin bereits Geschäftsbeziehungen bestünden. Bei einer ersten Reise wolle Anspacher allerdings zunächst prüfen, ob in Holland die Möglichkeit der Niederlassung und Geschäftsgründung gegeben sei. Seine Ehefrau Erna wolle mitreisen, da sie hoffte, in Holland ebenfalls wieder in ihrem alten Beruf – sie war Schneiderin – arbeiten zu können.

Die zur Paßausstellung notwendige Genehmigung der Kreisleitung der NSDAP vom 28.12.1937 ist ebenfalls in den Akten vorhanden.(282) Ob es zu dieser geplanten Reise nach Holland gekommen ist, kann nicht gesagt werden. Schon in der Bescheinigung der Auswandererberatungsstelle wurde allerdings darauf hingewiesen, daß ebenfalls noch Pläne bestünden, nach Argentinien auszuwandern. Diese würden allerdings aufgegeben, wenn die Voraussetzungen in Holland günstig wären. Vermutlich haben sich die Hoffnungen, die die Familie Anspacher an Holland geknüpft hat, nicht erfüllt. Das nächste Schriftstück stammt vom 9.August 1938. Es handelt sich um ein Schreiben des Warendorfer Bürgermeisters als Ortspolizeibehörde an das Finanzamt in Warendorf, betreffend *»Vorbereitende Maßnahmen zur Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland«*.(283) Das Finanzamt wurde um Mitteilung gebeten, ob Verdacht auf Steuer- oder Kapitalflucht bestehe. Das gleiche Schreiben ging an die Staatspolizeistelle in Münster, die Zollfahndungsstelle in Dortmund, den Gemeindevorstand in Warendorf, die Reichsbankanstalt in Münster, die Devisenstelle beim Landesfinanzamt in Münster, die zentrale Nachrichtenstelle beim Landesfinanzamt Berlin und die Auswandererberatungsstelle in Münster.

Als Auswanderungsziel der Familie Anspacher wird in diesem Schreiben Nordamerika angegeben. Ob tatsächlich Pläne bestanden, nach Nordamerika zu gehen, ist nicht zu klären. Nachdem die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes vorlag und die Pässe ausgestellt worden waren, verwirklichte die Familie Anspacher jedenfalls ihren ursprünglichen Plan und wanderte nach Uruguay aus. Die polizeiliche Abmeldung von Julius und Erna Anspacher, deren Mutter Johanna Hertz und den Kindern Josef und Rudolf erfolgte am 9.12.1938.

Am Beispiel der Familie Anspacher konnte gezeigt werden, wie der bürokratische Ablauf einer Auswanderung vor sich ging, welche Bescheinigung im einzelnen einzuholen waren usw. Insgesamt macht der gesamte Vorgang, im Vergleich zu anderen, aber noch den Eindruck, als sei es Anspacher ohne allzu große »objektive« Schwierigkeiten – die subjektiven Probleme beim Verlassen der Heimat, besonders auch der psychische Druck unter dem sich die Juden befanden, läßt sich immer nur erahnen – gelungen, Warendorf und Deutschland zu verlassen. Dabei muß allerdings bemerkt werden, daß es Anspacher gelungen war, sein immobiles Vermögen bereits vor der *»Kristallnacht«* zu verkaufen. Überhaupt hatte er sich, wie die erhaltenen Akten zeigen, wohl schon relativ



Josef Anspacher



Meta Elsberg, Münsterstraße 29



Lotte Elsberg, Münsterstraße 29

frühzeitig mit dem Gedanken beschäftigt, auszuwandern. Insofern war seine Ausgangslage sicherlich günstiger, als die der meisten anderen Warendorfer Juden. So gelang es der Familie auch, gemeinsam auszuwandern, was keinesfalls immer der Fall war.
Noch einmal wird die Familie Anspacher am 17. Juli 1940 aktenkundig. In einem Schreiben der Staatspolizeileitstelle Münster wird dem Warendorfer Landrat mitgeteilt, daß Anspacher die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt werden soll.(284)
Der Warendorfer Landrat bestätigt auf Anfrage, daß die Familie Anspacher nach Montevideo ausgewandert sei.

Familie Elsberg

Der Mehrzahl der Mitglieder der großen und weitverzweigten Familie Elsberg gelang noch rechtzeitig die Flucht ins Ausland. In den meisten Fällen lassen sich aber die genauen Umstände der Ausreise nicht mehr klären. Lediglich die Daten der Abmeldung (s. Anhang) können angegeben werden.

Am frühesten wurde Deutschland von Lotte Elsberg, Münsterstraße 29, verlassen. Sie beantragte bereits am 21.11.1936 die Ausstellung eines Reisepasses für eine Reise nach San Franzisko. In ihrem Paßantrag heißt es:
»Ich wollte demnächst nach St. Franzisko (Nordamerika) verreisen, um dort meinen Onkel Josef Cohen zu besuchen. Die Dauer meines Aufenthaltes ist unbestimmt, die Kosten der Reise werden von meinem Onkel getragen. Auch die Kosten, die durch meinen Aufenthalt in St. Franzisko entstehen, werden vom ihm getragen. Die Mitnahme irgendwelcher Zahlungsmittel ist nicht erforderlich.«(285)
Lotte Elsberg erhält auf ihren Antrag einen auf ein Jahr befristeten Reisepaß. Zu diesem Zeitpunkt war also eine Ausreise auf ganz normalem Weg noch möglich. Hinzu kam aber sicherlich, daß in diesem Fall kein Vermögen vorhanden war, so daß von Seiten der Behörden auch keinerlei Bedenken geltend gemacht wurden.

Dies war bei anderen Mitgliedern der Familie Elsberg schon ein Jahr zuvor ganz anders gehandhabt worden. Am 26.6.1936 teilt die Devisenstelle des Landesfinanzamtes der Staatspolizeistelle in Münster mit, daß der Verdacht bestünde, daß der *»Warenhausbesitzer Elsberg in Warendorf mit seinem Neffen Dr. Elsberg Ende Juli ds. Js. nach Portland USA«* fahren wolle. *»Es besteht der Verdacht der Auswanderung«.*(286)
Eine Ausreise der beiden war zu diesem Zeitpunkt allerdings gar nicht möglich, da ihre Pässe durch Verfügung des Warendorfer Bürgermeisters vom 24.4.1936 auf das Inland beschränkt worden waren.(287)
Vertreten durch einen Münsteraner Rechtsanwalt wendet sich Dr. Karl Elsberg gegen diese Verfügung, da er in die Niederlande reisen wolle, um dort eine Bürgschaft für seinen Bruder zu erlangen, die dieser für seine Auswanderung in die USA benötige. Im weiteren Verlauf des Rechtsstreits werden die Gründe für die Beschränkung der Gültigkeit der Reisepässe auf das Inland immer deutlicher. Es geht den Behörden darum zu verhindern, daß das sicher nicht unbeträchtliche Elsbergsche Vermögen ins Ausland transferiert wird. Als Eduard Elsberg im Juli 1936 beim Warendorfer Finanzamt einen Grundschuldbrief über 20.000 RM hinterlegt, ordnet der Landrat die Wiederaushändigung von Auslandspässen an Eduard und Karl Elsberg an.(288)
Hier wird der Zusammenhang zwischen finanziellen Interessen des Staates und der Auswanderung besonders deutlich. In dem Augenblick, in dem diese Interessen befriedigt sind, wird auch der Auswanderung – zumindest zu diesem relativ frühen Zeitpunkt des Jahres 1936 – kein Widerstand mehr entgegengebracht.

Dr. Karl Elsberg war im übrigen einer derjenigen Warendorfer Juden, der Zahlungen aus dem *»Synagogenfonds«* erhielt (Vgl. Kap. 7.1 und Dokumente 25). Am 29. April 1939 wandte er sich an den Warendorfer Bürgermeister mit der Bitte, ihm 1.000 RM aus dem Synagogenfonds auszuzahlen. Er benötigte diesen Betrag zur Bezahlung der Schiffspassagen für sich und seine Frau. Die beiliegende Rechnung des Reisebüros über 1.925 RM (Dokument 25) zeigt, wie hoch die Kosten für eine Auswanderung waren.(289) Nachdem Karl Elsberg nachgewiesen hatte, daß auch sein Vater nicht über genügend Mittel verfügte, um seine Auswanderung zu unterstützen, wurden ihm aus dem Synagogenfonds 920 RM bewillt.(290)

Familie Jakob Meyer, Brünebrede 17

Auch die Auswanderungsangelegenheit der Familie Meyer ist in den Akten der Warendorfer Stadtverwaltung sehr gut belegt.
Bereits am 6. Juli 1938 stellt die Auswandererberatungsstelle für Jakob Meyer, seine Frau Julie, die Kinder Helmut und Anita sowie die Schwiegermutter Flora Hertz die notwendige Bescheinigung aus:
»Die Auswandererberatungsstelle hat in die Bürgschaftspapiere Einblick genommen, die von einem Verwandten des Gesuchstellers, Alfred Rosenthal, 7955-69 th Ave, Middle Village, New York bereitgestellt sind. Ausser diesem Vetter besitzt Meyer noch eine Anzahl weiterer Verwandte, die ihm bei der Existenzgründung behilflich sein können.«(291)
Nachdem am 7. Juli 1938 auch das Finanzamt und die Stadtkasse keine Einwände gegen die Auswanderung der Familie Meyer erhoben hatten, stand dieser im Prinzip nichts mehr im Wege. Es sollte allerdings noch Monate dauern, ehe sie tatsächlich in Angriff genommen wurde, und dann war es der Familie unmöglich, gemeinsam auszureisen.
Infolge einer Erkrankung seiner Schwiegermutter Flora Hertz reiste Jakob Meyer zunächst alleine aus. Drei Tage vor seiner Abreise erklärte seine Frau Julie Meyer auf dem Bürgermeisteramt, daß die übrigen Familienmitglieder wenige Wochen später nachreisen wollten. Außerdem sei die Familie nicht in der Lage, die gesamten Ausreisekosten – ca. 300 RM pro Person – aufzubringen. Deshalb beantragte sie einen Zuschuß aus dem Synagogenfonds, der ihr in Höhe von 200 RM auch gewährt wurde.(292)
Unter welchem psychischen Druck die Familie Meyer in der Folgezeit gestanden haben muß, mögen die folgenden Ereignisse verdeutlichen. Jakob Meyer reiste tatsächlich Anfang April in die USA aus.(293) Die übrige Familie konnte aber nicht, wie wohl ursprünglich geplant, schon kurze Zeit später nachreisen. Vielmehr gibt Julie Meyer am 25. September 1939 auf dem Warendorfer Bürgermeisteramt folgendes zu Protokoll:
Mein Ehemann Jak. Meyer ist bereits am 13. April d. Js. nach Amerika ausgewandert. Ich beabsichtige nun mit meiner Mutter, Flora Hertz, geb. Gumprich, geb. am 1. Juni 1861 in Borghorst und meinen beiden Kindern, 13 und 10 Jahre alt, nachzufahren. Im Besitz von gültigen Auslandspässen sind wir, sie gelten bis zum 1. Juli 1940.
Bereits im Dezember v. Js. hatten wir uns durch Vermittlung des Reisebüros Lückertz in Münster für die Ausreise vornotieren lassen. Der Name der Gesellschaft ist: ›United States Line‹. Diese Schiffahrtslinie führt keine Fahrten mehr aus. Wir beabsichtigen, jetzt mit einer holländischen Schiffahrtsgesellschaft zu fahren. Der Name der Linie ist mir nicht bekannt. Bei dieser Linie müssen wir für die Belegung der Plätze auf dem Schiff vornotiert werden. Dies wollte ich heute in Münster veranlassen. Bevor ich dies durchführe, müssen wir im Besitze eines Sichtvermerks sein.
Ich bitte um Erteilung des Sichtvermerks für die obengenannten Personen und für mich. Wann das Schiff abfährt, kann ich nicht angeben, ich werde es heute gewahr.«(294)

Die Unsicherheit, unter der die Juden bei einer so späten Ausreise zu leiden hatten, wird in diesem Schreiben sehr deutlich. Von zu vielen Unabwägbarkeiten hing jetzt die Flucht aus Deutschland ab. Noch nicht einmal das genaue Ausreisedatum war bekannt.
Zwei Tage nach diesem Antrag genehmigt der Landrat die Erteilung der Sichtvermerke.(295) Dafür müsse allerdings eine Verwaltungsgebür in Höhe von 16 RM entrichtet werden. Dieser an sich geringe Betrag droht für die Familie Meyer zunächst zu einer unüberwindlichen Hürde zu werden. Frau Meyer erklärt, daß sie keine Mittel zur Entrichtung dieser Gebühr besitzte.(296) Falls noch Vermögen vorhanden war, unterlag es den Devisenbestimmungen und war somit gesperrt. Erst nachdem Frau Meyer ein Schreiben der Devisenstelle beim Oberpräsidium Münster vorlegte, wonach sie bis 200 RM auf Grund der Vorlage von Rechnungen frei bekäme, wurden die Sichtvermerke erteilt. Dies geschah praktisch im letzten Moment, denn bereits zwei Tage später, am 29.9.1939, verläßt Julie Meyer mit ihren beiden Kindern Warendorf mit dem Ziel New York.
Auch jetzt reiste allerdings nicht die gesamte Familie aus, denn die Mutter von Julie Meyer, Flora Hertz, trat die Reise in die USA nicht an. Sie gelangte am gleichen Tag nach Köln zur Abmeldung. Warum sie nicht mit ihrer Tochter und ihren Enkelkindern ins Ausland flüchtete, kann aus den Akten nicht rekonstruiert werden. Von Köln aus wurde Flora Hertz später nach Litzmannstadt (Lodz) deportiert und fand dort oder in einem Vernichtungslager den Tod.(297)

Familie Lehmann, Brünebrede 54

Am 17. April 1939 wendet sich der Pferdehändler David Lehmann, der sich zu diesem Zeitpunkt in Hamburg aufhielt, an die Warendorfer Stadtverwaltung und beantragt, *»mir und meiner Ehefrau aus dem Erlös der jüdischen Gemeindegrundstücke den uns zustehenden Betrag zur Ermöglichung unserer Ausreise auszuzahlen.«*(298) Die Auswanderung der Eheleute Lehmann sollte bis Mai 1939 erfolgen und deshalb müßten die Schiffskarten unverzüglich bestellt und bezahlt werden, wofür ihm allerdings die Mittel fehlten.
Eine Auszahlung von Geldern aus dem Synagogenfonds an die Eheleute Lehmann kam nicht zustande. Als letzte Nachricht findet sich im Melderegister die Eintragung, daß David und Johanna Lehmann, geb. Bornheim, am 5. Juni 1939 nach Münster verzogen sind. Johanna Lehmann wird später von dort nach Minsk deportiert.(299) Über das Schicksal ihres Mannes ist nichts bekannt.
Dem Sohn der Eheleute Lehmann, dem Dipl. Volkswirt Heinrich Lehmann, gelang hingegen die rettende Flucht ins Ausland. Er wanderte am 3.12.1938 nach Uruguay aus.

Familie Paul Rosenberg, Zumlohstraße 4

Am 13. Juni 1938 beantragt der Viehhändler Paul Rosenberg bei der Stadtverwaltung Warendorf, die Berufsangabe in seinem Reisepaß zu ändern:
»Mit dem eingetragenen Beruf Viehhändler wird mir die Einwanderung nach Südamerika nicht gestattet. Es muß als Beruf schon Landwirt eingetragen sein.
Ich habe als Viehändler eine Weidewirtschaft von 22 Morgen betrieben. Weiter bitte ich, mir als Beruf in meinen Paß auch Metzger einzutragen. Ich bin gebürtig aus Freckenhorst. Meine Eltern haben in Freckenhorst eine Schlachterei und Metzgerei betrieben, worin ich von 1910 bis 1915 tätig war. Eine abgeschlossene Lehre habe ich nicht durchgemacht. Ich bitte, wenn möglich mir einen neuen Paß mit der Angabe Landwirt und Metzger auszustellen. Ich werde diesen Paß nur für die Auswanderung benutzen.«(300)



Julie Meyer, geb. Hertz, Brünebrede 17

Nachdem die Staatspolizeileitstelle in Münster auf Befragen des Landrats keine Bedenken äußert, wird dem Antrag Rosenbergs stattgegeben.(301)
In diesem Fall zeigt sich, wie schwierig es war, mit bestimmten Berufen – dazu zählten vor allem alle Tätigkeiten im Bereich des Handels – ein Einwanderungsland zu finden. Rosenberg hatte das Glück, aufgrund seiner Vorbildung, Herkunft und Berufstätigkeit eine Änderung der Berufsbezeichnung im Reisepaß zu erreichen und nach Argentinien auswandern zu können.
Am 1.8.1938 verläßt er Warendorf mit dem Ziel Buenos Aires. Mit ihm reisen seine Frau Franziska, geb. Oberem und die Kinder Paul und Egon.

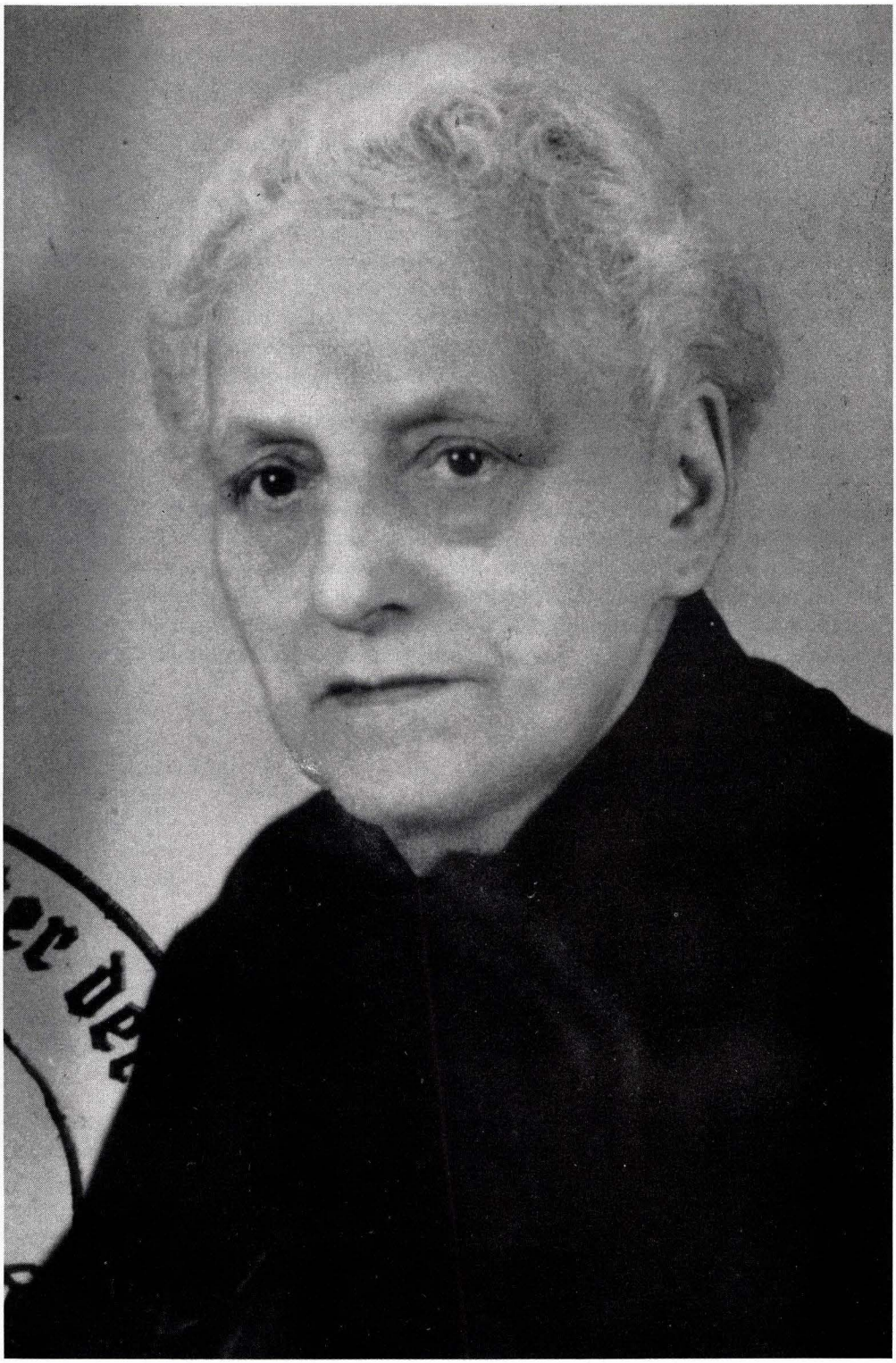
Eheleute Max und Erna Rosenthal, Pumperie 5

Am 4. August 1939 schreibt Max Rosenthal an den Warendorfer Bürgermeister:
»Auf Veranlassung des Hilfsvereins der Juden in Deutschland, der mir die Beträge der beigefügten Rechnungen zugesagt hatte, wende ich mich an Sie als Verwalter des Vermögens der jüdischen Gemeinde Warendorf.
Ich erbitte und beantrage hiermit, mir die Fahrtkosten meiner Auswanderung bewilligen zu wollen und sofort an das Reisebüro Lückertz, Münster, auszuhändigen. Mein eigenes Vermögen reicht nur noch zur Deckung meiner Frachtkosten, die ca. 300 RM betragen.
Ich bitte, die Überweisung der 820,50 RM an das Reisebüro Lückertz, Münster, bis zum 12. August vorzunehmen, weil meine Frau und ich am 14. August ausreisen wollen und bei unserer Ausreise die Fahrkarten für Amerika in der Hand haben müssen.«(302)
Der Bürgermeister lehnt den Antrag ab und verweist darauf, daß laut Verfügung des Regierungspräsidenten keine Zahlungen aus dem *»Judenfonds«* mehr geleistet werden dürfen.(303)

Hier wird das schon früher angesprochene Dilemma, das durch die Einrichtung des Synagogenfonds entstanden war, noch einmal deutlich. Die Eheleute Rosenberg hatten schon die Zusage einer jüdischen Wohlfahrtsorganisation, sie bei ihrer Auswanderung finanziell zu unterstützen. Nach Einrichtung des Fonds in Warendorf wurden die Zahlungen dieser Hilfsvereine an Warendorfer Juden unter Hinweis auf das hier noch zur Verfügung stehende Geld generell eingestellt.

Auch die finanziellen Schwierigkeiten bei der Ausreise lassen sich in diesem Fall gut ersehen. Die Eheleute Rosenthal hatten ihr Grundvermögen im November 1938 veräußert und dafür einen Kaufpreis von 7.500 RM erzielt. (Vgl. Kap. 7.2) Die Schulden waren mit 2.706,-RM angegeben (304), so daß ihnen ein Reinerlös von 4.794 RM aus dem Immobilienverkauf blieb. Obwohl Rosenberg einen für ihn relativ günstigen Kaufvertrag erreicht hatte – so wurde ihm und seiner Frau bis zu ihrer Ausreise freies Wohnrecht garantiert – reichte der erzielte Überschuß nicht zur Finanzierung der Auswanderung und das, obwohl diese nur wenige Monate nach der Genehmigung des Kaufvertrages (25.2.1939) stattfinden sollte. Die Ursache ist wohl in den außergewöhnlichen finanziellen Belastungen zu suchen, die zu Beginn dieses Kapitels angesprochen wurden.

Dem Ehepaar Rosenthal muß es dann doch gelungen sein, Geld für die Finanzierung ihrer Ausreise aufzutreiben, vielleicht erklärte sich eine jüdische Hilfsorganisation nach dem endgültigen Bescheid des Bürgermeisters bereit, ihnen eine Unterstützung zu zahlen. Am 24.8.1938 verlassen sie Warendorf mit dem Ziel England.



Flora Hertz, geb. Gumprich

Familie Hugo Spiegel, Schützenstraße

Die Familie Spiegel erlebte von Flucht, über jahrelanges Leben im Untergrund bis zur Ermordung in einem Konzentrationlager das gesamte Schicksal der europäischen Juden.
Hugo Spiegel wanderte am 13.5.1939 nach Brüssel aus. Nach seinen Angaben rekonstruierte Peine folgenden Ablauf der Ereignisse: *»Spiegel fand in Brüssel eine Stelle als Metzger. Wenig später flohen seine Frau und sein Sohn, die noch in Warendorf waren, mit Hilfe eines SS-Soldaten – gegen hohe Bezahlung – nach Brüssel. Hugo Spiegel wurde im Jahre 1940 von der Gestapo in Brüssel verhaftet und kam in mehrere Konzentrationslager, u.a. nach Auschwitz, Buchenwald und zuletzt nach Dachau, wo ihn die Amerikaner 1945 befreiten. Seine Tochter kam auch in ein Konzentrationslager, und bis heute weiß Familie Spiegel nichts über ihr Schicksal. Frau Spiegel und ihr Sohn konnten sich verborgen halten.«*(305) Hugo, Ruth und Paul Spiegel lebten nach Kriegsende wieder in Warendorf.

Diejenigen Juden, die sich ins Ausland – vor allem nach Übersee – flüchten konnten, hatten zumindest ihre physische Existenz gerettet. Wie schwierig das materielle Überleben in den Aufnahmeländern oft war, soll an einem kurzen Beispiel erläutert werden. Die Familie Meyer, die in Warendorf einen angesehenen Rohproduktenhandel betrieben hatte und, wie oben dargestellt, nach Amerika ausgewandert war, ließ sich in New York nieder, wo sie Verwandte hatten. *»Der Vater begann – man mag es kaum glauben – als Tellerwäscher, die Mutter als Putzfrau, um den kargen Lebensunterhalt für die vierköpfige Familie zu verdienen.«*(306) Die Auswanderer mußten also in der Regel noch einmal ganz von vorn beginnen, ihr in Deutschland oft über Generationen erwirtschaftetes Vermögen war ihnen endgültig genommen.

9. Die antijüdischen Repressalien nach der Kristallnacht

Nach der Kristallnacht kam es zu weiteren Diskriminierungen und Schikanen gegen das Judentum, wenngleich sich auch vordergründig die radikale Stimmung abzuschwächen schien.(307) Dies mag auf die zahlreichen Proteste des Auslandes zurückzuführen sein, außerdem sollte die *»Arisierung«* des jüdischen Vermögens in keiner Weise behindert werden.(308)

Die ersten Verordnungen, die direkt nach der *»Kristallnacht«* am 12.11.1938 erlassen wurden, beschäftigten sich folgerichtig auch hauptsächlich damit, sich in den Besitz des jüdischen Vermögens zu bringen. Dazu gehörte auch die Verordnung über eine *»Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit«*, die den deutschen Juden in ihrer Gesamtheit die Zahlung einer Kontribution von einer Milliarde Reichsmark auferlegte. (Dokument 21)
Das gleiche Ziel verfolgte die *»Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben«*, die eventuelle Ansprüche von Juden, die in der Kristallnacht geschädigt worden waren, gegen Versicherungen aufhob und die Versicherungsansprüche zugunsten des Reiches beschlagnahmte. (Dokument 20)



Annita Meyer

Am deutlichsten wird die beschriebene Zielrichtung sicherlich in der ebenfalls am 12.111938 erlassenen *»Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben«* (Dokument 22), die – wie oben schon angesprochen – das endgültige Ende jeden jüdischen Gewerbelebens bedeutete und den Auswanderungsdruck immens erhöhte.

Besonders aber wurde in der Folgezeit die persönliche Diskriminierung der Juden und ihre Stigmatisierung in der Öffentlichkeit durch Erlasse oder Verordnungen fortgesetzt. Ein Erlaß Hitlers vom 16. November 1938 verbot Juden das Tragen einer Uniform der alten oder neuen Wehrmacht. Am 17. Januar 1939 wurde jüdischen Zahn- bzw. Tierärzten und jüdischen Apothekern durch die 8. Verordnung zum Reichsbürgergesetz die Ausübung ihres Berufes untersagt. Am 7. März 1939 wurden die Juden von der Wehr- und Arbeitsdienstpflicht ausgeschlossen. Die Zusammenlegung jüdischer Familien in sogenannten *»Judenhäusern«* wurde durch das *»Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden«* vom 30. April 1938 vorbereitet. Nach einer Verordnung vom 15. November 1939 durften Jüdinnen die Tätigkeit von Säuglings- und Kinderschwestern nur noch an jüdischen Anstalten ausüben.

Am 17. August 1938 war die 2. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen erlassen worden, nach der alle Juden ab dem 1. Januar 1939 den Zwangsnamen *»Israel«* bzw. *»Sara«* führen mußten. Am 1. September wurde die *»Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden«* erlassen: ab dem 19. September 1941 mußte jeder Jude vom sechsten Lebensjahr an in der Öffentlichkeit den Judenstern tragen.

Die Freizügigkeit der Juden wurde immer weiter eingeschränkt. so war es ihnen verboten, ohne schriftliche Erlaubnis der Ortspolizeibehörde ihre Wohngemeinde zu verlassen, nach 20 Uhr durften sie ihre Wohnungen nicht verlassen. (Dokument 28)

Auch ihre Führerscheine hatten Juden abzugeben. So lieferte am 31.12.1938 Max Rosenthal seinen Führerschein bei der Ortspolizeibehörde in Warendorf ab.(309)

Eine Verfügung vom 22.9.1939 ordnete die Beschlagnahmung der Radioapparate, die sich im Besitz von Juden befanden, an. In Warendorf wurde ein Radio beschlagnahmt, und zwar bei der Jüdin Bertha Samuel.(310) Liest man den in den Akten des Landratsamtes erhaltenen Vorgang (Dokument 29), so kann man zwischen den Zeilen vermuten, daß eine Mitbürgerin versucht hat, ihrer jüdischen Wohnungsnachbarin zu helfen. Angeblich hatte diese Nachbarin, Frau K., den Rundfunkapparat *»Siemens Schatulle«* 14 Tage vorher von Bertha Samuel gekauft. Als Preis seien 160 RM vereinbart worden, wovon Frau K. 10 RM angezahlt habe. Bei der Post war der Apparat noch auf den Namen von Bertha Samuel angemeldet. Bertha Samuel erklärte, *»daß Frau K. den Apparat ihrem Mann zu Weinachten schenken wolle. Bis dahin solle der Ehemann K. dieses nicht erfahren, aus welchem Grunde der Apparat am Tage in der Wohnung K. und bevor der Mann abends von der Arbeit zurückkomme jedesmal wieder in ihre Wohnung zurückgebracht würde.«*(311) Diese Geschichte klingt sehr konstruiert, und man kann vermuten, daß sie zwischen Bertha Samuel und ihrer Nachbarin abgesprochen war, um die Beschlagnahmung des Radioapparates zu verhindern. Dieser Versuch hatte allerdings keinen Erfolg. Zwar sah sich der Landrat, der vom Warendorfer Bürgermeister um eine Stellungnahme gebeten worden war, nicht in der Lage, diesen Fall allein zu entscheiden und wandte sich an die Gestapo in Münster. Von dort kam dann allerdings folgende An-

weisung: *»Der Rundfunkapparat der Jüdin Samuel bleibt sichergestellt. Ich ersuche, die Jüdin aufzufordern, den Anzahlungsbetrag von 10,-RM zurückzuerstatten.«*(312) Vermutlich war man auch bei der Staatspolizeileitstelle zu der Überzeugung gelangt, daß es sich hier um einen Versuch gehandelt hat, die o.g. Verfügung zu umgehen.

Über das Alltagsleben der Juden, die sich nach der Kristallnacht – vor allem aber nach Kriegsbeginn – noch in Warendorf befanden, liegen uns kaum Informationen vor. Man kann aber davon ausgehen, daß sie nur noch selten ihre Wohnungen verlassen haben, vermutlich nur noch, um die nötigsten Besorgungen zu machen oder sich mit Leidensgenossen zu treffen. Aber selbst dies war einigen Mitbürgern wohl noch ein Dorn im Auge.

Im September ging bei der Staatspolizeileitstelle in Münster eine Beschwerde darüber ein, daß *»die Juden David Elsberg und Arnold Spielgel aus Warendorf in letzter Zeit wieder ein herausforderndes Verhalten gegenüber der Bevölkerung an den Tag legen. Auch sollen sie sich in den Wohnungen oft besuchen und Zusammenkünfte abhalten. Die Geschwister Spiegel sollen einen regen Briefwechsel mit dem Auslande unterhalten (Holland und Südafrikanische Union) und von einer Tante aus Amerika Zuwendungen erhalten«*(313) Die Warendorfer Polizei überwacht daraufhin Elsberg und Spiegel und zieht Erkundigungen ein. Aufgrund des daraufhin gefertigten Berichts antwortet der Landrat am 14.10.1939 an die Gestapo Münster: *»Nach den hier getroffenen eingehenden Feststellungen, sind die Juden David Elsberg und Arnold Spiegel in letzter Zeit nicht besonders hervorgetreten. Auch daß dieselben öfters Zusammenkünfte haben sollen, ist nirgends aufgefallen. Lediglich die Schwester der Spiegel, Ella Spiegel, hilft den Elsbergs bei den Hausarbeiten. Elsberg hält sich meistens zu Hause auf, während Spiegel sehr oft über Land fährt. Er bringt sich dann wohl mal Kartoffeln oder auch Brennholz mit. Spiegel lebt mit seiner Schwester zusammen, beide werden von der Wohlfahrt unterstützt. Dafür arbeiten sie in den Stadt-Baumschulen.*

Elsberg unterhält einen regen Briefverkehr mit den im Ausland lebenden Verwandten, so nach Amerika, England, Frankreich und Belgien. Nachdem die Auswanderung nach Paraguay gesperrt ist, will E. nunmehr nach Nordamerika auswandern. Er hat vom amerikanischen Konsulat in Stuttgart die Einwanderungserlaubnis unter Nr. 21 492 erhalten. Spiegel, der nach New York auswandern will, hat ebenfalls in Stuttgart die Nr. 34 644 erhalten.
Beide erhalten von den im Ausland lebenden Verwandten keine Unterstützungen. Nachteiliges ist über die Juden Elsberg und Spiegel hier nicht ermittelt worden. Beide haben sich um ihre Auswanderungen bemüht.«(314)

So sah also das Alltagsleben aus: Zwangsarbeit für karge Wohlfahrtsunterstützung, ab und zu vielleicht Hilfe von Bauern, die Kartoffeln oder Brennholz verkaufen, und ansonsten immer noch die Hoffnung, doch noch auswandern zu können. Den hier Angesprochenen sollte die rettende Flucht aber nicht mehr gelingen. Aus welchen Gründen David Elsberg nicht schon früher Deutschland verlassen hat, läßt sich nicht mehr feststellen. Bei der Familie Spiegel dürfte wohl ihre schlechte finanzielle Situation der Grund gewesen sein.

Diesen Schluß legt zumindest ein Brief nahe, den Ella Spiegel für ihre Schwester Frieda am 12. Juli 1939 dem Warendorfer Bürgermeister Hachmann schreibt. Sie bittet darin um *»Bewilligung der Mittel, die es mir ermöglichen, mich für meine Ausreise nach England vorzubereiten: Ich benötige dringend folgendes:*

1. Reise nach England. (Der Bürgermeister bemerkt hier zynisch am Rand: ›ja‹)
2. Reisekoffer.
3. Kleidung: insbesondere warme Unter-Kleidung, 1 Wintermantel, 1 Sommermantel, 2 Wollkleider, 1 Sommerkleid, 3 Paar Schuhe, Hemden, Hauskittel u. Hauskleider, Nachthemden, Schlüpfer. (Der Empfänger streicht im Text ›Wintermantel‹, ›Sommermantel‹ und versieht ›3 Paar Schuhe‹ mit einem Fragezeichen.)
Da ich vollständig mittellos bin und ich ohne die oben aufgeführten Sachen nicht in der Lage bin auszuwandern, bitte ich höfl. um Bewilligung der oben angeführten Sachen, zumal das Geld hierzu von der jüd. Gemeinde vorhanden ist.
Ferner bitte ich um Rückgängigmachung Ihres Beschlusses vom 24.5.39 betreffs Mietunterstützung. Trotz angestrengter Bemühung war es mir nicht möglich, eine andere, billigere Wohnung zu bekommen. Ich bitte daher dringend um Bewilligung der Mietunterstützung in Höhe von 15 RM monatlich, da es mir und meinen Geschwistern sonst nicht möglich ist zu leben!«(315)
Die nackte Not verhinderte also die Auswanderung der Familie Spiegel, die auf der Oststraße 18 wohnte. Sie waren nicht in der Lage, auch nur die Kosten für die Auswanderung eines Familienmitgliedes selbst aufzubringen. Dies verwundert nicht, konnten sie doch nicht einmal mehr ihren Lebensunterhalt bestreiten. Die Miete für die Wohnung, in der Frieda, Ella und Arnold Spiegel wohnten, betrug 42 RM. Zu der Bitte um Wiedergewährung eines Mietzuschusses bemerkt der Bürgermeister am Rand des Briefes lediglich: *»Wenn Frieda Sp. auswandert, ist die Wohnung für 42,- RM bestimmt zu teuer, da dann nur noch 2 Personen da sind.«*(316) Überhaupt fallen bei diesem Schreiben ganz besonders die o.a. Bemerkungen des Bürgermeisters ins Auge. Von dem Versuch, der Familie Spiegel in ihrer Notlage in irgendeiner Form zu helfen, ist nichts zu spüren.

Hier, wie auch schon in anderen, oben beschriebenen Fällen, wirkt sich die Einrichtung des *»Synagogenfonds«* zum Nachteil der betroffenen Juden aus. Die Stadtverwaltung antwortet Frieda Spiegel am 15. August 1939 und teilt ihr mit, daß es durch Verfügung des Regierungspräsidenten untersagt worden sei, *»Mittel aus dem bei der Stadt liegenden Synagogenfonds für die Zwecke der Förderung der Ausreise der Juden zu verwenden. Ich bin hiernach nicht mehr in der Lage, den in Aussicht genommenen Betrag von 220,- RM an Sie zur Auszahlung zu bringen.«*(317)

Erneut wird hier besonders der Zusammenhang zwischen der finanziellen Situation der Juden und der Möglichkeit, Deutschland zu verlassen, deutlich. Wer nicht über Immobilien verfügt hatte und diese rechtzeitig verkaufen konnte, um so einen wenigstens annähernd dem Wert entsprechenden Verkaufserlös zu erzielen, war kaum in der Lage, die sehr hohen Kosten einer Auswanderung aufzubringen. Nachdem die Arbeitsmöglichkeiten für Juden immer weiter eingeschränkt worden waren, waren sie, wie die Familie Spiegel (Oststraße), in der Regel nicht einmal in der Lage , ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Sollte eine Flucht aus Deutschland überhaupt noch gelingen, konnte dies nur durch die Mithilfe von Freunden oder durch Unterstützung caritativer jüdischer Hilfsorganisationen geschehen. Von seiten der städtischen Verwaltung war – auch in Warendorf – keinerlei Hilfe zu erwarten.

Daß es wenigstens einem Mitglied der Familie Spiegel, Ella, dennoch gelang, Warendorf und Deutschland am 26. August 1939 mit dem Ziel London zu verlassen, ist wohl der Unterstützung des *»sozialen Ausschusses für jüdische Wohlfahrtspflege in Westfalen und Lippe«* mit Sitz in Bielefeld zu verdanken. Hierhin hatte sich Ella Spiegel, wie ein Schreiben dieser Organisation an den Warendorfer Bürgermeister vom 18. August 1939

zeigt(318), ebenfalls mit der Bitte um Hilfe gewandt. Ihre Geschwister konnten Deutschland nicht mehr rechtzeitig verlassen und wurden am 13.12.1941 gemeinsam mit drei weiteren Warendorfer Juden nach Riga deportiert. (s. Kap.10)

Das *»Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden»* vom 30. April 1939 hatte den Mieterschutz für Juden aufgehoben. Es war nun möglich, Juden ohne Angabe von Gründen zu kündigen und ihnen zwangsweise andere Juden als Untermieter zuzuweisen. Überall in Deutschland begann nun die zwangsweise Zusammenfassung der Juden in sogenannten Judenhäusern, von denen es z. B. in Münster sieben gab.(319)
Auch in Warendorf wurden bei der Stadtverwaltung Überlegungen in diese Richtung angestellt. Anhand einiger überlieferter Aktennotizen lassen sich die in diesem Zusammenhang geplanten Maßnahmen genau rekonstruieren. Diese Aufzeichnungen (320) werden im Folgenden vollständig zitiert, da sie gleichzeitig das letzte Dokument sind, daß Aufschluß über die Lebensumstände der Ende 1941 noch in Warendorf lebenden Juden geben kann:

»Warendorf, den 7. November 1941

1. Notiz:

Die außerordentliche Wohnungsknappheit, die durch die Unterbringung mehrerer volksdeutscher Familien aus Kroatien noch erhöht worden ist, macht es nunmehr notwendig, die in Warendorf ansässigen jüdischen Familien zusammenzufassen und die von ihnen z. Zt. bewohnten Wohnungen für deutsche Volksgenossen freizuschaffen. Z. Zt. sind noch folgende Juden in Warendorf ansässig:

Elsberg, David Israel	*wohnhaft Lilienstraße 25*
Elsberg, Rika Sara	*wohnhaft Lilienstraße 25*
Samuel, Berta Sara	*wohnhaft Gerichtsfuhlke 8*
Spiegel, Arnold Israel	*wohnhaft Oststraße 18*
Spiegel, Ella Sara	*wohnhaft Oststraße 18*
Spiegel, Hugo Israel	*wohnhaft Münsterstraße 7*
Spiegel, Frieda Sara	*wohnhaft Münsterstraße 7*
Spiegel, Walter Israel	*wohnhaft Münsterstraße 7.*

Die Eheleute Elsberg wohnen bereits in ihrem eigenen Hause. Für die Jüdin Samuel besteht die Möglichkeit, in Freckenhorst bei dem Juden Leffmann unterzukommen. Der Bürgermeister von Freckenhorst und der Herr Landrat in Warendorf haben ihre Zustimmung zu der Wohnungsverlegung nach Freckenhorst erteilt. Die Familie Hugo Israel Spiegel kann in zwei Räumen der Notwohnung Brinkstraße 90 untergebracht werden, desgleichen sollen die Geschwister Arnold Israel und Ella Sara Spiegel in die Notwohnung eingewiesen werden. Es ist hier erforderlich, daß der Invalide R. Wohnung räumt. Dieser kann Unterkunft in der Wohnung des Invaliden K. (erhalten), der in ein Altersheim untergebracht wird. Der Kaufmann H. hat sich mit der Übernahme der Wohnung durch R. einverstanden erklärt. Eine Unterbringung der volksdeutschen Familie, die z. Zt. im Schafstall wohnt, in die Notwohnung ist nicht mehr notwendig, da diese Familie nach Angabe der Volkspflegerin der NSV auf die Wohnung verzichtet hat.
Mit dem Juden Hugo Israel Spiegel ist vereinbart worden, daß er die Überwachung und Aufräumung des Schuttabladeplatzes übernimmt. Für diese Arbeit wird eine Entschädigung von 30,– RM monatlich festgesetzt, auf die 10,– RM als Miete anzurechnen sind. Spiegel erhält danach eine Barentschädigung von monatlich 20,– RM. Außerdem ist ihm zugesagt worden, daß im Falle der Übernahme der Arbeiten die beiden ihm zugewiesenen Räume mit Fußboden versehen werden sollen. (...)

2. Schreiben an Hugo Israel Spiegel, hier.

Aufgrund des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden vom 30.4.39 und der hierzu ergangenen Durchführungsbestimmung vom 4.5.39 werden Sie mit Wirkung vom 15.11.41 in die Notwohnung Warendorf, Brinkstraße 90 eingewiesen. Sie haben daher die von Ihnen z. Zt. bewohnte Wohnung im Hause Münsterstraße 7 spätestens am 14. ds. Mts. zu räumen und in die neu zugewiesene Wohnung einzuziehen. Der Mietpreis beträgt monatlich 10,– RM, der Ihnen auf die Entschädigung, die Sie für die Wartung des Schuttabladeplatzes erhalten, angerechnet wird. Für die zu leistende Arbeit habe ich eine monatliche Entschädigung von 30,– RM festgesetzt, sodaß Ihnen eine Barentschädigung von 20,– RM monatlich gezahlt wird. Der Vermieterin H. habe ich von dieser Verfügung Kenntnis gegeben.

3. Abschrift des Schreibens an Frau Ww. H., Münsterstraße. Bei der Neuvermietung der Wohnung bitte ich nach Möglichkeit von der Stadt vorgeschlagene Bewerber zu berücksichtigen.

4. Schreiben an Frau Berta Sara Samuel, hier, Gerichtsfuhlke 8.

Auf Grund des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden vom 30.4.39 und der hierzu ergangenen Durchführungsbestimmungen vom 4.5.39 werden Sie mit Wirkung vom 10.11.41 in die Wohnung der Geschwister Leffmann Freckenhorst eingewiesen. Der Herr Landrat in Warendorf und der Herr Bürgermeister in Freckenhorst haben ihr Einverständnis zu Ihrer Wohnungsverlegung nach Freckenhorst erteilt, desgleichen haben sich die Geschwister Leffmann bereit erklärt, Sie in die Wohnung Ihrer Schwester im Hause Leffmann Freckenhorst aufzunehmen. Ihre bisherige Wohnung Gerichtsfuhlke 8 haben Sie spätestens am 10. ds. Mts. zu räumen. Die durch den Umzug entstehenden Kosten werden von der öffentlichen Fürsorge übernommen. Ich habe den Fuhrunternehmer W. beauftragt, den Umzug am Montag, vormittags um 8 Uhr, vorzunehmen. Für das Auf- und Abladen der Möbel werden einige städtische Arbeiter bereitgestellt.

(. . .)

7. Ausgabeanweisung fertigen über 135,– RM zu zahlen an Hugo Israel Spiegel (Für November 15,– RM für die Monate bis einschließlich März 42 je 30,– RM)

8. Einnahmeanweisung fertigen über 45,– RM (Miete für November 5,– RM Dezember bis einschließlich März 42 je 10,– RM)

(. . .)

Warendorf, den 14. November 1941

1. Notiz:

Die Aktion der Unterbringung der Juden (321) *in einem Gebäude ist nicht durchgeführt worden, da nach Mitteilung des Herrn Landrats in Kürze eine einheitliche Regelung zu erwarten ist.«*

Nachdem man den Juden die Möglichkeit einer gesicherten Existenz genommen hatte, raubte man ihnen auch noch ihre Wohnungen, in denen sie schon viele Jahre gelebt hatten. Von einer normalen bürgerlichen Wohnung wurden sie, wie die Familie Spiegel, in eine Notunterkunft eingewiesen. Die Ausgrenzung aus der städtischen Gesellschaft war damit vollständig geworden, die Juden waren von nun an höchstens noch soziale Randexistenzen. Der soziale Abstieg manifestiert sich auch in der Arbeit, die man Hugo Spiegel zuwies, oder – besser ausgedrückt – zu der man ihn zwangsweise verpflichtete, denn von Freiwilligkeit konnte angesichts der Tatsache, daß dies wohl die einzige Möglichkeit war, wenigstens noch den kärglichsten Lebensunterhalt für sich und seine Familie zu verdienen, wohl kaum die Rede sein.

Auch die Art und Weise, wie diese Umzüge von statten gehen sollen, wirft ein deutliches Licht auf das Vorgehen der Stadtverwaltung gegenüber Juden. Am 7.11.1941 wurden die Kündigungsschreiben ausgefertigt, bereits eine Woche später, am 15. November sollte die Familie Spiegel die Notwohnung beziehen. Noch kürzer war die Frist für Berta Samuel, die schon drei Tage nach Ausfertigung des Kündigungsschreiben umziehen sollte. Da Berta Samuel nicht in der Lage gewesen wäre, die Kosten für ihren Umzug selbst aufzubringen, wird der Fuhrunternehmer von der Stadt beauftragt und städtische Arbeiter sollen das Auf- und Abladen der Möbel übernehmen. Dies mag man bei der Stadtverwaltung noch für eine großzügige Geste gehalten haben, für die Betroffene wäre dieser Vorgang besonders erniedrigend gewesen.
Wie die letzte Notiz in dieser Sache zeigt, ist es zu der geplanten Zusammenlegung von Juden nicht mehr gekommen, weil der Landrat dem Bürgermeister mitgeteilt hatte, daß *»in Kürze eine einheitliche Regelung zu erwarten«* wäre. Gemeint war damit die Deportation der noch in Warendorf lebenden Juden, die einen Monat später erfolgen sollte.

10. Die *»Endlösung der Judenfrage«*

Alle bisher geschilderten antijüdischen Maßnahmen zielten noch nicht auf eine physische Vernichtung des Judentums ab, obwohl sich nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges eine Tendenz zu einer generellen *»Endlösung der Judenfrage«* abzuzeichnen begann. Mitte September 1941 faßte Hitler endgültig den Entschluß, die noch im *»Altreich«* bzw. im *»Protektorat«* lebenden Juden in Lager und Ghettos im Osten evakuieren zu lassen.(322) Die endgültige Entscheidung über die physische Vernichtung des europäischen Judentums war spätestens im Dezember 1941 gefällt.(323)
Von diesem Zeitpunkt an begannen die Judentransporte aus dem *»Großdeutschen Reich«*. Betroffen waren zunächst alle *»Volljuden«*, soweit sie nicht in Mischehe lebten.(324) Ein Großteil der Transporte ging direkt in die Vernichtungslager, andere in kleinere Lager oder Ghettos wie das *»Alters-«* oder *»Vorzugsghetto«* Theresienstadt. Diese Zielorte dienten oft aber nur als Durchgangslager für den Weitertransport in ein Vernichtungslager. Diese Deportationen waren im wesentlichen in der ersten Hälfte des Jahres 1943 abgeschlossen.(325) Später wurden die meisten *»Mischlinge«* und auch nichtjüdische Ehemänner aus Mischehen zum *»Arbeitseinsatz«* in Lager gebracht.

Im Spätherbst des Jahres 1941 begannen auch in Westfalen die Vorbereitungen zur Deportation der Juden. Am 20. November 1941 versammelten sich in Münster unter Leitung des stellvertretenden Gauleiters Stangier hohe Beamte des Oberpräsidiums, des Oberfinanzpräsidiums, der Polizei, der Stadt Münster und einige Parteifunktionäre zu einer Besprechung, auf der die organisatorischen Fragen hinsichtlich der Deportation geklärt werden sollten. Ein Protokoll dieser Besprechung ist erhalten geblieben.(326) Es trägt den Vermerk *»Vertraulich«*, was in der Judenpolitik des Dritten Reiches ein Novum war. Alle bisherigen Maßnahmen gegen das Judentum in Deutschland waren in aller Öffentlichkeit durchgeführt worden. Die *»Endlösung der Judenfrage«* unterlag nun aber strengsten Geheimhaltungsvorschriften.
Gleich zu Beginn des Protokolls wird das Ziel der Besprechung umrissen:
»Die Besprechung war angesetzt worden, um für den bevorstehenden Abtransport der Juden eine einheitliche Regelung zu erzielen und die in anderen Regierungsbezirken gemachten Erfahrungen zu verwerten. Der Wunsch des Gauleiters war, daß eine einheitliche Regelung unter Leitung des Gaues erfolgen solle.«(327)

Den größten Raum nahm bei dieser Besprechung die Frage ein, wie die Inbesitznahme und Verteilung des jüdischen Vermögens, besonders der Wohnungen und des Mobiliars zu erfolgen habe. In Großstädten war es hier anscheinend zu Problemen gekommen. Die Ursache sei gewesen, daß – wie in Düsseldorf – *»auf einmal etwa 500 Wohnungen leer geworden seien und ein Sturm auf die freien Wohnungen eingesetzt habe, daß ferner Schwierigkeiten bei der Instandsetzung der Wohnungen entstanden seien.«*(328) In Münster waren solche *»Probleme«* sicherlich ebenfalls denkbar, für Warendorf dagegen sind die Überlegungen, was mit den freiwerdenden Wohnungen geschehen sollte – angesichts der geringen Zahl der noch in der Stadt wohnenden Juden – sicherlich unerheblich.

Sehr ausführlich wurde auch die Frage diskutiert, was mit Gegenständen aus jüdischem Besitz geschehen solle, die bei der Deportation zurückgelassen würden. Für die meisten dieser Gegenstände waren inzwischen Höchstpreise festgesetzt worden, zu denen diese vom Gerichtsvollzieher an Interessenten verkauft werden könnten. Viele Juden würden allerdings noch kurz vor der Deportation Gegenstände aus ihrem Besitz verkaufen.
»Die Rechtslage sei die, daß mit Wirkung vom 15. Oktober das gesamte Judenvermögen beschlagnahmt sei. Da die Juden über die Beschlagnahme selbst nicht in Kenntnis gesetzt seien, wäre also die Beschlagnahme von sehr geringer Bedeutung. Die Finanzverwaltung sei die Beauftragte des Staates für die Verwertung des Judenvermögens. Es müsse für jeden Juden ein Konto geführt werden, auf dem die Erlöse verbucht würden. Und aus diesem Konto würden auch die Schulden bezahlt, da mit der Übernahme des Vermögens auch die Schuldverpflichtungen im Rahmen der vorhandenen Masse auf das Reich übergegangen seien. Für die Verwertung des Vermögens beständen bestimmte Vorschriften. Schmuckstücke und sonstige Wert-, Gold- und Silbersachen würden nach Berlin geschickt und einheitlich dort verwertet. Gemälde und Kunstgegenstände müßten durch den Landesleiter, Reichskulturkammer, Abteilung bildende Künste, abgeschätzt werden, evtl. im Einvernehmen mit dem Leiter der Museen. Ebenso sei bezügl. der Bibliotheken – es sei bei einzelnen Juden eine wertvolle Bibliothek gefunden worden – mit den zuzständigen Leuten Fühlung aufzunehmen. Die Juden seien gehalten, eine Vermögensaufstellung anzufertigen. Es habe sich jedoch herausgestellt, daß diese in kaum 20% der Fälle richtig sei. Die Juden hätten ja auch kaum noch ein Interesse daran, sie richtig aufzustellen. In dem Augenblick des Fortgangs der Juden aus der Wohnung müßten daher zwei Finanzbeamte hergeschickt werden, die eine genaue Vermögensaufstellung anfertigten und dann die Wohnung versiegelten.«(329)
Im typischen, nüchternen Amtsstubenstil der Zeit wird darüber diskutiert, wie man die wenigen den Juden noch verbliebenen Besitztümer möglichst günstig verwerten kann, nachdem man deren Besitzer in den sicheren Tod geschickt hat. Im gleichen Stil ist das gesamte, sechs Seiten umfassende Protokoll geschrieben, auch an den Stellen, wo es um die Organisation der Transporte geht:
»Der zuständige Sachbearbeiter der Stapo, Dr. Busse, erwähnte dann noch die Einzelheiten, wie der Abtransport der Juden vor sich gehen solle. Es gingen aus dem Regierungsbezirk Münster 2 Transporte, einer in die Gegend von Riega (!), der andere nach Minsk. Die Juden aus Münster kämen mit dem ersten Transport am 13. Dezember vormittags 9 Uhr. Es kämen vorläufig alle Juden mit Ausnahme folgender Gruppen in Betracht:
a) Jüdische priviligierte Mischlinge oder in einer Mischehe lebende Juden,
b) Juden, die sich im geschlossenen Arbeitseinsatz befinden,
c) Juden über 65 Jahre oder Gebrechliche und Kranke.
(...)

Die Juden würden zum Gertrudenhof gebracht und dort einer Untersuchung unterzogen. Sie dürften keine Schmuckgegenstände, kein Bargeld usw. mitnehmen. Der Transportführer bekommen für jeden Juden 50,- RM, die den Juden später an Ort und Stelle in Reichskreditkassenscheinen ausgehändigt würden. Die Juden könnten bis 50 Kilo großes Gepäck mitnehmen an Haushaltungsgegenständen, Decken, Bettzeug etc. Die Beendigung der Vorarbeiten müsse bis etwa 8 Uhr morgens fertig sein und er bäte darum, daß vielleicht einige Straßenbahnen zur Verfügung gestellt würden, damit sie geschlossen zur Verladestelle an der Hafenstraße gebracht werden könnten.«(330)

Schon zwei Tage vor dieser Besprechung, am 18.11.1941, hatte die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Münster, folgendes Schreiben an die für den Abtransport der Juden zuständigen Stellen des Regierungsbezirks Münster geschickt(331):

Geheime Staatspolizei *Münster, den 18.11.1941*

Staatspolizeileistelle Münster.

II B 3 – Tgb. Nr. 489 / 41 *(Mit Überdrucken)*

An die Herren Landräte in Ahaus, Beckum, Borken, Burgsteinfurt, Coesfeld, Lüdinghausen, Münster, Recklinghausen, Tecklenburg u. Warendorf.

An den Herrn Oberbürgermeister in Bocholt.

Betrifft: Evakuierung von Juden.
Vorgang: Ohne.
Anlagen: 1 Liste über die zu evakuierenden Juden nebst Vermögenserklärung und Quittungsformulare.

Durch Erl. des Geh. Staatspolizeiamts wird ein Teil der Juden (auch des dort. Bezirks) am 13.12.1941 nach Riga evakuiert. Das Vermögen der zu evakuierenden Juden ist ab 15.10.1941 staatspolizeilich beschlagnahmt.

Zur Erfassung des gesamten Vermögens der Juden hat jeder Jude (auch Kinder und Ehefrauen) die beigefügte Vermögenserklärung in doppelter Ausfertigung sauber und gewissenhaft auszufüllen. Nicht aufzuführen sind diejenigen Gegenstände, die von den zu evakuierenden Juden mitgenommen werden.
Es muß pro Person mitgenommen werden
Zahlungsmittel bis zu 50,- RM in Reichskreditkassenscheinen.
Ein Koffer mit Ausrüstungsstücken (kein sperrendes Gut).
Vollständige Kleidung (ordentliches Schuhwerk).
Bettzeug mit Decke.
Verpflegung für 3 Wochen (Brot, Mehl, Graupen, Bohnen).
Eßgeschirr (Teller oder Topf) mit Löffel.
Nicht mitgenommen werden dürfen:
Wertpapiere, Devisen, Sparkassenbücher usw. Wertsachen jeder Art (Gold, Silber, Platin – mitAusnahme des Eherings –, lebendes Inventar.
Lebensmittelkarten (diese sind vorher abzunehmen und den örtlichen Wirtschaftsämtern gegen Quittung zu übergeben.)
Wertpapiere, Urkunden und Verträge, die das Vermögen des Juden betreffen, sind den Vermögenserklärungen beizufügen, soweit diese Urkunden von dem Juden beigebracht werden können.

Bargeld und Wertgegenstände (Schmuckstücke pp) sind von den Beamten, die die Juden aus den Wohnungen holen, abzunehmen und auf beiliegendem Quittungsformular aufzuführen. Die Quittung wird von dem Juden und den Beamten unterschrieben und mit dem Bargeld in einem Umschlag aufbewahrt. Dieser ist der Vermögenserklärung ebenfalls beizufügen.
Der pro Person mitzunehmende Geldbetrag in Höhe von 50,- RM ist in der Quittung nicht mitaufzunehmen, sondern gesammelt dem Transportführer bei der Ablieferung der Juden in Münster mitzugeben. Damit Geldmittel in dieser Höhe beim Abtransport auch wirklich vorhanden sind, bestehen keine Bedenken dagegen, daß Barmittel von den begüterten Juden, die gleichfalls der Abschiebung unterliegen, für minderbemittelte Juden abgezogen werden.
Am Tage des Abtransports wird die Wohnung versorgt (Gas, Wasser absperren, Haustür verschließen und plombieren). Keine Bestandsaufnahme. Das von den Juden mitzunehmende Handgepäck darf höchstens 50 kg. betragen.
Ferner ist jedem Juden anheimgestellt mitzunehmen: Matratzen, Wolldecken (keine Daunendecken und Federbetten), Kanonenofen, Handwerkszeug (Spaten, Hacke usw.), 1 Kochtopf, 1 Waschgeschirr u. 1 Eimer und wenig Seife. Messer, Gabel und Rasierzeug sind nicht mitzunehmen.
Die Verpflegung der Juden ist über das Ernährungsamt für 3 Wochen zu beschaffen.
Die Juden sind am 10.12.1941 im Laufe des Vormittags in Münster, Warendorferstr. Lokal Gertrudenhof, zu übergeben.

I.V. gez. Dr. Bast.
Beglaubigt:
Kzl.-Angestellte.

Bis ins Detail wird die Reise in den Tod vorbereitet, noch am Tage des Abtransports sind von den Juden zahlreiche Formulare auszufüllen, Unterschriften zu leisten. An jede Kleinigkeit ist gedacht, um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, alles soll einen geregelten, bürokratischen Gang gehen.
Zwar schickt man die Juden in den Tod, ein Selbstmord würde aber einen ordentlichen Ablauf der Aktion gefährden, deshalb das Verbot, Messer, Gabeln und Rasierzeug mitzunehmen.

Alle sechs zu diesem Zeitpunk noch in Warendorf lebenden Juden waren von diesem ersten großen Judentransport, bei dem rund 400 münsterländische Juden nach Riga gebracht wurden, betroffen. Ihre Namen finden sich – neben einem Harsewinkeler Juden und vier Juden aus Freckenhorst – auf einer Liste, die die Gestapo am 6. August 1942 an den Landrat in Warendorf schickte(332) (Dokument 30). Es waren Berta Samuel, Arnold Spiegel, Ella Spiegel, Frieda Spiegel, Hugo Spiegel und Walter Spiegel.
Ausweislich der Meldekartei haben sie schon am 9. Dezember 1941 Warendorf verlassen, wurden also vermutlich schon am Abend dieses Tages nach Münster gebracht, wo sie am folgenden Vormittag im Lokal Gertrudenhof auf der Warendorfer Str. übergeben wurden. Hier mußten sie, vermutlich in drangvoller Enge, die nächsten drei Tage verbringen, ehe sich am Morgen des 13. Dezember 1941 der Zug in Bewegung setzte, der sie nach Riga bringen sollte.

Aufgrund einer Anweisung der Gestapo an den Landrat vom 6. August 1942 (Dokument 30) wurde in das Melderegister bei den deportierten Juden *»nach unbekannt verzogen«* eingetragen. *»Auf keinen Fall darf der Zielort angegeben werden. Wo dieses bereits geschehen ist, bitte ich, eine Unkenntlichmachung vornehmen zu lassen.«*(333) Die Öf-



Hugo Spiegel und Bürgermeister Dr. Hans Kluck bei der Enthüllung des Gedenksteins auf dem jüdischen Friedhof in Warendorf

fentlichkeit sollte den wirklichen Zielort, der den sicheren Tod bedeutete, nicht erfahren.

Die sechs am 13.12.1941 nach Riga deportierten Juden waren nicht die einzigen Warendorfer Juden, die in einem Konzentrationslager im Osten den Tod fanden. Nach der Liste des Bundesarchivs Koblenz(334) starben dort weiterhin (in Klammern die Deportationsziele): David Elsberg (Minsk), Rika Elsberg, geb. Windmüller (Minsk), Eduard Elsberg (Trawniki), Flora Hertz, geb. Gumprich (Litzmannstadt / Lodz), Johanna Lehmann, geb. Bornheim (Minsk). (S. Tabelle 2) An einem unbekannten Ort gestorben ist Rosa Spiegel.
Ende des Jahres 1941 hörte die jüdische Gemeinde in Warendorf, nach Jahrhunderten ihres Lebens und Arbeitens in dieser Stadt, auf zu existieren. Nüchtern vermerkte der Warendorfer Bürgermeister am 1.12.1942 in der Akte mit dem Aktenzeichen 1530, in der über Jahrzehnte das Protokoll der jeweils am 1. Dezember abgehaltenen Wahlen des Vorstandes und der Repräsentanten der Synagogengemeinde Warendorf abgelegt worden war:
»Warendorf ist frei von Juden, darum z.d.A.« (zu den Akten)

11. Epilog: Neuanfang nach dem Krieg

Die wenigen Juden, die das Grauen der Konzentrationslager überlebt hatten und nach dem Krieg in das Münsterland zurückkehrten, gründeten hier schon bald eine jüdische Gemeinde. Paul Spiegel schreibt über diese Jahre:
»Mai 1945; das nationalsozialistische Regime war zusammengebrochen. Hier und dort kehrten jüdische Menschen, die Not, Qualen, Entbehrungen und Folter während der Schreckensjahre 1933 bis 1945 überlebt hatten, in ihre Heimatorte zurück. Sie waren von dem einzigen Gedanken beseelt, Angehörige und Freunde wiederzufinden. Wer hätte damals geahnt, daß sich in diesem Lande, dessen totalitäre Machthaber die jüdischen Bürger auf menschenunwürdige Art und Weise verfolgt und in den Tod getrieben hatten, je wieder jüdisches Leben konsolidieren würde? Einige der ersten, die den Weg ins Münsterland zurückfanden, waren Siegfried Goldenberg und Hugo Spiegel. Diese beiden Männer nahmen Kontakt auf mit den in der Umgebung Münsters lebenden Juden, veranstalteten mit ihnen Zusammenkünfte und gründeten die Jüdische Kultusgemeinde Münster, die zunächst aus 28 Mitgliedern bestand.
In dem von Münster 25 Kilometer entfernten Emsstädtchen Warendorf hatte Hugo Spiegel mit Unterstützung der Stadt einen kleinen Betsaal in der ehemaligen Warendorfer Synagoge errichtet. Am 7. September 1945 konnte dort in Anwesenheit zahlreicher Personen des öffentlichen Lebens der britschen Besatzungszone wieder ein jüdischer Gottesdienst stattfinden. In diesem kleinen Betraum fanden sich von dieser Zeit an die Mitglieder der neugegründeten Gemeinde an den Feiertagen zusammen.«(335)

Bald wurde dieser Betraum in Warendorf zu klein und lag auch zu dezentral, da die meisten Gemeindemitglieder in Münster lebten. Die Gottesdienste der jüdischen Kultusgemeinde Münster wurden deshalb in einer Privatwohnung in Münster abgehalten, ehe 1950 ein Betraum in den Räumen der ehemaligen Marks-Haindorf-Stiftung in Münster eingeweiht wurde.(336)

Am 15. Juli 1987 wurde Hugo Spiegel, der, wie oben beschrieben, zu den Mitbegründern eines jüdischen Gemeindelebens im Münsterland nach dem Krieg gehörte, auf dem jüdischen Friedhof seiner Heimatstadt Warendorf beigesetzt.

Anmerkungen

In den Anmerkungen werden für die Archive folgende Kürzel benutzt: KAW (Kreisarchiv Warendorf); StAM (Staatsarchiv Münster).

(1) Westfalia Judaica. Urkunden und Regesten zur Geschichte der Juden in Westfalen und Lippe, Bd. 1, hrsg. von B. Brilling und H. Richtering, Stuttgart 1967, Nr. 2, S. 23f.
(2) ebenda, Nr. 3, S. 24ff.
(3) D. Aschoff, Die Juden in Beckum bis zum Ausgang des 17 Jahrhunderts, in: H. Krick, Geschichte und Schicksal der Juden zu Beckum (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf 16), Warendorf 1987, S. 32.
(4) Vgl. D. Aschoff, Propst Hermann von Scheda, der erste jüdische Konvertit Westfalens, in: Der Märker 33, 1984, S. 204-209.
(5) Vgl. D. Aschoff (wie Anm. 3) S. 32f.
(6) Vgl. D. Aschoff, Die Juden in Münster, in: Geschichte original – am Beispiel der Stadt Münster, Heft 5, zweite verbesserte und ergänzte Auflage, Münster 1981, Textheft S. 2.
(7) Vgl. C. Rixen, Geschichte und Organisation der Juden im ehemaligen Stift Münster, in: Münsterische Beiträge zur Geschichtsforschung, Heft 20, 1906, S. 2.
(8) Vgl. D. Aschoff, Das Pestjahr 1350 und die Juden in Westfalen, in: Westfälische Zeitschrift 129, 1979, S. 58.
(9) Die Kölner Stadtrechnungen des Mittelalters, Bd. 1 (Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, hrsg. v. R. Knipping), Bonn 1897, Nr. 63ff; zitiert nach D. Aschoff, Zum frühesten Vorkommen der Juden in Warendorf, in: Warendorfer Schriften 8/9/19, 1978/79/80, S. 135.
(10) B. Brilling, Urkundliche Nachweise über die ersten Ansiedlungen der Juden in den westfälischen Städten, in: Westfälische Forschungen 12, 1959, S. 157.
(11) D. Aschoff (Wie Anm. 9) S. 135.
(12) Vgl. ebenda, S. 135.
(13) W. Zuhorn, Geschichte der Juden in Warendorf, in: Warendorfer Blätter für Orts- und Heimatkunde, 1914, S. 1.
(14) D. Aschoff (wie Anm. 9) S. 135.
(15) Vgl. dazu den in Anmerkung 8 genannten Aufsatz von D. Aschoff.
(16) D. Aschoff (wie Anm. 6) S. 2
(17) Vgl. ebenda.
(18) StAM, Fürstentum Münster, Amt Sassenberg, Rechnungen Nr. 382 fol. 28; Zitiert nach: D. Aschoff (wie Anm. 9) S. 133.
(19) Vgl. D. Aschoff, Die Stadt Münster und die Juden im Letzten Jahrhundert der städtischen Unabhängigkeit (1562 - 1662), in: Westfälische Forschungen 27 (1975), S. 84.
(20) Aschoff (wie Anm. 9) S. 134.
(21) Aschoff (wie Anm. 9) S. 134.
(21) Aschoff (wie Anm. 6) S. 4.
(22) Vgl. ebenda.
(23) ebenda.
(24) Vgl. Rixen (wie Anm. 7) S. 16 und D. Aschoff (wie Anm. 3) S. 36.
(25) Vgl. A. Peine, Die Geschichte der jüdischen Gemeinde in der Stadt Warendorf unter besonderer Berücksichtigung des 19. und 20. Jahrhunderts. Staatsexamensarbeit PH Münster 1965. Maschinenschriftlich, S. 5, und Zuhorn (wie Anm. 13) S. 2.
(26) Vgl. Zuhorn (wie Anm. 13) S. 2.
(27) ebenda.
(28) Rixen (wie Anm. 7) S. 18.
(29) StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt A 231.
(30) Vgl. W. Zuhorn (wie Anm. 13) S. 2.
(31) Peine (wie Anm. 25) S. 6.
(32) Vgl. Bahlmann, Die Juden im ehemaligen Amt Sassenberg, in: Warendorfer Blätter für Orts- und Heimatkunde 5 (1903), S. 13.
(33) Rixen (wie Anm. 7) S. 28.
(34) Peine (wie Anm. 25), S. 9; zusammengestellt nach Angaben bei Bahlmann (wie Anm. 32), S. 18, Rixen (wie Anm. 7) S. 10, StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt A 231.
(35) Vgl. Rixen (wie Anm. 7) S. 33.
(36) Vgl. Peine (wie Anm. 25) S. 10.
(37) Vgl. B. Brilling, Eine hebräische Handschrift aus Warendorf, in: Westfalen. Hefte für Geschichte, Kunst und Volkskunde 40 (1962), S. 339 f.
(38) KAW, Stadt Warendorf B 369.

(39) Peine (wie Anm. 25) S. .11.
(40) Vgl. W. Zuhorn (wie Anm. 13) S. 21.
(41) Vgl. Rixen (wie Anm. 7) S. 63.
(42) StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt B 231.
(43) Neuer Emsbote Jg. 1935, Nr. 199, 21. Juli 1935.
(44) KAW, Stadt Warendorf B 370.
(45) Vgl. D. Aschoff (wie Anm. 6) S. 5.
(46) Vgl. W. Zuhorn (wie Anm. 13) S. 19.
(47) Vgl. Peine (wie Anm. 25) S. 12.
(48) Vgl. W. Zuhorn (wie Anm. 13) S. 20.
(49) KAW, Stadt Warendorf A 889.
(50) ebenda.
(51) ebenda.
(52) ebenda.
(53) ebenda.
(54) ebenda.
(55) ebenda.
(56) StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt A 231.
(57) ebenda.
(58) ebenda.
(59) StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt A 234.
(60) A. Haindorf, Siebenter Bericht über den Verein zur Bildung von Elementar-Lehrern und Beförderung von Handwerken und Künsten unter den Juden für die Provinz Westfalen, Münster 1834, S. 15.
(61) Extra-Blatt zum 30ten Stück des Amts-Blatts der Königlichen Regierung zu Münster mit dem Verzeichnis der angenommenen Familiennamen, Münster, 25. Juli 1846, S. 24.
(62) StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt A 241. W. Wallmeier, Volksbücherei und Leihbibliotheken in Warendorf, in: 750 Jahre Warendorf, Warendorf 1951, S. 163 ff.
(63) M. Ester, Das Statut der Synagogengemeinde Warendorf von 1856 – im Zeichen von Redaktion und Emanzipation?, in: Warendorfer Schriften 8/9/10 (1978/79/80), S. 142.
(64) ebenda, S. 148.
(65) ebenda, S. 149.
(66) ebenda.
(67) ebenda, S. 150.
(68) Vgl. D. Aschoff (wie Anm. 6) S. 7.
(69) Vgl. R. Rürup, Emanzipation und Antisemitismus (Kritische Studien zur Geschichichtswissenschaft, Bd. 15), Göttingen 1975, S. 28ff.
(70) Tabelle bei Peine (wie Anm. 25) S. 18; zusammengestellt nach: StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt A 131, 229, 230, 233.
(71) Vgl. Bahlmann (wie Anm. 32) S. 21.
(72) B. Brilling, Beginn und Ende der Jüdischen Kultusgemeinde von Münster 1810 bis 1945, in: Festschrift zur Weihe der neuen Synagoge in Münster/Westf., Münster 1961, S. 29.
(73) Stadtarchiv Münster, Stadtregistratur Fach 36 Nr. 1, fol. 35.
(74) Vgl. Bahlmann (wie Anm. 32) S. 21.
(75) Vgl. Niesert, Das Bürgerbuch der Stadt Warendorf 1542-1848 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Warendorf und ihres Umlandes), Warendorf 1952.
(76) KAW, Stadt Warendorf A 843.
(77) Vgl. Peine (wie Anm. 25) S. 18.
(78) StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt A 233.
(79) StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt A 231.
(80) ebenda.
(81) StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt A 235.
(82) StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt A 238.
(83) ebenda.
(84) ebenda.
(85) ebenda.
(86) ebenda.
(87) ebenda.
(88) ebenda.
(89) StAM, Kreis Warendorf, Landsratsamt A 239.
(90) KAW, Stadt Warendorf B 370.
(91) Die Beiträge der Mitglieder der Synagogengemeinde aus Beelen waren um 1/3 ermäßigt.
(92) KAW, Stadt Warendorf B 370.
(93) ebenda.

(94) W. Zuhorn (wie Anm. 13) S. 21.
(95) KAW, Stadt Warendorf A 843.
(96) StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt A 231.
(97) StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt A 229.
(98) ebenda.
(99) ebenda.
(100) StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt A 238.
(101) ebenda.
(102) ebenda.
(103) KAW, Stadt Warendorf B 370.
(104) Peine (wie Anm. 25) S. 53f.
(105) D. Aschoff (wie Anm. 6) S. 8.
(106) Vgl. ebenda.
(107) ebenda.
(108) ebenda.
(109) StAM, Kreis Warendorf, Landratsamt A 228.
(110) D. Aschoff (wie Anm. 6) S. 9.
(111) Vgl. W. Scheffer, Judenverfolgung im Dritten Reich, Berlin 1964, S. 7.
(112) Vgl. ebenda, S. 9.
(113) Adolf Hitler, Mein Kampf, 7. Auflage, München 1933, S. 318.
(114) Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt, Berlin, Wien 1973, S. 80ff.
(115) E. G. Reichmann, Die Flucht in den Haß, Frankfurt/M. 1956, S. 187.
(116) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
Elsberg besaß an der Ecke Münsterstraße/Freckenhorster Straße das größte Manufakturwarenhaus am Platz (heute Opitz) mit ca. 50 Angestellten. Vgl. Erinnerungen von Katharina Elpers in der »Glocke« vom 29./30.1.1983.
(117) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(118) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(119) Neuer Emsbote vom 6.3.1933.
(120) ebenda.
(121) Wahlergebnisse nach *»Neuer Emsbote«* vom 13.3.1933.
(122) Neuer Emsbote, Nr. 95 vom 5.4.1933.
(123) Neuer Emsbote, Nr. 120 vom 2.5.1933.
(124) Vgl. hierzu: J. Nowak/G. Witthake, Die katholische Kirche zur Zeit des Nationalsozialismus in Warendorf, in: Kirchengeschichte der Stadt Warendorf, Bd. 3, Warendorf 1985, S. 189-332.
(125) Neuer Emsbote, Nr. 291 vom 21.10.1933. Vgl. P. Leidinger, Die Ernennung Hermann Görings zum Ehrenbürger von Warendorf, in: Neue Blätter für Orts- und Heimatkunde Nr. 48 (1965), S. 188-191.
(126) Neuer Emsbote, Nr. 89 vom 30.3.1933.
(127) Neuer Emsbote, Nr. 90 vom 31.3.1933.
(128) Neuer Emsbote, Nr. 91 vom 1.4.1933.
(129) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3110.
(130) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3110.
(131) ebenda.
(132) ebenda.
(133) ebenda.
(134) *»Die Glocke«* vom 29./30.1.1983.
(135) Heinrich Zimmermann, Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerschaft unter besonderer Berücksichtigung des Judenproblems, Düsseldorf 1940, S. 24.
(136) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530. Vgl. P. Leidinger, NS-Dokumente zur Judenverfolgung in Warendorf, in: Neue Blätter für Orts- und Heimatkunde Nr. 42 (1964), S. 166-168.
(137) ebenda.
(138) ebenda.
(139) ebenda.
(140) ebenda.
(141) ebenda.
(142) H. Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 38), Berlin, Frankfurt, Zürich 1966, S. 16.
(143) So der offizielle Titel, wie er im Ernennungsbrief des Nini Levi aus Warendorf vom 1. Oktober 1651 verwendet wurde. Vgl. D. Aschoff, Das münsterländische Judentum bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges, in: Theokratia, Jahrbuch des Institutum Judaicum Delitzschianum, Bd. 3, Leiden 1979, S., 180f.
(144) Vgl. D. Aschoff (wie Anm. 9) S. 132.
(145) Vgl. B. Brilling (wie Anm. 37) S. 333 ff.

(146) Vgl. D. Aschoff (wie Anm. 6) S. 6.
(147) H. Genschel (wie Anm. 142) S. 17.
(148) ebenda, S. 18.
(149) Peine unterstellt auch den Warendorfer Juden einen solchen Konservatismus; vgl. Peine (wie Anm. 25) S. 28 f.
(150) H. Genschel (wie Anm. 142) S. 29.
(151) Vgl. ebenda.
(152) ebenda, S. 33.
(153) ebenda, S. 34.
(154) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3085.
(155) ebenda.
(156) ebenda.
(157) ebenda.
(158) ebenda.
(159) ebenda.
(160) KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(161) ebenda; Brief Gestapo Münster an Landrat v. 4.1.1938.
(162) KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(163) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(164) ebenda.
Schreiben der Fa. Potthoff & Scholl an den Landrat v. 19.8.1939.
(165) ebenda.
Schreiben der Industrie- und Handelskammer Münster an den Landrat v. 12.6.1940.
(166) KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt C 113.
(167) ebenda.
(168) ebenda.
(169) Schreiben Bürgermeister Warendorf an Landrat vom 19.12.1937.
KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3120.
(170) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(171) ebenda.
(172) Neuer Emsbote vom 30.8.1935.
(173) KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(174) ebenda.
(175) ebenda.
(176) Brief Bürgermeister Warendorf an Landrat vom 12.11.1935.
KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(177) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3113.
(178) ebenda.
(179) ebenda.
(180) ebenda.
(181) ebenda.
(182) ebenda.
(183) ebenda.
(184) ebenda.
(185) ebenda.
(186) ebenda.
(187) ebenda.
(188) ebenda.
(189) ebenda.
(190) ebenda.
(191) ebenda.
(192) ebenda.
(193) ebenda.
(194) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3113.
(195) Bericht des Pol.-Hauptwachtmeisters G. vom 14.5.1938; KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3113.
(196) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3113.
(197) Diese Eintragung wurde später gestrichen und mit dem handschriftlichen Zusatz versehen: »*Am 1.9. 38 nach Argentinien ausgewandert.*«
(198) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3113.
(199) ebenda.
(200) ebenda.
(201) ebenda.

(202) ebenda.
(203) ebenda.
(204) ebenda.
(205) ebenda.
(206) ebenda.
(207) Dieses Kapitel wurde entnommen aus: U. A. Adam, Wie spontan war der Pogrom? in: W. H. Pehle, Der Judenpogrom 1938. Von der *»Reichskristallnacht zum Völkermord«*, Frankfurt 1988, S. 76ff.
(208) Neuer Emsbote, Nr. 309, v. 11.11.1938.
(209) Vgl. Krick (wie Anm. 3) S. 58.
(210) Peine (wie Anm. 25) S. 60.
(211) KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(212) ebenda.
(213) Zum folgenden siehe: Bericht des Bürgermeisters der Stadt Warendorf an den Landrat vom 10.11. 1938; Bericht des Amtsbürgermeisters Freckenhorst vom 10.11.1938; Bericht des Landrats an die Staatspolizeileitstelle Münster vom 10.11.1938; alle in: KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(214) KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(215) ebenda.
(216) Peine (wie Anm. 25) S. 60, der sich auf Aussagen Hugo Spiegels bezieht.
(217) *»Die Glocke«* vom 16.8.1986.
(218) Peine (wie Anm. 25) S. 61.
(219) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(220) Peine (wie Anm. 25) S. 61.
(221) KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(222) ebenda.
(223) ebenda.
(224) ebenda.
(225) ebenda.
(226) ebenda.
(227) Amtsärztliche Bescheinigung des Staatlichen Gesundheitsamtes Warendorf vom .12.11.38;
Bericht des Bürgermeisters an Landrat vom 12.11.38;
beide in: KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(228) ebenda.
(229) ebenda.
(230) ebenda.
(231) Brief des Warendorfer Bürgermeisters an den Landrat v. 18.11.38;
KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(232) ebenda.
(233) ebenda.
(234) Bericht des Landrats an die Staatspolizeileitstelle Münster v. 26.11.38; KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(235) KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(236) ebenda.
(237) ebenda.
(238) ebenda.
(239) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(240) ebenda.
(241) KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(242) ebenda.
(243) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(244) Vermutlich später vom Empfänger handschriftlich gestrichen wurden: David, Rika, Karl und Anneliese Elsberg; neben David und Johanna Lehmann wurde der Vermerk *»Abg.«* (= abgemeldet) gesetzt.
(245) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(246) ebenda; Da keine Antwort der Stadtverwaltung erfolgte, mahnte die Reichsvertretung diese am 14.6.39 an.
(247) ebenda.
(248) ebenda.
(249) ebenda.
(250) ebenda.
(251) U. Knipping, Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches (Monographien zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 6), Dortmund 1977, S. 98f.
(252) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(253) ebenda: Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums an den RP Münster v. 12.12. 1939.
(254) ebenda.

(255) Vgl. zum Folgenden: Helmut Köhrer, Entziehung, Beraubung, Rückerstattung. Vom Wandel der Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden durch Verfolgung und Restitution, Baden-Baden 1951, S. 81ff.
(256) Vgl. dazu: H. Genschel (wie Anm. 142).
(257) Vgl. Knipping (wie Anm. 289) S. 68.
(258) H. Genschel (wie Anm. 142) S. 145.
(259) Vgl. Knipping (wie Anm. 289) S. 72.
(260) KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(261) ebenda.
(262) Vgl. Knipping (wie Anm. 289) S. 74 ff.
(263) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(264) KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305: Schreiben des Aktionators S. an den Landrat vom 10.11.38.
(265) Alle Angaben zu Schätzwerten und Kaufpreisem in: KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(266) ebenda.
(267) ebenda.
(268) ebenda.
(269) ebenda.
(270) ebenda.
(271) ebenda.
(272) ebenda.
(273) Vgl. H. Genschel (wie Anm. 142) S. 257.
(274) ebenda, S. 257f.
(275) VO des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 8.12.31 (RGBl. I, S. 699)
(276) H. Genschel (wie Anm. 142) S. 258.
(277) VO vom 18.5.34, RGBl. I, S. 392.
(278) H. Genschel (wie Anm. 142) S. 259.
(279) ebenda, S. 260 f.
)280) Vgl. ebenda, S. 262.
(281) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3085.
(282) ebenda.
(283) ebenda.
(284) KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt C 122.
(285) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3085.
(286) ebenda.
(287) ebenda.
(288) ebenda.
(289) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(290) ebenda.
(291) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 2085.
(292) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(293) Das genaue Ausreisedatum war nicht zu ermitteln. Laut Eintragung in der Meldekartei erfolgte die Abreise am 11.4.1939. Nach Angaben von Julie Meyer gegenüber der Stadtverwaltung vom 25.9.1939 war Jakob Meyer erst am 13.4.1939 abgereist. Vgl.: KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 212.
(294) KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 212.
(295) ebenda: Schreiben des Landrats an Julie Meyer vom 27.9.1939.
(296) ebenda.
(297) Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945. Bearbeitet vom Bundesarchiv Koblenz und dem Internationalen Suchdienst Arolsen, Bd, 1, Frankfurt/M. 1986.
(298) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(299) Gedenkbuch (wie Anm. 297).
(300) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3085.
(301) ebenda.
(302) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(303) ebenda.
(304) Vermögensaufstellung des Bürgermeisters vom 21.1.1939; KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305.
(305) Peine (wie Anm. 25) S. 62.
(306) *»Die Glocke«* vom 16.8.1986.
(307) Eine Zusammenfassung der Beschränkungen und Verbote, die den Juden auferlegt wurden, findet sich bei Hans Lamm, Über die innere und äußere Entwicklung des Judentums im Dritten Reich, Diss.

phil. Erlangen 1951, S. 61ff.
(308) Vgl. Knipping (wie Anm. 289) S. 98.
(309) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3101.
(310) KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305
(311) ebenda.
(312) ebenda.
(313) ebenda, Schreiben der Staatspolizeileitstelle Münster an den Warendorfer Landrat vom 13.9.1939.
(314) ebenda, Schreiben des Warendorfer Landrats an die Staatspolizeileitstelle Münster vom 14.10.1939.
(315) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(316) ebenda.
(317) ebenda.
(318) ebenda.
(319) Vgl. D. Aschoff (wie Anm. 6) S. 10.
(320) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530.
(312) Ursprünglich stand im Text *»Zusammenfassung aller Juden«*, dies wurde dann in *»Unterbringung der Juden«* geändert.
(322) Vgl. U. D. Adam, Judenpolitik im Dritten Reich (Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, hrsg. von G. Schulz, Bd. 1), Düsseldorf 1972, S. 309.
(323) Vgl. H. G. Adler, Der verwaltete Mensch, Studien zur Deportation der Juden in Deutschland, Tübingen 1974, S. 311.
(324) Vgl. ebenda, S. 202f.
(325) Vgl. ebenda.
(326) Stadtarchiv Münster, Stadtregistratur Fach 36, 18d. Siehe auch: Die Juden in Münster (wie Anm. 6).
(327) ebenda.
(328) ebenda.
(329) ebenda.
(330) ebenda.
(331) Stadtarchiv Heek, Krs. Ahaus, Neues Archiv Nr. 5505. Veröffentlicht in: Die Juden in Münster (wie Anm. 6).
(332) KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530. Vgl. Leidinger (wie Anm. 136), S. 167.
(333) ebenda.
(334) Gedenkbuch (wie Anm. 297).
(335) P. Spiegel, Wiederaufbau und Entwicklung, in: Festschrift zur Weihe der neuen Synagoge in Münster/Westf., Münster 1961, S. 33.
(336) ebenda, S. 34.

Anhang

Tabellen
Dokumente
Zeittafel

Tabelle 1: Zwischen 1933 und 1941 ins Ausland ausgewanderte Juden aus Warendorf

Name	Vorname	Geburtsname	Adresse in Warendorf	Beruf	Auswanderungs-datum	Auswanderungs-ziel
Anspacher	Julius		Lange Kesselstr.21	Viehhändler	9.12.1938	Uruguay
	Erna	Hertz	dto.		dto.	dto.
	Josef		dto.	Schüler	dto.	dto.
	Rudolf		dto.	Schüler	dto.	dto.
Hertz	Johanna	Stern	dto.		dto.	dto.
Cohen	Helene	Elsberg	Mühlenstr. 3		29.6.1939	Johannesburg
Cohn	Hilde		Oststr. 7		13.3.1939	England
Elsberg	Karl		Oststr. 7	Dr. jur./Rechts-anwalt	13.9.1939	Brüssel
	Anneliese		dto.		dto.	dto.
	Paul		dto.	Dr. med./prakt. Arzt	10.3.1938	USA
	Werner		dto.		1939	USA
	Hildegard		dto.			USA
	Rosa	Goldberg	Münsterstr. 29		2.7.1939	Belgien
	Walter		dto.	Kaufmann	12.5.1939	Brüssel
	Martha	Kaiser	dto.		dto.	dto.
	Lotte		dto.	Haustochter	12.3.1937	San Franzisko
Meyer	Jakob		Brünebrede 17	Rohprodukten-handel	14.4.1939	New York
	Julie	Hertz	dto.		29.9.1939	dto.
	Helmut		dto.	Schüler	dto.	dto.
	Anita		dto.	dto.	dto.	dto.

Name	Vorname	Geburtsname	Adresse in Warendorf	Beruf	Auswanderungs-datum	Auswanderungs-ziel
Lehmann	Heinrich		Brünebrede 54	Dipl. Volkswirt	3.12.1938	Uruguay
Rosenberg	Paul		Zumlohstr. 4	Viehhändler	1.8.1938	Argentinien
	Franziska	Oberem	dto.		dto.	dto.
	Paul		dto.	Schüler	dto.	dto.
	Egon		dto.	dto.	dto.	dto.
Rosenthal	Max		Pumperie 5	Pferdehändler	24.8.1939	England
	Erna	Leffmann	dto.		dto.	dto.
Spiegel	Hugo		Schützenstr. 17 Feldstr. 2	Viehhändler	13.5.1939	Brüssel
	Ruth	Weinberg	dto.		1939	dto.
	Paul		dto.		1939	dto.
Spiegel	Frieda		Oststr. 18	Kauffrau	26.8.1939	London

Tabelle 2: Die in Konzentrationslagern getöteten Warendorfer Juden

Name	Vorname	Geburtsname	Adresse in Warendorf	Geburtsdatum	Deportations-ziel	Todesdatum
Elsberg	David		Oststr. 7	03.01.74	Minsk	verschollen
Elsberg	Rika	Windmüller	dto.	13.01.83	Minsk	verschollen
Elsberg	Eduard		Münsterstr. 1	15.12.75	Trawniki	verschollen
Hertz	Flora	Gumperich	Brünebrede 17	01.06.61	Litzmannstadt/ Lodz	verschollen
Lehmann	Johanna	Bornheim	Brünebrede 54	23.12.72	Minsk	verschollen
Moser	Irma	Spiegel	Feldstr. 2	23.05.11	Warschau	tot erklärt
Samuel	Berta	Neuburger	Gerichtsfuhlke 8	02.04.95	Riga	unbekannt
Spiegel	Hugo		Lilienstr.	11.09.78	Riga	tot erklärt
Spiegel	Frieda	Stern	dto.	16.02.78	Riga	tot erklärt
Spiegel	Walter		Münsterstr. 7	29.10.12	Buchenwald	tot erklärt
Spiegel	Arnold		Oststr. 18	08.11.89	Riga	tot erklärt
Spiegel	Ella		dto.	29.08.87	Riga	tot erklärt

Keine näheren Angaben über ihr Schicksal liegen vor für:
Lehmann, David; er verzog wie seine Frau Johanna, die nach Minsk deportiert wurde, am 5.6.1939 nach Münster.
Spiegel, Rosa die am 5.1.1939 nach Holland verzog; später hielt sie sich in Brüssel auf, von wo sie in ein KZ deportiert wurde.

Dokument 1: Mit antisemitischem Kommentar versehene Werbedrucksache des Warenhauses Elsberg. (KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530)

SAISON-AUSVERKAUF

Beginn: Montag, 21. Juli

Die Klugen kaufen jetzt, weil sie bis zu 50% billiger kaufen!

Alles muss weg, deshalb haben wir die Preise so ausserordentlich herabgesetzt, dass sie ans Fabelhafte grenzen.

Riesengross ist unsere Auswahl! Für die guten Qualitäten und für die niedrigen Preise gibt es nur eine Bezeichnung: ***Höchstleistung!***

Damenkleidung

Musselinekleider aus hübschen, neuen gutem Musselinestoffen, vollendete Formen — 75 Pf.

Zephyrkleider aus gutem, waschechten, indanthrenfarbigen Zephyrstoffen — 95 Pf.

Musselinekleider neue Muster, waschechten Mustern, mit neuer feiner Garnierung — 5.75

Trachtenkleider aus guten Indanthrenstoffen, flotte, neue Formen — 1.95

Seidenkleider in vielen modernen Farben, Rüschen und Bandgarnitur — 4.90

Popelinekleider aus reinwollenem, prima Popeline, mit langem Arm — 5.60

Frauenkleider aus gutem, reinwollenem Cheviot mit Glockenform — 7.90

Praktische Mäntel aus guten Stoffen, flotte jugendliche Form — 1.75

Fantasie-Mäntel aus guten Stoffen, in neuen Sportformen — 4.50

Herrenstoffart.-Mäntel in neuen Stoffen, praktischer Herrenmantel — 7.80

Elegante Mäntel aus hochfeinen, neuesten prima Stoffen, ganz gefüttert 19,50, 16,50 — 12.50

Jackenkleider aus gutem, reinwollenem, einfarbigen Stoffen, Jacke ganz auf Futter — 6.50

Strickkleider moderne Sportform, feine Neuheiten — 3.90

Windjacken aus wetterfesten Stoffen, modern, Sportform mit Gürtel — 2.50

Gummi-Mäntel in modernen Mustern und neuesten Farben — 5.75

Lumberjacks und Pullover die neuesten, gestrickten Sporthüsen, in prachtvoller Ausmusterung — 95 Pf.

Damenblusen aus haltbarem Waschmusseline, moderne Formen — 25 Pf.

Herrenkleidung

Sportanzüge für Schüler, aus eisenstarken Stoffen — 2.50

Herrenanzüge aus sehr soliden Stoffen in guter Ausführung — 8.75

Herrenanzüge aus haltbaren Stoffen, auf Halbwollfutter gearbeitet — 16.50

Herrenanzüge in tadelloser Ausführung, aus modernen Stoffen, zweireihige Formen — 22.00

Herrenanzüge aus feinen dunklen Stoffen, modern, zweireihige Formen, gute Schneiderarbeit — 28.00

Herrenmäntel aus soliden Stoffen englischer Art, in guter Ausführung — 4.50

Herrenmäntel aus modernen, karierten Stoffen, in guter Qualität — 12.50

Herrenpaletots aus gezwirntem, prima Covercoat, in guter Ausführung — 14.50

Trenchcoatmäntel moderne Sportform, in guter Schneiderarbeit — 16.50

Lodenmäntel aus gutem, imprägniertem Lodenstoff, offen und geschlossen zu tragen — 9.50

Gummimäntel prima Köperware, in modernen Farben — 8.75

Windjacken aus gutem, wetterfesten, imprägnierten Stoffen — 2.90

Herrenhosen aus soliden, dunkelgestreiften Stoffen, gute Nähartbeit — 75 Pf.

Sporthosen aus soliden Stoffen — 3.75

Blaue Arbeitsjacken erprobte Stoffe, in guter Ausführung — 1.45

Kinderkleidung

Kindermäntel ab 1,90	Knabenanzüge ab 2,75
Kinderkleider ab 45 Pfg.	Knabenmäntel ab 2,90
Bademäntel ab 1,90	Spielanzüge ab 50 Pfg.



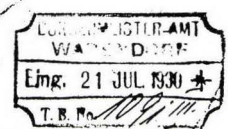
Waren-haus **L. Elsberg** Waren-dorf

Dokument 2: Brief des Warenhausbesitzers Eduard Elsberg an Bürgermeister Isphording wegen antisemitischer Hetze. (21.7.1930) (KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530)

Warendorf, Westf., den 21. Juli 1930.

Herrn

Bürgermeister Isphording,



Hier

Beiliegend übersende ich Ihnen eine mir heute zugegangene Drucksache, die beweist, in welchem Maße die hier abgehaltenen nationalsozialistischen Versammlungen verhetzend wirken.

Ich halte es nicht für ausgeschlossen, da[ß] der Schreiber oder die Schreiberin ermittelt werden ka[nn]. Deshalb bitte ich Sie höflichst nach dieser Richtung hin Untersuchungen anzustellen. Vielleicht gibt die Ortsgruppenliste der Nationalsozialisten, Hier einen näheren Hinweis.

Für Ihre Bemühungen darf ich wohl im voraus bestens danken.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Einlage.

Dokument 3: Anordnung der Parteileitung der NSDAP vom 28. März 1933 (zitiert nach: Walter Hofer, Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945, Frankfurt/M. 1957)

1. In jeder Ortsgruppe und Organisationsgliederung der NSDAP sind sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte. Die Aktionskomitees sind verantwortlich dafür, daß der Boykott keinen Unschuldigen, um so härter aber die Schuldigen trifft.
2. Die Aktionskomitees sind verantwortlich für den höchsten Schutz aller Ausländer ohne Ansehen ihrer Konfession und Herkunft oder Rasse. Der Boykott ist eine reine Abwehrmaßnahme, die sich ausschließlich gegen das deutsche Judentum wendet.
3. Die Aktionskomitees haben sofort durch Propaganda und Aufklärung den Boykott zu popularisieren. Grundsatz: Kein Deutscher kauft noch bei einem Juden oder läßt von ihm und seinen Hintermännern Waren anpreisen. Der Boykott muß ein allgemeiner sein. Er wird vom ganzen Volk getragen und muß das Judentum an seiner empfindlichsten Stelle treffen.
(. . .)
5. Die Aktionskomitees überwachen auf das schärfste die Zeitungen, inwieweit sie sich an dem Aufklärungsfeldzug gegen die jüdische Greuelhetze im Ausland beteiligen. Tun Zeitungen dies nicht oder nur beschränkt, so ist darauf zu sehen, daß sie aus jedem Haus, in dem Deutsche wohnen, augenblicklich entfernt werden. Kein deutscher Mann und kein deutsches Geschäft soll in solchen Zeitungen noch Annoncen aufgeben. Sie müssen der öffentlichen Verachtung verfallen, geschrieben für die jüdischen Rassegenossen, aber nicht für das deutsche Volk.
(. . .)
7. Die Aktionskomitees müssen bis in das kleinste Bauerndorf hinein vorgetrieben werden, um besonders auf dem flachen Lande die jüdischen Händler zu treffen. Grundsätzlich ist immer zu betonen, daß es sich um eine uns aufgezwungene Abwehrmaßnahme handelt.
8. Der Boykott setzt nicht verzettelt ein, sondern schlagartig; in dem Sinne sind augenblicklich alle Vorarbeiten zu treffen. Es ergehen Anordnungen an die SA und SS, um vom Augenblick des Boykotts ab durch Posten die Bevölkerung vor dem Betreten der jüdischen Geschäfte zu warnen. Der Boykottbeginn ist durch Plakatanschlag und durch die Presse, durch Flugblätter usw. bekanntzugeben. Der Boykott setzt schlagartig Samstag, den 1. April, Punkt 10 Uhr vormittags ein. Er wird fortgesetzt so lange, bis nicht eine Anordnung der Parteileitung die Aufhebung befiehlt.
(. . .)

Dokument 4: »Die Durchführung des Abwehrboykotts«. Artikel aus dem »Neuen Emsboten, Nr. 90, vom 31.3.1933.

Die Durchführung des Abwehrboykotts.

Anordnungen des Zentralkomitees der NSDAP.

CNB **München**, 30. März.

Das Zentralkomitee der NSDAP zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze hat eine Anordnung erlassen, die u. a. besagt:

Als Leiter des Gaukomitees empfiehlt es sich, die Gauführer des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes zu ernennen. Die Aktionskomitees (deren Mitglieder keinerlei Bindungen mit Juden haben dürfen) stellen dort fest, welche Geschäfte, Warenhäuser, Kanzleien usw. sich in Judenhänden befinden. Es handelt sich bei dieser Feststellung selbstverständlich um Geschäfte, die sich in den Händen von Angehörigen der jüdischen Rasse befindet. Die Religion spielt keine Rolle. Katholisch oder protestantisch getaufte Geschäftsleute aller Firmen jüdischer Rasse sind im Sinne dieser Anordnung ebenfalls Juden. Firmen, bei denen Juden nur finanziell beteiligt sind, fallen unter eine noch zu treffende Regelung. Ist der Ehegatte einer nichtjüdischen Geschäftsinhaberin Jude, so gilt das Geschäft als jüdisch. Das gleiche ist der Fall, wenn die Inhaberin Jüdin, der Ehegatte aber nicht Jude ist. Einheitspreisgeschäfte, Warenhäuser, Großfilialbetriebe, die sich in deutschen Händen befinden, fallen nicht unter diese Boykottaktion. Ebenso fallen nicht darunter die „Woolworth-Einheitspreisgeschäfte". Die sogenannten „Wohlwert"-Einheitspreisgeschäfte dagegen sind jüdisch und daher zu boykottieren. Die Aktionskomitees übergeben das Verzeichnis der festgestellten jüdischen Geschäfte der SA und SS, damit diese am Sonnabend, dem 1. April 1933, vormittags punkt 10 Uhr die Wachen ausstellen können. Die Wachen haben die Aufgabe, dem Publikum bekannt zu geben, daß das von ihnen überwachte Geschäft jüdisch ist. Tätlich vorzugehen ist ihnen verboten. Verboten ist auch, die Geschäfte zu schließen. Zur Kenntlichmachung jüdischer Geschäfte sind an ihren Eingangstüren Plakate oder Tafeln mit gelben Zeichen auf schwarzem Grunde anzubringen. Entlassungen von nichtjüdischen Angestellten und Arbeitern dürfen von den boykottierten jüdischen Geschäften nicht vorgenommen, Kündigungen nicht ausgesprochen werden. Die Aktionskomitees veranstalten am Freitag, dem 31. März 1933, abends in allen Orten im Einvernehmen mit den örtlichen Parteileitungen große Massenkundgebungen und Demonstrationszüge. Dabei sind Transparente zu tragen mit folgender Aufschrift: a) „Zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze", b) „Boykottiert ab morgen vormittags 10 Uhr alle jüdischen Geschäfte". Am Samstag vormittag sind bis spätestens 10 Uhr die Plakate mit dem Boykottaufruf an allen Anschlagstellen in Städten und Dörfern anzubringen. Zu gleicher Zeit sind auch Lastautos oder noch besser an Möbelwagen folgende Transparente in hier angegebener Reihenfolge durch die Straßen zu fahren: „Zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze." „Boykottiert alle jüdischen Geschäfte." „Kauft nicht in jüdischen Warenhäusern." Geht nicht zu jüdischen Rechtsanwälten." „Meidet jüdische Aerzte." „Die Juden sind unser Unglück." Zur Finanzierung der Abwehrbewegung organisieren die Komitees Sammlungen bei den deutschen Geschäftsleuten.

Das Zentralkomitee hat weiter angeordnet: In Durchführung des Abwehrboykotts ist unter allen Umständen die Schließung jüdischer Geschäfte oder Gewaltanwendung gegen über ihren Kunden zu unterlassen. Schließt ein solches Geschäft seine Tore freiwillig, so liegt keine höhere Gewalt vor und die Geschäftsinhaber haben keinerlei Vorwand, fristlose Entlassungen auszusprechen, Lohn- und Gehaltszahlungen zu verweigern oder Kürzungen vorzunehmen. Bei dem Zentralkomitee laufen zahlreiche Meldungen ein, die berichten, daß jüdische Geschäftsinhaber ihre Betriebe deutschen Strohmännern übergeben, um sich den Auswirkungen der Boykottpropaganda zu entziehen. Es wird daher angeordnet: Geschäfte, die von ihren jüdischen Inhabern deutschen Strohmännern übergeben worden sind, werden für die Dauer des Abwehrboykotts als jüdische Geschäfte behandelt.

★

Der Numerus clausus für die Juden gefordert.

VDZ **Berlin**, 30. März.

Die Abgeordneten Dr. Löpelmann, Dr. Haupt, Meister und Sunkel haben im Einverständnis mit dem Fraktionsführer Kube namens der preußischen Landtagsfraktion der NSDAP an den Reichskommissar für das preußische Kultusministerium Rust ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Im Augenblick kämpft das deutsche Volk einen schweren Kampf, um sich gegen den Lügenfeldzug und die Hetze der internationalen Judenschaft seines Lebens zu wehren. Wir bitten Sie, auch in Ihrem Machtbereich diesen Kampf der deutschen Nation wirkungsvoll zu unterstützen. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß es untragbar ist, wenn heute noch jüdische Lehrer an preußischen Unterrichtsanstalten amtieren, während deutsche Frontsoldaten als Aushilfslehrer in ihrem eigenen Vaterlande mit unzureichender Bezahlung herumgestoßen werden. Wir betrachten es weiter als einen unmöglichen Zustand, daß in preußischen Lehranstalten auf die Ueberheblichkeit jüdischer Schüler und Schülerinnen noch irgendwie Rücksicht genommen wird. Namens der nationalsozialistischen Preußenfraktion dürfen wir von Ihnen folgende Maßnahmen wohl erwarten:

1. Sämtliche jüdischen, d. h. von Juden herstammenden Lehrpersonen sind mit sofortiger Wirkung von allen preußischen Unterrichtsanstalten zu beurlauben bezw. abzubauen;

Dokument 5: »Was will der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes?« Artikel aus dem »Neuen Emsboten« Nr. 91 vom 1.4.1933.

Was will der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes?

Der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes erläßt folgenden Aufruf:

Der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes hat es sich zur Aufgabe gesetzt, den gesamten Mittelstand zu erfassen und zusammenzuschließen. Die vielen heute bestehenden Interessengruppen und Vereinigungen schwächen nur die Stoßkraft und bringen keine Aenderung.

Der Kampfbund hat den schärfsten Kampf gegen Warenhäuser, Einheitspreisgeschäften und Konsumvereine eröffnet. Der Kampfbund wird nicht eher ruhen bis diese den Mittelstand schädigenden Gebilde beseitigt sind. Der Kampf richtet sich vor allen Dingen gegen die Zuwendungen an Großunternehmungen aus den Steuermitteln der Allgemeinheit, gegen die steuerlichen Vergünstigungen, die diese Betriebe gegenüber dem Mittelstand genießen. Der Kampfbund wendet sich gegen den Beamtenhandel. Es sei nur auf die Einkaufsgenossenschaft der Debewa — Deutsche Beamten-Warenversorgungs-A.-G. — mit dem jüdischen Warenhauskonzern L. Tietz A.-G. hingewiesen, um zu erkennen, daß der Beamenhandel in der Schädigung des Mittelstandes den Warenhäusern und Konsumvereinen in nichts nachsteht.

Der Kampfbund ist gegen die ungeheuerliche Zinsbelastung und den Steuerbolschewismus, gegen die wirtschaftsschädigende Umsatzsteuer, die Handel, Handwerk und Gewerbe in drei- bis vierfacher Höhe zu zahlen haben, während Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Konsumvereine für Produktion und Verkauf die Umsatzsteuer nur einmal zahlen.

Der Kampfbund ist für die Förderung und Stärkung der Kaufkraft aller Verbraucher. Nur die Stärkung der Kaufkraft der breiten Volksschichten und nicht Gehalts- und Lohnsenkungen, wie durch Brüning- und Papennotverordnung geschehen, bringt eine Gesundung der Wirtschaft.

Der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes fordert daher:

1. Die sofortige Aufhebung der überalterten Gewerbegesetzgebung mit ihrer, die innere Lebenskraft des Handwerks zerstörenden Gewerbefreiheit.
2. Neuzeitliche Gesetze zur Sicherung des Bestandes von Handwerk und Beruf innerhalb der Volksgemeinschaft.
3. Eingliederung der Handwerkerorganisation in den ständischen Aufbau der Wirtschaft.
4. Gesetzlicher Schutz gegen Ausübung des Handwerks durch Berufsfremde oder als Nebenerwerb (Schwarzarbeit).
5. Beseitigung aller handwerklichen Regiebetriebe bei staatlichen und kommunalen Behörden.
6. Durchführung einer allgemeinen Entschuldungsaktion für Handel, Handwerk und Gewerbe.
7. Abschaffung der Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Konsumgenossenschaften und gewerblichen Produktionsgenossenschaften.
8. Aufhebung der Hauszinssteuer und Verwendung für Hausreparaturen, Senkung der Grundvermögensteuer.
9. Schutz des Mittelstandes bei Zwangsversteigerungen.

Mittelständler, laß dich nicht irre führen durch sogenannte Interessenvertretungen, wie „Reichskartell des Deutschen Mittelstandes", „Bürgerliche Mittelstandsvereinigung", Wirtschaftsparteien und wie sie alle heißen. Haben sie dir geholfen? Nein, sie haben alle jämmerlich versagt.

Es ist unsere Aufgabe, unter allen Umständen den Versuch einer künstlichen Belebung abgewirtschafteter Organisationen und Größen auf Kosten der Not des deutschen Mittelstandes zunichte zu machen. Mittelständler entscheide dich!

Willst du dich durch jüdische Warenhäuser und jüdische Geschäftsmethoden weiter zugrunde richten lassen, oder willst du die Erhaltung deiner Existenz? Willst du dich vor weiteren Enttäuschungen und weiteren schweren Belastungen schützen, dann kämpfe mit uns und tritt ein in den Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes, der allein dafür Gewähr bietet, daß der Mittelstand aus seiner verhängnisvollen Lage befreit und einer neuen Blüte entgegengeführt wird.

C. Franke, Münster.
gez. **Wittkowsky**, Kreiskampfbundführer.

Dokument 6: Die Nürnberger Gesetze
Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 (RGBl. I, S. 1146)

Der Reichstag hat einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

§1 (1) Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.

(2) Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.

§2 (1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschem Volke und Reich zu dienen.

(2) Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.

(3) Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.

§3 Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.
(Nürnberg, den 15. September 1935)

Dokument 7: Die Nürnberger Gesetze

Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15.9.1935 (RGBl I, S. 1146f)

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

§1 (1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Auslande geschlossen sind.

(2) Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.

§2 Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.

§3 Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht in ihrem Haushalt beschäftigen.

§4 (1) Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten.

(2) Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet. Die Ausübung dieser Befugnis steht unter staatlichem Schutz.

§5 (1) Wer dem Verbot des §1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.

(2) Der Mann, der dem Verbot des §2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.

(3) Wer den Bestimmungen der §§ 3 oder 4 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

(. . .)

§7 Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündigung, §3 jedoch erst am 1. Januar 1936 in Kraft.

Nürnberg, den 15. September 1935.

Dokument 8: Die nach den Nürnberger Gesetzen aus der Wahlkartei gestrichenen Warendorfer Juden. (KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530)

Elsberg Eduard, Münsterstraße 1
Elsberg, Rosa, Münsterstraße 29
Meyer, Jakob, Brünebrede 17
Unspacher, Julius, Langekesselstraße
Isberg, David, Oststraße
Herz, Bernhard, Langekesselstraße
Lehmann, David, Brünebrede
Rosenberg, Paul, Zumlohstraße
Spiegel, Hugo, Oststraße
Cohen, Sigmund, Mühlenstraße
Rosendahl, Max, Kolpingstraße

Samuel Rosenfeld

Auf die Kartei Warendorf

6/2. 1936

Dokument 9: Schreiben des Ortsgruppenleiters der NSDAP Warendorf an den Beauftragten für Viehhandel vom 22. August 1935 (KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530)

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Ortsgruppe Warendorf

Geschäftsstelle: Warendorf, Parteihaus
Fernsprecher 408
Bankkonto: Kreis- und Stadtsparkasse Warendorf.

Unser Zeichen

(Bei Beantwortung stets angeben.)

Warendorf i. W., den 22. August 1935.

An

den Beauftragten für Viehhandel Pg.S[redacted]

in Ostbevern.

Ich bitte, bei dem Bürgermeister der Stadt Warendorf vorstellig zu werden, daß Juden zu dem im Oktober d.Jrs.stattfindenden Fettmarkt als Viehhändler nicht zugelassen werden. Gleichzeitig bitte ich aber dafür Sorge zu tragen, daß genügend arische Viehhändler zu diesem ~~Vie~~ Viehmarkte zugelassen werden, sodaß in dem Marktbetrieb keine Stockung eintritt. Über das Veranlaßte bitte ich mir Mitteilung zu machen.

Heil Hitler!

gez. Vannnahme

Ortsgruppenleiter.

=== ===

Abschrift

dem Herrn Bürgermeister

hier

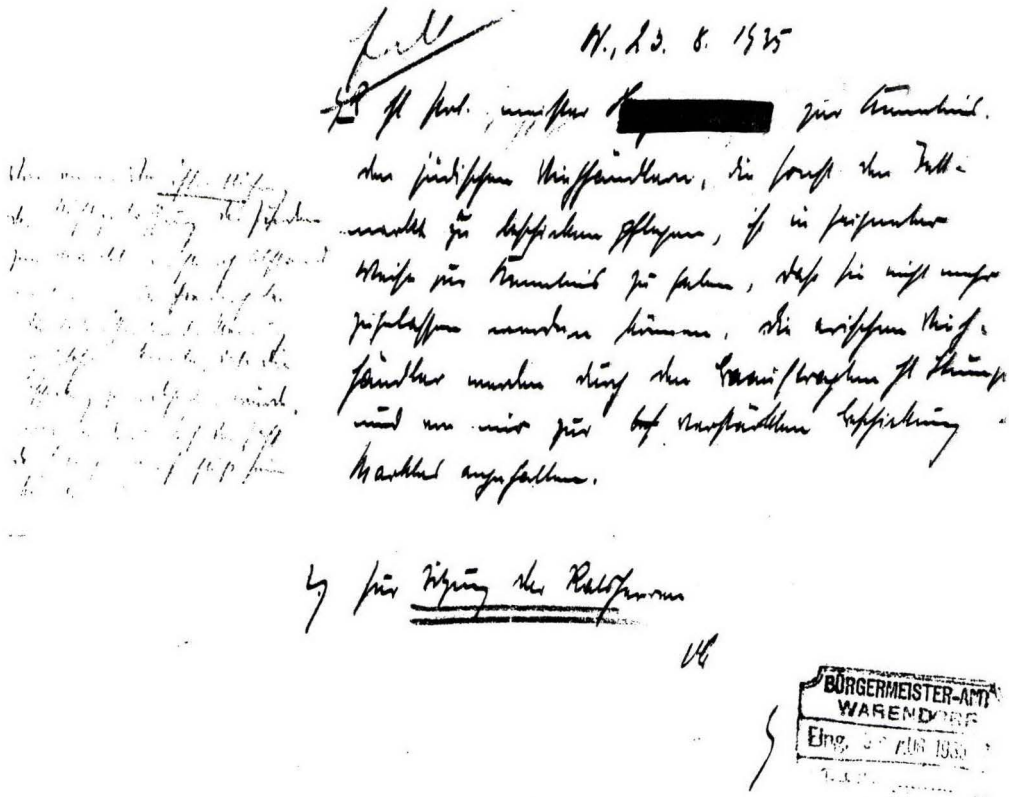
mit der Bitte um Kenntnisnahme und gefl.weitere Veranlassung übersandt.

Heil Hitler!

Ortsgruppenleiter.

1530

Dokument 10: Ausschluß jüdischer Viehhändler vom Fettmarkt (KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530)



Warendorf, den 30. August 1935.

Es ist heute folgenden jüdischen Viehändlern Kenntnis gegeben worden, daß sie zu Fettmarkt auf dem Viehmarkt nicht zugelassen würden. Rosenthal, Elsberg, Rosenberg, Ansbacher, Spiegel Hugo und Arnold und Lehmann.

[redacted]
Polizei - Hauptwachtm.

Dokument 11: Schreiben des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens an Landrat Gerdes betr. den Ausschluß jüdischer Viehhändler vom Fettmarkt vom 25. September 1935. (KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt, B 305

Centralverein
deutscher Staatsbürger
jüdischen Glaubens

Landesverband
Ost-Westfalen und Nachbargebiete

Fernsprecher Nr. ~~XXXX~~ 3131.

Herford, den 25. September 1935.

An den
Herrn Landrat und Gauinspekteur
G e r d e s,
W a r e n d o r f.

Zeichen: | Ihre Nachricht vom: | Unsere Zeichen: 1014.

Wie uns aus W a r e n d o r f berichtet wird, ist dort den jüdischen Viehhändlern mitgeteilt worden, dass für den Mitte Oktober in Warendorf stattfindenden Fett-und Viehmarkt sämtliche Juden ausgeschlossen sein sollen.
Da es sich hierbei um einen öffentlichen, von der Stadt veranstalteten Viehmarkt handelt, dürfte dieser Ausschluss der jüdischen Händler dem Grundsatz der Marktfreiheit widersprechen. Ausserdem ist dieser Ausschluss der jüdischen Händler auch als Einzelaktion aufzufassen, wie sie sowohl in mehrfachen Erlassen der Reichsregierung und des Herrn Reichswirtschaftsministers und zuletzt durch den Herrn Reichskanzler und Führer am Schlusse des Reichsparteitages für unzulässig erklärt worden sind.
Wir bitten daher ergebenst, zu veranlassen, dass dieses Marktverbot gegenüber den jüdischen Viehhändlern wieder rückgängig gemacht wird.

In vorzüglicher Hochachtung!
Centralverein ~~deutscher Staatsbürger~~
~~jüdischen Glaubens~~
Landesverband Ostwestfalen und Nachbargebiete
Der Syndikus: Dr. Davidsohn.

Wir bitten alle Zuschriften und Zahlungen an Prediger Goldmann, Herford, Postscheckkonto Hannover 9001

Dokument 12: Erwiderung des Landrats auf das Schreiben des »Centralvereins« (KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt, B 305)

00

Die Bauern und übrigen Volksgenossen des Kreises Warendorf wünschen mit jüdischen Viehhändlern nicht mehr in geschäftliche Verbindung zu treten und steht zu befürchten, dass, falls zum Viehmarkt am 2o.1o.1935 in Warendorf jüdische Viehhändler zugelassen werden, die interessierten Käufer nicht erscheinen werden und somit ein für die Volksernährung wichtiger Markt ausfallen würde.

Die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen, erscheint mir wichtiger als die Rücksichtnahme auf eine Minderheit, die hinreichende Gelegenheit hat, auch auf anderen Gebieten ihren Lebensunterhalt zu erwerben.

Von einem Verbot, Juden keine Güterwagen zum Transport von Vieh zur Verfügung zu stellen, ist mir nichts bekannt. Auch habe ich in meiner Eigenschaft als Ortspolizeibehörde (Bürgermeister) dieserhalb keine Anweisungen gegeben.

Ebenso verhält es sich mit den Viehsendungen von Juden an arische Viehkommissionäre. Der jüdische Viehhändler Auerbach war dieserhalb bereits bei mir vorstellig und habe ich diesen entsprechend aufgeklärt.

Dem Grundsatz der Gewerbefreiheit würde es widersprechen, wenn den Wirten des Kreises Warendorf die vom Ortsgruppenleiter in Warendorf gegebene Anregung in ihrer Durchführung verboten würde.

Heil Hitler !

L.S.gez. T e w e s.

Kreisleiter.

Dokument 13: Schreiben der NSDAP, Kreisleitung Warendorf, an den Landrat vom 6. Dezember 1937 betr. Ausstellung von Gewerbescheinen. (KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3113)

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gau Westfalen-Nord

Kreisleitung Warendorf

Kreis-Geschäftsstelle: Rathaus
Fernsprecher 347

Bankkonto:
Kreis- und Stadtsparkasse Warendorf
Konto-Nr. 810

Der Kreisleiter.

Betr. Ihr Zeichen — Ihr Schreiben

Warendorf, den 6. Dezember 1937.

Bl./H.

Betr. Ausstellung von Wandergewerbescheinen bezw. Legitimationskarten für jüdische Viehverteiler für 1938.

An den
Landrat des Kreises Warendorf

W a r e n d o r f
=.=.=.=.=.=.=.=.=.=

Die Juden

Julius A n s p a c h e r, Warendorf
Hugo S p i e g e l, Warendorf
David E l s b e r g, Warendorf

haben bei der Stadtverwaltung Warendorf Antrag auf Ausstellung eines Wandergewerbescheines bezw. einer Legitimationskarte gestellt.

Die Obengenannten bieten nicht die Gewähr dafür, sich bei der Viehverteilung in Notzeiten für den nationalsozialistischen Staat einzusetzen.

Ich spreche ihnen deshalb die politische Zuverlässigkeit ab und bitte entsprechend den Bestimmungen die Anträge abzulehnen.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei * Kreisleitung Warendorf i. W. *

Heil Hitler!

i.A.

Kreisamtsleiter.

Dokument 14: Schreiben des Jüdischen Zentral-Vereins in Essen an den Warendorfer Bürgermeister betr. Ausstellung von Gewerbescheinen vom 10. Januar 1938)
(KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3113)

Jüdischer Zentral-Verein

Eingeschrieben. Essen, den 10. Januar 1938

Betr. Reiselegitimationskarten jüdischer Antragsteller in Warendorf.

In Warendorf haben, soweit unseren Mitgliedern bekannt ist, sieben jüdische Einwohner den Antrag auf Ausstellung ihrer Reiselegitimationskarten für das Jahr 1938 gestellt. Alle sieben Antragsteller haben wörtlich übereinstimmend vom Herrn Bürgermeister der Stadt Warendorf folgenden Bescheid vom 4. Januar erhalten.

»Ihr Antrag auf Ausstellung der Legitimationskarte für 1938 wird abgelehnt.«

Diese Bescheide sind anscheinend in Schreibmaschinendurchschläge gefertigt, wobei lediglich die einzelnen Namen eingesetzt worden sind, während jedoch als Beruf einheitlich »Viehverteiler« angegeben ist, was nur bei einem Teil der Antragsteller zutrifft.

Der Bescheid enthält weder die Angabe der vom Gesetz für eine Ablehnung geforderten Tatsachen, noch eine Rechtsmittelbelehrung. Beides ist bekanntlich nach ständiger Rechtssprechung des Oberverwaltungsgerichts (vgl. z.B. Urteil vom 28.10.1937 III C 156/37) notwendig.

Die Form des Bescheides und die Tatsache, daß nach Kenntnis unserer Mitglieder sämtliche jüdischen Antragsteller diesen ablehnenden Bescheid erhalten haben, die übrigens nach ihrer Angabe alle unbestraft sind, legt die Vermutung nahe, daß nicht etwa, wie nach Gesetz und ständiger Rechtssprechung erforderlich, vom Herrn Bürgermeister im Einzelfalle Tatsachen festgestellt worden sind, die einen der ausschließlich in der Gewerbeordnung aufgezählten Versagungsgründe darstellen, sondern daß die Antragsteller anscheinend als Juden die Karten nicht erhalten haben.

Die einzelnen Antragsteller haben, um die Rechtsmittelfrist nicht zu versäumen, zunächst Klage beim Bezirksverwaltungsgericht eingereicht. Wir bitten jedoch den Herrn Regierungspräsidenten ergebenst, angesichts der obigen Sachlage im Verwaltungswege den Herrn Bürgermeister zur Ausstellung der Legitimationskarte anzuweisen, auf die ja jeder Antragsteller, wenn nicht die im Gesetz besonders aufgezählten Versagungsgründe vorliegen, einen Anspruch hat.

Wir halten uns zu dem ausdrücklichen Hinweis für verpflichtet, daß durch die, soweit nach dem Obigen ersichtlich, nicht mit dem Gesetz in Einklang stehende Verweigerung der beantragten Legitimationskarten durch den Herrn Bürgermeister den Antragstellern ein erheblicher Schaden entstehen muß, der sich, je länger der gegenwärtigen Zustand währt, ständig vergrößern muß.

Wir erlauben uns schließlich noch darauf hinzuweisen, daß die Antragsteller, soweit sie Vieverteiler sind, die vorgeschriebene Bescheinigung des Viehwirtschaftsverbandes Westfalen beigebracht hatten, nach der ihr Betrieb gemäß der Verordnung über den Handel mit Vieh als zugelassen gilt. Wenn gegen die Person der Antragsteller etwas vorläge, hätte vermutlich der Viehwirtschaftsverband diese Bescheinigung kaum ausgestellt.

Jüdischer Central Verein e.V.
L.V. Rheinland Westfalen

gez. Dr. Steinberg

Dokument 15: Bericht des Neuen Emsboten (Nr. 309, 11.11.38) über die Ereignisse in der »Kristallnacht«.

Gerechte Empörung.

Judenfeindliche Kundgebungen im Münſterland.

‡ **Münſter**, 10. November.

Wie im Reich, ſo kam es auch im ganzen Münſterland nach Bekanntwerden des Ablebens des durch feigen jüdiſchen Meuchelmord für Deutſchland gefallenen deutſchen Diplomaten zu zahlreichen judenfeindlichen Kundgebungen. Ueberall machte ſich die Empörung über das niederträchtige Mordverbrechen von Paris in ſpontanen antijüdiſchen Demonſtrationen Luft. Sie nahm von Stunde zu Stunde zu, je mehr die über den Deutſchen Rundfunk verbreitete Meldung in den Kreiſen der Bevölkerung bekannt wurde. In Münſter zog eine empörte Menſchemenge zur Promenade und zündete die Synagoge an, die bis auf die Umfaſſungsmauern niederbrannte. Der Feuerwehr blieb nichts anderes übrig, als ein paar Schlauchleitungen zu legen und die benachbarten Häuſer vor dem Uebergreifen des Feuers zu ſchützen. Die noch in jüdiſchen Händen befindlichen Geſchäfte wurden von der empörten Volksmaſſe einſchließlich der Inneneinrichtung zerſtört. Aehnliche Meldungen liegen aus dem geſamten Münſterland vor. Die Empörung ſteigerte ſich in allen Orten zu erregten Kundgebungen gegen das Judentum. Auch hier waren die jüdiſchen Geſchäfte dem gerechten Zorn der Menſchenmengen ausgeliefert und wurden zerſtört. In Borghorſt, Rheine, Warendorf und Burgſteinfurt zündete man die Synagogen an oder zerſtörte ſie auf andere Weiſe. Ebenſo trafen aus Borken, Bocholt, Coesfeld, Haltern, Dorſten, Emsdetten Ochtrup und Ahlen Meldungen ein, die die Zerſtörung ſämtlicher jüdiſchen Geſchäfte und Synagogen meldeten.

Dokument 16: Bericht des Warendorfer Landrats an die Stapo-Leitstelle in Münster über die Ereignisse in der »Kristallnacht«. (KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305)

Der Landrat.
====

Warendorf, den 10. Nov. 1938.

Betr. Aktion gegen die Juden.

Funkspruch vom heutigen Tage.

Dringt Bote!

Bei der Aktion gegen die Juden in der Nacht vom 9. zum 10. November 38 hat sich im hiesigen Kreise folgendes ereignet:

A) Sachbeschädigung

1. In Warendorf wurden 7 Wohnungseinrichtungen von Juden fast vollständig zerstört.
2. 4 Wohnhäuser der Juden wurden beschädigt I Fensterscheiben zerschlagen, Sprossen sind herausgebrochen, Türen z.T. beschädigt.
3. In der Synagoge in Warendorf wurden die Fensterscheiben eingeschlagen. Die innere Einrichtung der Synagoge wurde durcheinandergeworfen und z.T. zerstört.

B) Körperverletzungen

4. In Warendorf wurden 3 Juden verletzt. Ein Jude ist bei der Aktion aus dem Fenster gestiegen und hat sich hierbei einen Fersenbeinbruch zugezogen.

2 Juden haben Widerstand geleistet und sind infolgedessen am Kopf bezw. am Oberkörper verletzt worden. Die Verletzungen sind nicht gefährlicher Art.

A 1) Sachbeschädigung

1. In Freckenhorst wurde im Hause des Juden Leffmann, bewohnt von den Geschw. Rosenberg (Juden), Sachbeschädigungen vorgenommen. Haustür und Fenster, sowie Wohnungseinrichtungsgegenstände wurden beschädigt bezw. zerstört.

Im Hause der Geschw. Leffmann in Freckenhorst

An den
Herrn Leiter der Staatspolizeileitstelle
in Münster.

x Freckenhorst wurde ein Fensterrahmen mit Fenster zerstört.

B 1) Körperverletzung: Die Geschwister Rosenberg in Frekkenhorst sind mit nakten Füssen durch Glassplitter gelaufen. Die Verletzungen sind nur gering.

Brandlegungen, Plünderungen, Sicherstellungen von Archivmaterial pp. und Festnahmen sind nicht erfolgt, und zwar sowohl in Warendorf als auch in Freckenhorst nicht.

gez. Gerdes.

Abschrift überreiche ich unter Bezugnahme auf den heute vom Polizeipräsidium Münster nach hier mitgeteilten Funkspruch mit der Bitte um Kenntnisnahme.

An den
Herrn Regierungspräsidenten
in M ü n s t e r.
-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Dokument 17: Ergänzender Bericht der Warendorfer Polizei über die Ereignisse in der »Kristallnacht«. (KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305)

L6

Der Bürgermeister der Stadt Warendorf a. d. Ems
als Ortspolizeibehörde.

An
den Herrn L a n d r a t ,
h i e r .
=.=.=.=.=.=.=.=.=

Fernruf: 441
Bankkonto der Stadtkasse:
Kreis- und Stadtsparkasse Warendorf Nr. 1001
Postscheckkonto: Dortmund 5253

Ihr Schreiben vom	Ihr Zeichen	Diesf. Zeichen	Datum
		II.	11. November 1938.

Betr: Aktion gegen die Juden.

Fernmündl. Verfg.v. 10.11.1938.

Am Spätnachmittag des 10.11.1938 ist noch eine Wohnungseinrichtung eines Juden (Wwe. Elsberg, Münsterstr.) beschädigt worden. Die Beschädigung ist einigermassen schonend ausgeführt.

Meine Meldung vom 10.11.1938 ist noch dahingehend zu ergänzen, dass noch 2 weitere Personen wegen Widerstandsleistung verletzt worden sind. (Hugo Spiegel, Schützenstrasse und Hugo Spiegel, Lilienstrasse). Beide befinden sich im hiesigen Krankenhaus. Die Verletzungen sind nicht gefährlich.

J. A.

Polizeimeister.

Dokument 18: Liste der am 11. November 1938 in Warendorf inhaftierten Juden (KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305)

103

Warendorf, den 11. November 1938.

Betr: Festnahme arbeitsfähiger männlicher Juden im Alter von 18 - 50 Jahren.

Funkspruch. Mitgeteilt vom Herrn Landrat am 11.11.1938.

Es kommen für Warendorf bezw. Freckenhorst die nachstehend aufgeführten Juden in Frage:

M e y e r , Jakob, geb. 29.3.1899, festgenommen, kriegsbeschädigt, ist zu leichter Arbeit zu verwenden. (s. Anlage)

R o s e n t h a l , Max, geb. 14.12.1898, festgenommen.

S p i e g e l , Arnold, geb. 8.11.1889, festgenommen, leidet angeblich an Bruch.

Lehmann, Heinz, geb. 29.12.1903, Wunde und Abschürfungen an rechter Kopfseite, Arbeitsfähig. (s. Anlage)

E l s b e r g , Walter, geb. 16.6.1902, Wundlaufen beider Sohlen in ausgedehnter Weise, nicht arbeitsfähig. (s.Anl.)

E l s b e r g , Dr., Karl, geb. 26.9.1904, leidet zur Zeit an Krämpfen bezw. Gallenkolik und ist am heutigen Nachmittage in das hiesige Krankenhaus gebracht.

E l s b e r g , Siegfried, geb. 24.6.1900, von der Polizeiverwaltung Freckenhorst hier abgeliefert.

Es befinden sich noch im hiesigen Krankenhaus:

A n s p a c h e r , Julius, geb. 10.10.1889, Bruch des rechten Fersenbeines, nicht arbeitsfähig. (s. Anlage)

S p i e g e l , Hugo, geb. 28.5.1905, Muskelquetschung, 1 - 2 Wochen nicht arbeitsfähig. (s. Anlage)

Flüchtig seit dem 10. ds. Mts.:

S p i e g e l , Walter, geb. 27.10.1912.

Der Bürgermeister:

An

den Herrn L a n d r a t , h i e r

mit Personalbogen der Festgenommenen und amtsärztlicher Bescheinigung von Verletzten.

Dokument 19: Amtsärztliche Bescheinigung des Gesundheitsamtes Warendorf über diejenigen Juden, die sich nach der »Kristallnacht« in ärztliche Behandlung begeben mußten. (KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305)

10

Staatliches Gesundheitsamt

Tgb. Nr. .....

Warendorf, den 11. 11. 38
Fernruf Nr. 465

Amtsärztliche Bescheinigung.

Ansbacher, Julius z. Zt. Josefshospital Warendorf.
Wegen Bruch des rechten Fersenbeines bis auf Weiteres nicht arbeitsfähig.

Spiegel, Hugo geb. 28. 6. 05 ebenfalls im Krankenhaus.
Wegen Muskelquetschung des rechten Oberschenkels 1 bis 2 Wochen arbeitsunfähig. Urteil wegen Verletzung des rechten Ohres müsste vom Facharzt angefordert werden.

Lehmann, Heinz
Wunde und Abschürfung an rechter Kopfseite. Arbeitsfähig.

Elsberg, Walter
Wundlaufen beider Sohlen in ausgedehnter Weise. Nicht arbeitsfähig.

Meyer, Jakob
Kriegsverletzung des rechten Unterarmes und Handgelenks. Ist zu leichter Arbeit zu verwenden.

i. V. [redacted]
Hilfsarzt

Dokument 20: Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben vom 12.11.1938 (RGBl I, S. 1581)

§1 Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.

§2 (1) Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen.

(2) Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

Dokument 21: Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan Göring über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit vom 12.11.1938. (zitiert nach: W. Hofer (Hrsg.) a.a.O., S. 294)

Die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt, erfordert entschiedene Abwehr und harte Sühne. Ich bestimme daher auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans v. 18. Okt. 1936 (RGBl. I, S. 887) das Folgende:
§1. Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von 1 000 000 000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt...

Dokument 22: Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12.11.1938.
(RGBl I, S. 1580)

§1 (1) Juden ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.

(2) Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen.

(3) Jüdische Gewerbebetriebe, die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.

§2 (1) Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr als Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 tätig sein.

(2) Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihm mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Vertrag, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.

§3 (1) Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein.

(2) Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich. (. . .)

Dokument 23: Schreiben der Warendorfer Stadtverwaltung an den Landrat betr. den Pachtvertrag zwischen Eduard Elsberg und der Firma Potthoff & Scholl. (KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530)

An den
Herrn Landrat
hier

1.3.1939

Nachdem die Verordnung vom 3.12.38 über den Einsatz des jüdischen Vermögens und die Durchführungsverordnung hierzu vom 6.2.39 klar herausgestellt haben, daß die Arisierung des jüdischen Besitzes beschleunigt zu erstreben ist, gestatte ich mir, Ihre Aufmerksamkeit auf den zwischen der Firma Potthoff & Scholl und dem Juden Eduard Elsberg vor ca. 2 Jahren abgeschlossenen Pachtvertrag zu lenken. Soweit mir erinnerlich, ist in diesem Pachtvertrag vereinbart worden, daß die Firma Potthoff & Scholl an den Juden Elsberg eine Pacht, deren Höhe sich nach dem in dem Geschäft erzielten Umsatz richtet, zu zahlen hat. Mindestens aber ist eine in dem Vertrag fixierte Summe zu entrichten. Nachdem dieser Pachtvertrag abgeschlossen und der über das bisherige Geschäft Elsberg verhängte Boykott damit beendet ist, hat sich in der Meinung der Bevölkerung die Ansicht ergeben, daß es sich bei dem Geschäft Potthoff & Scholl um ein restlos arisches Geschäft handele. Dies ist zweifellos bezügl. des Pächters der Fall. Tatsache aber ist, daß an dem Geschäftsumsatz nach wie vor der Jude Elsberg teilnimmt, der Jude also Vorteile daraus zieht, daß das Geschäft in den Augen der Bevölkerung arisiert worden ist. Ein solcher Pachtvertrag, wie er hier vorliegt, entspricht m.E. nicht dem Ziel der Verordnung vom 3.12.38. Ich bitte in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß der Pachtvertrag durch einen Kaufvertrag ersetzt wird.

I.V.
gez. Unterschrift.
Stadtrat

Dokument 24: Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer Münster zum Pachtvertrag zwischen Eduard Elsberg und der Firma Potthoff & Scholl. (6. April 1939)
(KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530)

Industrie- und Handelskammer
M ü n s t e r
Ve/Br.

Münster, den 6. April 1939

Betrifft: Mietvertrag zwischen dem Juden E.Elsberg und der Firma Potthoff & Scholl, Duisburg-Hamborn.

In Erledigung Ihrer Anfrage vom 6.März 1939 nehmen wir zu dem uns vorgelegten Vertrag zwischen E.Elsberg und der Fa.Potthoff Scholl folgende Stellungnahme ein:

Der am 15.Dezember 1936 zwischen dem Juden Elsberg in Warendorf, jetzt wohnhaft in Berlin W.5o, Regenbburgerstrasse 32 II und der Fa.Potthoff & Scholl, Duisburg-Hamborn, geschlossene Mietvertrag steht zu den zwischenzeitliche ergangenen Anordnungen zur Entjudung des deutschen Wirtschaftslebens in Widerspruch.

Nach Ziff. 7 der vom Reichswirtschaftsminister erlassenen Richtlinien vom 5.7.1938. betr. Durchführung der aufgrund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden erlassenen Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 26.4.1938 ist die Genehmigung zu der Verpachtung eines jüdischen Gewerbebetriebes oder zur Bestellung eines Niessbrauchs in einem solchen Gewerbebetr allgemein zu versagen. Bereits genehmigte Anträge stehen danach zu dieser Bestimmung im Widerspruch.

Der zwischen Elsberg und der Fa. Potthoff & Scholl geschlossene Mietvertrag ist in seinem Wesen und in seinen Auswirkungen den oben erwähnten Verträgen gleichzuachten; denn der Jud E. ist durch die von der Höhe des Umsatzes abhängige Mietzahlung der Fa.Potthoff & Scholl Nutzniesser dieses Unternehmens, und es ist ihm so möglich - wenn auch indirekt - Einfluss auf die Führung dies Geschäftes auszuüben. Der Mietvertrag ist daher u.E. aufzuheben, zumal auch nach den im November und Dezember 1938 ergangenen Anordnungen über die Entjudung der deutschen Wirtschaft Juden weder unmittelbar noch mittelbar am deutschen Wirtschaftsleben beteiligt sein sollen.

Die Industrie- und Handelskammer
I.A. gez. Unterschrift.

Dokument 25: Schriftwechsel zwischen Dr. Karl Elsberg und der Warendorfer Stadtverwaltung bezüglich der Unterstützung seiner Auswanderung. (April/ Mai 1939)
(KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530)

Dr. Karl Israel Elsberg.
Jude-Kennort: Warendorf,
Kennummer: A 00004.

Warendorf, den 29. April 1939.
Oststrasse 7.

BÜRGERMEISTER-AMT
WARENDORF
Eing. 2. MAI 1939
T. B. No.

Herrn
Bürgermeister
der Stadt Warendorf.

Ich nehme höfl. Bezug auf die zwischen dem Herrn Stadtoberinspektor und mir geführte mündliche Unterhaltung und bitte ergebenst, mir für meine Auswanderung aus dem Fond der Jüdischen Gemeinde M. 1.000.- zuzubilligen. Diesen Betrag benötige ich dringend zur Bezahlung der Passagen für meine Frau und mich.

Rechnung der Hamburg-Süd füge ich bei mit der Bemerkung, dass ich meine Auswanderung durch Vorlage des Visums nachgewiesen habe und im Monat Mai abreisen werde. Zahlung der Passage soll bis zum 10. Mai erfolgt sein.

Hochachtungsvoll !

ppa. Karl Israel Elsberg.



1.) An

Herrn Dr. Karl Israel Elsberg

H i e r .

=.=.=.=.=.=.=.=.=.=

I. 2. 5. 39

Bevor ich auf Ihren Antrag Entscheidung treffen kann, wollen Sie mir, wie Ihnen von meinem Sachbearbeiter mündlich mitgeteilt ist, eine Aufstellung hereingeben, die Ihr Vermögen und Ihre Zahlungsverpflichtungen darlegt. Nur der noch alsdann verbleibende Differenzbetrag, der Ihnen, um überhaupt Ihre Auswanderung zu ermöglichen, fehlt, kann aus dem Synagogenfonds ausgeglichen werden. Da, soweit hier bekannt, eine Trennung des Vermögens Ihres Vaters von dem Ihrigen noch nicht stattgefunden hat, würde es evtl. notwendig sein, auch das Vermögen des Vaters mit in die Aufstellung einzubeziehen. Endlich noch ist auch das Vermögen Ihrer Frau mitaufzuführen.

y Mn 10.5

Der Bürgermeister:

Dr.Karl Israel Elsberg

Warendorf, den 4. Mai 1939.
Oststrasse 7.

STANDESAMT WARENDORF
4. MAI 1939
T. B. No.

Herrn
Bürgermeister
W a r e n d o r f.

In Beantwortung Ihrer Aufforderung vom 2. Mai gebe ich nachstehend die Aufstellungen.

Mein Vater hat kein Barvermögen, und sein mit 32.000.-ℳ Hypotheken und 3.800.-ℳ Steuerrückständen belasteter Grundbesitz wird kaum soviel Überschuss erbringen, wie für die Auswanderung meiner Eltern aufgewandt werden muss. Die verkauften Grundstücke haben folgende Erlöse:

19.000.- Wohnhaus
3.900.- Garten
4.750.- Weide
1.500.- Stallung. Die noch nicht verkauften Grundstücke werden erbringen:
7.000.- ca. Weide Walgernweg
2.000.- Haus Lilienstrasse
38.150.- Gesamterlös.
35.800.- Schulden
2.350.- Vermögen.

Meine Frau hat noch 400.- ℳ Vermögen. Ich selbst bin ohne Vermögen, kann aber aus einer Schenkung von 500.- ℳ meines Onkels Eduard Israel Elsberg diesen Betrag für meine Auswanderung verwenden. Es stehen mir also 900.- ℳ zur Verfügung. Die Auswanderungskosten betragen für Schiffskarten 1420.-ℳ ohne Bordgeld, und für Fracht 400.-ℳ, also insgesamt 1820.-ℳ
900.-ℳ selbst
920.-ℳ benötige ich also ohne jedes Bordgeld, das in einem gewissen Umfange notwendig ist.

ff. Karl Israel Elsberg

Warendorf, den 8. Mai 1939

Verfügung.

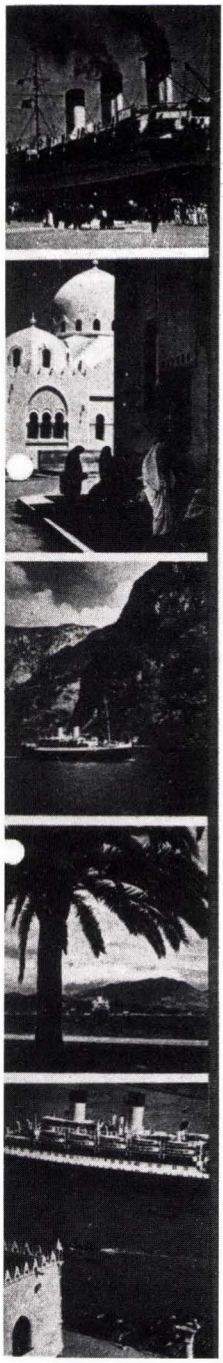
Geschrieben 9.6.39
gelesen 11.6.39
abgesandt 12.6.39

Schreiben an Karl Israel Elsberg, hier.

Auf Ihren Antrag wird Ihnen aus dem Synagogenfonds ein Zuschuss von 92o,- RM ~~XXX~~ für Ihre Auswanderung bewilligt.

2. Wertpapierausgabeanweisung fertigen über 92o,- RM.
3. Z.D.A. 1630

Der Bürgermeister:



HAMBURG-SÜD

Hamburg-Südamerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaft

Vertretung Münster • Reisebüro M. Lückertz

Fernsprecher: 232 09 / Telegrammadresse: Reiselückertz
Bankkonto: Bank der Deutschen Arbeit A. G., Münster i. W. / Postscheckkonto: Dortmund 221 78

Münster i. W., 27.4.39

Duplikat.

Rechnung für Herrn Dr. Elsberg, Warendorf, Oststr. 7.

Wir benötigen für Ihre Passagen nach Montevideo folgende Beträge:

2 Passagen a) 71o.-- RM	142o.-- RM
Bordgeld	5oo.-- RM
Ausstellungsgebühr	5.-- RM
	1925.-- RM

Reisebüro M. Lückertz

Schnellste und bequemste Verbindung nach und von Südamerika
mit den beliebten „Cap"-Schnelldampfern, den Schiffen der „General"-Klasse und den „Monte"-Einheitsschiffen
Vorzügliche Beförderung in der 1. Klasse, 2. Klasse, Mittelklasse, 3. Klasse
Billige Touristen- und Erholungsreisen nach dem Orient, Mittelmeer, Madeira, Tenerife, Nordland, Island, England, Schottland usw. Studienreisen nach Südamerika

REISEN AUF DEUTSCHEN SCHIFFEN SIND REISEN AUF DEUTSCHEM BODEN!

Dokument 26: Bescheinigung der Auswandererberatungsstelle in Münster für Jakob Meyer (6. Juli 1938)
(KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 3085)

Amtlich anerkannte gemeinnützige
Auswandererberatungsstelle

Münster (Westf.), den 6.Juli 1938
Breul 22 / Fernruf 21290

An die

Passtelle des Polizeiamtes,
W a r e n d o r f

Ihr Schr.:
Unser Zeichen: 5280/38 Dr.W./K.

B e s c h e i n i g u n g

Der Kaufmann Jakob M e y e r , Warendorf, Brunbrede 17, beabsichtigt, mit seiner Familie nach den Vereinten Staaten von Amerika auszuwandern.

Meyer ist Jude und am 29.3.1895 zu Mauswinkel geboren. Mit ihm reisen aus: seine Ehefrau Julie Meyer geb. Hertz, ebenfalls Jüdin und am 7.1.1895 in Warendorf geboren dann der Sohn Helmut Meyer, geboren 23.2.1926 und die Tocht Anita Meyer, geboren am 7.4.1929 . Gleichzeitig wird die Schwiegermutter, Frau Flora H e r t z , geboren am 1.6.186 in Borghorst, mit ausreisen.

Die Auswandererberatungsstelle hat in die Bürgschaftspapiere Einblick genommen, die von einem Verwandten des Gesuchstellers, Alfred Rosenthal, 7955-69 th Ave, Middl Village, New York bereitgestellt sind. Ausser diesem Vetter besitzt Meyer noch eine Anzahl weiterer Verwandte, die ihm bei der Existenzgründung behilflich sein werden.

Die Ernsthaftigkeit der Auswanderungsabsicht erscheint uns als hinreichend glaubhaft nachgewiesen. Es werde diesseits keine Bedenken geäussert, dass die Pässe an Jakob Meyer und seine Ehefrau Julie Meyer, ferner an die Schwiegermutter, Frau Flora Hertz, ausgehändigt werden, sobald die Vorladung nach Stuttgart nachgewiesen werden kann.

Amtlich anerkannte gemeinnützige
Auswandererberatungsstelle
Münster (Westf.)

Auskünfte nach bestem Wissen und Können — jedoch ohne Gewähr — auf Grund vielfältiger neuer Unterlagen.

Dokument 27: Polizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit vom 28. November 1938.
(W. Hofer, a.a.O., S. 296)

Aufgrund der Verordnung über die Polizeiverordnungen der Reichsminister vom 14. November 1938 (RBGl. I, S. 1582) wird folgendes verordnet:
§1. Die Regierungspräsidenten in Preußen, Bayern und in den sudetendeutschen Gebieten, die ihnen gleichstehenden Behörden in den übrigen Ländern des Altreichs, die Landeshauptmänner (der Bürgermeister in Wien) im Lande Österreich und der Reichskommissar für das Saarland können Juden deutscher Staatsangehörigkeit und staatenlosen Juden (. . .) räumliche und zeitliche Beschränkungen des Inhalts auferlegen, daß sie bestimmte Bezirke nicht betreten oder sich zu bestimmten Zeiten in der Öffentlichkeit nicht zeigen dürfen.
§2. Wer den Vorschriften des §1 vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.
(. . .)

Dokument 28: Geheimes Rundschreiben Bormanns vom 30. Oktober 1939, betr. die Behandlung der Juden im öffentlichen Leben.
(Verfügungen, Anordnungen, Bekanntgaben. Hersg. von der Parteikanzlei München o. J., Bd. II, S. 130)

Der Stellvertreter des Führers
Stabsleiter

München 33, den 30. Oktober 1939
Braunes Haus

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei hat im Verlauf der letzten Wochen mehrere Anordnungen erlassen, durch die das Leben der Juden im Reich verschiedenen weiteren Einschränkungen unterworfen worden ist.
Allen Juden ist für die Zeit ab 20.00 Uhr ein allgemeines Ausgehverbot auferlegt worden.
Die im Besitz von Juden befindlichen Rundfunkapparate wurden eingezogen und den zuständigen Stellen zur anderweitigen Verwendung zur Verfügung gestellt.
Für den Einkauf des lebensnotwendigen Bedarfs wurden den Juden ursprünglich bestimmte Geschäfte zugewiesen, während ihnen der Einkauf in den übrigen Geschäften verboten wurde. Diese Maßnahme führte zu einer Benachteiligung der Geschäftsinhaber, die hiernach verpflichtet waren, an Juden zu verkaufen. Es wurde daher unter Aufhebung dieser Anordnung bestimmt, daß den Juden in den einzelnen Geschäften lediglich bestimmte Geschäftsstunden vorbehalten bleiben sollten. Die Auswahl dieser Geschäftsstunden wird von den Staatspolizeistellen im Einvernehmen mit den Organisationen des Handels getroffen.
Ein allgemeines Verbot, die jedermann zugänglichen Luftschutzräume zu benutzen, ist für die Juden nicht ausgesprochen worden. Die Juden wurden angewiesen, sich eigene Luftschutzräume zu bauen. Da die Fertigstellung dieser Räume längere Zeit in Anspruch nehmen wird, soll es den Juden bis auf weiteres erlaubt sein, in den für die deutschen Volksgenossen bestimmten Luftschutzräumen Zuflucht zu suchen.
Von besonderer Bedeutung ist ein erst vor wenigen Tagen ergangener Erlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei in welchem angeordnet worden ist, daß alle Juden, die irgendwelchen Anordnungen nicht sofort Folge leisten oder sonst ein staatsabträgliches Verhalten an den Tag legen, sofort festzunehmen und in ein Konzentrationslager einzuliefern sind. Eine strenge Durchführung dieses Erlasses wird besser als jede andere Maßnahme geeignet sein, die Juden zu zwingen, ein ihnen angemessenes Verhalten an den Tag zu legen.

Dokument 29: Schreiben der Warendorfer Polizeibehörde betr. Einziehung der Rundfunkapparate von Juden. (26.9.1939)
(KAW, Kreis Warendorf, Landratsamt B 305)

Der Bürgermeister als
Ortspolizeibehörde.

Warendorf, den 26.9.1939 391

An den
Herrn Landrat
hier

Betrifft: Einziehung der Rundfunkapparate von Juden.
Verfg. vom 23.9.1939 - Nr.2001 -

Der Jüdin Berta Sara Samuel geb. Neuburger, hier Gerichtsfuhlke 8 wohnhaft, ist ein Rundfunkapparat "Siemens Schatulle" beschlagnahmt worden. Der Apparat ist auf der hiesigen Wache sichergestellt.

Der Apparat wurde in der Küche der Ehefrau K[redacted], die eine Flurnachbarin der Samuel ist, vorgefunden. Die K. will angeblich den Apparat vor 14 Tagen für 160.--RM bei 10.--RM Anzahlung von der Samuel gekauft haben. Über Vertrag und Anzahlung waren schriftliche Unterlagen nicht vorhanden. Der Apparat ist auch noch bei der Post für Samuel angemeldet. Nachträglich gab Frau Samuel an, dass die K[redacted] den Apparat ihrem Mann zu Weihnachten schenken wolle. Bis dahin solle der Ehemann K[redacted] dieses nicht erfahren, aus welchem Grunde der Apparat am Tage in der Wohnung K[redacted] und bevor der Mann abends von der Arbeit zurückkomme, jedesmalwieder in ihre Wohnung zurückgebracht würde.

Ich bitte um Entscheidung, ob der Apparat evtl. der Frau K. wieder ausgehändigt werden soll.

Dokument 30: Liste der am 13.12.1941 nach Riga deportierten Juden.
(KAW, Stadt Warendorf, Bestand C, Az. 1530)

Verzeichnis
der am 13.12.1941 abgewanderten Juden aus dem Kreise
W a r e n d o r f

Lfd. Nr.	Zuname	Vorname	Geburts-datum - Ort	Wohnung
		A. Harsewinkel:		
	Lorch	Salomon Israel	21.9.76 Harsewinkel	Kirchplatz 181
		B. Freckenhorst		
2	Leffmann	Siegfried Israel	2.6.88 Freckenhorst	Warendorferstr. 59
3	Leffmann	Alma Sara	15.11.86 Freckenhorst	Warendorferstr. 59
4	Rosenberg	Hedwig Sara	26.5.93 Freckenhorst	Warendorferstr. 59
5	Rosenberg	Ida Sara	7.3.98 Freckenhorst	Warendorferstr. 59
		C Warendorf		
6	Samuel	Berta Sara	2.4.95 Bergheim	Gerichtsfuhlke 8
7	Spiegel	Arnold Israel	8.11.89 Warendorf	Oststr. 18
8	Spiegel	Ella Sara	29.8.87 Warendorf	Oststr. 18
9	Spiegel geb.S Stern	Frieda Sara	16.2.78	Oststr. 18
1o	Spiegel	Hugo Israel	11.9.78 Warendorf	Oststr. 18
11	Spiegel	Walter Israel	27.1o.12 Warendorf	Oststr. 18

-.-.-.-.-.-.-

Geheime Staatspolizei
B-Nr. II B 3 - 18o.o1

Münster, den 6.August 1942.

An den
Herrn Landrat als Polizeibehörde
Warendorf

Betr.: Polizeiliche Abmeldung abgewandeter Juden.
Vorg.: Ohne
Anl. : 1 Liste.

Anliegend übersende ich eine Liste der am 13.12.41 aus dem dortigen Dienststellenbereich nach den Ostgebiet abgewanderten Juden. Ich bitte diese Juden ~~an~~ in den Melderegistern der Meldeämter nach "unbekannt bezw. ausgewandert" abzumelden. Auf keinen Fall darf der Zielort angegeben werden. Wo dieses bereits geschehen ist, bitte ich, eine Unkenntlichmachung vornehmen zu lassen.

I.A. gez. Zimmermann.

b.w.

Chronik der Judenverfolgung 1933–1945

aus: Holocaust, Materialien zu einer amerikanischen Fernsehserie über die Judenverfolgung im Dritten Reich.
Wilhelm van Kampen.
Sonderausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, 1981

1933

1.4.1933: Boykott aller jüdischen Geschäfte in Deutschland durch die SA. Die Aktion richtete sich auch gegen jüdische Ärzte und Rechtsanwälte sowie gegen den Besuch von Schulen und Universitäten durch Juden.

7.4.1933: Gesetz zur *Wiederherstellung des Berufsbeamtentums*. Entfernung vieler jüdischer Beamter. Noch Schonung der Frontkämpfer aus dem Weltkrieg.

14.7.1933: Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit. In erster Linie gegen die nach 1918 eingebürgerten Juden aus den bis dahin deutschen Ostgebieten gerichtet.

22.9.1933: Reichskulturkammer-Gesetz: Ausschaltung der jüdischen Schriftsteller und Künstler.

4.10.1933: Schriftleiter-Gesetz: Ausschaltung der jüdischen Redakteure.

1935

21.5.1935: Wehrgesetz: arische Abstammung Voraussetzung zum Wehrdienst. Im Sommer nehmen Schilder *Juden unerwünscht* an Ortseingängen, an Geschäften und Restaurants zu.

15.9.1935: Reichsparteitag der NSDAP. Der Reichstag beschließt auf einer Sondersitzung die antisemitischen *Nürnberger Gesetze*, das *Reichsbürgergesetz* und das *Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre*. Sie sind die Grundlage für die Ausschaltung der Juden aus allen öffentlichen Arbeitsverhältnissen und für die Deklassierung der jüdischen Bürger in ihren politischen Rechten.

14.11.1935: 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Aberkennung des Wahlrechts und der öffentlichen Ämter; Entlassung aller jüdischen Beamten, einschließlich aller Frontkämpfer. Definition des *Juden*. 1. Verordnung zum Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre: Verbot der Eheschließung zwischen Juden und Nichtjuden. Die Arbeitsmöglichkeiten für Juden werden auf ganz wenige Berufszweige eingeschränkt.
Jüdische Kinder dürfen bald mit anderen Kindern nicht mehr denselben Sportplatz oder Umkleidekabinen benutzen.

1936

1.8.1936: Eröffnung der Olympischen Spiele in Berlin. Die antisemitischen Schilder werden vorübergehend entfernt.

1937

Beginn der *Arisierung* der Wirtschaft: Die jüdischen Inhaber werden (ohne gesetzliche Grundlage) gezwungen, ihre Unternehmen meist erheblich unter dem wahren Wert zu verkaufen.

12.6.1937: Geheimerlaß Heydrichs betr. Schutzhaft für *Rassenschänder* nach Abschluß des ordentlichen Gerichtsverfahrens.

1938

13.3.1938: *Anschluß* Österreichs und Beginn der Verfolgung der österreichischen Juden.

28.3.1938: Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen: Jüdische Gemeinden sind nicht mehr Körperschaften öffentlichen Rechts, sondern nur noch rechtsfähige Vereine.

22.4.1938: Verordnung gegen *Tarnungen jüdischer Gewerbebetriebe*.

26.4.1938: Verordnung über die Anmeldung aller jüdischen Vermögen über 5000 Reichsmark.
9.6.1938: Zerstörung der Münchener Synagoge.
14.6.1938: Verordnung über die Registrierung und Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe. Anlegung von Listen vermögender Juden bei Finanzämtern und Polizeirevieren.
15.6.1938: *Asozialen-Aktion:* Verhaftung aller *vorbestraften* Juden, einschließlich der wegen Verkehrsvergehen u.ä. Belangt und Einweisung in Konzentrationslager (ca. 1500 Personen).
23.7.1938: Einführung einer Kennkarte für Juden ab 1.1.1939.
25.7.1938: Verordnung über Streichung der Approbationen aller jüdischen Ärzte ab 30.9.1938. Danach können jüdische Ärzte nur noch als *Krankenbehandler* für Juden tätig sein.
10.8.1938: Zerstörung der Nürnberger Synagoge.
17.7.1938: Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen: ab 1.1.1939 müssen Juden ihren Vornamen den Namen *Israel* oder *Sara* hinzusetzen.
27.9.1938: Verordnung über Streichung der Zulassung aller jüdischen Rechtsanwälte ab 30.11.1938. Weitere Tätigkeiten nur in Ausnahmefällen als *jüdische Konsulenten* für Juden.
5.10.1938: Verordnung über Reisepässe: Einziehung der Pässe und (erschwerte) Neuausgabe mit Kennzeichen J.
28.10.1938: Ausweisung von 15000 bis 17000 Juden, die polnische Staatsangehörige waren.
7.11.1938: Herschel Grynspan, dessen Eltern von dieser Aktion betroffen sind, erschießt in Paris den deutschen Gesandschaftsrat Ernst vom Rath.
9./10.11.1938: *Reichskristallnacht:* Staatlich organisierter Pogrom gegen die Juden in Deutschland; Zerstörung von Synagogen, Geschäften, Wohnhäusern. Verhaftung von über 26000 männlichen Juden und Einweisung in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen. Mindestens 91 Juden werden getötet!
12.11.1938: Verordnung über *Sühneleistung* der deutschen Juden in Höhe von 1 Milliarde Mark. Verordnung zur Ausschaltung der deutschen Juden aus dem Wirtschaftsleben.
Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben: Juden haben alle Schäden selbst zu bezahlen. Verbot des Besuches von Theatern, Kinos, Konzerten u.a. kulturellen Veranstaltungen für Juden.
28.11.1938: Polizeiverordnung für das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit; Einschränkung der Bewegungsfreiheit usw.
3.12.1938: Einziehung der Führerscheine. Schaffung eines *Judenbanns* in Berlin.
13.12.1938: Verordnung über Zwangsveräußerung (*Arisierung*) jüdischer Gewerbebetriebe.

1939

17.1.1939: Verordnung über das Erlöschen der Zulassung von jüdischen Zahnärzten, Tierärzten und Apothekern.
24.1.1939: Gründung der Reichszentrale für jüdische Auswanderung mit Zentralämtern in Wien und Prag. Forcierung des Auswanderungdruckes.
30.1.1939: Hitler prophezeit vor dem Reichstag für den Fall eines Krieges *die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.*
15.3.1939: Besetzung der Tschechoslowakei: *Protektorat Böhmen und Mähren.* Einführung der im Reichstag geltenden antijüdischen Verordnungen.
30.4.1939: Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden: Gesetzliche Vorbereitung zur Zusammenlegung jüdischer Familien in *Judenhäusern,* Aufhebung des Räumungsschutzes.

1.9.1939: Deutscher Angriff auf Polen: Beginn des Zweiten Weltkrieges. Zahlreiche Pogrome in Polen.
In Deutschland: Ausgangsbeschränkungen für Juden (im Sommer ab 21 Uhr, im Winter ab 20 Uhr).
21.9.1939: Richtlinien Heydrichs für die Einsatzgruppen in Polen (*Ghettoisierung*)
23.9.1939: Beschlagnahme der Rundfunkgeräte bei Juden.
27.9.1939: Gründung des Reichssicherheitshauptamtes.
12.10.1939: Erste Deportierung aus Österreich und dem *Protektorat* nach Polen.
12.10.1939: Errichtung des Generalgouvernements in den von Deutschen besetzten Gebieten Polens.
28.10.1939: Erste Einführung des *Judensterns* in Wloclawek, Polen.
8.11.1939: Hans Frank wird zum Generalgouverneur ernannt (Sitz: Krakau).
23.11.1939: Einführung des Judensterns im ganzen Generalgouvernement.

1940

10.–13.2.1940: Erste Deportation aus Pommern (Stettin, Stralsund, Schneidemühl) nach Lublin in Polen.
20.4.1940: Geheimerlassung des Oberkommandos der Wehrmacht: Entlassung der Mischlinge und Ehemänner von Jüdinnen.
30.4.1940: Erstes bewachtes Ghetto in Lodz wird errichtet.
16.10.1940: Befehl zur Errichtung des Warschauer Ghettos.
22.10.1940: *Aktion Bürckel:* Deportation der Juden aus Elsaß-Lothringen, Saarland, Baden nach Südfrankreich – 1942 nach Auschwitz.
15.11.1940: Hermetische Abriegelung des Warschauer Ghettos.

1941

22./23.1.1941: Erste Judenmassaker in Rumänien.
Febr./April 1941: Deportation von 72000 Juden ins Warschauer Ghetto.
22.–23.2.1941: Deportation von 400 jüdischen Geiseln aus Amsterdam nach Mauthausen.
7.3.1941: Einsatz deutscher Juden zur Zwangsarbeit.
14.5.1941: Verhaftung von 3600 Pariser Juden.
22.6.1941: Deutscher Angriff auf die Sowjetunion.
Juni/Aug. 1941: Zahlreiche Pogrome in den besetzten russischen Gebieten.
8.7.1941: Einführung des Judensterns in den baltischen Staaten.
31.7.1941: Göring beauftragt Heydrich mit der Evakuierung aller europäischen Juden. Beginn der *Endlösung*.
1.9.1941: Polizeiverordnung über Einführung des Judensterns im Reich ab 19.9. für alle Juden vom 6. Lebensjahr an.
3.9.1941: Erste Versuchsvergasung in Auschwitz.
27.9.1941: Heydrich wird *Reichsprotektor in Böhmen und Mähren*.
28./29.9.1941: Massenmorde in Kiew (34000 Opfer)
12./13.10.1941: Massaker in Dnjepropetrowsk (11000 Opfer).
14.10.1941: Erste Deportationsbefehle für deutsche Juden aus dem *Altreich*.
23.10.1941: Verbot der Auswanderung von Juden.
Okt./Nov. 1941: Judenvernichtungen in ganz Südrußland.
25.11.1941: Verordnung über Einziehung jüdischen Vermögens bei Deportation.
Anfang Dez. 1941: Blutbad in Riga, dem auch die ersten Judentransporte aus dem Reich zum Opfer fallen (27000 Opfer).
22.11.1941: Blutbad in Wilna (32000 Opfer).
Ende Dez. 1941: Beginn der Massenvernichtung in Chelmno.
30.12.1941: Blutbad in Simferopol auf der Krim (10000 Opfer).

1942

15.1.1942: Beginn der *Umsiedlungsaktion* von Lodz nach Chelmno.

20.1.1942: *Wannsee-Konferenz* über die Deportation und Ausrottung des europäischen Judentums (Endlösung).
31.1.1942: Bericht der Einsatzgruppe A über die Liquidierung von 229052 Juden in den baltischen Staaten.
Ende Jan. 1942: Beginn der Deportation nach Theresienstadt.
Febr./März 1942: Massenmord an den Juden in Charkow (14000 Opfer).
6.3.1942: 1. Sterilisationskonferenz: Erörterungen über Sterilisierung der *Mischlinge*.
16./17.3.1942: Das Vernichtungslager Belzec wird errichtet.
Mitte März 1942: Beginn der *Aktion Reinhard*.
21.3.1942: Umsiedlung der Lubliner Ghettos: 26000 Menschen werden nach Belzec, Majdanek und andere Lager gebracht.
26.5.1942: Bekanntmachung über die Kennzeichnung jüdischer Wohnungen im Reich.
ab Ende März 1942: Eintreffen der ersten Judentransporte in Auschwitz.
24.4.1942: Verbot der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch Juden im Reich. Ausnahmen für Zwangsarbeiter nur, wenn der Arbeitsplatz mehr als 7 km vom Wohnort entfernt ist. Sitzen in den Verkehrsmitteln verboten.
(Weitere Einschränkungen im Laufe des Krieges: Es war Juden u.a. verboten, sich öffentlicher Fernsprecher und Fahrkartenautomaten zu bedienen, sich auf Bahnhöfen aufzuhalten und Gaststätten zu besuchen; Wälder und Grünanlagen zu betreten; sich Hunde, Katzen, Vögel oder andere Haustiere zu halten; an arische Handwerksbetriebe Aufträge zu geben; Zeitungen und Zeitschriften aller Art zu beziehen. Entschädigungslos abgeliefert werden mußten elektrische und optische Geräte, Fahrräder, Schreibmaschinen, Pelze und Wollsachen. Juden erhielten keine Fischwaren, Fleischkarten, Kleiderkarten, Milchkarten, Raucherkarten, kein Weißbrot, kein Obst oder Obstkonserven, keine Süßwaren und keine Rasierseife.
Anfang Mai 1942: Errichtung des Vernichtungslagers Sobibor.
1.6.1942: Einführung des Judensterns in Frankreich und Holland.
2.6.1942: Beginn der Deportation deutscher Juden nach Theresienstadt.
30.6.1942: Schließung der jüdischen Schulen im Reich.
Juli 1942: Errichtung des Vernichtungslagers Treblinka. Massaker in Minsk, Lida, Slonim und Rowno.
4.7.1942: Beginn der Massenvergasung in Auschwitz.
15.7.1942: Erster Deportationszug aus Holland nach Auschwitz. Großrazzien in Paris.
22.7.1942: Die *Umsiedlung* der Warschauer Ghetto-Bewohner in die Vernichtungslager Belzec und Treblinka beginnt.
4.8.1942: Erste Deportation aus Belgien nach Auschwitz.
10.–22.8.1942: *Umsiedlung* im Lemberger Ghetto.
28.8.1942: Verhaftung von 7000 staatenlosen Juden im unbesetzten Frankreich.
Aug./Sept. 1942: Deportationen aus Zagreb, Kroatien, nach Auschwitz. Vergasung aus Theresienstadt deportierter Juden bei Minsk.
9.9.1942: Massaker bei Kislowodsk, Kaukasus.
16.9.1942: *Umsiedlung* im Ghetto Lodz beendet. (55000 Opfer).
30.9.1942: Hitler wiederholt öffentlich seine Voraussage der Vernichtung des Judentums.
3.10.1942: *Umsiedlung* im Warschauer Ghetto beendet.
4.10.1942: Die deutschen Konzentrationslager werden *judenfrei*: alle jüdischen Häftlinge werden nach Auschwitz geschickt.
18.10.1942: Das Reichsjustizministerium überträgt die Verantwortung für Juden und Ostbürger im Reich an die Gestapo.
27.10.1942: 2. Sterilisationskonferenz
29.10.1942: Massenexekution der Juden in Pinsk (16000 Opfer).
25.11.1942: Erste Judendeportation aus Norwegen nach Auschwitz.

17.12.1942: Die Alliierten versprechen feierlich, die Ausrottung der Juden zu sühnen.

1943

18.1.1943: Erster Widerstand gegen Deportationen aus Warschauer Ghetto.
20.–26.1.1943: Transporte aus dem Ghetto Theresienstadt nach Auschwitz.
5.–12.2.1943: Erste *Umsiedlung* in Bialystok.
27.2.1943: Deportation der jüdischen Rüstungsarbeiter aus Berlin nach Auschwitz.
März 1943: Transporte aus Holland nach Sobibor; aus Prag, Wien, Luxemburg und Mazedonien nach Treblinka.
März/Mai 1943: Zweite *Umsiedlung* in Kroatien.
13.3.1943: Auflösung des Ghettos Krakau.
15.3.1943: Deportation aus Saloniki und Thrazien.
22.3.1943: Die erste der neuen Krematorien in Auschwitz-Birkenau wird in Betrieb genommen.
19.4.–16.5.1943: Aufstand und Vernichtung des Warschauer Ghettos.
11.6.1943: Himmler befiehlt die Liquidierung aller polnischen Ghettos. Durch Erlaß vom 21.6. auf die Sowjetunion ausgedehnt.
21.–27.6.1943: Liquidierung des Lemberger Ghettos (20000 Menschen).
25.6.1943: Aufstand und Vernichtung des Ghettos Tschenstochau.
1.7.1943: 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Unterstellung der Juden im Reich unter Polizeirecht.
2.8.1943: Aufstand in Treblinka.
16.–23.8.1943: Aufstand und Vernichtung des Ghettos Bialystok.
11.9.1943: Beginn der deutschen Razzia auf Juden in Nizza.
11.–14.9.1943: Liquidierung der Ghettos in Minsk und Lida.
11.–18.9.1943: *Familientransporte* aus Theresienstadt nach Auschwitz.
23.9.1943: Liquidierung des Ghetto Wilna.
25.9.1943: Smolensk von sowjetischen Truppen zurückerobert, Liquidierung aller Ghettos in Bjelorussland.
13.10.1943: Italien erklärt Deutschland den Krieg.
14.10.1943: Aufstand in Sobibor.
18.10.1943: Erster Judentransport Rom–Auschwitz.
3.11.1943: Liquidierung des Ghettos Riga. Ermordung der im Konzentrationslager Majdanek verbliebenen Juden (17000 Opfer)
6.11.1943: Kiew von sowjetischen Truppen zurückerobert.
28.11.1943: Konferenz von Teheran.
15.–19.12.1943: Erster Prozeß gegen deutsche Kriegsverbrecher in Charkow.

1944

14.4.1944: Während die sowjetischen Truppen weiter vordringen: Erster Judentransport Athen–Auschwitz.
15.5.–8.7.1944: Deportationen von 476000 Juden aus Ungarn nach Auschwitz.
6.6.1944: Beginn der alliierten Invasion in der Normandie.
23.6.1944: Beginn der sowjetischen Offensive.
20.7.1944: Sowjetische Truppen befreien das KZ-Majdanek.
25.7.1944: Ghetto Kowno evakuiert.
6.8.1944: Deportation von 27000 Juden aus Lagern östlich der Weichsel nach Deutschland.
23.8.1944: Sammellager Drancy (Paris) befreit. Rumänien kapituliert.
5.9.1944: Ghetto Lodz evakuiert.
11.9.1944: Britische Truppen erreichen Holland.
13.9.1944: Sowjetische Truppen an der slowakischen Grenze.
Sept. 1944: Abtransport aller Juden in holländischen Lagern nach Deutschland. Neue Deportationen von Theresienstadt nach Auschwitz. Letzter Transport aus Frank-

reich nach Auschwitz.
14.9.1944: Amerikanische Truppen an der deutschen Grenze.
23.9.1944: Blutbad im Lager Kluga, Estland. Wiederaufnahme der Deportationen aus der Slowakei.
7.10.1944: Ausbruchsversuch in Auschwitz-Birkenau.
18.10.1944: Hitler befiehlt die Aufstellung des *Volkssturms*.
Ende Okt. 1944: Die Überlebenden des KZ-Plaskow (Krakau) werden nach Auschwitz transportiert.
2.11.1944: Vergasungen in Auschwitz werden eingestellt.
Nov. 1944: Prozeß gegen den Stab des Vernichtungslagers Majdanek in Lublin.
3.–8.11.1944: Sowjetische Truppen vor Budapest.
18.11.1944: Eichmann deportiert 38000 Juden aus Budapest in die Konzentrationslager Buchenwald, Ravensbrück u.a. Lager.
26.11.1944: Befehl Himmlers zur Zerstörung der Krematorien in Auschwitz-Birkenau.

1945

16.1.1945: Sowjetische Truppen befreien 800 Juden in Tschenstochau und 870 in Lodz.
17.1.1944: Befreiung von 80000 Juden in Budapest.
27.1.1945: Auschwitz wird durch sowjetische Truppen befreit.
4.2.1945: Konferenz von Jalta, Krim.
3.3.1945: Amerikanische Truppen am Rhein.
19.3.1945: Hitler befiehlt die Zerstörung ganz Deutschlands.
6.–10.4.1945: Evakuierung von 15000 Juden aus Buchenwald.
11.4.1945: Buchenwald wird von amerikanischen Truppen befreit.
15.4.1945: Konzentrationslager Bergen-Belsen wird von britischen Truppen befreit.
20.4.1945: Amerikanische Truppen in Nürnberg.
23.4.1945: Sowjetische Truppen vor Berlin.
23.4–4.5.1945: Evakuierung der Häftlinge aus Sachsenhausen (Berlin) und Ravensbrück. Letzte Massaker der SS-Wachmannschaften.
25.4.1945: Begegnung amerikanischer und sowjetischer Truppen an der Elbe.
28.4.1945: Dachau wird von amerikanischen Truppen befreit.
30.4.1945: Hitler begeht Selbstmord.
2.5.1945: Berlin kapituliert. Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes übernehmen Theresienstadt.
5.5.1945: Befreiung von Mauthausen.
7./9.5.1945: Bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Ende des Krieges in Europa.
23.5.1945: Himmler wird gefangen und begeht Selbstmord.
6.8.1945: Erste Atombombe auf Hiroshima.
15.8.1945: Japan kapituliert: Ende des Zweiten Weltkrieges.
22.11.1945: Beginn des Nürnberger Prozesses.

Diese Daten wurden zusammengestellt nach Gerhard Schoenberger: Der gelbe Stern. Gütersloh 1960, und Wolfgang Scheffler: Judenverfolgung im Dritten Reich. Berlin 1964.
Einige Korrekturen verdanke ich Hermann Langbein (Wien).

Literaturverzeichnis

Adam, Uwe Dietrich, Wie spontan war der Pogrom? in: Walter H. Pehle, Der Judenpogrom 1938. Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord, Frankfurt 1988, S. 74-93

Ders., Judenpolitik im Dritten Reich (Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, hrsg. von G. Schulz, Bd. 1), Düsseldorf 1972

Adler, Hans-Günter, Der verwaltete Mensch, Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974

Aschoff, Diethard, Die Juden in Beckum bis zum Ausgang des 17. Jahrhunderts, in: H. Krick, Geschichte und Schicksal der Juden zu Beckum, Warendorf 1987

Ders., Propst Hermann von Scheda, der erste jüdische Konvertit Westfalens, in: Der Märker 33, 1984, S. 204-209

Ders., Die Juden in Münster, Geschichte original – am Beispiel der Stadt Münster, Heft 5, zweite verbesserte und ergänzte Auflage, Münster 1981

Ders., Das Pestjahr 1350 und die Juden in Westfalen, in: Westfälische Zeitschrift 129, 1979

Ders., Zum frühesten Vorkommen der Juden in Warendorf, in: Warendorfer Schriften 8/9/10, 1978/79/80, S. 132-138

Ders., Die Stadt Münster und die Juden im letzten Jahrhundert der städtischen Unabhängigkeit (1562-1662), in: Westfälische Forschungen 27, 1975

Ders., Das münsterländische Judentum bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges, in: Theokratia. Jahrbuch des Institutum Judaicum Delitzschianum, Bd. 3, Leiden 1979, S. 125-184

Bahlmann, P., Die Juden im ehemaligen Amt Sassenberg, in: Warendorfer Blätter für Orts- und Heimatkunde 5, 1903, S. 12ff

Brilling, Bernhard, Urkundliche Nachweise über die ersten Ansiedlungen der Juden in den westfälischen Städten des Mittelalters (bis 1350), in: Westfälische Forschungen 12, 1959, S. 142-161

Ders., Eine hebräische Handschrift aus Warendorf, in: Westfalen. Hefte für Geschichte, Kunst und Volkskunde 40, 1962, S. 333ff

Ders., Beginn und Ende der Jüdischen Kultusgemeinde von Münster 1810 bis 1945, in: Festschrift zur Weihe der neuen Synagoge in Münster/Westf., Münster 1961

Ester, Matthias M., Das Statut der Synagogengemeinde Warendorf von 1856 – im Zeichen von Reaktion und Emanzipation?, in: Warendorfer Schriften 8/9/10, 1978/79/80, S. 138-155

Ders., Was kam nach Zuhorns Geschichte der Juden in Warendorf?, in: Kirchengeschichte der Stadt Warendorf, Bd. 3, Warendorf 1985

Fest, Joachin C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt, Berlin, Wien 1973

Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945. Bearbeitet vom Bundesarchiv Koblenz und dem Internationalen Suchdienst Arolsen, Band 1 (A-L), Band 2 (M-Z), Frankfurt 1986

Genschel, Helmut, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 38), Berlin, Franfurt, Zürich 1966

Haindorf, Alexander, Siebenter Bericht über den Verein zur Bildung von Elementar-Lehrern und Beförderung von Handwerken und Künsten unter den Juden für die Provinz Westfalen, Münster 1834
Knipping, Ulrich, Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches (Monographien zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 6), Dortmund 1977
Köhrer, Helmut, Entziehung, Beraubung, Rückerstattung. Vom Wandel der Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden durch Verfolgung und Restitution, Baden-Baden 1951
Die Kölner Stadtrechnungen des Mittelalters, Bd. 1 (Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, hrsg. v. R. Knipping), Bonn 1897
Krick, Hugo, Geschichte und Schicksal der Juden zu Beckum (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf, Bd. 16), Warendorf 1987
Lamm, Hans, Über die innere und äußere Entwicklung des Judentums im Dritten Reich, Diss. phil. Erlangen 1951
Leidinger, Paul, NS-Dokumente zur Judenverfolgung in Warendorf, in: Neue Blätter für Orts- und Heimatkunde im Kreis Warendorf, Nr. 42, 1964, S. 166-168
Ders., Die Ernennung Hermann Görings zum Ehrenbürger von Warendorf, in: Neue Blätter für Orts- und Heimatkunde im Kreis Warendorf, Nr. 48, 1965, S. 188-191
Mauve, Josef, Die ehemalige Judensynagoge in Warendorf, in: Neue Blätter für Orts- und Heimatkunde 5, 1954, S. 20
Niesert, Franz-Julius, Das Bürgerbuch der Stadt Warendorf 1542-1848 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt und des Kreises Warendorf, Bd. 2), Warendorf 1952
Nowak, J./Witthake, G., Die katholische Kirche zur Zeit des Nationalsozialismus in Warendorf, in: Kirchengeschichte der Stadt Warendorf, Bd. 3, Warendorf 1985, S. 189-332
Peine, Alexander, Die Geschichte der jüdischen Gemeinde in der Stadt Warendorf unter besonderer Berücksichtigung des 19. und 20. Jahrhunderts, Staatsexamensarbeit PH Münster 1965 (maschinenschriftlich)
Reichmann, Eva G., Die Flucht in den Haß, Frankfurt/M. 1956
Rixen, Carl, Geschichte und Organisation der Juden im ehemaligen Stift Münster, in: Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung, Heft 20, 1906, S. 1ff
Rürup, Reinhard, Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur »Judenfrage« der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975
Scheffler, Wolfgang, Judenverfolgung im Dritten Reich, Berlin 1964
Spiegel, Paul, Wiederaufbau und Entwicklung, in: Festschrift zur Weihe der neuen Synagoge in Münster/Westf., Münster 1961
Wallmeier, Wilhelm, Volksbüchereien und Leihbibliotheken in Warendorf, in: 750 Jahre Warendorf, Warendorf 1951, S. 163ff
Westfalia Judaica. Urkunden und Regesten zur Geschichte der Juden in Westfalen und Lippe, Bd. 1, hrsg. von B. Brilling und H. Richtering, Stuttgart 1967
Zimmermann, Heinrich, Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerschaft unter besonderer Berücksichtigung des Judenproblems, Düsseldorf 1940
Zuhorn, Wilhelm, Kirchengeschichte der Stadt Warendorf, Bd. 1, Warendorf 1918
Ders., Geschichte der Juden in Warendorf, in: Warendorfer Blätter für Orts- und Heimatkunde, 13. Jg., 1914, S. 1ff

Quellenverzeichnis

Staatsarchiv Münster (zitiert: StAM)

Kreis Warendorf, Landratsamt, Bestand A:

A 131: Bevölkerungsliste der Stadt Warendorf im Dezember 1852
A 228: Nachweise aller getauften Juden und Judenkinder, 1818-1842
A 229: Übersicht über den Schulbesuch der jüdischen Kinder, 1826-1857
A 230: Ablegung, Zinszahlung und Erhebung der Schulden der altmünsterschen Judenschaft, 1835-1847
A 231: Acta gen. die Juden betreffend, 1804-1816
A 233: Nachweisung der jüdischen Bevölkerung und des jüdischen Gewerbes im Kreis, 1818
A 234: Zustand der Schulen, Synagogen, Verein zur Beförderung von Handwerk und Künsten unter den Juden, 1834-1900
A 235: Die Familien-Register der Juden und Annahme bestimmter Familiennamen, 1822-1853
A 238: Die Bildung und Einführung der Synagogenbezirke, Bd. 1, 1847-1873
A 239: Dass., Bd. II, 1847-1900
A 241: Die Leihbibliothek des Elias Hirsch, später Jos. Schnell in Warendorf; Leihbibliotheken überhaupt, 1825-1900

Kreisarchiv Warendorf (zitiert: KAW)

Kreis Warendorf, Landratsamt

B 212: Paßpolizei, 1936-1939
B 305: Judenfrage (jüdische Verbände und Organisationen)

C 113: Juden, 1940-1947
C 122: Ein- und Ausbürgerungen, 1940-1956

Stadt Warendorf, Bestand A

A 843: Tabellen über die Juden und ihre Häuser, ca. 1800 – ca. 1807
A 889: Schlachten und Hausieren der Juden mit Fleisch, 1703, 1807-1808

Stadt Warendorf, Bestand B

B 369: Der Judenwall (Verlegung des jüdischen Begräbnisplatzes bei Anlage der Promenade), 1828-1885
B 370: Aufbringung der Bedürfnisse der Synagogengemeinde, 1818-1905

Stadt Warendorf, Bestand C
(Der Bestand C wird zur Zeit neu geordnet, deshalb werden hier die alten Aktenzeichennummern zitiert)

Az. 1530: Juden in Warendorf, 1900-1945
Az. 3085: Juden in Warendorf; Genehmigung von Reisepässen, 1933-1945
Az. 3110: Gewerbepolizei, 1920-1945
Az. 3113: Wandergewerbe, Hausierer (Zulassung, Statistiken), 1920-1945
Az. 3120: Veterinärpolizei, 1920-1945

Personen-, Orts- und Sachregister

Abraham, Aron (Lehrer) 26
Ahlen 22, 67
Ailka van Warendorf 10
Anspacher, Erna 87f
Anspacher, Josef 88f
Anspacher, Julius 49, 58, 60f, 68, 70, 72, 80, 85, 88
Anspacher, Rudolf 88
Auswandererberatungsstelle 88

Beckum 67
Beelen 23, 25
Beer, Jude 17
Benjamin, Witwe 22
Blumenthal, Wolf 19
Bocholt 12
Breslau, David 14, 22
Breslau, Michael Meyer 14, 41
Bürgerschützenverein 28

Chamberlain, Houston Steward 30
Coesfeld 10
Coppel, Abraham 16

Dessauer, August 28
Dessauer, Jakob 24, 26
Dortmund 10
Dühring, Eugen 30

Egbert (Bischof von Münster) 10
Elsberg, Anneliese 77
Elsberg, David 49, 58, 60f, 77, 82, 101, 103, 110
Elsberg, Eduard (Warenhaus) 31f, 36f, 40, 44f, 82, 92, 110
Elsberg, Jonas 28
Elsberg, Karl Dr. 72ff, 77, 92f
Elsberg, Leeser 24
Elsberg, Lotte 91f
Elsberg, Meta 90
Elsberg, Moses 24, 28
Elsberg, Paul Dr. med. 35
Elsberg, Rita 77, 103, 110
Elsberg, Rosa 70, 77, 82
Elsberg, Siegfried 58, 62, 74
Elsberg, Walter 55, 57ff, 72, 77
Emanzipationsgesetze 19ff
Ennigerloh 22

Feldheim, Gerson 24
Fettmarkt 49ff
Fleischverkauf 16ff
Föllen, Johan Hinrich 17
Freckenhorst 22, 24, 68, 103, 108
Friedhof (jüdischer) 13f, 70
Fröhlich, Hermann 24, 28
Fröhlich, Jonas 24, 28

v. Galen, Christoph Bernhard 13
Geldverleih 16, 19, 29
Geleit 12f
Geleitbrief 12
Generalgeleit 13
Gerdes (Landrat) 50
Gerson, Jude 17
Gertrudenhof 107
Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre 38
Gobineau, Joseph Arthur Graf de 30
Goebbels, Joseph 64ff
Göring, Hermann 33, 64f
Goldschmidt, Bernhard 24
Großherzogtum Berg 17f
Grynszpan, Herschel 63
Gütersloh 22, 24
Gumpert, Isaac 22
Gumpert, Moses 16

Hachmann, Kurt (Bürgermeister) 24, 77, 79
Haindorf, Alexander 17
Harmonie, Gesellschaft 28
Harsewinkel 23, 109
Heinemann aus Medebach 12

Hertz, Bernhard 28
Hertz, Flora 93ff, 97, 110
Hertz, Johanna 88
Hertz, Levi 28
Hertz, Ludwig 19, 29
Heß, Rudolf 40
Heydrich, Reinhard 63ff
Himmler, Heinrich 64ff
Hirsch, Elias 19, 26
Hirsch, Jakob 22, 25
v. Hoja, Johann 12

Industrie- und Handelskammer 48
Isaac, Jude 11
Ising, Victor 25
Isphording (Bürgermeister) 31

Jakob, Isaac 14
Juda ben David halewi 10
Judenbefehlshaber 13f, 41
Judenedikt (1651) 13
Judenhäuser 100, 103
Judenlandtag 14
Judenstraße 11
Judentribut 12, 16
Judenvorsteher 13f, 41
Judenwall 14

Katzenstein (Lehrer) 26, 28
Köln 10
Koppel, Abraham 22
Kreuzer (Bürgermeister) 34

Landesrabbiner 14, 41
Leffmann, Abraham 22
Leffmann, David 22
Leffmann, Emanuel 24, 28
Leffmann, Hirsch 28
Leffmann, Isaac 24
Leffmann, Joseph 22, 24
Leffmann, Levi 22
Leffmann, Salomon 22
Lehmann, David 40, 49, 58, 60, 68, 74, 77, 82, 94
Lehmann, Heinz 58, 68, 72, 74, 94
Lehmann, Johanna 77, 94, 110
Lehmann (Lehrer) 19
Lehmann, Leopold 26
Lehmann, Levi 24, 28
Lodz 110
Loewenberg, Philipp 24
Lutze, Victor 64f

Mar Schemarja 10
Marcks/Haindorf-Stiftung 19
Marcus, Philipp 24
Metz, Elias 24, 28
Metz, Heinrich 28
Metz, Leon 28
Metz, Nathan Elias 22f
Metzgeramt 16ff
Meyer, Anita 77, 93f
Meyer, Helmut 69f, 77, 93f
Meyer, Jakob 57f, 70, 72f, 76f, 80, 83, 93f, 98
Meyer, Julie 77, 80, 93f
Meyer, Salomon 24
Mikwe 10
Minsk 110
Moyses, Witwe 17
Müller, Heinrich 64f
Münster 10f, 14, 21f, 103, 105, 110

Nini Levi 14

Ostenfelde 23

Potthoff & Scholl 44ff

Raphael, Falk 24
Rath, vom 63ff
Reichsbürgergesetz 38
Reichsfluchtsteuer 44, 84
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland 77, 86
Reichsvertretung der Juden in Deutschland 77
Rheinberg, Levi 24
Rheinberg, Salomon 28
Riga (Ghetto) 106ff
Rohling, August 28
Rosenberg, Egon 96
Rosenberg, Franziska 96
Rosenberg, Isaac 24
Rosenberg, Paul jun. 96
Rosenberg, Paul sen. 49, 58, 79ff, 94
Rosenthal, Erna 77, 82, 96
Rosenthal, Max 49, 58, 62, 72, 74, 77, 82, 96

Salomon, Jakob 14
Samuel, Berta 51f, 58f, 77, 100f, 103, 108
Sassenberg 12
Scharne 10, 17
Schlachten 16
Schnösenberg (Bürgermeister) 18f
Schule, jüdische 14, 25f
Schulgeld 25
Sendenhorst 22
Silberstein, Hermann (Lehrer) 26
Sozialdarwinismus 30
Spiegel, Arnold 72, 74, 77, 101ff. 108
Spiegel, Ella 51f, 60, 77, 101ff, 108

Spiegel, Frieda 51ff., 58, 60, 77, 101f
Spiegel, Hugo (Schützenstr.) 49, 70, 72, 98, 110
Spiegel, Hugo (Lilienstr.) 51ff, 70, 77, 103, 108
Spiegel, Moses 24
Spiegel, Paul 98, 110
Spiegel, Ruth 77, 98
Spiegel, Walter 58f, 72, 77, 103, 108
Symon, Jude 11
Synagoge 13f, 68, 70, 75ff, 110
Synagogengemeinde 20f, 23ff, 75ff
Synagogenfonds 76ff, 93, 96

Telgte 12, 14, 22
Tewes, Lorenz (Bürgermeister u. Kreisleiter) 34, 49ff, 56
Trawniki 110
v. Twickel (Landrat) 23

Vannahme (NSDAP-Ortsgruppenleiter) 49, 52
Viehhändler 16, 49ff

Wahlergebnisse 32
Wandergewerbe
Windmüller, Elias 14
Windmüller, Herz 22
Windmüller, Levi 22
Wolff, Karl 64
Wucher 12

Zunftverfassung 17

Die Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf werden vom Kreis-Geschichtsverein Beckum-Warendorf e.V. herausgegeben. In ihnen kommen Einzelgebiete der Geschichte und Landeskunde des Kreises, seiner Städte und Gemeinden als Quellenveröffentlichungen oder als wissenschaftliche Untersuchungen zur Darstellung.

Bisher sind erschienen:

Bd. 1	*St. Stephanus Beckum Stift und Kirche*	vergriffen
Bd. 2	Schmieder, *Quellen zur Geschichte des Kloster Liesborn*	10,00 DM
Bd. 3	Schmieder, *Die Urkunden des Klosters Liesborn* Bd. 1, Teil 1	15,00 DM
Bd. 4	Schmieder, *Die Urkunden des Klosters Liesborn* Bd. 1, Teil 2	15,00 DM
Bd. 5	Schulte, *Zwischen Ems und Lippe*	vergriffen
Bd. 6	Koenig, *Studien zum Meister von Liesborn*	vergriffen
Bd. 7	Schulte, *Familiengeschichte, Forschungen* I	vergriffen
Bd. 8	Schulte, *Familiengeschichte, Forschungen* II	20,00 DM
Bd. 9	Schulte, *Beiträge zur Geschichte der Stadt Beckum*	vergriffen
Bd.10	*Marienwallfahrt Telgte*	20,00 DM
Bd.11	*Wirtschaftsgeschichtliche Forschungen*	28,00 DM
Bd.12/13	Westhoff, *Höfegeschichte Oelde*	57,00 DM
Bd.14	Wallmeier. *An Ems und Bever*	30,00 DM
Bd.15	*Kreuzsammlung im Museum Abtei Liesborn*	9,80 DM
Bd.16	Krick, *Geschichte und Schicksal der Juden in Beckum*	15,00 DM
Bd.17/18	*Oelde, Stadtgeschichte*	35,00 DM

Die *»Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf«* sind zu beziehen durch:
Kreisverwaltung Warendorf – Archiv – Waldenburger Straße 2, 4410 Warendorf 1

Aufgrund einiger erhaltener Zeugnisse der betroffenen Juden aus dieser Zeit, gelingt es dem Autor, Einblicke in die psychische Not dieser Menschen zu vermitteln. So wird nachvollziehbar, welchen Qualen sie ausgesetzt waren, als man ihnen ihr Eigentum raubte, sie in der Öffentlichkeit schikanierte und zum Verlassen ihrer Heimat zwang.

Vielen Warendorfer Juden gelang es, noch rechtzeitig aus Deutschland auszuwandern. Die anderen teilten das Schicksal von Millionen ihrer Leidensgenossen, sie starben in einem der Konzentrationslager. Das vorläufige Ende der einstmals bedeutenden jüdische Gemeinde Warendorfs markieren die Eintragungen im Melderegister. Auf den Meldekarten der Juden, die von Warendorf deportiert wurden, findet sich der lapidare Satz: »nach unbekannt verzogen.«

Dieses Buch will dazu beitragen, daß das Schicksal dieser Menschen nicht unbekannt bleibt und schließlich dem Vergessen anheimfällt.